

Armut als Gegenstand und Impuls elementaren ökumenischen Lernens

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
im Fachbereich 1
- Fach Evangelische Theologie -
der Universität-Gesamthochschule Siegen

von

Reiner Berg

Vorgelegt: November 1997
Tag der mündlichen Prüfung: 3. Juni 1998
Überarbeitung: Dezember 1999

Inhaltsverzeichnis

1. Die Notwendigkeit elementaren ökumenischen Lernens	1
1.1 Ökonomie in der Krise: Der globale freie Markt und die Suche nach Gerechtigkeit.	5
1.2 Der freie Markt aus der Perspektive des Neoliberalismus: F. A. von Hayek und M. Friedman	11
1.3 Das Problem elementaren Lernens und Verstehens	16
1.4 Ökumenisches Lernen als Prozeß elementaren Lernens an der Frage der Gerechtigkeit	29
2. Knotenpunkte elementaren ökumenischen Lernens	40
2.1 Erster Knotenpunkt: Die Folgen des freien Marktes und der ökonomischen Krise sehen lernen	41
2.1.1 Ideologische Aspekte und Legitimationsmechanismen des freien Marktes	41
2.1.2 Instrumente und Akteure des freien Marktes	44
2.1.3 Die Verlierer der modernen Marktgesellschaft	51
2.2 Zweiter Knotenpunkt: Aus biblischer Perspektive urteilen lernen	62
2.2.1 Methodische und hermeneutische Überlegungen: Die Relevanz sozialgeschichtlicher Auslegung	63
2.2.2 Der gesellschaftliche Kontext der biblischen Überlieferung - politische und ökonomische Aspekte	66
2.2.3 Wirtschaftsethische Impulse der biblischen Überlieferung	74
2.3 Dritter Knotenpunkt: Handeln Lernen - wirtschaftsethische Impulse und Ansätze im ökumenischen Horizont	95
2.3.1 Die Handlungsmaxime im ökumenischen Horizont: „Global denken, lokal handeln“	95
2.3.2 Lokal handeln lernen: Widerstand sowie Entwicklung und Vernetzung von alternativen ökonomischen Kleinformen	97
2.3.3 Global denken lernen: Entwicklung von solidarischen Bündnissen und wirtschaftspolitischen Ansätzen im ökumenischen Horizont	113
3. Elementares ökumenisches Lernen - eine Problemskizze gesellschaftlicher Lernprozesse	125
4. Anhang	132
4.1 Adressen	132
4.2 Kleines Begriffslexikon	134
4.3 Literaturverzeichnis	140

Die Notwendigkeit elementaren ökumenischen Lernens

*Geistig hoch und materiell im Schmutz, so wollte
bis jetzt die Menschheit weitergeschleppt werden.
Nun aber ist eine neue Zeit. Der Geist der
Wahrheit will ins materielle, ins politische, ins
soziale, ins industrielle Leben hinein.*

Christoph Blumhardt

Das Thema „Armut“, deren Ursachen, Auswirkungen und damit zusammenhängend die Frage der Gerechtigkeit hat sich zu der bedrängendsten Frage der Gegenwart und der Zukunft überhaupt entwickelt. Die Qualität unserer Lebensbedingungen, das Leben gegenwärtiger und zukünftiger Generationen wird entscheidend davon abhängen, wie wir diese Entwicklung wahrnehmen und wie wir ihr begegnen. Diese These löst durchaus großen Widerspruch aus, da die krisenhafte Entwicklung von den meisten Menschen vor allem in den nördlichen Industrieländern so nicht wahrgenommen und eingeschätzt wird. Es vergeht jedoch inzwischen fast kein Tag mehr, an dem nicht ein Schlaglicht auf das in den folgenden Überlegungen erörterte Problem fällt. Viele sind über den „Nord-Süd-Konflikt“ und die daraus resultierenden Verarmungsprozesse der sogenannten „Dritten Welt“ informiert, soweit man eben bei Interesse durch die Medien heute informiert sein kann. Nun werden jedoch auch bei uns die Meldungen über Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Verschuldung der öffentlichen Haushalte immer bedrängender und die Entwicklung scheint sich sukzessive bedrohlich zuzuspitzen. Das Thema „Armut in Deutschland“, vor einigen Jahren noch undenkbar, da nur Randgruppen betreffend, ist inzwischen diskussionswürdig geworden. Theologie und Kirche sind herausgefordert, in den gesellschaftlichen Dialog einzutreten, um eine angemessene Antwort zu ringen und einen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen ökonomischen Krise zu leisten. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen erhalten die Begriffe „Ökumene“ und „ökumenisches Lernen“ eine zentrale Bedeutung, da aus theologischer Perspektive tiefgreifende gesellschaftliche Lernprozesse notwendig sind, die eine entsprechende Auseinandersetzung mit dem Thema „Armut“ ermöglichen. Das, was an diesem Thema zu lernen ist, ist weder erschöpfend noch in Lernzielen formulierbar, sondern vielmehr ein lebenslanger Lernprozeß. Der intensive Dialog mit der Bibel und zugleich mit der Ökumene als weltweite Kirche ist notwendiger denn je, da wir so einerseits die Dinge mit den Augen des anderen sehen, andererseits aber auch uns selbst sehen lernen.

Die folgende Darstellung möchten einen solchen Lernprozeß skizzieren, d.h. aus didaktischer Perspektive die Suche nach Ursachen, Gründen und Bedingungen der gegenwärtigen ökonomischen Krise, in der die Menschen global von Armut betroffen sind, sowie nach einer biblischen Orientierung für das gegenwärtige und zukünftige Leben reflektieren. Allerdings ist es nicht möglich, den Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen. Vorrangiges Ziel ist es vielmehr, einen möglichen didaktischen Orientierungsrahmen aufzuzeigen, innerhalb dessen heute wirklich notwendige elementare Lern- und Verstehensprozesse angestoßen werden können. Dabei werden bisherige Ergebnisse und Entwürfe theologischer Auseinandersetzung mit

diesem Themenkomplex sowie entwickelte Konzepte einer alternativen, „sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik“ aufgegriffen. Aus diesen bereits vorliegenden Konzeptionen und Ergebnissen sollen jene elementaren Knotenpunkte hervorgehoben und dargestellt werden, die heute einen tiefgreifenden ökumenischen Lernprozeß an den Überlebensfragen der Menschheit ermöglichen. Besonders geeignet und zweckmäßig für dieses Vorhaben erscheinen die Arbeiten von U. Duchrow, R. Albertz, L. Schottroff, S. George und W. Kessler, um nur die wichtigsten Autoren zu nennen. Albertz und Schottroff liefern einleuchtende Analysen auf der biblisch-theologischen Ebene, Kessler und George konzentrieren ihre Untersuchungen auf den ökonomischen Bereich, Duchrow ist darum bemüht, beide Ebenen miteinander zu verbinden. Primär steht die Frage im Vordergrund, wie diese Beiträge und Vorgaben didaktisch fruchtbar gemacht und in einen notwendigen Lernprozeß sinnvoll integriert werden können. Anders gesagt: Die didaktische Frage ist der Ausgangspunkt dieser Überlegungen und dementsprechend werden vorliegende theologische und politisch-ökonomische Entwürfe in einen notwendigen didaktischen Bezugsrahmen eingebettet. Dies geschieht aus berechtigtem Grund: Die Schuldenkrise sowie die Verarmung großer Bevölkerungsteile ist zu schwerwiegend, um sie allein den Finanz- und Wirtschaftsleuten bzw. Ökonomen zu überlassen. Der Mehrzahl von ihnen ist es gelungen, das Schulden- und Armutproblem zu mystifizieren, indem sie vorgeben, daß ökonomische Prozesse, Wirtschaft und Finanzen unverständlich und zu kompliziert seien. Die suggerierte Vorstellung von Rätselhaftigkeit sowie Unergründbarkeit ökonomischer Prozesse löst jedoch Gleichgültigkeit aus und verhindert damit eine Veränderung. So wird das ohnmächtige Gefühl vermittelt, daß man die Probleme am besten nur den Fachleuten überlassen könne. Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklung ist jedoch kaum ein Thema so ergreifend wie das der Ökonomie und deren globalen Zusammenhänge.

Der dargestellte Ansatz nötigt zu einer Antwort auf die Frage nach dem Wissenschaftsverständnis, das dieser Untersuchung zugrunde liegt, also in welchem Sinn und mit welchem Ziel Wissenschaft betrieben wird. Wissenschaftliches Arbeiten orientiert sich im Rahmen dieser Darlegung an didaktische Zusammenhänge und Voraussetzungen, die Didaktik ist der zentrale Bezugspunkt. Didaktik läßt sich nicht auf eine reine Lehre der Vermittlung beschränken, sie ist darüber hinaus von vielfältigen Bemühungen und Versuchen geprägt, Antworten auf die Herausforderungen sowie Bedrohungen gegenwärtiger und kommender Generationen zu finden. Die didaktische Frage hat das wirklich Notwendige und Tragfähige für die kommende Generation im Blick, und diese Frage spitzt sich dramatisch zu, sie hat sich heute zu einer der schwerwiegendsten Fragen überhaupt entwickelt. Die Bedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, haben sich gegenüber allen früheren Generationen verschärft. Das Ende der Menschheit ist nicht nur denkbar, sondern inzwischen machbar geworden. Nur ein umfassendes Umdenken kann die tatsächliche Möglichkeit verhindern. Die Didaktik kann dazu beitragen, eine tragfähige Antwort auf die entscheidende Frage zu finden, wie ein solches Umdenken angestoßen bzw. gelingen kann. Tragen kann eine Antwort aber nur, wenn sie zugleich Hoffnung beinhaltet, d.h. Möglichkeiten und Chancen zeigt, im Sinne dieser Hoffnung das Leben zu gestalten.

Wenn es gelingen sollte, die globalen ökonomischen Zusammenhänge, in denen wir uns bewegen, im Rahmen eines elementaren Lernprozesses verständlich zu machen, so bleibt als zweite Schwierigkeit, dies nicht nur als Sammeln weiterer Informationen zu betrachten, sondern sie so einsichtig zu machen, daß daraus statt zunehmender Gleichgültigkeit oder lähmender Resignation Umkehr erwächst. Denn der gegenwärtige Bedingungsrahmen allen Lebens soll nicht interpretiert, sondern verändert werden. Es sind bereits vielfältige Veröffentlichungen zum Thema erschienen, die die globalen Zusammenhänge aufklären, erklären und auf Alternativen hinweisen.¹ Jedoch verhindert die tägliche, massive Informationsflut entscheidend die

¹ Zu nennen sind z.B. die aufschlußreichen Beiträge von Altwater, E. (1987), (1992a), (1992b); Altwater, E./Mahnkopf, B. (1996); Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992); George, S. (1988), (1993); Gück, M. (1996a); Kessler, W. (1990), (1993a), (1993b), (1996a), (1996b); Mayer, L. (1992); Strahm, R. H. (1985); Weizsäcker,

Versuche der Aufklärung und betreibt zudem in hohem Maße Verunsicherung. Die Notwendigkeit eines Umdenkens wird inzwischen von verschiedenen Seiten betont und gefordert: von gesellschaftlichen Institutionen, wie z.B. Kirchen und Gewerkschaften, ebenso wie von den politischen Parteien, allerdings sind die dahinter stehenden Gründe sowie Intentionen ebenso vielfältig. Aber nur selten gibt es konkrete Hinweise, wie dieses Umdenken stattfinden soll. Zu einer radikalen Veränderung und Umkehr ist offensichtlich mehr notwendig als nur intellektuelle Einsicht.

Wirkliche Umkehr ist ganz entscheidend von tiefgreifenden Lernprozessen abhängig, die in einer tragfähigen Perspektive der Hoffnung eingebettet sind und nicht vor den Informationen resignieren und kapitulieren, sondern dazu befähigen, eigenverantwortlich Impulse zur Veränderung handlungsorientiert umzusetzen. Dieser Lernprozeß meint allerdings nicht ein Lernen, das der Forderung der modernen, expandierenden Marktgesellschaft folgt, Neues im Sinne einer variablen Anpassungsfähigkeit bzw. Flexibilität zu erlernen, um immer höheren Leistungsstandards zu entsprechen und diese zu erfüllen. Er muß vielmehr die kollektiven Verdrängungsmechanismen aufbrechen und damit die wirklichen Herausforderungen unserer Zeit in den Blick rücken. Dabei geht es nicht um bloßes Erfassen von Definitionen und Begriffen, sondern vielmehr um einen notwendigen politischen Lernprozeß, der auch das emotionale Lernen miteinbeziehen muß, wenn er sein Ziel erreichen will. Die Schwierigkeit, über die intellektuelle Einsicht hinaus zu begreifen, daß Umkehr notwendig ist, macht deutlich, wie wichtig es ist, etwas auch emotional und damit tiefgreifender zu erlernen als nur kognitiv zu verstehen. Dieser Lernprozeß muß die Kompetenz, die Urteilsfähigkeit, die Mündigkeit, aber auch die Handlungsfähigkeit der Laien fördern.² Damit konstituiert er zugleich eine Gemeinschaft von Lernenden, eine Lerngemeinschaft³, in deren Rahmen es keine Hierarchie der Abhängigkeiten von den sogenannten Fachleuten, die indolent Inkompetenz und Unmündigkeit der Menschen in gewohnter Weise oft weiter forcieren, geben darf. Mündigkeit, Urteilsfähigkeit und Handlungsfähigkeit erwachsen jedoch nur aus ganz grundlegenden, elementaren Lernprozessen. Der Begriff des Elementaren, der in der didaktischen Diskussion in verschiedener Weise verwendet wird und vielfältige Facetten aufweist, wird hier als kritischer Begriff gebraucht und wendet sich deutlich gegen ein wirklichkeitsentfremdetes Lernen und Lehren. Dieser Begriff schließt zugleich elementare politische Erfahrungen mit ein.⁴ Elementares Lernen zielt in diesem Sinn auf mündige Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit sowie Handlungskompetenz, die nur an elementaren Einsichten zu gewinnen sind.

Alle bisher genannten Aspekte elementaren Lernens werden aber heute vor allem im Rahmen ökumenischer Lernprozesse angesichts der krisenhaften ökonomischen Entwicklung aufgenommen, die sich insbesondere mit den Folgen des Ausbaus des globalen freien Marktes auseinandersetzen. Elementares Lernen, das tragfähige Perspektiven eröffnet, mündig und handlungsfähig macht, entfaltet sich heute auf der Grundlage des ökumenischen Dialogs und ökumenischen Lernens, innerhalb dessen sich unter dem massiven Druck von Fragen, in denen es um die Lebensbedingungen der Menschheit geht, elementare Möglichkeiten des Verstehens zunehmend neu entwickeln. Elementares Lernen kann somit nur ökumenisches Lernen sein, ökumenisches Lernen ist zugleich elementares Lernen an der Frage der Gerechtigkeit und

E. U. von/Lovins, A. B./Hunter Lovins, L. (1995); Werkstatt Ökonomie (1992), (1996); Zinn, K. G. (1994); vgl. auch die Überlegungen von Beck, U. (1986).

² Siehe auch den Beitrag von Raiser, K. (1994a).

³ Vgl. dazu auch den Vortrag von Albrecht Schönherr, der in einem Vortrag vor der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR 1974 die Kirchen als „Lerngemeinschaft“ charakterisierte; vgl. Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR (1981), 71. Das Selbstverständnis der Kirche als Lerngemeinschaft wurde 1983 in Vancouver auf der Vollversammlung des ÖRK aufgegriffen und öffentlich formuliert; vgl. dazu die Überlegungen von Baldermann, I. (1986a).

⁴ Vgl. die Ausführungen von Baldermann, I. (1984) sowie Stöhr, M. (1997a).

damit auch ein Lernprozeß an den Fragen des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung. Beide Begriffe sind somit eng miteinander verschränkt bzw. verknüpft. Es ist ein zutiefst politisches Lernen an den Überlebensfragen der Menschheit und der gesamten Schöpfung. Dies ist ein entscheidender Aspekt, der bisher in der didaktischen Diskussion um den Begriff des Elementaren wenig Berücksichtigung findet: Ökumenisches Lernen initiiert elementare Lernprozesse. Dieser Vorgang der Elementarisierung antwortet auf die Herausforderungen unserer Zeit, macht scheinbar hochkomplexe Vorgänge transparent und zielt damit auf die eigene Urteilsfähigkeit und Handlungskompetenz, um sprachfähig zu machen und zu ermutigen, in einem gemeinsamen Dialog, der kritisch mit den Verantwortlichen und den sogenannten Fachleuten geführt werden muß, Wege zu finden, die es ermöglichen, im biblischen Sinn für das Leben zu wirtschaften und so unsere Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Ökumenisches Lernen, verstanden als elementares Lernen bzw. als Prozeß der Elementarisierung, ringt damit um die Gott angemessene Antwort und die ihr entsprechende gesellschaftliche Praxis. Elementares Lernen hat dabei als Orientierungspunkt und Fundament die biblischen Traditionen und nimmt in diesem Sinn Anteil an den Ängsten, Hoffnungen, Leiden und Kämpfen der Menschen der Bibel, die für das Notwendige heute sensibilisiert und uns damit an die Ängste, Leiden und Kämpfe der Menschen heute verweist. In diesem Elementarisierungsprozeß kommt damit der Bibel eine entscheidende Rolle zu. Die Bibel ist von der ersten bis zur letzten Seite von der Leidenschaft für das Menschliche und den Menschen geprägt, erst dieses biblische Verständnis und Engagement für den Menschen eröffnet uns überhaupt die Chance, elementar zu lernen. Damit schafft ökumenisches Lernen, das auf die Bedrohung der gesamten Menschheit antwortet, ein Bewußtsein einer unmittelbaren geschwisterlichen Verbundenheit mit den Menschen in aller Welt, ein Bewußtsein, das die Verantwortung füreinander erkennt. Somit steht die Notwendigkeit eines solchen Lernens außer Zweifel. Dieser Aspekt ist zu berücksichtigen, will man sich dem Thema Armut sowie deren kausale Zusammenhänge, die von der gegenwärtigen Ökonomie bestimmt werden, angemessen nähern.

Ich habe bisher versucht, die Problemlage und einen möglichen Beitrag zur Diskussion um dem Begriff der Elementarisierung und zum Verständnis ökumenischen Lernens zu skizzieren. Der Begriff des Elementaren hat in der didaktischen Diskussion eine lange Tradition und dementsprechend sind einige Entwürfe vorhanden, die sich mit dem Begriff auseinandersetzen und diesen einzuordnen versuchen. Ebenso existieren vielfältige Vorhaben, die zu beschreiben versuchen, was ökumenisches Lernen eigentlich ist. Die Intention des Einführungsteils dieser Arbeit ist, den Lernprozeß des ökumenischen Lernens zu reflektieren, d.h. den Begriff des Elementaren bzw. des elementaren Lernens anders als in den bisherigen didaktischen und religionspädagogischen Entwürfen zu fassen und dessen zentrale Bedeutung für die Theologie sowie für die theologische bzw. kirchliche Praxis zu betonen und weiter zu erschließen. In Auseinandersetzung mit den bisherigen Versuchen der Elementarisierung, insbesondere mit K. E. Nipkow, der sich zugleich auch mit dem Bereich des ökumenischen Lernens auseinandergesetzt hat, soll der Begriff des Elementaren, der Prozeß der Elementarisierung sowie elementares Lernen im Zusammenhang mit ökumenischem Lernen neu durchdacht und vertieft werden. Elementare Lernprozesse, wollen sie Mündigkeit, Urteils- und Handlungskompetenz im oben genannten Sinn vermitteln, finden dort statt, wo der Begriff des Elementaren bisher so nicht im Blick war: im Rahmen ökumenischen Lernens. Die im Anschluß an den Einführungsteil folgenden Kapitel bauen darauf auf und versuchen, einen möglichen ökumenischen Lernprozeß als elementares Lernen an der Frage der Gerechtigkeit exemplarisch zu entfalten, um so konkrete Anknüpfungspunkte zu bieten und ebenso konkrete Lernerfahrungen im Rahmen des ökumenischen Lernens reflektieren zu können.

In den nun folgenden Überlegungen wird zunächst der Versuch unternommen, die gegenwärtige Ausgangssituation zu skizzieren, um die Notwendigkeit ökumenischen Lernens als Elementarisierung hochkomplexer Vorgänge zu verdeutlichen. Ein anschließender Überblick zur Entwicklung des Begriffs der Elementarisierung wird von der Frage begleitet, welche

Lernprozesse und Versuche der Elementarisierung heute notwendig sind und auf welche Weise sich elementares Lernen vollzieht. Dies führt zu einer Auseinandersetzung mit bisherigen Versuchen der Elementarisierung, denen ein Elementarisierungs- und Lernprozeß gegenübergestellt wird, der die Knotenpunkte ganz elementar und direkt zu fassen versucht, an denen heute die wirklich lebensnotwendigen Entscheidungen fallen: Einerseits müssen vielschichtige und umfassende Zusammenhänge verständlich und durchschaubar gemacht werden, die die gegenwärtigen Bedingungen des Lebens entscheidend bestimmen, andererseits darf die Einsicht in diese komplexen Zusammenhänge nicht zur lähmenden Resignation und Verzweiflung führen, die schließlich auch mit dem Scheitern der eigenen Hoffnung eine Umkehr und Veränderung unmöglich machen. Dieses sind die beiden Koordinaten, an denen sich der Prozeß der Elementarisierung orientieren muß: eine Alphabetisieren in Fragen der Lebensfähigkeit der Menschheit sowie der gegenwärtigen Ökonomie und zugleich eine Alphabetisierung in der „Sprache der Hoffnung.“⁵ Damit wird deutlich, daß die Lernprozesse unter den Bedingungen von „Gesetz und Evangelium“ stehen. Gesellschaftliche Lernprozesse und die mit ihnen verbundenen politischen Erfahrungen sind oft schmerzhaft, sie können zur lähmenden Resignation führen, aber von ihnen können auch eine befreiende Dynamik und vielfältige, ansteckende Befreiungsimpulse ausgehen, aus denen man Hoffnung schöpft, die zum Handeln befähigt.

1.1 Ökonomie in der Krise: Der globale freie Markt und die Suche nach Gerechtigkeit

Der Versuch, sich auf den Weg des ökumenischen und damit elementaren Lernens zu begeben, ist notwendig, weil wir uns in einer tiefen Krise befinden, in einem Umbruch, dessen Ort und Richtung sich nur konstatieren lassen, wenn wir die Zusammenhänge des globalen Marktes, der kapitalistisch geprägten Weltwirtschaft, aufspüren und seine Mechanismen und Sachzwänge durchschaubar machen. Denn die dem Kapitalismus als politisch-ökonomischem System inwohnende destruktive Logik wird im Interesse weniger immer weiter konsolidiert und führt dazu, daß die Gewinner dieser Entwicklung weiter ihre Position gegenüber der Großzahl der Verlierer und Opfer ausbauen können. So wahrgenommen, läßt sich die globale Marktwirtschaft als ein System entlarven, das erstens nicht „gottgegeben“ oder ein apodiktisches „Naturgesetz“ ist, sondern aus menschlichem Überlegen und Handeln resultiert und zweitens nur eine winzige Minderheit profitieren und im Überfluß leben läßt, während die Existenz eines Großteils der Menschen im Süden, aber auch zunehmend im Osten und im Norden gefährdet ist. Die Auswirkungen der Verschuldung und Verarmung der Zweidrittelwelt auf den Norden bzw. auf die nördlichen Industrieländer sind kaum bekannt, weil die Folgen im Süden der Erde zweifellos dramatischer sind. Aber dieses scheinbar für viele noch entfernte Phänomen betrifft tatsächlich auch die Menschen im Norden. Es besteht aber die berechtigte Hoffnung, daß die Zahl derer sich vergrößert, die Widerstand leisten, sollte in einem möglichen Lernprozeß erkennbar werden, daß die globalen Mechanismen der Marktwirtschaft sowohl für die Verarmung der Menschen in der Zweidrittelwelt als auch zunehmend für Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und die Zerstörung der Umwelt in den nördlichen Industrieländern verantwortlich sind. Somit können sich aus einer Auseinandersetzung mit ökonomischen Analysen aus didaktischer Perspektive Anknüpfungspunkte für Alternativen der Gerechtigkeit, Strategien des Widerstands und Wege aus der Armut ergeben. Eine solche Orientierung ist notwendige Voraussetzung für konkretes Handeln, um nicht angesichts erfahrener Enttäuschung zu resignieren und die Hoffnung auf wirkliche Veränderung zu verlieren. Die hier ausgeführten Überlegungen haben damit in erster Linie die Verlierer der globalisierten freien Marktwirtschaft und die Men-

⁵ Vgl. die Überlegungen von Baldermann, I. (1988a) und (1996).

schen und Gruppen im Blick, die versuchen, mit ihnen solidarisch zu widerstehen und nach Alternativen zu suchen.

Die gegenwärtige Situation ist für diesen Versuch nicht günstig, daher ist ein umfassender Lernprozeß, der nüchterne Analysen ebenso wie eine intensive Diskussion über Strategien des Widerstandes umfaßt, um so notwendiger. Viele Gruppen, Bewegungen und alle Menschen, die sich nach einem tiefgreifenden Wandel sehnen, mußten ihre Hoffnungen oft enttäuscht sehen. Der Golfkrieg zeigte in dramatischer Weise, daß trotz der Sehnsucht nach einer Neuverteilung der Ressourcen von der Rüstung hin zu innovativen Entwicklungen die westlichen kapitalistischen Industrieländer unbeirrt an einer auf Expansion hin ausgerichteten Machtpolitik festhalten, die sie in letzter Konsequenz mit militärischen Mitteln durchsetzen. Noch 1989 eröffnete sich eine neue Perspektive. Es bestand Zuversicht, daß die Bürgerrechtsbewegungen in Mittel- und Osteuropa die bestehenden politischen Systeme überwinden und sogar im Westen basisdemokratische und wirtschaftlich gerechtere Alternativen durchsetzen könnten. Aber inzwischen sind auch diese Kräfte des Umbruchs an die Peripherie der modernen, an Konsum orientierten Marktgesellschaft gedrängt worden, während das westlich bestimmte Wirtschaftssystem immer weiter die Scherenentwicklung zwischen Arm und Reich forciert.

Man hat schon lange davon Kenntnis genommen, daß in der westlichen Marktordnung, die 1944 auf der Konferenz der Weltmächte in Bretton Woods/USA konzipiert wurde, die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden. Doch diese Scherenentwicklung betrifft keineswegs nur das Verhältnis zwischen den armen Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und den Industriegesellschaften des Nordens. Auch im Osten fallen immer mehr Menschen nach der wirtschaftlichen Annexion durch den Westen in Armut, und sogar im Westen bzw. Norden selbst sind zunehmend mehr Menschen von „Verarmungsprozessen“⁶ betroffen. Es sollen hier nur einige Andeutungen gemacht und ein einführender Überblick gegeben werden, der aber einen klaren Trend aufzeigt. Allein in Europa ist die Subsistenz von 50 Millionen Frauen und Männern durch Unterversorgung gefährdet⁷, wobei eine deutliche Feminisierung der Armut festzustellen ist.⁸ Ein ausschlaggebender Aspekt von Armut ist das Einkommen. Menschen, die weniger als 50 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens erhalten, fallen unter die Armutsgrenze.⁹ Dazu kommt die Gefährdung der elementaren Grundbedürfnisse der Menschen wie Arbeit, Wohnen, Ausbildung, Gesundheit und soziale Beziehungen. Ängste und Sorgen um die Lebensgrundlage lassen viele Menschen seelisch erkranken und haben gravierende sozial-psychologische Folgen. Weltweit gesehen mangelt es in erster Linie an Trinkwasser, Nahrung und Kleidung.

Auch in Deutschland hat ein nicht mehr übersehbarer Verarmungsprozeß seit den achtziger Jahren stattgefunden, der sich mit ansteigender Tendenz in den neunziger Jahren fortsetzt.¹⁰ Danach lebten 1992 in Deutschland 9,1 Prozent der Bevölkerung in Einkommensarmut. Lag

⁶ Zur Verwendung des Begriffs siehe Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 17ff.; Duchrow, U. (1994b), 11.

⁷ Duchrow, U. (1994b), 11, die Angaben sind dem Bericht der Nationalen Armutskonferenz in der Frankfurter Rundschau vom 20.1.93 entnommen. Hier erscheinen u.a. immer wieder kritisch-informative Berichte zur gegenwärtigen Situation; vgl. z.B. auch den Bericht der Frankfurter Rundschau vom 13.12.96 zur Arbeitsmarktsituation und Handelspolitik, S. 1 u. 3. Darüber hinaus bieten die Zeitschriften Junge Kirche sowie Publik-Forum, beide herausgegeben von kritischen Christen, weit ab der Massenmedien informative Berichte über die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklungen im lokalen und globalen Kontext.

⁸ Vgl. dazu den Beitrag von Kroll, B. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 155-158.

⁹ In der Armutsbereichterstattung geht man hier von einer gemeinsamen Armutsschwelle aus. Sie liegt bei 50 Prozent des durchschnittlichen, gemäß der Haushaltsstruktur gewichteten, Haushaltsnettoeinkommens. Man legt die Armutsgrenze bei 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens aus pragmatischen Gründen fest, um eine internationale Vergleichbarkeit zu erreichen.

¹⁰ Ich möchte hier auf die Analysen und methodischen Ansätze der Armutsbereichterstattung in Döring, D. u. a. (1990) und Hanesch, W. u. a. (1994) hinweisen. Zu dem Beitrag von Hanesch, W. u. a. (1994) hat die Junge Kirche einen zusammenfassenden Überblick veröffentlicht, in dem man sich über die wesentlichen Forschungsergebnisse informieren kann; siehe Junge Kirche 7/8/94, 428-433. Vgl. dazu aber auch Huster, E. U. (1993a) bzw. Huster, E. U. (1993b) sowie Kessler, W. (1993b), (1996a), (1996b).

der Anteil in Westdeutschland bei 7 Prozent, so betrug die Einkommensarmutsquote in Ostdeutschland 14,8 Prozent. Die Menschen sind im Osten noch wesentlich stärker von der Armut betroffen. Die Zahl der Arbeitslosen und der Menschen, die von Sozialhilfe ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, steigt permanent an und macht die Entwicklung besonders deutlich. So waren in Ost- und Westdeutschland im Januar 1997 bereits 4,66 Millionen Frauen und Männer als arbeitslos gemeldet, wobei in dieser Angabe nicht jene berücksichtigt sind, die an Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen und in Kurzarbeit beschäftigt sind. In Europa, genauer in der EU, meldeten sich Ende 1996 bereits 18,1 Millionen Arbeitslose. Allein in Ostdeutschland sank die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten vier Jahren nach 1989 von 10 Millionen auf 6 Millionen, so daß die Arbeitslosigkeit bei durchschnittlich 15 Prozent lag. Die Lebensbedingungen der meisten von Arbeitslosigkeit Betroffenen verschlechtern sich zunehmend durch die drastischen Kürzungen der Sozialausgaben. Ende 1994 waren 2,25 Millionen Menschen in Deutschland gezwungen, Sozialhilfe zu beziehen. Darunter befinden sich allein 409.000 Kinder unter sieben Jahren. Berücksichtigt man zudem die „verdeckte Armut“, d.h. den Sozialhilfeanspruch derer, die diesen aus Scheu oder Unwissenheit nicht wahrnehmen, so kommen allein auf vier Sozialhilfebezieher drei hinzu. Diese Anzahl wurde 1993 mit 1,8 Millionen verdeckt armen Menschen beziffert. Eine weitere katastrophale Folge der Armut ist der Verlust der eigenen Wohnung, von dem zunehmend auch Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Frauen und Jugendliche betroffen sind. Die Obdachlosigkeit steigt rapide an: Die Zahl derer, die amtlich untergebracht sind, schätzt man allein auf 250.000 bis 300.000. Die Dunkelziffer der Obdachlosen in Deutschland liegt jedoch weit darüber. Weitere Opfer der Entwicklung sind die Gesundheitsversorgung und die öffentlichen bzw. privaten Haushalte, deren Verschuldung stetig wächst.¹¹

Die Verarmungsprozesse in der Zweidrittelwelt führen gleichzeitig dazu, daß noch nicht einmal die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse wie Essen und Trinken gewährleistet ist. Die daraus resultierenden physischen und psychischen Schäden sind bestürzend und führen zur Dekomposition ganzer Gesellschaften, die sich in einer ununterbrochenen Agonie befinden, deren Ende noch nicht abzusehen ist und der den Nährboden für immer weitere Konflikte bildet.¹² So werden die an Hunger sterbenden Kinder und Erwachsenen von uns nur noch in Millionenstatistiken wahrgenommen.

Die soziale und ökonomische Situation im Osten entwickelt sich nun in ähnlicher Weise, wie dies bereits im Süden geschehen ist. Dem real existierenden Sozialismus ist es zwar teilweise gelungen, eine größere Verteilungsgerechtigkeit als in der westlichen Marktordnung zu erreichen, jedoch ist er gescheitert, weil die Menschen nicht nur soziale Gerechtigkeit haben, sondern auch an politischen Entscheidungen partizipieren wollten. Der so im Osten betriebene Sozialismus konnte ohne Partizipation der Menschen und in ständiger Konkurrenz zur westlichen Marktwirtschaft ökonomisch nicht funktionieren. Obwohl weder die politischen, rechtlichen noch kulturellen Rahmenbedingungen geschaffen worden sind, vertrauen die Regierungen nun blind auf die im Westen propagierte Omnipotenz des freien Marktes, dessen soziale Folgen auch dort ganze Gesellschaften auflösen, soziale Beziehungen zerstören und Verarmungsprozesse fördern.

Alles deutet darauf hin, daß die westlich geprägte Marktwirtschaft sich zu einem globalen System entwickelt hat, das weltweit alle Menschen betrifft und dem sich niemand entziehen kann. Die Ursachen von Armut, struktureller Gewalt und Ungerechtigkeit, die Zerstörung der Schöpfung und die Bedrohung des Friedens, welche in ganz fundamentaler Weise zusammen

¹¹ Vgl. dazu auch die Zahlen der Studie der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz in EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1997), 25-38; siehe neben Hanesch, W. (1994) auch BAG-Schuldnerberatung/Burckhardthaus (1988) und BAG-Schuldnerberatung/DGB (1994).

¹² Ich verweise zunächst auf die kritischen Analysen des Transnational Institute (TNI) von George, S. (1988) und (1993); dazu ergänzend Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992) und Strahm, R. H. (1985) bzw. Schubert, A. (1985).

hängen, sind dort zu suchen. Wesentliches Merkmal dieser Entwicklung ist seit den achtziger Jahren ein Verarmungsprozeß, der nicht nur partikular auftritt, sondern sich in allen Regionen dieser Erde, wenn auch mit unterschiedlicher Dynamik, vollzieht. Die gleiche Dynamik erfährt die Zerstörung der Ökologie.

Auffallend ist aber, daß analog zu den weltweiten Verarmungsprozessen und der Zerstörung der Ökologie eine enorme Akkumulation und Konzentration von Reichtum stattgefunden hat.¹³ Offensichtlich haben sich die politischen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen in den letzten zehn Jahren so verändert, daß die Konzentration von Reichtum und somit die Disparität der sozialen Verteilung in der Bundesrepublik begünstigt worden ist. Einerseits vollzieht sich die Reichtumskonzentration innerhalb der reichen Länder des Nordens, die soziale Verteilung ist dort ungleicher denn je. Andererseits hat sich aber auch die Scherenentwicklung zwischen Süden und Norden dramatisch zugespitzt. Die Rahmenbedingungen des Weltmarktes sind so gesetzt, daß es den Gläubigerbanken und -ländern möglich ist, jährlich 50 Milliarden US-Dollar allein an Zinszahlungen von den verschuldeten Ländern zu erhalten. Diese verlieren insgesamt Jahr für Jahr durch diese Bedingungen mindestens 500 Milliarden US Dollar an die reichen Länder des Nordens. Dies ist zehnmal soviel wie die armen Länder an sogenannter Entwicklungshilfe erhalten.¹⁴ Folgende Zahlen mögen dies verdeutlichen¹⁵: Betrachtet man die weltweite Einkommensverteilung, so verfügen 20 Prozent der Weltbevölkerung alleine über 82,7 Prozent des Welteinkommens. Weitere 20 Prozent der Weltbevölkerung verfügen noch über 11,7 Prozent des Welteinkommens. Erhalten weitere 20 Prozent der Menschen 2,3 Prozent und ein weiteres Fünftel 1,7 Prozent, so verbleiben dem letzten Fünftel, den Ärmsten, lediglich nur noch 1,4 Prozent des Welteinkommens. Die reichsten 20 Prozent sind ebenfalls zu 80 Prozent am Verbrauch der natürlichen Ressourcen und an der Zerstörung der Ökologie beteiligt.¹⁶ Damit hat sich weltweit eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ entwickelt, deren reichste Mitglieder nicht nur über 80 Prozent des Welteinkommens verfügen, sondern auch damit verbunden über wirtschaftliche Mächte, die den größten Teil der Menschheit zur absoluten Heteronomie zwingt.¹⁷

Angesichts der Folgen des globalisierten freien Marktes verbreitet sich bei vielen Menschen zunehmend Resignation und Hoffnungslosigkeit. Es entwickeln sich aber auch Formen des Widerstandes, zu nennen sind z.B. Netzwerke von Selbsthilfeorganisationen der Opfer und Solidaritätsgruppen¹⁸, die als die neuen „sozialen Bewegungen der Zivilgesellschaft“ bezeichnet werden.¹⁹ Diese werden auch von der Ökumenischen Bewegung mitgetragen, die ihre Verantwortung, sich auf die Suche nach globaler Gerechtigkeit zu begeben, erkennt und mit der theologischen Rede von der „Option für die Armen“ als ethisches Kriterium für Gerechtigkeit

¹³ Zur Situation in Deutschland vgl. besonders Huster, E. U. (1993a), (1993b); siehe auch Kessler, W. (1996a), (1996b) und Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 62f.

¹⁴ Vgl. George, S. (1988) passim und (1993), 9f.; siehe UNDP (1992), 48f. Jährlich erfolgt ein Netto-Kapitaltransfer von 50 Milliarden Dollar an Zinszahlungen des Südens an den Norden. Darüber hinaus gehen dem Süden jährlich 450 Milliarden Dollar durch Marktbenachteiligungen am Weltmarkt verloren.

¹⁵ Vgl. Morazán, P. (1994), 25 und UNDP (1992); siehe Duchrow, U. (1994b), 14; ÖRK (1992), 21; Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 16-21.

¹⁶ So auch Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 20f.

¹⁷ Vgl. insgesamt auch den Beitrag von Veerkamp, T. (1995). Veerkamp konstatiert zusammenfassend, daß nicht die Armut das Problem ist, sondern der Reichtum.

¹⁸ Ich möchte hier vor allem die NROs (Nichtregierungsorganisationen, auch als NGOs bekannt) und das Netzwerk „Kairos Europa - Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit“ nennen. Vgl. dazu Junge Kirche 10/90, 556f. u. 4/94, 497ff.; Duchrow, U. (1991), (1992b), (1994a), (1996), (1997); FEST (1995); WEED (1993-1994). Auch der ÖRK und die Ökumenische Bewegung als prophetische Kritikbewegung beschäftigen sich intensiv mit der Problematik der Weltwirtschaft und versuchen, Widerstand in den Kirchen aufzubauen. Der ÖRK befaßt sich seit seiner Gründung 1948 mit diesem Thema; siehe dazu ÖRK (1990) bzw. (1992); Dejung, K.-H. (1973); Raiser, K. (1989), (1990b), (1991), (1994a), (1994b); Huber, W. (1991). Zum Stand der ökumenischen Kritik am gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem vgl. auch Duchrow, U. (1987), 101-113.

¹⁹ Vgl. de Santa Ana, J. (1990) und Duchrow, U. (1990).

in ökonomischen Prozessen reagiert. Diese Formel hat ihre Prägung vor allem durch die latein-amerikanische Befreiungstheologie erfahren, sie hat sich aber inzwischen zum Konsens innerhalb der ökumenischen Christenheit entwickelt. Die Ökumenische Bewegung versucht, um mit biblischer Sprache zu sprechen, den Traum von einer gerechten und gewaltfreien Welt, so wie es die biblischen Traditionen bezeugen, in der die Hungernden satt sind, lachen und sein werden wie die Träumenden, nicht zu verlieren und stellt sich dem kollektiv verbreiteten geistlosen Pragmatismus ohne Utopie entgegen. So stellt die Beurteilung der Weltwirtschaft, ihrer scheinbar undurchschaubaren Mechanismen und deren Folgen der Armut und Verelendung eines großen Teils der Menschen im gemeinsamen Haushalt auf der einen bewohnten Erde für viele christliche Gruppen, Gemeinden und Kirchen in der Zweidrittelwelt sowie in der gesamten Ökumene, die sich von der Theologie der Befreiung²⁰ leiten lassen, nicht länger eine theologische Randfrage dar, sondern sie ist zu einer zentralen Glaubensfrage geworden.²¹ Die kritischen Stimmen innerhalb der Ökumene gegenüber der globalen, krisenhaften ökonomischen Entwicklung sind zahlreich. So stellt die Ökumenische Weltversammlung von Seoul fest: „Die Menschheit hat offenbar eine qualitativ neue Epoche ihrer Geschichte erreicht. Sie ist dazu in der Lage, sich selbst zu vernichten. Die Lebensqualität sinkt, das Leben selbst steht auf dem Spiel.“²² Als Ursache sieht sie die „tief verwurzelten, tödlichen Formen der Ungerechtigkeit“ und verweist auf globale Zusammenhänge: „Ein kleiner Teil der Bevölkerung lebt in so großem Wohlstand und verfügt über so viel Macht, wie dies aus der Vergangenheit unbekannt ist. Gleichzeitig fristen Millionen von Menschen ihr Leben in erdrückender Armut, Hunger und Unterdrückung²³ ... Ihre Armut ist kein Zufall. Sie ist sehr oft das Ergebnis einer bewußt darauf gerichteten Politik, Reichtum und Macht zu vergrößern. Armut ist ein Skandal und ein Verbrechen.“²⁴ Die Ökumenische Weltversammlung bekräftigt die elementare biblisch-theologische Einsicht, „daß Gott auf der Seite der Armen steht.“²⁵ In deutlicher Form erscheinen die Armen als Maßstab ökonomischen Handelns, dessen Konsequenz „der Kampf um wirtschaftliche Gerechtigkeit“²⁶ ist. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen ökonomischen Krise betont der ÖRK, daß „Gottesdienst und Wirtschaft“ zwar „nur selten in einem Atemzug genannt“ werden, jedoch „die wirtschaftliche Verantwortung im Lichte der Realität des Gottesdienstes zu betrachten ... von äußerster Wichtigkeit“ ist. In diesem Sinn weist der ÖRK ebenso wie die Ökumenische Weltversammlung in Seoul darauf hin, daß „die wichtigste Richtschnur für die zwischenmenschlichen Beziehungen und das Verhalten der Menschen untereinander ... Gottes Gerechtigkeit“ ist, „die wir durch eine vorrangige Option für die Armen entdecken können.“²⁷ Die Option für die Armen und das damit verbundene Gerechtigkeitsverständnis erscheint als unverzichtbarer ethischer Maßstab, an dem sich ökonomische Prozesse zu orientieren haben: „In einer Zeit, in der für alle Christen die Kluft zwischen Reich und Arm eines der größten Probleme darstellt, liegt eine weitere Herausforderung ... darin, Gottes vorrangige Option für die Armen zu akzeptieren. Der Wert einer Gesellschaft, und analog eines Wirtschaftssystems, muß sich messen lassen nicht an Macht, Reichtum oder Größe, sondern daran, wie diese Gesellschaft oder dieses Wirtschaftssystem für ihre oder seine ärmsten und schwächsten Mitglieder sorgt.“²⁸ Der Glaubensbrief über die Wirtschaft von christlichen Gruppen und

²⁰ Siehe einführend Boff, C. (1986); Boff, L./Kern, B./Müller, A. (1988); Gutierrez, G. (1973) und (1984); Goldstein, H. (1991); Greinacher, N. (1990).

²¹ Ich verweise auf die ökonomisch-theologischen Beiträge im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise der Zweidrittelwelt von Assmann, H. u. a. (1984), Hinkelammert, F. J. (1985), (1994), (1996), Füssel, K. u. a. (1989), Boff, C./Pixley, J. (1987) und Assmann, H./Hinkelammert, F. J. (1992).

²² ÖRK (1990), 11.

²³ Ebd.

²⁴ A.a.O., 18.

²⁵ Ebd.

²⁶ A.a.O., 31.

²⁷ ÖRK (1992), 46.

²⁸ A.a.O., 52.

Organisationen aus den Niederlanden setzt seine Kritik ganz grundsätzlich an der gegenwärtigen Ökonomie an und stellt diese mit dem Hinweis auf „fundamentale Konstruktionsfehler unserer Wirtschaftsordnung“ in Frage: „Wer der heutigen Wirtschaftsordnung blind vertraut, dem ... wird eine Enttäuschung nicht erspart bleiben. Wollen wir wirkliche Lösungen für die Probleme der Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltverschmutzung finden, dann müssen wir zunächst unsere Wirtschaftsordnung zur Diskussion stellen.“²⁹ Unter Berufung auf die biblischen Traditionen nennt der niederländische Glaubensbrief ebenfalls deutliche Kriterien als Orientierungsrahmen für wirtschaftliches Handeln: „Das Recht der Armen steht an erster Stelle. In einer gerechten Gesellschaft hat das Bedürfnis der Schwachen und Machtlosen die höchste Priorität. Gerechtigkeit in diesem Sinne ist darum ... der Maßstab, um unsere wirtschaftliche Aktivitäten zu beurteilen.“³⁰ Ähnlich grundlegend stellt sich auch die Kritik der Vollversammlung des ÖRK in Canberra an der gegenwärtigen Marktordnung dar: „Auf allen sechs vorangegangenen Vollversammlungen hat der Ökumenische Rat der Kirchen ... auf die eklatanten Widersprüche und Ungleichgewichte im Weltwirtschaftssystem hingewiesen. Überkommene Strukturen verhindern weiterhin wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit für die armen und ausgebeuteten Völker und Länder. Der Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist notwendig.“³¹ Schließlich kommt der US-amerikanische Hirtenbrief über die katholische Soziallehre zu dem Schluß: „Wir beurteilen jedes Wirtschaftssystem danach, was es für die Menschen leistet und an ihnen bewirkt und wie es die Teilnahme aller an ihm ermöglicht. Die Wirtschaft muß dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.“³² Die Äußerungen innerhalb der Ökumene erinnern immer wieder an den ursprünglich instrumentellen Charakter der Wirtschaft und des Marktes, der sich als eine von Menschen geschaffene Institution vor allem den Bedürfnissen des Menschen unterzuordnen hat.

Diese fundamentale Kritik an gegenwärtigen ökonomischen Prozessen und Strukturen stellt eine ernstzunehmende Herausforderung dar, die ökonomische, politisch und religiöse Mitverantwortung zu sehen bzw. mit großer Sensibilität wahrzunehmen. Der ökumenische Dialog wirft in diesem Zusammenhang vor allem drei grundsätzliche Fragen auf, die für einen möglichen Lernprozeß von großer Bedeutung sind: Gibt es Wege, die Grundstrukturen des globalen Marktes zu verstehen und herauszufinden, welche Gruppen und Institutionen in diesen ökonomischen Mechanismen verantwortlich sind? Ist es möglich, ökonomische Strukturen nach biblischen Maßstäben zu beurteilen und schließlich Hoffnung zu schöpfen sowie handeln zu lernen? Die ökumenische Perspektive, die krisenhafte ökonomische Entwicklung aus der Sicht von „unten“, also aus dem Blickwinkel der Verlierer zu sehen, fordert dazu auf, die Armen selbst als Lehrer in diesem Lernprozeß zu betrachten, die uns von unserer geistigen Apartheid, technologisch überentwickelt und spirituell unterentwickelt, befreien können.³³

Der Ansatz der „Option für die Armen“, in dem aus theologischer Sicht versucht wird, sich für Fragen der Ökonomie zu öffnen und diese zu erschließen, hat eine theologische und sozialeschlechte Schlüsselbedeutung innerhalb der ökumenischen Diskussion sowie Ökumenischen Bewegung erhalten. Diese Diskussion spiegelt eine Minderheitenposition wieder und wird von den Verfechtern der gegenwärtigen neoliberalen Markttheorie und -praxis, die sich mit Vehemenz für eine uneingeschränkte Freiheit der Märkte einsetzen und deren Globalisierung voran-

²⁹ FEST (1995), 16.

³⁰ A.a.O., 42.

³¹ ÖRK (1991), 19f.

³² Zitiert nach FEST (1995), 16. Das Zitat ist entnommen aus: Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle. Hirtenbrief über die katholische Soziallehre und die amerikanische Wirtschaft. Die neue Ordnung, Sonderheft, Februar 1987, 18. Vergleiche zur Diskussion um den theologisch-ethischen Maßstab der Option für die Armen und den damit verbundenen Gerechtigkeitsbegriff den Beitrag von Bedford-Strom, H. (1993).

³³ Vor allem sei hier der Beitrag zu einer Befreiungstheologie im Kontext der „ersten“ Welt von Schottroff, L./Schottroff, W. (1986) sowie die Überlegungen von Duchrow, U. (1986) genannt.

treiben, mit äußerster Skepsis verfolgt. Die Darstellung der neoliberalen Position macht die unauflösbare Kontroverse deutlich, in der wir uns zur Zeit befinden.

1.2 Der freie Markt aus der Perspektive des Neoliberalismus: F. A. von Hayek und M. Friedman

Die ökonomische Entwicklung im Rahmen des globalen freien Marktes erfährt eine unterschiedliche Wahrnehmung und Beurteilung. Die Option für die Armen sowie die damit aus wirtschaftsethischer Perspektive verbundene Frage nach sozialer, globaler Gerechtigkeit wird von den Vertretern des marktradikalen Neoliberalismus aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Die Diskussion wirtschaftsethischer Impulse im Hinblick auf ökonomische Prozesse wird als bedrohlich für die Gesellschaft gedeutet. Für M. Friedman geht eine konkrete Gefahr von Gruppen und Bewegungen aus, die diese Ansätze politisch entfalten und ins Gespräch bringen: „Es ist eine Bedrohung von innen, die von den Menschen mit guten Absichten und gutem Willen ausgeht, die uns zu reformieren wünschen.“³⁴ Mit Bezugnahme auf Adam Smith kommt Friedman angesichts dieser Versuche zu dem Urteil, daß „viele Möglichkeiten einer Nation“ bestehen, „zum Ruin zu gelangen.“³⁵ Bemühungen der Ökumenischen Bewegung um Gerechtigkeit als ethischer Maßstab in ökonomischen Prozessen werden grundlegend verworfen: „Die Gewalt, die der Sprache angetan wird, um irgendein Ideal zu fördern, hat anscheinend kein Ende, und das Beispiel >soziale Gerechtigkeit< hat in jüngster Zeit den Ausdruck >globale Gerechtigkeit< hervorgerufen! Seine Negation, >globale Ungerechtigkeit<, wurde von einer ökumenischen Versammlung führender amerikanischer Geistlicher definiert als >charakterisiert durch eine Dimension der Sünde in den ökonomischen, politischen, sozialen, sexuellen und Klassenstrukturen und -systemen der globalen Gesellschaft<! Es scheint, als ob die Überzeugung, daß man für eine gute Sache eintritt, mehr schlampiges Denken und selbst intellektuelle Unredlichkeit hervorgebracht hat als vielleicht jede andere Ursache.“³⁶ Danach, so scheint es, hat sich „das Schlagwort >soziale Gerechtigkeit<“ zu einem „unredlichen Mittel“ entwickelt. Der Begriff ist im Sinne der Vertreter des Neoliberalismus innerhalb der politischen Auseinandersetzung völlig unbrauchbar und stellt inhaltlich eine „Leerformel“ dar, da er als „negative Behauptung“ in einer Gesellschaft freier Menschen „nicht bewiesen werden“ und bei notwendigen Entscheidungen nicht helfen kann³⁷, der Ausdruck ist „intellektuell anrüchig, ein Kennzeichen der Demagogie oder des billigen Journalismus, den zu benutzen verantwortlich Denkende sich schämen sollten, weil sein Gebrauch, sobald die Leerheit dieses Ausdrucks erkannt ist, unredlich ist.“³⁸ So sieht F. A. Hayek, Nobelpreisträger und einer der führenden Verfechter neoliberaler Marktordnung, keinerlei Zusammenhänge zwischen den Begriffen „soziale Gerechtigkeit“ und „Marktwirtschaft“ und wendet sich explizit gegen eine Verbindung beider Kategorien, da niemand soziale Ungerechtigkeit feststellen könne, denn es könne auch niemand im Rahmen der freien Marktordnung ungerecht handeln: „Es kann keine Prüfung geben, mittels derer wir entdecken können, was sozial ungerecht ist, weil es kein Subjekt gibt, von dem eine solche Ungerechtigkeit begangen werden kann ... Der Ausdruck >soziale Gerechtigkeit< gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnigen wie der Ausdruck >ein morali

³⁴ Friedman, M. (1976), 257.

³⁵ A.a.O., 258.

³⁶ Hayek, F. A. (1981), 113f. Hayek bezieht sich in seinen Äußerungen auf das Statement of Conscience, das während eines ökumenischen Treffens vom 4.-7. Juni 1974 führender amerikanischer Geistlicher in Aspen, Colorado verabschiedet wurde.

³⁷ A.a.O., 133.

³⁸ A.a.O., 134.

scher Stein³⁹. Hayek bestreitet mit Vehemenz kategorisch die Relevanz und Zweckmäßigkeit des Wortes „sozial“ zur Analyse und Typisierung gesellschaftspolitischer sowie ökonomischer Prozesse. Dementsprechend verneint er die Verwendbarkeit des Begriffs der „sozialen Marktwirtschaft“ und warnt vor den problematischen Konsequenzen: „Das Wort ist in der Tat zu einer der Hauptquelle der Konfusion im politischen Diskurs geworden und kann wahrscheinlich nicht länger für irgendeinen nützlichen Zweck in Anspruch genommen werden.“⁴⁰ Nach Hayek beinhaltet die Forderung sozialer Gerechtigkeit und deren Umsetzung in gesellschaftliche Praxis selbstzerstörerische Folgen für ganze Gesellschaftssysteme. So charakterisiert er die Wirkung des Begriffs als äußerst destruktiv: „Daß ... der fortgesetzte Gebrauch des Ausdrucks nicht nur unredlich und die Quelle ständiger politischer Konfusion, sondern auch zerstörerisch für das Moralempfinden ist.“⁴¹ Darüber hinaus kommt er zu der Folgerung, daß Gesellschaften, „die sie ausprobieren, schnell verschwinden“⁴² und „Versuche, >soziale Gerechtigkeit< in einer Gesellschaft freier Individuen durchzusetzen, ein Funktionieren dieser Gesellschaften unmöglich machen muß.“⁴³ Bemühungen um soziale Gerechtigkeit gefährden danach eine lebensfähige Marktordnung als fundamentale Grundlage gesellschaftlicher Systeme und menschlichen Zusammenlebens. Hayek sieht bei den sogenannten „Aposteln der >sozialen Gerechtigkeit<“ primär Neid als Ursache und Motivation, jene „Leerformel“ zu verbreiten. Zugleich stellen sie die unbelehrbaren „Zerstörer der Gesellschaft dar“, die „viel schmutzige Gefühle“ anvisieren: „die Abneigung gegen Leute, denen es besser geht als einem selbst, oder einfach den Neid, ... jene Feindseligkeit gegen großen Reichtum, die es als einen >Skandal< darstellt, daß einige große Reichtümer genießen, während andere nicht einmal ihre Grundbedürfnisse befriedigen können ... Zumindest alle, die die Reichen zu plündern wünschen ..., ... weil sie allein die Existenz der Reichen als eine Schmach betrachten ...“⁴⁴ So kommt die neoliberale Argumentation zu dem Ergebnis, daß es zwingend notwendig ist, den Begriff der >sozialen Gerechtigkeit< „über Bord“ zu werfen, wenn eine Gesellschaft freier Menschen funktionsfähig sein soll.

Trotz dieser fundamentalen Kritik am Begriff der >sozialen Gerechtigkeit< nimmt Hayek durchaus die „Betroffenheit über das Leiden großer Menschenmassen in den armen Ländern“ wahr. In seiner neoliberalen Analyse werden jedoch keine möglichen Ursachen für dieses Leiden genannt. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung steht vielmehr die „moderne Technologie“, die eine „substantielle materielle Hilfe“ der reicheren Länder überhaupt erst ermöglicht und „Beachtung“ verdient. Diese Technologie habe sich nur entwickeln können, „weil einige Länder imstande waren, große Reichtümer aufzubauen, während sich im größten Teil der Welt nur wenig veränderte.“⁴⁵ Verluste der Existenzgrundlage ganzer Gesellschaften oder einzelner Gruppen innerhalb einer Gesellschaft durch ökonomische Mechanismen bzw. Entwicklungen des globalen freien Marktes werden lapidar mit Hilfe der Formulierung „unverdiente Schicksalsschläge“ interpretiert.⁴⁶

Hinter den Äußerungen Hayeks steht eine ethische Perspektive, die sich fundamental von jener unterscheidet, die sich innerhalb der Ökumenischen Bewegung entwickelt hat. Ungleichheiten sind im Rahmen eines funktionsfähigen freien Marktes nicht negativ zu bewerten, sondern sogar unbedingt notwendig. Erst freie Konkurrenz auf dem Markt schafft größtmöglichen Wohlstand und Glück für alle Marktteilnehmer, die marktwirtschaftlichen Mechanismen von Angebot und Nachfrage können sich danach nur innerhalb eines deregulierten Marktgeschehens zum Wohle aller entfalten. Die neoliberale Theorie lehnt Gerechtigkeit als ethisches Kri

³⁹ A.a.O., 111f.

⁴⁰ A.a.O., 113.

⁴¹ A.a.O., 134.

⁴² A.a.O., 135.

⁴³ A.a.O., 133f.

⁴⁴ A.a.O., 135f.

⁴⁵ A.a.O., 125.

⁴⁶ A.a.O., 130.

terium ab, da sie davon ausgeht, daß der Markt aus sich heraus Gerechtigkeit schafft, wenn er weitgehend dereguliert wird, sich also möglichst unabhängig von politischen Eingriffen des Staates entwickeln kann. „Gerechtigkeit“ ist nach der Auffassung der neoliberalen Theorie mit den erzielten Ergebnissen einer deregulierten Wirtschaftsordnung gleichzusetzen. Regulierungen des Marktes durch politische Gremien bzw. staatliche Institutionen bedeute „im wesentlichen willkürliche Gewalt“: „Volle Gleichheit für die meisten kann nur die gleiche Unterwerfung der Massen unter das Kommando einer Elite ... bedeuten.“⁴⁷ Der Mensch trägt innerhalb einer deregulierten, freien Wirtschaftsordnung keine Verantwortung für Gerechtigkeit, sie kann sich aus neoliberaler Sicht nur durch die Mechanismen des Marktes entfalten. Ebenso wenig ist der Mensch für Ungerechtigkeiten verantwortlich, die die ökonomischen Prozesse des Marktes bewirken: „Natürlich irren wir uns keineswegs, wenn wir empfinden, daß sich die Auswirkungen der wirtschaftlichen Prozesse einer freien Gesellschaft auf die Geschicke der verschiedenen Individuen nicht nach irgendeinem erkennbaren Prinzip der Gerechtigkeit verteilen. Wir irren uns nur dort, wo wir daraus schließen, daß sie ungerecht seien und daß irgendjemand dafür verantwortlich sei und getadelt werden müsse.“⁴⁸ Ebenso wie Hayek sieht M. Friedman das Marktgeschehen als Institution für den Transfer von Waren vollkommen frei von menschlicher Verantwortung. Friedman betrachtet die handelnden Individuen als „Marionetten der Gesetze des Marktes“, die sich als Objekte dem Subjekt Markt unterwerfen und damit von ethischen Fragen bzw. Kategorien befreit werden.⁴⁹ Die neoliberale Wirtschaftstheorie lehnt nicht nur den Begriff der Gerechtigkeit als ethisches Kriterium ab, sondern auch jede Mitverantwortung des Menschen als handelndes Individuum innerhalb ökonomischer Prozesse.

Hinter der Argumentation der Vertreter des Neoliberalismus steht der Glaube an die Selbstregulierung des Marktes. Krisenhafte ökonomische Entwicklungen und Formen von ökonomisch-sozialer Ungerechtigkeit werden daher nicht möglichen Verursachern angelastet. Der neoliberale Ansatz bemüht sich um Neutralität, trifft jedoch eine eindeutige Wertentscheidung, denn der Markt und nicht der Mensch hat bei ökonomischen Prozessen die Priorität, d.h. der Mensch muß sich den Gesetzen des Marktes und seinen ökonomischen Prozessen unterwerfen. Entscheidend ist, daß die Bedürfnisse des Menschen dem Bedürfnissen des Marktes untergeordnet werden. Die völlige Unterordnung des Menschen unter die Gesetze des Marktes hat nach Hayek seinen berechtigten Grund, denn der Markt ermöglicht erst eine funktionsfähige Gesellschaft freier Menschen und gewährleistet die notwendige Versorgung. Eine uneingeschränkte Akzeptanz der Marktgesetze muß auch dann erfolgen, wenn offensichtlich Nachteile zu erwarten sind: „Genau deshalb, weil wir im *Kosmos* des Marktes ständig Wohltaten empfangen, die wir in keinem Sinne moralisch verdient haben, sind wir verpflichtet, gleichermaßen unverdiente Einkommensminderungen ebenfalls hinzunehmen. Unseren einzigen moralischen Anspruch auf das, was uns der Markt gibt, haben wir dadurch verdient, daß wir uns den Regeln unterwerfen, die die Bildung der Marktordnung ermöglichen ... Dies erlegt uns die Verpflichtung auf, die Resultate des Marktes auch dann zu akzeptieren, wenn er sich gegen uns wendet.“⁵⁰

Bemerkenswert ist Aufnahme religiöser Terminologie in der neoliberalen Argumentation, um so den heiligen, unantastbaren Charakter des freien Marktes hervorzuheben und dessen Mechanismen zu legitimieren. Dem entspricht die Auffassung der neoliberalen Theorie, daß Vorgänge innerhalb des freien Marktes weder verstehbar noch auf bewußte Entscheidungen zurückzuführen sind, da er nicht das Ergebnis menschlicher Überlegungen und Anstrengungen ist. So verwendet Hayek Begriff „Wunder“, um die ökonomischen Prozesse sowie deren undurchschaubare Komplexität angemessen zu charakterisieren: „Ich habe absichtlich das Wort

⁴⁷ A.a.O., 117.

⁴⁸ A.a.O., 118.

⁴⁹ M. Friedman, zitiert in Füssel, K/Segbers, F. (1995), 299 im Anschluß an Blohm, B. (1989).

⁵⁰ Hayek, F. A. (1981), 131.

>Wunder< gebraucht, um den Leser aus der Gleichgültigkeit herauszureißen, mit der wir oft das Wirken des Mechanismus als etwas Selbstverständliches hinnehmen. Ich bin überzeugt, wenn er das Ergebnis eines von Menschen bewußt gemachten Planes wäre ..., daß dieser Mechanismus als einer der größten Triumphe des menschlichen Geistes ausgerufen würde.“⁵¹ Die Unterordnung des Menschen unter das Marktgeschehen soll aus einem „religiösen Gefühl der Demut“ und aus „religiöser Ehrfurcht“ heraus geschehen.⁵² Eine Haltung wird also gefordert, die ökonomische Abläufe in allen ihren Erscheinungsformen unkritisch als naturgegeben akzeptiert: „... daß die grundsätzliche Einstellung des wahren Individualismus eine Demut gegenüber den Vorgängen ist, durch die die Menschheit Dinge erreicht hat, die von keinem Einzelnen geplant oder verstanden worden sind und in der Tat größer sind als der Einzelverstand.“⁵³ Nur eben diese demütige Haltung, die keines rationalen Begründungszusammenhanges bedarf, hat nach der Überzeugung Hayeks überhaupt erst eine kulturelle Entwicklung ermöglichen können und sich deshalb im Laufe der Geschichte als die einzig mögliche erwiesen. Der Glaube an die Kräfte des freien Marktes mystifiziert ökonomische Prozesse, er formt einen Mythos, der das menschlich Vorstellbare umfassend transzendieren will: „Wenn wir uns so unterordnen, tragen wir jeden Tag zur Errichtung eines Baues bei, der größer ist, als irgend jemand von uns voll erfassen kann.“⁵⁴ Zu den Mechanismen des freien Marktes gibt es nach Hayek und Friedman keine annehmbare Alternative. Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte bzw. Selbstregulierung der Marktmechanismen verspricht eine Gesellschaft freier Individuen mit einem Minimum an staatlichen Reglementierungen, ökonomische Freiheit wird mit gesellschaftlicher gleichgesetzt. Skepsis und rational begründeter Widerstand führen zwangsläufig die Apokalypse herbei: „Die Weigerung, uns Kräften unterzuordnen, die wir weder verstehen noch als bewußte Entscheidungen eines vernunftbegabten Wesens anerkennen, ist die Folge eines unvollständigen und daher in die Irre gehenden Rationalismus ... Ebenso wenig erkennt dieser Rationalismus, daß es, wenn unsere komplexe Gesellschaft nicht untergehen soll, keine anderen Möglichkeiten gibt, als sich ... den anonymen und anscheinend irrationalen Kräften des Marktes zu unterwerfen ...“⁵⁵ Versuche, ökonomische Prozesse durch politische Maßnahmen zu regulieren, führen nach Hayek sowohl zur „unkontrollierbaren und deshalb willkürlichen Macht anderer Menschen“, zu einem „Totalitarismus“, als auch „zur Vernichtung unserer Kultur und mit Sicherheit zur Verhinderung des Fortschritts in der Zukunft.“⁵⁶

Die Verwendung religiöser Begriffe hat das Ziel, der Ökonomie eine religiöse Dimension zu verleihen, um sie von jeder menschlichen Mitverantwortung freizumachen. Die Mechanismen des freien Marktes sollen so gegen wirtschaftsethische Impulse resistent gemacht werden. Heilsgewißheit liegt nur im festen Glauben an die Ideologie des freien Marktes begründet⁵⁷, zu dessen Selbstheilungs- und Regulierungskräften, denen sich der Mensch in Demut unterordnen muß, es keine wirkliche Alternative gibt. Werden jedoch Alternativen grundsätzlich ausgeschlossen, entsteht eine kompromißlose, apodiktische Haltung, die selbst im Kern totalitäre Strukturen aufweist. Die Theorie des freien Marktes macht sich die religiöse Hoffnung zu eigen und wird damit selbst zur Religion.⁵⁸ Vor dem Hintergrund der neoliberalen Argumentation, in der der Markt gottähnlichen Status bzw. gottähnliche Funktion erhält, steht aus theologischer Sicht vor allem die Frage „Gott oder Mammon“, „Gott oder Götze Markt“⁵⁹ im Mittelpunkt.

⁵¹ Hayek, F. A. (1976a), 116.

⁵² Hayek, F. A. (1976b), 254.

⁵³ Hayek, F. A. (1976a), 47.

⁵⁴ Hayek, F. A. (1976b), 254.

⁵⁵ A.a.O., 254f.

⁵⁶ A.a.O., 255; vgl. ebenso die Darstellung von Friedman, M. (1976), 251ff.

⁵⁷ Friedman, M. (1976), 257.

⁵⁸ Vgl. Füßel, K./Segbers, F. (1995), 287-330.

⁵⁹ So Assmann, u. a. (1984); Assmann, H./Hinkelammert, F. J. (1992); Duchrow, U. (1987), (1994b).

An diesem Punkt stellt sich die entscheidende Frage nach dem eigentlichen Sinn bzw. der Funktion des Marktes, ob also der Mensch für die Wirtschaft oder die Wirtschaft für den Menschen da ist. So muß ins Gedächtnis gerufen werden, daß der Markt Mittel zum Zweck ist, also grundsätzlich ein Instrument oder Werkzeug darstellt: „Die ... marktwirtschaftliche Theorie ... betrachtet den Marktprozeß als ein unentbehrliches Instrument, die Einzelpläne in Massengesellschaften sinnvoll zu koordinieren.“⁶⁰ Diese Erkenntnis war noch ursprünglicher Bestandteil der Wirtschaftstheorie der „sozialen Marktwirtschaft“, die eine scharfe Trennung zwischen den Kategorien „soziale Gerechtigkeit“ und „Marktwirtschaft“ ablehnt und die damit menschliche Verantwortung in ökonomischen Prozessen betont. Vor allem A. Müller-Armack sieht im Hinblick auf eine „ausreichende Güterversorgung, soziale Sicherheit und die Wahrung der Menschenwürde“ die Notwendigkeit der Vernetzung beider Größen.⁶¹ Soziale Marktwirtschaft erscheint als angemessenes „Instrument“ zur Erreichung dieser Ziele. Wirtschaftliche Prozesse sollen sich an den „zwei großen sittlichen Zielen ... der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit“ ausrichten, denn sonst könnte, so die Argumentation Müller-Armacks, „bloße Freiheit zum leeren Begriff werden, wenn sie sich nicht mit der sozialen Gerechtigkeit als verpflichtender Aufgabe verbände.“⁶² Der instrumentelle Charakter des Marktes macht zugleich dessen Unfähigkeit deutlich, ohne äußeren Einfluß soziale und ökologische Fragen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu erkennen und darauf entsprechend zu reagieren: „... die marktwirtschaftliche Ordnung ... ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeit des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen.“⁶³ So kommt die Konzeption der „sozialen Marktwirtschaft“ zu dem Ergebnis, „daß uns die Marktwirtschaft notwendig als tragendes Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß diese eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll.“⁶⁴ Die entscheidende Herausforderung ist, ökonomische, marktwirtschaftliche Freiheit und Effektivität sowie gesellschaftliche, soziale Gerechtigkeit nicht gegeneinander auszuspielen, sondern beide Dimensionen sinnvoll und konstruktiv miteinander zu verbinden.

Aus ethischer Sicht ist die Regulation der ökonomischen Mechanismen unbedingt notwendig. Entgegen der neoliberalen Theorie muß sich der Markt als Instrument an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht der Mensch bedingungslos den Marktgesetzen unterordnen, um so seine Existenz sichern zu können. Der neoliberale Freiheitsbegriff erscheint ideologiebeladen, denn die Freiheit, die für alle gelten soll, ist in der Praxis vor allem die Freiheit der ökonomisch Starken. Eine Freiheit des Konsums besteht nur bei ausreichendem Einkommen, so daß das Freiheitsideal der neoliberalen Theorie wohl auf die Freiheit höherer Einkommenschichten zielt. Einige Äußerungen Hayeks sind an diesem Punkt entlarvend, der Verwendung des Freiheitsbegriffs in der ökonomischen Diskussion ist also mit Skepsis zu begegnen. Eine Wirtschaftsethik auf der Grundlage der Option für die Armen muß sich mit bestehenden ökonomischen Strukturen und Ordnungen auseinandersetzen, dazu zählt auch die Konzeption der „sozialen Marktwirtschaft“. Der Markt ist und bleibt ein Mittel zum Zweck, nämlich zur Herstellung und Verteilung der Güter. Dies sollte in einem sozial gerechten Sinn geschehen.

Ausgangspunkt des biblisch-theologischen Gerechtigkeitsverständnisses ist die Frage nach ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit aus der Perspektive der Verlierer wirtschaftlicher Prozesse. Wir hatten festgestellt, daß in der ökumenischen Diskussion um globale Gerechtigkeit sich Widerstand in Form des Entwurfs einer „Option für die Armen“, zunächst angestoßen

⁶⁰ Müller-Armack, A. (1990), 221.

⁶¹ Müller-Armack, A. (1974), 91.

⁶² A.a.O., 90.

⁶³ Müller-Armack, A. (1990), 93.

⁶⁴ A.a.O., 96

durch die Theologie der Befreiung in der Zweidrittelwelt, gegen die neoliberale Theorie und Praxis gebildet hat. Diese Gegenbewegung geht davon aus, daß bei kritischer Betrachtung der ökonomischen Entwicklungen in dem System Weltwirtschaft bzw. des globalen Marktes Akteure, aber auch die eigene Mitverantwortung in den Entwicklungen vor Ort und weltweit entdecken lassen. Die Argumentation des Ökonomen Müller-Armack, nach der der Markt instrumentellen Charakter hat, sich also an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientieren muß, ist eine Stärkung dieser Perspektive. Die entscheidende Aufgabe wird nun sein, die politisch-ökonomischen Strukturen der gegenwärtigen Marktwirtschaft zu verstehen, sie transparent zu machen, auf sie einzuwirken und ihre scheinbare Zwangsläufigkeit zu durchbrechen. Dazu ist jedoch ein umfassender gesellschaftlicher und politischer Lernprozeß notwendig, der auf eine Umkehr zielt und in den weiteren Überlegungen reflektiert werden soll.

1.3 Das Problem elementaren Lernens und Verstehens

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich zu machen versucht, daß angesichts der gegenwärtigen Situation elementare, tiefgreifende Lernprozesse notwendig sind, aus denen Mündigkeit, Urteilsfähigkeit sowie Handlungskompetenzen der Menschen erwachsen, um eine möglich Umkehr aus der ökonomischen Krise zu vollziehen. Ausgangsthese ist, daß sich diese notwendigen elementaren Lernprozesse angemessen im Rahmen ökumenischen Lernens vollziehen und in hohem Maße zugleich gesellschaftliche bzw. politische Lernprozesse sind. Innerhalb dieser Lernprozesse kommt der Bibel eine unverzichtbare, entscheidende Rolle zu. Wer Lernprozesse initiieren will, muß diese immer wieder im Hinblick auf ihre tatsächliche Notwendigkeit befragen. Damit wird zugleich die Frage nach einem sachgemäßen Lernen gestellt. Dieses Problem wird in der didaktischen Diskussion mit dem Begriff des Elementaren als das Grundlegende und Wesentliche bezeichnet. Didaktische Reflexion von Lernprozessen bedeutet vor allem die Frage nach dem wirklich Notwendigen und damit auch Elementaren zu stellen, das gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen standhält und tragfähig ist. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage ist einerseits ein schwieriger Vorgang, andererseits wird dadurch sichtbar, wieviel Entbehrliches heute vermittelt und wieviel Notwendiges übersehen wird. Eine mögliche Antwort, die auf diese Frage gefunden wird, kann jedoch immer nur eine Antwort auf die konkreten Herausforderungen und auf die Situation einer bestimmten geschichtlichen Situation sein und somit nicht für alle Zeit Gültigkeit besitzen. Alle religionspädagogischen Konzeptionen und Bemühungen um Elementarisierung, die in diese Diskussion in unserem Jahrhundert eingegriffen haben, waren Versuche solcher geschichtlichen Antworten. Und so kann heute erneut gefragt werden, was angesichts unserer Situation wirklich notwendig ist und inwieweit bisherige Modelle, Konzeptionen und Versuche der Elementarisierung eine Antwort darauf geben sowie notwendige elementare Lernprozesse ermöglichen, die tragfähige Perspektiven eröffnen. Dabei soll vor dem Hintergrund der bisherigen Diskussion um den Begriff des Elementaren der Blick im wesentlichen exemplarisch auf die Konzeption des Religionspädagogen K. E. Nipkow gerichtet werden, da auch neben seinem Modell der Elementarisierung der Begriff des ökumenischen Lernens in seinen Überlegungen verwendet wird. Zudem findet Nipkows Modell in der allgemeinen Pädagogik interdisziplinäre Akzeptanz und ist damit nicht nur in der Religionspädagogik von Bedeutung. Zwar sind die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht völlig neu, jedoch haben sich die Konturen extrem verschärft und fordern ein anderes Verständnis von Elementarisierung, das umfassende gesellschaftliche Lernprozesse umfaßt. Diese elementaren Lernprozesse, die weit über den schulischen Bereich hinausgehen, werden immer wieder von der Frage begleitet sein, ob sich gesellschaftlich Umkehr lernen läßt.

So muß die Antwort, die gefunden wird, ein für uns heute brauchbares und sinnvolles Konzept ergeben. Der Begriff des Elementaren und der Prozeß der Elementarisierung muß in den beschriebenen Zusammenhängen anders aufgefaßt werden als es in den bisherigen Versuchen geschehen ist. Deutlich wird dabei aber auch: erst die Zukunft wird entscheiden und zeigen, ob die angestrebten elementaren Lernprozesse wirklich notwendig waren und das Notwendige geleistet haben. Die didaktische Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit kann somit nur ein „Entwurf der Hoffnung“ sein.⁶⁵ Die Didaktik kann auf die bedrängenden Fragen der Gegenwart nur in der „Sprache der Hoffnung“ antworten, will sie nicht der lähmenden Verzweiflung verfallen. Jeder Lernprozeß unterliegt also den noch unbekanntem Bedingungen der Zukunft.⁶⁶ Der Begriff der Elementarisierung ist neben dem der Symboldidaktik ein Schlüsselbegriff in der religionspädagogischen Auseinandersetzung. Konzentriert man sich auf die bisherigen Versuche der Elementarisierung, so stellt man fest, daß in der Theologie und besonders in der Religionspädagogik seit einigen Jahren eine intensive Diskussion darüber geführt wird, wie man Grundlinien der biblischen Traditionen bestimmen und fassen kann und welche Funktion diese Grundlinien innerhalb eines Verstehens-, Wahrnehmungs- und Vermittlungsprozesses haben.⁶⁷ Der Begriff Elementarisierung basiert auf der Erkenntnis, daß die Komplexität und der Umfang christlicher Lehre und Theologie die einfachen und damit elementaren Grundeinsichten des Glaubens verschüttet hat. Die Versuche der Elementarisierung sind darum bemüht, diese „Elementaria“ wiederzuentdecken, sichtbar und erfahrbar zu machen. Die elementaren Grundeinsichten sollen in diesem Sinn die Weite und Vielfalt der biblischen Traditionen mit dem Ziel erschließen, den Menschen heute auf einer elementaren Dimension seiner Existenz anzusprechen. Das Problem des Elementaren stellt ebenso wie in der allgemeinen Pädagogik kein Einzelproblem dar, sondern ist eng mit theologischen und religionspädagogischen Grundproblemen verbunden. Die Notwendigkeit und Relevanz der Elementarisierung innerhalb gesellschaftspolitischer Lernprozesse soll hier hervorgehoben werden.

Untersucht man die bisherige Verwendung des Begriffs des Elementaren bzw. der Elementarisierung, so ist festzustellen, daß die religionspädagogische Reflexion sich dabei auf Denkmodelle in der allgemeinpädagogischen Diskussion bezieht. Die Begriffe der Elementarisierung und des Elementaren haben in der Pädagogik eine längere Tradition.⁶⁸ Bereits in den fünfziger Jahren untersucht W. Klafki das Problem des Elementaren im Zusammenhang mit der Frage nach dem „Fundamentalen, Exemplarischen, Repräsentativen und der kategorialen Bildung.“ Der Begriff des Elementaren nimmt eine Mittelstellung zwischen den Begriffen des Exemplarischen (Typischen, Repräsentativen) und Fundamentalen ein. Der Lernende soll das Elementare exemplarischer Materialien, die in eine pädagogische Perspektive gerückt werden, verstehen. Auf diesem Weg soll der Lernende schließlich zum Fundamentalen eines bestimmten Wissensgebietes gelangen. Ein bestimmter Inhalt ist deshalb wichtig, weil an ihm und durch ihn ein Allgemeineres zu gewinnen ist. Dabei versteht Klafki Bildung als Laienbildung. Ausgangspunkt für die Untersuchungen ist die Feststellung, daß die rein fachwissenschaftlichen Wissensvorräte zunehmend die Lerninhalte bestimmen und den Bildungsaspekt zu verdrängen drohen. Die Beschäftigung mit dem Elementaren geht jedoch über das Interesse an einer reinen Stoffreduktion

⁶⁵ Siehe vor allem Baldermann, I. (1983) passim.

⁶⁶ Vgl. dazu auch die Beiträge von Baldermann, I. (1988a) passim und (1996) passim.

⁶⁷ Vgl. dazu die verschiedenen Beiträge von Preul, R. (1973); Stock, H. (1975), (1977), (1987); Baldermann, I./Kittel, G. (1975); Baldermann, I./Nipkow, K. E./Stock, H. (1979); Baldermann, I. (1982), (1983), (1986a), (1986b), (1987), (1988a), (1988b), (1990a), (1990b), (1990c), (1990d), (1992), (1995), (1996); Nipkow, K. E. (1975a), (1975b), (1982a), (1982b), (1986); Kaufmann, H. B./Ludwig, H. (1979); Bloth, H. G. (1960a), (1960b); Wegenast, K. (1969); siehe auch Berg, H. K. (1993), 70ff.; Schröer, H. (1986); Büttner, G. (1991), 167ff.; Biehl, P. (1991), 124ff. u. 190ff.; Höffken, P. (1986); Rohrbach, W. (1983); Adam, G./Lachmann, R. (1993), 139f.

⁶⁸ Siehe z.B. Pestalozzis Theorie der Elementarbildung oder den Begriff der Erziehung im Elementarbereich; vgl. dazu auch den Beitrag von Klafki, W. (1964). Klafki bietet hier einen umfassenden Überblick über die Problemgeschichte.

sowie Vereinfachung hinaus. Die Frage nach dem Elementaren zeigt die Bemühungen um Lernprozesse, die wirklich bilden sollen. So konzentriert man sich auf die Frage nach dem wirklich Wesentlichen und Grundlegenden. Dies führt konsequent weitergedacht zu der Frage nach der tragfähigen Wahrheit, die eine Generation der nächsten weitergeben kann. Und eben diese Frage stellt sich heute dringender denn je. Das Wesentliche und damit pädagogisch Gültige hängt nach Klafki daran, ob sich die Sachgehalte für die neue Generation erschließen und ob sie für die Sachgehalte erschlossen wird, d.h. sie diese aneignet und von deren Sinn überzeugt ist. Klafki selbst bezeichnet diesen theoretischen Ansatz mit dem Begriff der „kategorialen Bildung“, die den Vorgang der doppelseitigen bzw. „wechselseitigen Erschließung“ betrifft. Diese doppelseitige Erschließung vollzieht sich im Elementaren. In diesem Zusammenhang sind zu dieser Zeit die Diskussionen um den Begriff der Bildung der bildungstheoretischen Didaktik und um das Problem des Elementaren zwei Weisen der gleichen Fragestellung.⁶⁹

Im Hinblick auf die Versuche der Elementarisierung innerhalb der Religionspädagogik beschäftigt sich bereits 1960 H. G. Bloth mit dieser Problemstellung und überträgt sie auf die Aufgabenstellungen und Inhalte des Religionsunterrichts.⁷⁰ Bloth setzt sich damit als erster aus religionspädagogischer Perspektive mit der Kategorie des Elementaren auseinander. Ziel Bloths ist es, zu einer Ebene des „Grundgeschehens“ vorzudringen. Der Begriff „Durchbruch“ stellt hier für ihn eine kritische Kategorie dar, die sich vor allem gegen eine „Vereinseitigung theologischen Denkens“ richtet, die konkret an den Menschen vorbeigeht und deren elementaren Fragen nicht berücksichtigt. Allerdings findet dieser Versuch in der damaligen allgemeinen religionspädagogischen Diskussion so gut wie keine Resonanz. Erst die Krise des Religionsunterrichts Ende der sechziger Jahre läßt als Reaktion darauf vielfältige Konzepte und Entwürfe entstehen. In dieser neu aufkommenden religionspädagogischen Reflexion wird vor allem zunehmend versucht, die sich verändernden Bedingungen der neuen Generation zu berücksichtigen, die die Frage nach dem Notwendigen, dem eigentlich Wichtigen und Elementaren dringlich machen. War der Begriff des Elementaren in der allgemeinen Didaktik nicht mehr im Gespräch⁷¹, so wurde er vor allem in der Religionspädagogik wieder unter neuen Gesichtspunkten aufgenommen. R. Preul erinnert mit seinem Beitrag an die Diskussion der fünfziger und sechziger Jahre zur Frage der Elementarisierung.⁷² Ab Anfang der siebziger Jahre beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe unter H. Stock mit einem Forschungsauftrag des Comenius-Instituts Münster mit dem Problem der Elementarisierung.⁷³ Neben dem Begriff des Elementaren verwendet man jetzt auch den der „Elementarisierung.“ Dieser Begriff findet bei W. Klafki noch keinen Gebrauch. Ebenso greifen G. Kittel sowie I. Baldermann das Problem der Elementarisierung

⁶⁹ Vgl. Klafki, W. (1964), (1967). Besonders die von Klafki aufgestellten fünf didaktischen Aspekte für die Vorbereitung des Unterrichts, die Fragen der „didaktischen Analyse“, konkretisieren diese doppelseitige Erschließung. Die Sachverhalte, der allgemeine Sinn- und Sachzusammenhang bzw. die Struktur der Inhalte werden dabei mit der gegenwärtigen und zukünftigen Bedeutung der Inhalte für die junge Generation verschränkt.

⁷⁰ Siehe Bloth, H. G. (1960a), (1960b).

⁷¹ Vgl. dazu den Beitrag von Müller, H. (1971). Müller weist darauf hin, daß das „didaktische Denken“ der „Geschichtlichkeit“ und der „Standortgebundenheit“ unterliegt. Das, was sich mit den Begriffen Erziehung, Bildung usw. verbindet und in einer bestimmten geschichtlichen Epoche als Sinn und Aufgabe der menschlichen Existenz empfunden wird, bestimmt letztlich das Denken der Didaktik. Dieses ist nicht situationslos, sondern hat konkret mit den Entscheidungen zu tun, die in einer Epoche getroffen werden. Dieser Hinweis bestätigt den hier angelegten Versuch, den Begriff des Elementaren und der Elementarisierung vor dem Hintergrund einer sich zunehmend verändernden Welt in Kenntnis und Auseinandersetzung mit bisherigen Versuchen der Elementarisierung auf eine neue Weise aufzufassen und zu begreifen.

⁷² Siehe Preul, R. (1973).

⁷³ Vgl. dazu Stock, H./Kaufmann, H. B.(1975), (1977); siehe auch Kaufmann, H. B./Ludwig, H. (1979). Die Zwischenergebnisse werden 1975 und der Abschlußbericht 1977 veröffentlicht. Praxisbezogene Folgerungen veröffentlicht man 1979. Vgl. auch Stock, H. (1981), der seine Ergebnisse in diesem Beitrag noch einmal konkretisiert.

zur gleichen Zeit wieder auf.⁷⁴ In den darauf folgenden Jahren beschäftigen sich bis heute einige Religionspädagogen in voneinander unabhängigen Untersuchungen mit dem Problem der Elementarisierung. Hier sind vor allem die zentralen Beiträge von I. Baldermann, H. Stock sowie K. E. Nipkow zu nennen, die sich explizit mit dem Begriff des Elementaren bzw. der Elementarisierung auseinandersetzen. Auf den Lösungsvorschlag Nipkows muß besonders unter Berücksichtigung der zu Anfang genannten Aspekte und Bedingungen näher eingegangen werden.

Betrachtet man die Vorschläge, das Problem der Elementarisierung zu lösen, so stellt man fest, daß die einzelnen Versuche sowohl von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehen als auch unterschiedliche Intentionen verfolgen. H. Stock formuliert sein Elementarisierungskonzept in Anlehnung an die genannten Forschungsbeiträge. Dabei beschränkt er sich in seiner Untersuchung vor allem auf neutestamentliche Texte, die für den Leser im Hinblick auf die eigenen Fragen nach „Lebenssinn, wahrem Leben, Glück“ und „Gott“ von Bedeutung sind.⁷⁵ Nach Stock ist der „Geist Jesu“ Motivation und Kriterium christlich-humaner Lebenspraxis. Die christlichen Überlieferungen sollen auf ein Grundgeschehen zurückgeführt werden, in dem die christliche Gotteserfahrung erkennbar wird und zusammenfassend mit der Formel „Geist Jesu Christi“ bezeichnet werden kann. Jesus ist nach dem Geist im Hören und Verstehen der Texte präsent, daher die Bezeichnung „Geist-Jesu-Geschichten“, die eine elementare Kategorie darstellen. Stock konkretisiert sein Konzept im Hinblick auf eine „themenorientierte Auslegung.“ Dabei ist biblische Konzentration mit thematischer Konzentration gleichzusetzen. Ein Schlüsselwort eines Textes dient der thematischen Orientierung und Vertiefung. Die Ausrichtung auf die Verkündigung sowie dessen Verknüpfung mit heutigen Grundfragen sollen also bestimmte biblische Grundworte leisten, die zugleich einen hermeneutischen Schlüssel darstellen. Zu nennen sind „Ewiges Leben, Glauben und Glauben-Können, Nachfolge Jesu - Christsein heute, Verantwortung und Rechenschaft, Erwartung und Erfüllung, radikale Gnade und Versuchung.“ Stock versucht, diese Grundworte mit Hilfe der existentialen Interpretation zu vertiefen. Offen bleibt, ob dieses Elementarisierungskonzept in dieser Form die für heute notwendigen elementaren Lernprozesse in Gang setzt. Zudem beschränkt sich Stock auf neutestamentliche Texte, auf deren Grundlage er sein Konzept entfaltet. Dies macht es schwierig, die Methode auf andere biblische Texte anzuwenden und zu generalisieren. Damit wird ein unverzichtbarer Teil der biblischen Traditionen, das Alte Testament, nicht berücksichtigt. Deswegen gesellschaftliche Dimension sowie biblisch zentralen Maßstäbe und Beurteilungshilfen für ein gelingendes Leben werden nicht aufgegriffen.

Einen ganz anderen Ansatz verfolgt I. Baldermann in seinen Beiträgen zur Reflexion über „biblische Didaktik“, die sich intensiv mit dem Problem des Elementaren auseinandersetzen.⁷⁶ Dies geschieht vor allem im Zusammenhang mit der Frage, was denn das didaktisch Notwendige ist.⁷⁷ Er bezieht sich dabei konsequent auf die biblischen Traditionen, die er als ein „Buch des Lernens“ und nicht der Lehre versteht. Damit gibt die Bibel selbst konkrete Hinweise für elementare Grundstrukturen und Kategorien. Die Dynamik und Bewegung der biblischen Sprache führt selbst vom Komplexen zum Einfachen, Grundlegenden und damit Elementaren. Die biblische Sprache selbst enthält „elementare Strukturen.“ Die elementaren Strukturen der biblischen Überlieferung umfassen „die Sprache der Verheißung als Ermutigung zum Leben, die Sprache der Tora, des Gebotes als Sprache der Gerechtigkeit und damit der Menschlich-

⁷⁴ Vgl. Baldermann, I./Kittel, G. (1975); siehe auch Baldermann, I. (1988) sowie Baldermann, I./Nipkow, K. E./Stock, H. (1979).

⁷⁵ Vgl. Stock, H. (1981), (1987); siehe auch Stock, H. (1977); Baldermann, I./Stock, H./Nipkow, K. E. (1979), 75-86.

⁷⁶ Vgl. Baldermann, I./Kittel, G. (1975); Baldermann, I./Nipkow, K. E./Stock, H. (1979), 9-34; Baldermann, I. (1964), (1969), (1982), (1983), (1986a), (1986b), (1987), (1988a), (1988b), (1990a), (1990b), (1990c), (1990d), (1992), (1995), (1996).

⁷⁷ Vgl. Klafki, W. (1964) und (1967).

keit, die Sprache der Klage und Bitte als Ausdruck der Angst, die Sprache des Lobes und des Dankes als Ausdruck der Freude“ und schließlich „die Sprache in Form des Sprichwortes und der Formel als Sprache der Einsicht.“ Ebenso werden elementare biblische Grundbegriffe bzw. „Grundworte“ genannt, die auch heute noch als Schlüsselbegriffe elementare Erfahrungen zum Ausdruck bringen. Hier sind vor allem die Begriffe „Gerechtigkeit, Bund und Opfer, Herrschaft Gottes und die Herrschaft der Götter“ sowie „Leben und Tod“ von zentraler Bedeutung. Die elementaren sprachlichen Strukturen sowie die elementaren Grundbegriffe sind neben den Psalmtexten auch in einfachen Formen des Erzählens zusammengefaßt. So sind vor allem Wundergeschichten, Verheißungsgeschichten, Leidensgeschichten, Tora- und Nachfolgegeschichten zu nennen, die elementare Worte zum Leben, Geschichten gegen den Tod und Auferstehungsgeschichten enthalten. Auch weist die Argumentation der Propheten und der Gleichnisse Jesu sowie der Jesusanekdoten auf elementare Strukturen hin, da in ihr ganz besonders die biblische Leidenschaft für den Menschen deutlich wird. Daneben werden elementare „Knotenpunkte“ erkannt, an denen sich wesentliche Aspekte der elementaren Strukturen und Kategorien zusammenschließen und durch die neue und fruchtbare Erfahrungen und Einblicke eröffnet werden. Diese Knotenpunkte umfassen die Frage der Schöpfung, die Frage des Kreuzes Jesu und die der Auferstehung. Die elementaren Grundstrukturen der biblischen Sprache erschließen zugleich theologisch wie anthropologisch Elementares bzw. Grundlegendes. Sie können in unterschiedlicher Weise befragt werden: einerseits nach den „biblischen Grunderfahrungen“, die sie enthalten, andererseits nach „menschlichen Erfahrungen“, die in ihnen erkennbar werden. Eine wesentliche elementare Kategorie der Bibel ist neben den bereits genannten Aspekten die „Rechtfertigung“, d.h. die vorbehaltlose und bedingungslose Annahme des Menschen durch Gott. In diesem Sinn leistet sie „eine Alphabetisierung in der Sprache der Hoffnung“, die angesichts der Gefährdung der eigenen Existenz und der gegenwärtigen Bedrohung und Zerstörung des Lebens tragfähige Perspektiven eröffnet. Vor allem die „Sprachform der Psalmen“ liefert wichtige Einblicke in elementare Strukturen der biblischen Traditionen. Sie reden unmittelbar von Gott und mit Gott und ermöglichen zugleich einen unmittelbaren Zugang zu biblischen Texten. In den Psalmtexten als Ausgangs- und Angelpunkt der Überlegungen Baldermanns haben sich ganz elementare menschliche Erfahrungen zusammengeschlossen. Die biblischen Bildworte werden assoziativ erschlossen, indem eigene Erfahrungen der Angst, des Ausgeliefertseins, der Bedrohung oder aber Erfahrungen der Freude oder des Vertrauens entdeckt und zugeordnet werden. Auf diesem Weg werden nicht nur die biblischen Texte erschlossen, sondern man begegnet im Sinne der biblischen Didaktik einer Sprache, die angesichts existentiell bedrohlicher Erfahrungen befreiend wirkt und damit in der Sprache der Hoffnung alphabetisiert. Die Psalmtexte liefern auch hinsichtlich der elementaren Erschließung anderer biblischer Texte, wie z.B. der Evangelien, sprachliche Vorlagen oder auch Leit- bzw. Stichworte, mit denen Grunderfahrungen menschlicher Existenz artikuliert werden können. Damit steht der Leser zu den biblischen Elementaria in einem komplementären Verhältnis. Diese komplementäre Affinität von Text und Erfahrung bezieht neben eigenen persönlichen Erfahrungen konsequent die politischen Erfahrungen mit ein.⁷⁸ So ist insgesamt das Konzept Baldermanns, sein Vorgehen, das Elementare der biblischen Traditionen zu bestimmen und auf das wirklich Tragfähige und Notwendige für uns heute hinzuweisen, als lohnend und ertragreich zu bezeichnen. Leser und Bibel sind hier Partner in einem Dialog einander ergänzender Erschließung. Parallelen lassen sich durchaus in der Hermeneutik der Theologie der Befreiung finden.⁷⁹ I. Baldermann gibt mit seiner Konzeption fruchtbare und wichtige Impulse für die Rolle der Bibel im Rahmen ökumenischer Lernprozesse, die an späterer Stelle wieder aufgegriffen werden müssen. Von besonderer Bedeutung ist der Gedanke, die Bibel als „Buch des Lernens“ zu begreifen. So verstanden ist die Bibel unverzichtbar als Gesprächspartner im öku-

⁷⁸ Vgl. dazu die Beiträge von Baldermann, I. (1983), (1987), (1988).

⁷⁹ Siehe z.B. Cardenal, E. (1991).

menischen Horizont auf der gemeinsamen Suche nach möglichen Wegen der Hoffnung. Damit ist die Bibel nicht ein Buch der Lehre, sondern des gemeinsamen Dialogs, der nicht nur bei dem Dialog mit den Menschen der Bibel stehen bleibt. Der Dialog führt in die weltweite Gemeinschaft, die ebenso mit der Bibel im Gespräch und auf der Suche nach einer tragfähigen Sprache der Hoffnung ist. Die Sprache der biblischen Überlieferung vermittelt gemeinsame elementare Erfahrungen, gemeinsame Handlungsmuster und Kriterien, gemeinsame Visionen und Verheißungen. Auf dieser Basis kann die Ökumene und das ökumenische Gespräch über die kulturellen, sozialen und ideologischen Gegensätze und Grenzen hinweg Wege und Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln finden. In diesem Zusammenhang betont I. Baldermann wie kein anderer Autor, der sich mit dem Problem der Elementarisierung auseinandersetzt, die kritische Eigenständigkeit und Urteilsfähigkeit im Umgang mit der biblischen Überlieferung.⁸⁰

Mit den Überlegungen von I. Baldermann muß auch auf den Beitrag von H. K. Berg hingewiesen werden.⁸¹ Dieser versucht, an das Konzept Baldermanns anzuknüpfen und aus der Bibel selbst Strukturen elementarer Erfahrungen, Einsichten und Bekenntnisse zu gewinnen. Dabei verweist er im Rahmen seines Konzepts auf eine Reihe von „Grundbescheiden“, die die zentralen Zusammenhänge der biblischen Überlieferung erfassen sollen. Diese Grundbescheide bilden einen hermeneutischen Schlüssel, der Einzeltexte in einen biblischen Gesamtzusammenhang bringen und so die Beliebigkeit bei der Auslegung begrenzen soll. Die Grundbescheide der biblischen Überlieferung umfassen folgende Aspekte: „Gott schenkt Leben (Schöpfung), Gott stiftet Gemeinschaft (Liebe, Partnerschaft und Ökumene), Gott leidet mit an seinem Volk (Leiden und Leidenschaft), Gott befreit die Unterdrückten (Befreiung), Gott gibt seinen Geist (Heiliger Geist und Begeisterung), Gott herrscht in Ewigkeit (Gottesherrschaft und Schalom).“ Insgesamt drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß durch die Berücksichtigung von „Informationsbausteinen“, die eine sachgemäße Versteher der biblischen Texte gewährleisten sollen, und durch die Unterscheidung von „problemorientierter Texterschließung“ und „bibelorientierter Problemerkennung“ sowie die Anwendung vielfältiger „bibeldidaktischer Grundsätze“ im Zusammenhang mit elementaren Lernprozessen die Lösung des Elementarisierungsproblems erschwert wird.

Einige Beiträge zur bisherigen Diskussion um den Begriff des Elementaren bzw. der Elementarisierung kommen zu dem Ergebnis, daß K. E. Nipkow das Konzept der Elementarisierung am weitesten entwickelt hat. So kann man feststellen, daß sein Modell die größte Akzeptanz in der Auseinandersetzung um den Begriff findet.⁸² Darüber hinaus hat er einige Untersuchungen zum Lernverständnis des ökumenischen Lernens beigetragen.⁸³ Nipkows Versuch der Elementarisierung reflektiert das Problem der „Bildung von Kategorien“, die grundlegende Aspekte der biblischen Traditionen zusammenfassen. Er arbeitet vier Dimensionen als Aufgabe der Elementarisierung hinsichtlich des Glaubens und theologischen Denkens heraus.⁸⁴ Die erste Dimension der Elementarisierung knüpft dabei an das Elementarisierungsmodell Klafkis an, die zweite, dritte und vierte Elementarisierungsdimension weicht jedoch von Klafkis Konzept in verschiedener Weise ab. Nipkow entwirft ein recht umfangreiches Modell, das das Problem der Elementarisierung zu lösen versucht. Von diesem Modell ausgehend läßt sich die Diskussion um den Begriff der Elementarisierung in den folgenden vier Aspekten zusammenfassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Elementarisierungsmodell Nipkows erst durch das Zusammenwirken aller vier Dimensionen seine Bedeutung gewinnt.

Die erste Dimension des Begriffs der Elementarisierung umfaßt die „elementaren Strukturen.“ Elementarisierung zielt auf eine „inhaltliche Reflexion von Erkenntnisgegenständen“, z.B.

⁸⁰ Siehe z.B. Baldermann, I. (1990a), (1988a), 17ff.

⁸¹ Vgl. Berg, H. K. (1993).

⁸² Vgl. z.B. Adam, G./Lachmann, R. (1993), 139f.; Höffken, P. (1986).

⁸³ Siehe Nipkow, K. E. (1975a), (1975b), (1982a); (1982b); (1984); (1985); (1986); (1990).

⁸⁴ Vgl. Nipkow, K. E. (1982a), 185-232, (1982b) und (1986); Baldermann, I./Stock, H./Nipkow, K. E. (1979), 35-72.

bestimmte Sachverhalte wie Texte oder Themen, in denen man elementare und damit grundlegende Inhalte sowie Strukturen erkennen kann. Das Elementare dieser Sachverhalte soll als das „grundlegend Einfache“ erschlossen werden. Ziel ist vor allem eine wissenschaftliche Vereinfachung im Hinblick auf eine „sach- und textgemäße Konzentration.“ Theologische Hilfen dazu sollen exegetische Methoden, wie die historisch-kritische, sprachanalytische, sozialgeschichtliche oder tiefenpsychologische Exegese, bieten. Nipkow weist auf „elementare Handlungen“ hin, wie z.B. die des Klage- und Bittgebets oder die prophetischen Zeichenhandlungen. Weiterhin werden „überindividuelle Formen des Typischen, Exemplarischen“ unterschieden, wie z.B. das Selbstverständnis der Propheten. Ebenso sind bestimmte „Grundformen der biblischen Sprache“ elementar, z.B. Formen der hebräischen Dichtung. Dies betrifft vor allem die exegetische Gattungs- und Formkritik. Neben diesen Gegenstandsstrukturen sind auch „elementare Wissens- und Erkenntnisstrukturen“ von Bedeutung, die von den exegetischen Disziplinen herausgearbeitet werden. Unter Bezugnahme auf I. Baldermann weist Nipkow darauf hin, biblische Sprache nicht nur zu analysieren, sondern auch mitzuvollziehen, da die Gefahr besteht, daß solche Strukturen eine Tendenz zur Verallgemeinerung implizieren und damit lebendige Traditionen unkenntlich machen. Das Problem der Erschließung elementarer Strukturen weist zugleich auf die weiteren Dimensionen und Aspekte der Elementarisierung hin.

Die zweite Dimension des Elementarisierungsmodells Nipkows fragt nach den „elementaren Wahrheiten“ und damit nach dem Elementaren bzw. Grundlegenden in der biblischen Überlieferung sowie in der Theologie. Die Elementarisierung konzentriert sich auf das „Vergewisserungsproblem im Streit um die gewißmachende Wahrheit.“ Theologische Kategorien stellen dabei die unverzichtbaren Inhalte aus der Sicht der Theologie dar. Diese sind jedoch nicht als feststehende Definitionen unumstößlicher Wahrheiten zu verstehen. Sie sollen, da sie auch jeden betreffen, vielmehr durch einen „gemeinsamen Suchprozeß aller Beteiligten“ ermittelt werden. Die Kategorien können allerdings nicht Kontroversen und Unterschiede in der Auslegung biblischer Texte aufheben, sondern verhelfen, den Prozeß der Auslegung zu strukturieren und zu verdeutlichen. Nipkow hat hier nicht das Elementare als das grundlegend Einfache im Blick, das wissenschaftlich verifizierbar ist. Auf dieser Elementarisierungsebene sieht er die „grundlegenden Zweifel und Anfragen“, das Elementare als das „gewißmachende Wahre“, nach denen der Mensch als Laie fragt. Darunter versteht er in erster Linie die elementare „Frage nach Gott selbst, nach seiner Existenz und Wirklichkeit.“ Diese Gottesfrage gliedert sich dabei in weitere elementare Grundfragen nach dem „Rätsel und Anfang allen Seins“, nach dem „Rätsel des Endes“, nach dem „Leben zwischen Anfang und Ende als Leid.“ Damit werden elementare Fragen zur „elementaren Bitte, die Fragen gemeinsam zu bedenken und auszuhalten.“

Die dritte Elementarisierungsdimension verweist in den Bereich der „elementaren Erfahrungen.“ Elementarisierung setzt sich hier mit dem Problem lebensbedeutender Erschließung auseinander. Konzentriert sich die zweite Dimension auf den „theologischen“ Aspekt, so steht in dieser Phase des Elementarisierungsprozesses die „anthropologische“ Seite, d.h. die „Grunderfahrungen“ des Lesers, im Mittelpunkt. Die Auslegung der biblischen Texte verfolgt dabei das Ziel, daß der heutige Leser mit ihnen Erfahrungen machen kann, die für ihn bedeutsam, also elementar sind. Nipkow bezeichnet das Elementare als das „subjektiv Authentische“, es ist das, was den Leser oder Hörer mit elementarer Kraft persönlich trifft und ihn angeht. Elementare Erfahrungen bedeuten in diesem Sinn sowohl die Erfahrungen des Lesers heute als auch den Erfahrungsgrund der biblischen Zeugnisse. Dabei sollen „Lebenserfahrungen“ wie auch „Glaubenserfahrungen hinter und in den Texten und neue Erfahrungen vor und mit den Texten“ in eine wechselseitige Beziehung treten. Dies ist nach Nipkow der „didaktisch relevante hermeneutische Vorgang.“ Allgemein formuliert knüpft dieser an den „vorwissenschaftlichen Problem- und Erfahrungsgrund“ an, auf den die fachwissenschaftlichen Abstraktionen und Segmentierungen zurückgeführt werden müssen, um schließlich zur nachwissenschaftlichen

Bestimmung der Lebensaufgaben zu gelangen. Mit Bezugnahme auf H. Roth⁸⁵ konstatiert er, daß durch diese „Korrelation zu toten Sachverhalten geronnene Handlungen wieder in lebendige zurückgeführt werden, aus denen sie entsprungen sind.“ Insgesamt kann man festhalten, daß der dritte Aspekt der Elementarisierung eine Verknüpfung des theologisch-fachwissenschaftlichen Aspektes und des anthropologischen verfolgt.

Die vierte Elementarisierungsdimension beschränkt sich auf die „elementaren Anfangsvoraussetzungen“, die elementaren Anfänge als Ausgangspunkt für produktive Lernprozesse. Elementarisierung stellt sich hier als „Sequenzproblem“ dar, das die jeweiligen gesellschaftlichen, christentums- sowie lebensgeschichtlich bedingten „Verstehensvoraussetzungen“ der Leser berücksichtigt, die jedes Entwicklungsstadium mit sich bringt. Unter Einbeziehung von „lebenslauforientierten Fragestellungen“ sucht Nipkow Chancen und Grenzen von Lernprozessen, die unter dem Zusammenspiel von theologischen, pädagogischen und entwicklungspsychologischen Aspekten stehen. Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß zwei Aspekte der Elementarisierung auf der Sachseite, d.h. auf der Seite der biblischen Überlieferung und theologischen Inhalte zuzuordnen sind. Hier sind einmal die elementaren Wahrheiten und die elementaren Strukturen zu nennen. Auf der Seite des Laien bzw. Lernenden sind die elementaren Erfahrungen, die die Bibel mit dem heutigen Leser verbinden sollen und den Ursprungsort der biblischen Texte bilden, sowie die Dimension der elementaren Anfänge anzusiedeln, die nach den lebensgeschichtlichen Bedingungen und Perspektiven fragt, die in der Auseinandersetzung mit biblischen Texten von Bedeutung sind.⁸⁶

Nipkow formuliert neben seinem Verständnis von elementarem Lernen zugleich auch Perspektiven ökumenischen Lernens. So stellt er zusammen mit seinem Modell der Elementarisierung, das er in seinen Überlegungen entwickelt, auch die Frage nach der Notwendigkeit ökumenischen Lernens, auf die an dieser Stelle zunächst eingegangen werden muß. Er entwirft ein vielfältiges Konzept „pädagogischer Grundaufgaben der Kirche“ und setzt diese in Beziehung zu „innergesellschaftlichen und globalen Konflikten.“⁸⁷ Die Grundaufgaben beinhalten vier theologische Dimensionen der pädagogischen Verantwortung der Kirche und umfassen dabei die „lebensbegleitende, erfahrungsnahe Identitätshilfe“, die „gesellschaftsdiakonische politische Verantwortung“, die „kritisch reflektierte Religiosität“ und schließlich den „ökumenischen Weg.“⁸⁸ Jede Grundaufgabe entspricht dabei einem bestimmten Aspekt von Kirche, die zwar zum Teil in einer starken Spannung zueinander stehen, jedoch miteinander verschränkt und aufeinander bezogen sind. Im Hinblick auf die Aufgabe des ökumenischen Weges wirft Nipkow die Frage nach einer „nachhaltigen christlichen Erziehung in einem spannungsreichen ökumenischen Horizont“ auf, der unausweichlich ist, und die Frage nach einer Praxis christlicher Einheit und Gemeinsamkeit in der Vielfalt aufeinandertreffender Positionen und Glaubensverständnisse. In diesem Zusammenhang ist eine weitere zentrale Ausgangsfrage hinsicht-

⁸⁵ Siehe dazu den Beitrag von Roth, H. (1963), 116ff.: Die originale Begegnung als methodisches Prinzip. Danach sind auch die biblischen Texte nach dem Prinzip der „originalen Begegnung“ neu zu erschließen. So müssen „tote Sachverhalte wieder in lebendige Handlungen zurückverwandelt werden, aus denen sie entsprungen sind.“ Konkret nennt H. Roth: „Werke in Schöpfungen, Pläne in Sorgen, Lösungen in Aufgaben, Phänomene in Urphänomene.“

⁸⁶ Siehe dazu die Beiträge von Berg, H. K. (1993), 70ff.; Schröer, H. (1986); Büttner, G. (1991), 167ff.; Biehl, P. (1991), 124ff. u. 190ff.; Höffken, P. (1986); Rohrbach, W. (1983); Adam, G./Lachmann, R. (1993), 139f.

⁸⁷ Siehe Nipkow, K. E. (1975a), (1975b), (1982a). Nipkow verfaßte unter dem Eindruck der Thematik der 5. Vollversammlung des ÖRK „Jesus Christus befreit und eint“ 1975 in Nairobi die drei Bände der „Grundfragen der Religionspädagogik“. Seine Beiträge von 1975 sind inzwischen in der 4. Auflage 1990 erschienen, sein Beitrag von 1982 in der 3. Auflage 1992.

⁸⁸ Vgl. Nipkow, K. E. (1975b), (1976a), (1976b), (1982a), (1984), (1985), (1986), (1990). Nipkow arbeitete als Mitglied der EKD-Kammer für Bildung und Erziehung auch an der Entstehung der EKD-Arbeitshilfe mit, die sich intensiv mit dem Thema „Ökumenisches Lernen“ auseinandersetzt; vgl. EKD (1985). Auf das hier formulierte Verständnis der EKD des Begriffs „Ökumenisches Lernen“ muß zusammen mit anderen Beiträgen an späterer Stelle noch näher eingegangen werden.

lich ökumenischen Lernens, wieweit es gelingen wird, trotz unterschiedlicher Sichtweisen der jeweils eigenen Wahrheit, die für die „christliche Wahrheit“ gehalten wird, zu einer „größeren Wahrheit“ zu gelangen, die zusammenführt. Die Ziele ökumenischen Lernens sind einerseits „Mitsprache- und Handlungsfähigkeit der Betroffenen“, damit jeder einzelne und das ganze Volk Gottes am Prozeß der „Wahrheitsfindung“ selbstverantwortlich teilnehmen kann. Andererseits zielt ökumenisches Lernen auch auf einen „gemeinsamen Suchprozeß“ hinsichtlich einer größeren Wahrheit, auf „gegenseitige Hilfe“ und „Respektierung“ sowie auf „konziliare Gemeinschaft.“ Dabei soll versucht werden, die Fülle der Wahrheit, die „persönliche, nationale, kulturelle, rassische und konfessionell-religiöse Schranken“ beseitigt, erfahrbar zu machen. Diese doppelte These ist vor dem Hintergrund eines „Lernverständnis befreiender Erziehung“ aufzufassen. Konkret soll der Lernprozeß über eine „dialogische Struktur“ verfügen. Innerhalb dieses Lernprozesses ist „Konflikt- und Konsensfähigkeit im konziliaren Streit um die Wahrheit“, der theologisch begründet ist und das „Konfessorische“ nicht ausschließt, also kommunikative Kompetenz aller Beteiligten einzuüben. Notwendige Voraussetzung für ökumenisches Lernen sind „Partizipations- und Konsensfähigkeit“, da sonst der Weg zur Ökumene und damit zu einer anderen Perspektive verschlossen bleibt. Kirche wird in diesem Sinn als „Lern-, Lebens- und Glaubensgemeinschaft von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen“ verstanden. Der ökumenische Weg ist eine Form des gemeinsamen „Leben- und Glaubenlernens“ durch Gottesdienst, Gebet, elementarer Dialog mit der Bibel und durch das sich daraus ergebende Handeln aus christlicher Überzeugung. In ihm wird jedoch nicht nur das Verlangen nach einem gemeinsamen Glauben, sondern zugleich auch die unterschiedlichen Positionen und damit die „Zerissenheit des Glaubens“ deutlich. Dementsprechend läßt Nipkow die Frage offen, ob die Gemeinde den Weg vom Lernen in der Gemeinde zur Notwendigkeit eines ökumenischen Lernens finden wird. Der ökumenische Weg muß im Hinblick auf eine „ökumenische Didaktik“ gemeinsamen Lernens theologische, interkulturelle, politische und ökologische Herausforderungen berücksichtigen. Zusammenfassend versteht Nipkow unter ökumenischen Lernen nicht ein „Ressort“, sondern eine „Dimension der Kirche“ und ihres gesamten „pädagogischen Handelns.“⁸⁹ Im Rahmen seines Elementarisierungsmodells sieht er vor allem die dritte Elementarisierungsdimension, die Frage nach den elementaren Erfahrungen, als Ausgangspunkt für die Möglichkeit ökumenischen Lernens. Elementares Lernen geschieht dann, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, sich anderen Erfahrungen auszusetzen und zu öffnen, d.h. „anderen Kulturen, Rassen, Religionen, Weltanschauungen und Ideologien sowie der Zweiten und Dritten Welt.“ Vor diesem Hintergrund entwickelt sich Lernen zu einem ökumenischen Lernen in der einen Welt. Dabei kommt in der Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen dem didaktisch relevanten hermeneutischen Vorgang, der ausgehend von dem vorwissenschaftlichen Problem- und Erfahrungsgrund über die fachwissenschaftliche Abstraktion und Segmentierung schließlich zu einer nachwissenschaftlichen Bestimmung der Lebensaufgaben führen soll, eine zentrale Bedeutung zu.⁹⁰

Es läßt sich feststellen, daß Nipkow ein äußerst umfangreiches Konzept der Elementarisierung theologischer Inhalte und Lernprozesse entwickelt. Zu fragen ist allerdings, ob dies in einem angemessenen Verhältnis zu den tatsächlich erhofften Ergebnissen steht. Die Vielschichtigkeit des Konzepts erweist sich hinsichtlich der Frage nach dem Elementaren eher als problematisch. Zum einen fordert Nipkow durch das Zusammenspiel aller vier Dimensionen der Elementarisierung (die Frage nach den elementaren Strukturen und Sachverhalten in einem Text, die Frage nach den elementaren Wahrheiten, insbesondere die Frage nach Gott selbst, die Frage nach menschlichen Grunderfahrungen sowie die Frage nach den elementaren Anfangsvoraussetzungen der Lernenden) einen großen Exkurs, um zum eigentlich Elementaren vorzudringen, das Notwendige zu bestimmen und zu erschließen sowie elementare Lernprozesse zu

⁸⁹ Vgl. Nipkow, K. E. (1984), 96.

⁹⁰ Vgl. Nipkow, K. E. (1983), 170f.

initiiert. Die Abstraktheit und Komplexität des Elementarisierungsmodells erschwert dabei die Lösung des Elementarisierungsproblems. Elementares Lernen entwickelt sich in konkreten Lernsituationen zu einem komplizierten Vorgang. Zum anderen ist fraglich, ob erst durch dieses Konzept aufgrund seiner Komplexität biblische Texte im Sinne H. Roths wieder in lebendige Handlungen zurückverwandelt werden können und überhaupt müssen. Obwohl Nipkow darauf hinweist, daß die Sprache biblischer Texte nicht nur zu analysieren, sondern auch mitzuvollziehen ist, tendiert sein Versuch der Elementarisierung dazu, die Bibeltex-te im Rahmen des oben skizzierten didaktisch relevanten hermeneutischen Vorgangs, der über die wissenschaftliche Abstraktion und Segmentierung zur Bestimmung unserer Lebensaufgaben vorstoßen will, zum Objekt der wissenschaftlichen Betrachtung und Analyse zu machen, die der ursprünglich befreienden Dynamik der biblischen Traditionen und ihrer Sprache nicht mehr gerecht werden. So bleibt zu fragen, ob der Weg in die wissenschaftliche Abstraktion und der Versuch, elementare Strukturen z.B. mit Hilfe der historisch-kritischen Exegese zu gewinnen, wirklich auch elementare Strukturen der Texte freilegt. Die historisch-kritische Exegese als Grundlage aller anderen Verfahren ist sicherlich notwendig, biblische Texte vor Mißbrauch zu schützen, jedoch bleibt dabei die unmittelbare, ursprüngliche Emotionalität, die argumentative Leidenschaft und damit die illokutionäre Kraft der Texte verschüttet, die für elementare und tiefgreifende Lernprozesse relevant ist. Die bloße Kenntnis von gattungs- und formkritischen Elementen kann keine fruchtbaren Lern- und Handlungsimpulse freisetzen. Andere Methoden der Schriftauslegung, wie z.B. die tiefenpsychologische, interaktionale, materialistische oder sozialgeschichtliche Auslegung, bieten hier zumindest eine notwendige Ergänzung. Sie stellen und beantworten die Frage nach dem Elementaren auf ihre jeweils eigene Weise, für die die klassische historisch-kritische Exegese so kein Sensorium hat. Die didaktischen Konkretionen Nipkows lassen nicht eindeutig erkennen, inwieweit sich die Erfahrung des Lesers und der biblische Text gegenseitig erschließen und so zur Sprache kommen. Nipkows Untersuchungen an konkreten biblischen Texten hinsichtlich der Dimension der elementaren Wahrheiten beschränken sich zudem größtenteils auf die Angabe von Inhalten. Hier liegen also offensichtlich Defizite vor, die die Frage nach der tatsächlichen Realisierbarkeit bzw. Umsetzbarkeit hinsichtlich der Erschließung des eigentlich Elementaren aufgrund der Vielschichtigkeit des Elementarisierungsmodells insgesamt offen läßt.

Betrachtet man die Relevanz der Konzeption hinsichtlich ökumenischen Lernens, so liegt die Hauptschwierigkeit eigentlich genau darin, daß Nipkow über die Komplexität der insgesamt vier Elementarisierungsdimensionen und damit auch über den Weg fachwissenschaftlicher Abstraktion das Elementare bestimmen will und so elementare Erfahrungen zur Sprache kommen sollen, um schließlich zur Bestimmung der Lebensaufgaben vorzudringen. Ökumenisches Lernen wird als ein Aspekt neben anderen unter die verschiedenen Elementarisierungskategorien subsumiert. Diese Vorgehensweise im Hinblick auf die Frage nach dem Elementaren orientiert sich zunächst einmal an den Fragen der Fachleute und geschulten Theologen, die so in den Mittelpunkt der Verstehensprozesse gerückt werden. Der theologische Diskurs und damit elementares Lernen darf jedoch der Eigengesetzlichkeit wissenschaftlichen Vorgehens nicht ausgeliefert werden, denn dann ist es kein elementares Lernen mehr. Die Theologie muß angesichts der lebenswichtigen Interessen der gesamten Menschheit akzeptieren, daß ihre Fragestellungen von den Fragen der sogenannten Laien als Leidende und Hoffende her selbst kritisch befragt werden. Vor allem der konziliare Prozeß und seine Themen als ökumenischer Lernprozeß haben deutlich gemacht, daß gerade die Fachleute, deren Kompetenz kaum in Frage gestellt wird, selbst in systembedingte Zwänge eingebunden und somit oft keine Sensibilität für die elementaren kritischen Fragen und notwendigen Veränderungen besitzen. In den Auseinandersetzungen mit den Knotenpunkten und Schlüsselproblemen, in denen es aber um Hoffnung und um Wege aus einer möglichen Katastrophe zum Leben hin geht, können die Experten und theologischen Fachleute niemanden die Entscheidungsfreiheit nehmen, selbst das elementar Notwendige sowie tragfähige Perspektiven und Wege zu finden. Der ökumenische Dialog for-

dert dazu auf, unmittelbare Bezüge zu den elementaren Interessen der in der gesamten Ökumene bedrängten und um Hoffnung ringenden Menschen herzustellen. Die theologische Arbeit kann auf den Anspruch wissenschaftlicher Reflexion nicht verzichten, jedoch ebensowenig auf die Verbindung zu den Fragen, die für die Menschen in der weltweiten Ökumene Fragen von Leben und Überleben sind. Die Erarbeitung spezieller Probleme im Rahmen wissenschaftlicher Arbeit ist notwendig, allerdings muß der Zusammenhang zu den elementaren Grundproblemen der Menschen an der Basis erkennbar bleiben. So ist es eine besondere theologische Aufgabe, diesen Zusammenhang transparent zu machen.

Nicht zuletzt hat vor allem die sozialgeschichtliche Exegese, die selbst wichtige Impulse aus dem ökumenischen Dialog erhält, den Blick für elementare politische Erfahrungen, die in den biblischen Zeugnissen enthalten sind, geschärft. Die biblischen Texte enthalten ganz elementare Erfahrungen, die von der Machtarroganz der Reichen und Mächtigen einerseits und dem Schrei der Armen nach Gerechtigkeit sowie der Verzweiflung und Resignation der Ohnmächtigen andererseits eindrucksvoll erzählen. Und eben genau diese elementaren Einsichten und Erfahrungen werden heute im ökumenischen Dialog und damit im Rahmen ökumenischen Lernens von den Menschen an der Basis aufgeworfen: Sie machen unübersehbar deutlich, daß die Fragen der Hoffnung nach Gerechtigkeit zu Überlebensfragen der Menschheit insgesamt geworden sind. Dies zeigt zugleich, daß an dem Vorgang der Elementarisierung sowie an elementaren Verstehens- und Lernprozessen ganz andere Faktoren entscheidend beteiligt sind als beispielsweise die verschiedenen Elementarisierungsdimensionen, die Nipkow in ihrer ganzen Vielschichtigkeit im Kontext seines Modells formuliert, oder ausschließlich exegetische Methoden zur Erschließung biblischer und theologischer Inhalte, die auf einen ganzheitlichen Verstehensprozeß zielen. Denn unter dem ansteigenden Druck von Fragen und Problemen, in denen die Überlebensfähigkeit der Menschheit in den Mittelpunkt heutiger Auseinandersetzungen und Lernprozesse gerückt wird, entstehen ganz andere Möglichkeiten elementaren Verstehens und Lernens, indem gesellschaftliche, politische Erfahrungen Zugänge zu biblischen Texten eröffnen. Bereits Kinder machen diese tiefgreifenden, verletzenden Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Zerstörung des Lebens und der gesamten Schöpfung. Dabei erfolgt eine Umkehrung der hermeneutischen Bedingungen. Konzentrierte man sich bisher auf die Frage, wie man Möglichkeiten elementaren Verstehens überhaupt schaffen kann, Nipkows Elementarisierungsmodell ist hier beispielhaft, so verschafft sich die Bibel im ökumenischen Dialog und im Rahmen ökumenischen Lernens selbst unmittelbar Zugang vor dem Hintergrund lebensnotwendiger Fragestellungen und gibt Impulse für elementare Lernprozesse. Geht es heute um die Hoffnung auf Gerechtigkeit und damit um die Lebensfähigkeit der Menschheit, so handelt es sich ohne Frage um ganz elementare Lernprozesse, die offensichtlich durch bestürzende gesellschaftspolitische Erfahrungen ausgelöst worden sind. Diese Erfahrungen stoßen elementare Lernprozesse an, zu denen der Weg über wissenschaftliche Methoden nicht imstande ist. So ist es nun auch nicht mehr möglich, diese elementaren politischen Erfahrungen im weltweiten ökumenischen Dialog in der Methodendiskussion zu umgehen.

Ganz neue Perspektiven eröffnen sich daher, wenn man ökumenisches Lernen selbst als Elementarisierungsprozeß begreift, der den Blick für biblische und theologische, gesellschaftliche und politische elementare Erfahrungen öffnet, diese in einen gemeinsamen Dialog treten läßt und komplexe Zusammenhänge elementar verständlich zu machen versucht, so daß daraus elementare Lernprozesse, Urteils- und Handlungskompetenzen entstehen können. Innerhalb des ökumenischen Lernprozesses werden grundlegend Elementarisierung und elementares Lernen betrieben, jedoch auf einer anderen Weise, wie es Nipkow mit seinem Elementarisierungsmodell zu formulieren versucht. Ein solcher Elementarisierungsprozeß innerhalb des ökumenischen Lernens ist Kern der ökumenischen Didaktik, die dadurch konkrete Gestalt gewinnt. Der Begriff der Elementarisierung muß konkret im Zusammenhang mit ökumenischen Lernprozessen verstanden werden, an diesem Punkt muß der Begriff neu gefaßt werden, hier vollzieht sich Elementarisierung und elementares Lernen. Ökumenisches Lernen und elementares Lernen sind

zwei komplementäre Begriffe. Es wurde bereits angedeutet, daß elementares Lernen sich dabei an zwei Koordinaten zu orientieren hat: Erstens müssen jene Knotenpunkte elementar entdeckt werden, an denen heute die wirklichen Entscheidungen fallen, die lokalen und globalen Bedrohungen greifbar lebensbedrohliche Zusammenhänge durchschaubar werden. Hier ist vor allem die gegenwärtige Ökonomie und deren Mechanismen zu nennen, die global die Rahmenbedingungen bestimmen. Nur wenn diese deutlich werden, ist es möglich, verändernd einzugreifen. Ebenso müssen Handlungsstrategien elementar erschlossen werden. Eine Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen ist daher notwendig. Auch muß geklärt werden, wie diese Mechanismen aus biblischer Perspektive zu beurteilen sind. Zweitens müssen wir uns mit dem Grundproblem der Straße der Verzweiflung auseinandersetzen. Elementare Lernprozesse dürfen nicht durch das Wissen um die Bedrohung und Zerstörung in Resignation und Ohnmacht enden und gelähmt werden. Man kann nur lernen, wenn dieses Lernen in eine umfassende Verheißung und Perspektive der Hoffnung eingebettet ist. Der Bibel kommt in diesem Prozeß der Elementarisierung eine wesentliche Rolle zu, da sie wichtige Entscheidungs- und Beurteilungshilfen innerhalb elementarer Lernprozesse gibt und Kriterien für gelingendes Leben nennt. Diese Überlegungen werden nun im folgenden Teil weiter konkretisiert.

1.4 Ökumenisches Lernen als Prozeß elementaren Lernens an der Frage der Gerechtigkeit

Der Begriff des ökumenischen Lernens ist Gegenstand vielfältiger theologischer sowie religionspädagogischer Diskussionen und Auseinandersetzungen. Er kann mittlerweile auf eine bestimmte Entwicklung zurückblicken, die eng mit der Ökumenischen Bewegung und seit den achtziger Jahren mit dem konziliaren Prozeß mit seinen Themen verknüpft ist.⁹¹ Der Terminus „Ökumenisches Lernen“ kann durchaus als programmatisch bezeichnet werden und hat sich inzwischen zu den konzeptionellen gemeinde- und religionspädagogischen Schlüsselbegriffen entwickelt, der Nachfolge in einem Lernprozeß, der von ganz elementarem Charakter ist, durchzubuchstabieren versucht. So hängt die Frage nach der Einheit der Kirche auch mit der Frage nach der gesamten Ökumene als die eine bewohnte Erde und damit nach der Überwindung von Armut, Krieg, Unterdrückung und der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen unmittelbar zusammen. Diese gegenwärtigen Lebensbedingungen trennen die Menschen und somit auch die Kirchen, die sich mit den jeweiligen Bedingungen auseinanderzusetzen zu haben. So steht neben dem Ringen um die Einheit der Kirche vor allem auch die Suche nach Lebensmöglichkeiten für die gesamte Menschheit im Vordergrund. Der konziliare Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, zu dem 1983 auf der sechsten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver aufgerufen wurde, ist im Zusammenhang mit der Ökumenischen Bewegung als ein exemplarischer Lernprozeß zu verstehen, der sich im Hinblick auf seine Themen als unverzichtbar erwiesen hat und von dem immer wieder für die gesamte Ökumene fruchtbare Impulse ausgehen.⁹² „Konziliarer Prozeß“ bezeichnet einen danach Weg, auf dem man zusammenkommt und „Mut zum Sein und Weisung zum Handeln“ erhofft. Dabei bezeichnen „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ keine Lerninhalte, sondern vielmehr wesentliche Dimensionen des Lernweges selbst. Eine umfassende Zwischenbilanz des konziliaren Prozesses als Lernprozeß, der die einzelnen Arbeitsergebnisse

⁹¹ Siehe dazu z.B. die Beiträge von Becker, U. (1986), (1987); Dauber, H./Simpfendörfer, W. (1981); EKD (1985); Goßmann, K. (1985), (1987), (1988); Johannsen, F./Noormann, H. (1990); Koerrenz, R. (1994); Lange, E. (1972); Nipkow, K. E. (1975b), (1976a), (1976b), (1982a), (1984), (1985), (1986), (1990); Raiser, K. (1989), (1990a), (1990b), (1991), (1994a), (1994b); Simpfendörfer, W. (1985); Stöhr, M. (1987).

⁹² Vgl. dazu die Ausführungen von Raiser, K. (1990a), 158ff.

der Versammlungen im europäischen und deutschen Kontext berücksichtigt und zudem die Ergebnisse anderer Regionen, insbesondere Asien, Afrika und Lateinamerika miteinbezieht, würde weit über den Rahmen dieser Überlegungen hinausgehen und soll hier nicht geleistet werden. Es sollen aber zum weiteren Verständnis entscheidende Schritte und Ergebnisse auf dem bisherigen Lernweg kurz skizziert werden. Den ersten bedeutenden Lernschritt kann man als ein „Lernen durch Perspektivenwechsel“, sich also selbst mit den Augen des anderen zu sehen, charakterisieren. Bei der umfassenden Orientierung an Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung handelt es sich nicht um eine Aneinanderreihung der einzelnen Konfliktfelder und Symptome der Krisen. Sie stellen vielmehr drei Dimensionen einer einzigen Herausforderung, nämlich die Bedrohung des Lebens im globalen Kontext, dar. Man gelangt zu der Einsicht, daß nicht nur allein die Friedensfrage, die vor allem in Europa und Nordamerika angesichts drohender atomarer Vernichtung im Mittelpunkt der Diskussion stand, von Bedeutung ist, sondern diese von der Frage der Gerechtigkeit nicht zu trennen ist, daß im „biblischen Sinne Frieden nicht Abwesenheit von Krieg“ bedeutet, sondern „aktive Gegenwart von Gerechtigkeit“ und damit Frieden und Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen sind. Dabei wird auch die Bewahrung der Schöpfung in die Ziele des konziliaren Prozesses integriert, die die Wahrnehmung der ökologischen Krise zum Ausdruck bringt. Als zentrale Aufgabe des konziliaren Prozesses wird die Durchdringung der Zusammenhänge und Spannungen zwischen den einzelnen Zielperspektiven Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der ganzen Schöpfung aus biblischer, sozio-ökonomischer sowie politischer Sicht angestrebt. Der Lernprozeß wird also immer den „inneren Zusammenhang der drei Zielorientierungen“ inhaltlich und aus der Perspektive des christlichen Glaubens reflektieren müssen. Damit ist zugleich ein weiterer Lernschritt angedeutet. Neben dem Perspektivenwechsel bedeutet die Einsicht in die „wechselseitige Verknüpfung der drei Zielperspektiven“ einen entscheidenden Schritt auf dem Lernweg. Es geht im konziliaren Prozeß also nicht um einzelne Probleme, die nebeneinander stehen, sondern um ihre inneren Zusammenhänge, die die Lebensfähigkeit der gesamten Menschheit bedrohen. So rückt vor allem zunehmend die Bewahrung der Schöpfung in den Mittelpunkt der theologischen Auseinandersetzung. Dies geschieht aus der Einsicht, daß Frieden nur durch Verwirklichung von Gerechtigkeit entsteht und daß Gerechtigkeit und Frieden sich aus einer tiefen Achtung vor der Schöpfung ergeben. Dabei werden die Bewahrung der Schöpfung, die Gerechtigkeit und der Frieden zwar als unterschiedliche, jedoch miteinander verschränkte und damit zusammengehörende Dimensionen des Reiches Gottes gesehen. Ein weiterer Schritt auf dem Lernweg innerhalb des konziliaren Prozesses ist die Erkenntnis, daß neben einem eindringlichen Appell im Sinne des „prophetischen Wächteramtes der Kirche“ an die verantwortlichen Handelnden in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die gemeinsamen Zielperspektiven Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nur Relevanz haben, wenn sie Christen und Kirche selbst zur „Umkehr“ und zur Änderungen in ihrem Verhalten „im Sinne wechselseitiger Verpflichtung“, die auf den gemeinsamen Glauben an Gott beruht, dem alle anderen Pflichten gegenüber zweitrangig sind, bewegen. Menschen verstehen und lernen dann, wenn sie auch selbst handeln („learning by doing“). Ein wesentliches Ergebnis des bisherigen Prozesses ist es, daß der inhaltliche sowie der biblisch-theologische Zusammenhang der drei Themenfelder deutlich gesehen wird. Dies schafft Sensibilität für die Wahrnehmung der Wirklichkeit und verändert die Perspektiven und mit ihnen die Aufgaben und Probleme, denen sich die Kirchen stellen müssen. So werden indessen die Folgen der bestehenden internationalen Marktordnung, des Finanz- und Wirtschaftssystems, insbesondere die Auswirkungen der sogenannten Schuldenkrise in den Ländern des Südens, einer kritischen Analyse und Bewertung unterzogen. Man erkennt die Notwendigkeit eines neuen Ansatzes „ökumenischer Wirtschaftsethik“ mit der „Option für die Armen“ als ethischen Maßstab, da die bisher vorherrschenden Modelle industrieller Entwicklung und wirtschaftlichen Wachstums sowie die damit verbundenen „gesellschaftlichen Wertsetzungen“ eine dramatische Bedrohung der Lebensfähigkeit der

gesamten Menschheit darstellen, so daß konkrete Schritte zum Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung zur Diskussion gestellt werden.⁹³

Betrachtet man die bisherige Diskussion um den Begriff des ökumenischen Lernens, so entspricht es der Konzeption und dem Lernverständnis, diesen konziliaren Prozeß selbst als ökumenischen Lernprozeß zu begreifen. Die Themen des konziliaren Prozesses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ machen ökumenisches Lernen bzw. den ökumenischen Lernprozeß konkret nachvollziehbar und erfahrbar. Es ist daher nur konsequent, wenn die sechste Vollversammlung des ÖRK 1983 in Vancouver neben dem Aufruf zu einem konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ebenso die Notwendigkeit ökumenischen Lernens betont. So wird den Kirchen empfohlen, die ökumenische Dimension des Lernens ernst zu nehmen, diese in alle pädagogischen Bemühungen und Programme einzubeziehen und für ökumenische Perspektiven zu sorgen.⁹⁴ Im Vergleich zu den vorangegangenen Vollversammlungen, z.B. in Nairobi, erhält die pädagogische Dimension des Lernens hier den „Rang einer für die Kirche konstitutiven Dimension.“ Höhepunkt der Diskussion um den Begriff des ökumenischen Lernens im deutschsprachigen Raum stellt die von der EKD publizierte Arbeitshilfe mit dem gleichnamigen Titel dar.⁹⁵ Ein Blick auf die Vorgeschichte des Begriffs und dessen Bildung kann zum Verständnis der gegenwärtigen Diskussion beitragen. Die folgenden Ausführungen möchten jedoch keine systematische Bündelung der Diskussion um den Begriff des ökumenischen Lernens und dessen Lernverständnis in der Perspektive der neunziger Jahre vermitteln.⁹⁶ Vielmehr soll anhand exemplarischer Beiträge zum ökumenischen Lernverständnis weiterhin sichtbar gemacht werden, daß ökumenisches Lernen selbst einen elementaren Lernprozeß darstellt, obwohl der Begriff des Elementaren bzw. der Elementarisierung in diesem Zusammenhang bisher nicht verwendet wurde. Zudem soll der Blick dafür geöffnet werden, daß ökumenisches Lernen heute sich verschärft zu einem elementaren Lernen an der Frage der Gerechtigkeit entwickelt, da zunehmend deutlich wird, daß die Frage des Friedens und die der Bewahrung der Schöpfung entscheidend von der Frage der Gerechtigkeit abhängen, wie die Entwicklung der ökonomischen Krise zeigt. Neben K. E. Nipkow, dessen Untersuchungen bereits angesprochen wurden, sind vor allem der bereits erwähnte Beitrag der EKD sowie die Beiträge von E. Lange, W. Simpfendörfer und H. Dauber zur Diskussion um das Verständnis ökumenischen Lernens aufschlußreich.

Die Herausforderung und Aufgabe ökumenischen Lernens („ecumenical learning“) ist ebenso wie der konziliare Prozeß tief in der Ökumenischen Bewegung verwurzelt. Das Verständnis ökumenischen Lernens innerhalb der Ökumenischen Bewegung hat wichtige Impulse durch die deutsche religionspädagogische Diskussion erhalten und wurde wesentlich durch sie geprägt. So haben E. Lange und W. Simpfendörfer unverzichtbare Beiträge zur Entwicklung einer ökumenischen Didaktik erarbeitet.⁹⁷ Dabei knüpft Simpfendörfer an die Überlegungen Langes an und versucht, diese ergänzend auch im Rahmen praktischer Bemühungen fortzuführen. Die Geschichte des Begriffs des ökumenischen Lernens nimmt ihren Anfang eigentlich erst mit dem gemeinsamen Beitrag von H. Dauber und W. Simpfendörfer.⁹⁸ Dennoch muß der Blick zunächst auf E. Lange und seine Überlegungen gerichtet werden. Zwar hat er, soweit man dies

⁹³ Siehe zur bisherigen Entwicklung des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung neben Raiser, K. (1990a) auch Duchrow, U. (1996); Müller-Römheld, W. (1983); ÖRK (1990), (1992); Raiser, K. (1989), (1994b); Weizsäcker, C. F. (1986); vgl. auch die Beiträge von Raiser, K. (1990b), (1991) sowie Koerrenz, R. (1994), 103-115, die einen knappen Überblick über die Entwicklung bieten.

⁹⁴ Vgl. Müller-Römheld, W. (1983), 128 u. 261ff.

⁹⁵ Siehe EKD (1985); vgl. zur Rezeption und Wirkung der Arbeitshilfe der EKD „Ökumenisches Lernen“ die Beiträge von Baldermann, I. (1986a) sowie Koerrenz, R. (1994), 42-76.

⁹⁶ Dies ist schon hinreichend geschehen. Eine detaillierte Analyse aller bisherigen Beiträge erscheint in diesem Zusammenhang wenig ergiebig; siehe dazu die Beiträge von Becker, U. (1986), (1987); Orth, G. (1991) sowie Koerrenz, R. (1994), 14-76; vgl. auch die kommentierte Literaturdokumentation von Orth, G. (1989).

⁹⁷ Vgl. P. Potter in Dauber, H./Simpfendörfer, W. (1981), 5ff.

⁹⁸ Siehe Dauber, H./Simpfendörfer, W. (1981).

überblicken kann, den Begriff des ökumenischen Lernens selbst nicht verwendet, jedoch für das Verständnis des Ökumenischen neue Perspektiven eröffnet und dabei die Notwendigkeit entsprechender Lernprozesse als Kernproblem betont. So hat E. Lange ökumenisches Lernen als den „Weg kirchlicher Erneuerung im ökumenischen Horizont“ entdeckt. In Anlehnung an Bonhoeffer weist er darauf hin, daß Kirche nur Kirche ist, wenn sie für andere da ist. Der ökumenische Horizont, der durch die zunehmenden Ungleichheiten und Abhängigkeiten im Nord-Süd-Konflikt zur Frage nach Gerechtigkeit und Freiheit herausfordert, ist der Horizont, in dem heute das „Für-andere-Dasein“ von Relevanz ist. Vor diesem Hintergrund hat die Kirche diese Aufgabe vor allem als pädagogisch-didaktisches Problem wahrzunehmen, wenn sie über einzelne ökumenische Initiativgruppen hinaus umfassend an dieser Erneuerungsbewegung teilnehmen will.⁹⁹ Damit wird die Organisation von Lernprozessen zum zentralen Problem einer Kirche im ökumenischen Horizont. Ausgehend von der Frage, wie ein Lernprozeß entstehen soll, der notwendig ist, um die ökumenische Möglichkeit der Christenheit zu verwirklichen, konstatiert Lange, daß es bisher noch keine Antwort und keine ökumenische Didaktik gibt, in deren Rahmen Kirche und Gesellschaft frei werden zu einem Lernen, das den bisherigen Informationsstand und das Bewußtsein überwinden kann. Der notwendige Lernprozeß muß neue Antworten finden auf die Frage, wie Christen wachsen sollen, um den gegenwärtigen Herausforderungen der Welt, in der geglaubt, geliebt und gehofft werden muß, gewachsen zu sein.¹⁰⁰ Eine mögliche erste Antwort deutet Lange selbst an. Ökumenisches Lernen fordert Christen dazu heraus, über die Grenzen hinweg den Horizont wahrzunehmen, in dem heute gedacht und geplant werden muß. Wo immer Christen lernen, müssen sie die „Weltsendung und Weltverantwortung“ im Blick haben und ökumenisch lernen. Die Lernbereitschaft und Lernfähigkeit der Menschen ist jedoch eng mit der „Struktur des Gewissens“ verknüpft, so daß ökumenisches Lernen zunächst weniger mit abrufbaren Wissensbeständen zu tun hat, sondern vielmehr mit dem Gewissen. Neue Erfahrungen müssen gewissensmäßig gemacht werden und dürfen die Angst vor dem „Verlust der eigenen Identität und Integrität“ nicht grundsätzlich ausschließen.¹⁰¹ An dieser Stelle wird von Lange die Notwendigkeit „emotionalen Lernens“ („learning by heart“) angesprochen. Die neuen Erfahrungen, die durch ökumenisches Lernen im Horizont der einen Welt gemacht werden, sind dabei in ihren „lokalen Erscheinungsformen“ aufzuspüren. Nur so kann das eigene Gewissen die Erfahrungen auch verarbeiten. Die Bedrohung und Zerstörung des Lebens sind schon in den örtlichen Verhältnissen lokalisierbar und zeigen sich z.B. in asymmetrischen Machtverhältnissen oder der Umweltzerstörung. In diesem Sinn zielt ökumenisches Lernen darauf, das eigene „Emanzipationsdefizit“ und die „Abwehrmechanismen“, die dazu beitragen, sich blindlings dem Schicksal der Zukunft zu ergeben, erkennbar zu machen und abzubauen. Ökumenisches Lernen bedeutet aber nicht, die eigenen Probleme vor dem Hintergrund globaler Probleme zu vernachlässigen, sondern vielmehr diese im ökumenischen Horizont erst zu entdecken, damit schärfer zu erfassen und in diesem Sinn voneinander zu lernen. Ökumenisches Lernen erfordert zugleich ein „bibelorientiertes Lernen“, da die biblische Verheißung von Anfang an eine „ökumenische Verheißung“ ist. Das christliche Gewissen ist durch die biblischen Zeugnisse herausgefordert, sich in den Haushalt der einen bewohnten Erde einzuleben und sich an diesem zu orientieren.¹⁰² Mit dem Beitrag Langes wurde die Herausforderung und Aufgabe ökumenischen Lernens für Kirche und Gesellschaft wesentlich neu umrissen und skizziert. Die Diskussion um den Begriff des ökumenischen Lernens blieb jedoch an diesem Punkt nicht stehen, sondern griff die Impulse Langes auf und reflektierte sie im Zusammenhang mit aktiven Engagement und praktischen Erfahrungen.

⁹⁹ Vgl. Lange, E. (1974), 159.

¹⁰⁰ Vgl. Lange, E. (1972), 197ff.

¹⁰¹ Ebd., 198.

¹⁰² Vgl. Lange, E. (1981), 305ff; vgl. Becker, U. (1986), 521ff. und (1987), 250ff.

Vor allem W. Simpfendörfer führt die Überlegungen von Lange weiter und konzentriert sich auf den Erfahrungsbezug sowie die Möglichkeiten und Chancen der Vermittlung ökumenischen Lernens.¹⁰³ So soll angestrebt werden, die Dynamik des Zusammenhangs zwischen dem „kleinen Haushalt unseres alltäglichen Lebens (Oikos)“ und dem „größeren Haushalt, der einen bewohnten Erde (Oikomene)“, erfahrbar zu machen. Der ökumenische Lernprozeß kann sich nur in dieser Spannung, die aus der „Konfrontation zwischen lokaler Konkretion und globaler Vision“ entsteht, fruchtbar entfalten.¹⁰⁴ Ökumenisches Lernen setzt sich vor allem mit dem Einleben in den vielschichtigen und zugleich widersprüchlichen Zusammenhang der einen Welt auseinander. Dabei legt „ökologisches Lernen“ im Alltag die Grundlage dafür, mit diesem spannungsreichen Zusammenhang umzugehen. Ursprung und Ziel des Lernprozesses sind „Ökos“ und „Ökumene“, durch die wir uns in den gemeinsamen Haushalt der bewohnten Erde einleben. Vor diesem Hintergrund entwickelt Simpfendörfer insgesamt „fünf Aufgaben- und Erfahrungsfelder ökumenischen Lernens.“ Zunächst sind „primäre Erfahrungen des Welthorizontes“ bzw. „ökumenischer Realität“ notwendig, also unmittelbare Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen, durch die die Informationen erst ihren eigentlichen Wert erhalten. So eröffnet sich die Möglichkeit, am gemeinsamen Leben mit seinen Unterschiedlichkeiten und Fremdheiten teilzuhaben und damit zu erfahren, daß wir alle der einen Erde angehören. Zweitens muß ökumenisches Lernen versuchen, „Mehrheiten einzubeziehen“ und zum Lernen zu ermutigen, damit das Lernen nicht nur auf bestimmte Minderheiten beschränkt bleibt. Daher ist es eine dringende Aufgabe, Kinder als zukünftige Mehrheiten in ökumenische Lernprozesse zu integrieren. Somit wird auch die Schule als ein wichtiger Lernort betrachtet. Das dritte Aufgabenfeld ökumenischen Lernens zielt auf das „Erlernen einer gemeinsamen Sprache.“ Gemeint ist damit die Sprachfähigkeit aller am Dialog Beteiligten als Grundlage für die notwendige Sensibilität hinsichtlich fremder Bedürfnisse. Dabei ist darauf zu achten, im ökumenischen Austausch die vielfältigen Sprachmöglichkeiten des Menschen miteinzubeziehen. So ist nicht nur die technische Seite der Kommunikation von Bedeutung, sondern vor allem auch die „Sprache des Herzens.“ Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Dialogs über die Grenzen hinweg sind „Vertrauen“ und „Partizipation.“ Ökumenisches Lernen ist viertens „verknüpfendes Lernen“, das grenzüberschreitend die kleinen Haushalte miteinander verbindet. Diese Verknüpfung ist die eigentliche ökumenische Aktion, in der wir voneinander lernen können. Ausgehend von einem ökologischen Lernen wird erlernt, den eigenen Haushalt zu erhalten. Ökologisches Lernen wird zu ökumenischem Lernen, wenn auf der Grundlage ökologischer Bedürfnisse Erfahrungen gemacht werden, die bewußt machen, daß es möglich ist, voneinander zu lernen, weil wir nur miteinander leben können. Dabei vollzieht sich der entscheidende Schritt ökumenischen Lernens im Rahmen bewußter Verschränkung bzw. Verknüpfung lokaler Situationen mit anderen im Welthorizont. Diese Verknüpfungsvorgänge ermöglichen zugleich eine vielfältige Auseinandersetzung mit weiteren Lernzielen, z.B. die Überwindung der Fremdenangst, der Respekt vor Unterschieden und Andersartigkeit oder das Austragen gegensätzlicher Interessen. Ökumenisches Lernen trägt in dieser Form dazu bei, „Konziliarität“ einzuüben, die sich im Rahmen einer gemeinsamen Verständigung über die Welt von morgen ereignet. Im Hinblick auf das fünfte Arbeitsfeld zwingt ökumenisches Lernen zur „Selbstreflexion“ und verhilft dazu, „die eigene Identität zu riskieren, um eine neue zu gewinnen“, in der sich der einzelne selbst besser verstehen und ernster nehmen kann. Nur so kann eine wirklich ökumenische Partnerschaft gelingen.¹⁰⁵ Die fünf Aufgabenfelder bzw. Arbeits- und Erfahrungsfelder ökumenischen Lernens sind für Simpfendörfer keine Fundamente einer ökumenischen Didaktik, sondern selbst als Lernwege zu begreifen, die ein „entdeckendes Lernen“ im Zusammenhang mit sozialer und politischer Aktion beabsichtigen. In der Praxis kann

¹⁰³ Vgl. Dauber, H./Simpfendörfer, W. (1981), 6.

¹⁰⁴ Ebd., 71.

¹⁰⁵ Vgl. Dauber, H./Simpfendörfer, W. (1981), 85-92; vgl. auch Becker, U. (1986), 523ff. und (1987), 258f.

das Zusammenspiel von schulischem und außerschulischem Erziehungsbereichen, wie Elternhäuser, Nachbarschaften, Erwachsenenbildungsveranstaltungen, ökumenische Erfahrungen erschließen. Im Vergleich dazu hatte K. E. Nipkow, an dessen Beitrag zu einem ökumenischen Lernverständnis hier noch einmal kurz erinnert werden soll, herausgestellt, daß vor allem „Partizipations- und Konsensusfähigkeit“ in ihrer gegenseitigen Bezogenheit notwendige Voraussetzungen ökumenischen Lernens sind. Werden diese nicht eingeübt, so bleibt insgesamt der Weg zur Ökumene versperrt. Fraglich erscheint in diesem Zusammenhang allerdings die Rolle und Funktion des Elementarisierungsmodell hinsichtlich der angestrebten Kompetenzen.

Der Beitrag der EKD knüpft an die Diskussion und bisherigen Untersuchungen zum Begriff des ökumenischen Lernens an, die der Arbeitshilfe wichtige Impulse geben, und formuliert ein Lernverständnis, das das ökumenische Lernen wesentlich in dreifacher Hinsicht zu bestimmen versucht und auch die Dimension politischen Lernens nicht vernachlässigt.¹⁰⁶ Ökumenisches Lernen wird zunächst als „grenzüberschreitendes Lernen“ charakterisiert, das aufgrund des biblischen Zuspruchs und seiner umfassenden Verheißung die Grenzen der Herkunft, der Lebens- und der Denkweise überschreitet, um sich so mit fremden Lebensbedingungen auseinanderzusetzen und sich selbst mit den Augen anderer zu sehen. Ökumenisches Lernen ist zudem „verknüpfendes Lernen“, um das Globale im Lokalen und damit im eigenen Lebensbereich zu entdecken sowie die Bedingungen und Verflechtungen der eigenen Lebenssituation wahrzunehmen. Es gilt, Beziehungen zum anderen, Fernen und Fremden herzustellen und mit dem eigenen Lebenshorizont zu verknüpfen. Ökumenisches Lernen ist schließlich „handlungsorientiertes Lernen“, das sich nicht darauf beschränkt, Informationen zu vermitteln, sondern zum Handeln befähigt. Insgesamt ist diese dreifache Zielorientierung eingebunden in einem „sozialen Lernprozeß“, der ganzheitlich ist und auch „interkulturelles Lernen“ miteinbezieht. Dabei fallen „soziales und religiöses Lernen“, „politische Verantwortung und Spiritualität“ nicht auseinander, sondern bilden vielmehr eine Einheit. Die Beziehungen zu uns selbst, zum anderen und zu Gott sind miteinander verschränkt. So eröffnet auch interkulturelles Lernen den Blick für die Vielseitigkeit des Lebens und der Schöpfung an allen Orten der Erde. Ökumenisches Lernen verlangt vor allem auch eine „Lerngemeinschaft“, um füreinander einzutreten und Konflikte austragen zu können.¹⁰⁷ Dies schließt ein, auch mit jenen zusammen zu lernen bzw. von jenen zu lernen, die Gott den Schöpfer, der sich in Christus offenbart hat, nicht kennen oder ihm widersprechen.¹⁰⁸ Ökumenisches Lernen zielt in diesem Sinn auf das „Zusammenleben aller getrennten Kirchen“ sowie auf das „Zusammenleben aller Menschen auf der einen bewohnten Erde.“¹⁰⁹ Im Horizont ökumenischen Lernens wird Kirche als eine Lerngemeinschaft charakterisiert, die vor allem auf dem Weg von „Initiativgruppen“ lernt¹¹⁰, und deren Lebensform die „Konziliarität“ ist.¹¹¹ Der Blick wird dabei insgesamt für nationale, rassische, ideologische Grenzen sowie gesellschaftliche und politische Gegensätze geschärft, jedoch werden diese nicht als die Gemeinschaft trennend angesehen.¹¹² Ökumenisches Lernen schafft die Grundlage einer „ökumenischen Parteilichkeit“, die für das ganze Leben auf der bewohnten Erde aktives Engagement leistet, insbesondere für jene eintritt, die am Leben gehindert werden.¹¹³

Vergegenwärtigt man sich nun die beschriebenen Lernschritte und Lernwege des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, so entsprechen diese durchaus den drei Dimensionen ökumenischen Lernens, die die Arbeitshilfe der EKD aufgreift:

¹⁰⁶ Vgl. EKD (1985).

¹⁰⁷ Vgl. EKD (1985), 17; siehe Baldermann, I. (1986), 293f. und Raiser, K. (1990a), 162.

¹⁰⁸ Ebd., 18.

¹⁰⁹ Vgl. EKD (1985), 11.

¹¹⁰ Ebd., 102.

¹¹¹ Ebd., 62.44f.

¹¹² Ebd., 45.

¹¹³ Ebd., 62.

dem grenzüberschreitenden Lernen durch Perspektivenwechsel, also mit den Augen anderer sehen lernen, dem verknüpfenden Lernen, also Einsicht in die wechselseitige Verknüpfung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und damit zugleich Urteilsfähigkeit gewinnen, und schließlich dem handlungsorientierten Lernen, also Handlungsperspektiven erschließen lernen. Man kann vor dem beschriebenen Hintergrund festhalten, daß ökumenisches Lernen im Hinblick auf unsere Ausgangssituation und damit im Blick auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sich in den Dimensionen bzw. Lernschritten „Sehen, Urteilen und Handeln“ vollzieht.¹¹⁴ Vor diesem Hintergrund bedeutet ökumenisches Lernen, die Bedrohung und Zerstörung des Lebens sehen zu lernen und mit den Augen der Betroffenen wahrzunehmen, urteilen zu lernen und Verknüpfungen zu entdecken, in denen die eigene Situation und die Auswirkungen des eigenen Handelns in ihrem religiösen, ökonomischen, sozialen und politischen Kontext durchschaubar werden und schließlich Handeln zu lernen, das in der Lage ist, Perspektiven und Wege aus der Bedrohung zu erschließen, sich aber auch gegenseitig ermutigen kann.

Die Diskussion um den Begriff des ökumenischen Lernens zeigt, daß der Begriff der Elementarisierung bzw. des elementaren Lernens nicht verwendet wird, daß hier jedoch ein Elementarisierungsprozeß und elementares Lernen im eigentlichen Sinn im Hinblick auf das stattfindet, was wirklich notwendig ist angesichts der globalen krisenhaften ökonomischen Entwicklung. Dieser Prozeß der Elementarisierung vollzieht sich grundlegend in den drei Dimensionen und Lernschritten des ökumenischen Lernens im Hinblick auf die Problemfelder Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung: Im Sehen, Urteilen und Handeln lernen. In diesem Prozeß der Elementarisierung, des elementaren ökumenischen Lernens kommt der biblischen Überlieferung eine wichtige Aufgabe zu. Folgt man den Überlegungen Baldermanns, so lassen sich für unseren Zusammenhang wichtige Einsichten gewinnen. Danach sind ökumenische Lernprozesse wesentlich auf die Impulse der Bibel zurückzuführen, die heute im ökumenischen Horizont vor dem Hintergrund politischer Erfahrungen erschlossen wird und eine gemeinsame Gesprächsgrundlage bildet.¹¹⁵ Diese Perspektive soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, um die weitere Voraussetzungen ökumenischen Lernens als elementares Lernen zu verdeutlichen.

Die Rolle der biblischen Überlieferung innerhalb ökumenischer Lernprozesse läßt sich danach folgendermaßen skizzieren: In der biblischen Überlieferung werden ganz elementar die Fragen und Knotenpunkte thematisiert, die für das Fortbestehen der Menschheit heute entscheidend sind. Die strukturelle Gewalt, die asymmetrischen Machtstrukturen und der daraus resultierende Reichtum der einen, der die Armut der anderen verschuldet, zeigen die Hindernisse, die für ein gemeinsames Gespräch zu überwinden sind. Dennoch ist über die theologischen und ökonomischen Schwierigkeiten hinweg die Ökumenische Bewegung, das gemeinsame Gespräch, in dem aufeinander gehört und voneinander gelernt wird, lebendig. Die Bibel ist zentraler Orientierungspunkt aller am ökumenischen Gespräch Beteiligten. Sie stößt immer wieder selbstkritische Fragen bzw. Impulse an und bringt die Gesprächsteilnehmer zusammen. Trotz unterschiedlicher theologischer Positionen ist die gemeinsame Bindung an die biblische Überlieferung die Grundlage für die Intensität des ökumenischen Gesprächs. So ist die Bibel weltweit zu einem unverzichtbaren „Gesprächspartner“ auf der Suche nach neuen Wegen der Hoffnung geworden, zu einem „Buch des Dialogs.“ Sie bietet eine gemeinsame „Muttersprache der Ökumene“ als Grundlage der Verständigung, die ganz elementare gemeinsame Erfahrungen, Handlungsmöglichkeiten, Kriterien, Verheißungen und Visionen enthält. So kann trotz massiver Spannungen die Frage nach Gerechtigkeit und nach einer umfassenden Hoffnung gestellt sowie eine gemeinsame Antwort gesucht werden. In diesem Sinne kann man die biblische

¹¹⁴ Vgl. auch Raiser, K. (1990a), 163; Stöhr, M. (1997), 145.; Boff, L./Kern, B./Müller, A. (1988), 46ff.; Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 10.

¹¹⁵ Vgl. Baldermann, I. (1990a).

Sprache selbst als elementar bezeichnen, da sie ursprüngliche Erfahrungen enthält, die die menschliche Existenz ganzheitlich betrifft. Die Bibel spricht in „elementaren Zeichen“, in denen „elementare Erfahrungen“ und damit ihre Eindringlichkeit für das „Menschliche“ zum Ausdruck kommen. Von Anfang an steht nicht der Einsatz des Menschen für Gott, sondern Gottes Zuwendung zum Menschen im Zentrum der biblischen Botschaft. Die Weite und Tiefe der „Leidenschaft Gottes für den Menschen“ zeigt sich in der Entscheidung für ein kleines Volk unterdrückter Menschen. So wird auch deutlich, daß Gott sich nicht mit der Macht der Mächtigen und Unterdrücker durchsetzen will, sondern auf dem Weg des „Leidens.“ Er will den Menschen nicht „zerstören“, sondern überzeugen. Die Propheten, die Tora Israels, die Psalmen bezeugen ebenso wie die Worte Jesu und Pauli die Leidenschaft Gottes für den Menschen sowie den Wert des Lebens eines jeden Einzelnen. Diese tiefgreifende Leidenschaft für das Menschliche, die für die Bedrohungen des Lebens sensibilisiert, durchzieht wie ein „roter Faden“¹¹⁶ die biblische Überlieferung und wird besonders in den Begriffen „Gottes Gerechtigkeit“ und „Reich Gottes“ greifbar. Die biblische Überlieferung ist selbst ein Buch, das in seinen Strukturen zutiefst ökumenisch angelegt ist. Sie stellt kein abgeschlossenes theologisches System dar, sondern einen Dialog, der von Widersprüchen gekennzeichnet ist und einen Spannungsbogen von Verzweiflung bis hin zur alles überragenden Freude und erfahrener Befreiung entwirft. Keiner dieser gegensätzlichen Positionen wird ausgeschlossen, weil es notwendig ist, diesen Dialog zu führen. Der Leser wird aufgefordert, an diesem leidenschaftlichen Dialog um Gottes Gerechtigkeit, aber auch um die Hoffnung angesichts der übermächtigen Bedrohung teilzunehmen. Die Bibel verlangt nach einem solchen Vorgehen, da sie auf einen „direkten Dialog“ mit dem Leser zielt.¹¹⁷ In diesem Sinn ist die Bibel vor allem ein „Buch des Lernens“, mit der wir als Lerngemeinschaft Kirche ganz elementar an den Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung lernen können.¹¹⁸ Damit bleibt auch der Umgang mit der Bibel nicht nur den Fachleuten und Theologen überlassen, die mit Hilfe fachwissenschaftlicher Abstraktion das Elementare bestimmen und so die biblische Überlieferung verständlich machen wollen. Im ökumenischen Lernprozeß müssen die elementaren Fragen der Menschen „von unten“ in die Diskussion und Auseinandersetzung eingebracht werden und auch in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gelangen. Die Fachleute werden dadurch nicht entbehrlich. Allerdings müssen sie offen für Gespräche mit den Menschen an der Basis sein. Elementare Lernprozesse erwachsen nur aus einem solchen Umgang mit der Bibel, wenn sie Urteils-, Kritikfähigkeit und Handlungskompetenzen erreichen wollen. So ist das „Prinzip der Kontextualität“¹¹⁹ Grundlage der Arbeit mit der Bibel im ökumenischen Lernprozeß. Der Bibeltext kann nur aus dem Kontext des eigenen Lebens heraus verstanden werden, die biblischen Texte reden dort elementar zu uns, wo wir Analogien zwischen unseren Erfahrungen und denen der damaligen Hörer und Leser entdecken. Dies sind „zwei einander ergänzende Vorgänge kategorialer Erschließung.“ Wir lernen einerseits unsere Wirklichkeit vor dem Hintergrund der biblischen Texte besser zu erkennen, andererseits helfen die eigenen Erfahrungen, die biblischen Texte genauer zu verstehen. Dazu gehört auch die „Einbeziehung des Emotionalen.“ Der Dialog kann sowohl von der Seite der gegenwärtigen Erfahrungen als auch von der Seite der biblischen Texte her eröffnet werden. Allerdings sind die

¹¹⁶ Vgl. auch Dietrich, W. (1989).

¹¹⁷ Luther betonte mit Vehemenz das „Schriftprinzip“, die Überzeugung von „der Klarheit der Schrift“, das er dem nur Fachleuten offenen „Schriftsinn“ dagegenhielt. Die „doppelte Klarheit der Schrift“ bezieht sich einerseits auf die „Gewißheit des Glaubens“, andererseits auf den „einfachen Sinn der biblischen Worte.“ Nach Luther ist die Bibel zwar nicht immer klar verständlich, jedoch in allen elementaren Dingen und Erfahrungen. So kann die Gewißheit, daß der Glauben gegen die Verzweiflung und Resignation Widerstand leisten kann, nur aus der eigenen Wahrnehmung, die von der Bibel selbst herbeigeführt wird, entstehen und wohl kaum aus den Vorgaben der Experten bzw. geschulten Theologen; vgl. Baldermann, I. (1996), 5ff. und Weinrich, M. (1988).

¹¹⁸ Vgl. die Beiträge von I. Baldermann zur „Biblischen Didaktik“ (1990a), (1982), (1983), (1986a), (1986b), (1987), (1988a), (1988b), (1990b), (1990c), (1990d), (1992), (1995), (1996).

¹¹⁹ Siehe Baldermann, I. (1986), 20f.

„Verstehenszusammenhänge“, in der die biblischen und die eigenen Erfahrungen eingebettet sind, zu berücksichtigen. Der Dialog wird um so intensiver, je stärker diese Zusammenhänge auf beiden Seiten bewußt werden. Dabei trägt die sozialgeschichtliche Exegese, die im biblischen Teil dieser Arbeit Anwendung findet, viel dazu bei, den sozialen Hintergrund der biblischen Menschen schärfer zu sehen. Folgt man der sozialgeschichtlichen Exegese bzw. Perspektive, so erkennt man in der Aufdeckung des sozialen Hintergründe der biblischen Texte die gleichen Erfahrungen, die das Leben der Menschen in der Zweidrittelwelt bestimmen: das Leben ist geprägt von unerträglicher Armut und Zerstörung, die als Ungerechtigkeit empfunden wird. Ebenso die Hoffnungslosigkeit und die Unterdrückung, in der das Leben des Einzelnen keinen Wert mehr besitzt. Diese Erfahrung machen aber auch zunehmend mehr Menschen heute angesichts der ökonomischen Krise. So sind die Entsprechungen bestürzend, die der soziale Hintergrund der biblischen Überlieferung mit dem der Zweidrittelwelt heute verbindet, wenn man die Perspektive der Armen als hermeneutischen Schlüssel einnimmt. Festzuhalten ist: Die Bibel sensibilisiert für die Würde jedes einzelnen Menschen und für Kostbarkeit der Schöpfung, zugleich macht sie sensibel für das Ausmaß der Zerstörung und Bedrohung des Lebens. Ökumenisches Lernen als elementares Lernen an der Frage der Gerechtigkeit lebt von der Kraft und der befreienden Dynamik der biblischen Sprache, die den Blick für die notwendige Gerechtigkeit und Perspektiven der Hoffnung öffnet. Ökumenisches Lernen benötigt ebenfalls die Fähigkeit jedes einzelnen Christen, die Leidenschaft für das Menschliche in der Bibel selbst immer wieder neu in dem sich ständig verändernden Kontext des eigenen Lebens wahrzunehmen. Eine eigene biblische und theologische Kompetenz der Menschen an der Basis, die unabhängig von den Urteilen der Fachleute und Experten ihre Fragen und Erfahrungen einbringen können, ist erforderlich. Mündigkeit, Urteils-, und Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Aufgabenfelder des konziliaren Prozesses erwachsen nur aus solchen elementaren Lernprozessen. Sie werden nicht durch die bloße Akzeptanz anderer Perspektiven und Resultate der sogenannten Fachleute erlangt, sondern dadurch, daß die Menschen an der Basis selbst sehen, urteilen und handeln lernen und so in ihren Urteilen und Entscheidungen auch Gewißheit haben können. In diesem Sinne ist ökumenisches Lernen biblisches Lernen.¹²⁰

Die biblischen Traditionen sind aber auch noch in anderer Hinsicht für den Prozeß der Elementarisierung im Rahmen ökumenischen Lernens von großer Bedeutung. Wo dieser Prozeß auf die globalen Bedrohungen bezogen wird, wo eine elementare Auseinandersetzung mit den Fragen der Gerechtigkeit und damit unmittelbar verflochten des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung stattfindet, da wird zugleich das Grundproblem der Straße der Verzweiflung und der lähmenden Resignation deutlich. Je durchschaubarer der Prozeß der Elementarisierung im Rahmen ökumenischen Lernens die Komplexität des globalen Problemzusammenhangs des ökonomischen Systems und die wechselseitige Verschränkung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung macht, desto größer wird auch die lähmende Verzweiflung, die Angst, die Resignation und Ohnmacht. Dies macht deutlich, daß die elementaren Lernprozesse permanent unter der Frage von „Gesetz und Evangelium“ stehen. Luthers Unterscheidung von Gesetz und Evangelium war einerseits ein hermeneutisches Prinzip für den Umgang mit den biblischen Texten, andererseits auch ein seelsorgerlicher Grundsatz für den Umgang mit dem Gewissen.¹²¹ Man kann Luthers Unterscheidung von Gesetz und Evangelium selbst als eine elementare Erfahrung bezeichnen. Diese elementare Erfahrung ist in jeder theologischen Dis-

¹²⁰ Vgl. dazu Baldermann, I. (1990a), (1990b), (1990c), (1988a), (1996).; siehe auch Lange, E. (1972). Ich möchte hier auch auf den Beitrag von Cardenal, E. (1991) hinweisen, dessen Beispiel eindrucksvoll die Unmittelbarkeit der Bibel und damit ihre Fähigkeit, selbst ohne große Umwege elementar zu sprechen, dokumentiert. Deutlich wird hier auch die Bedeutung der biblischen Überlieferung sowie ihre befreiende Dynamik für einen gemeinsamen ökumenischen Dialog und Lernprozeß.

¹²¹ Vgl. zum Verständnis Luthers von Gesetz und Evangelium Thyen, D. (1990); siehe Baldermann, I. (1983), 68-76.

kussion von großer Bedeutung und so auch in der Frage der Gerechtigkeit als Überlebensfrage der Menschheit. Für Luther ist die Erfahrung des Gesetzes nicht auf die Bibel zurückzuführen. Das Gesetz ist eine zutiefst existentielle Erfahrung, die das Gewissen so erschüttert, daß lähmende Verzweiflung die eigene Person ergreift. Das, was Luther so eindringlich beschreibt, ereignet sich heute in der Auseinandersetzung mit der Zwangsläufigkeit ökonomischer Strukturen und Mechanismen, die global Armut und Verelendung verursachen und Lebensräume gefährden. Der Einblick in diese strukturelle Gewalt, das Durchschauen der Kausalzusammenhänge dieser Vorgänge macht die Notwendigkeit deutlich, einzugreifen und die scheinbar zwangsläufigen Prozesse zu beenden. Allerdings erkennen wir zugleich nicht nur unsere Ohnmacht, sondern auch die schuldhaftige Verstrickung in diese verhängnisvolle Entwicklung, deren Ursache u.a. im Streben nach Wohlstand zu suchen ist, ohne aber die Konsequenzen und Auswirkungen einzuschätzen. So ist unsere Ohnmacht auf die Mitschuld und Mitverantwortung an dieser Entwicklung zurückzuführen. Dies ist genau die Erfahrung, die Luther als die des „tötenden Gesetzes“ bezeichnet. Es ist die Erfahrung der eigenen Unfähigkeit, das Notwendige zu tun, die als Schuld verstanden wird. Elementares ökumenisches Lernen macht nicht nur die Frage der Gerechtigkeit als Überlebensfrage verständlich, sondern er macht zugleich die eigene Unfähigkeit bzw. Hilflosigkeit erfahrbar, die lebensnotwendige Einsicht mit der notwendigen Anstrengung umzusetzen. Läßt man sich allerdings erst gar nicht auf diesen elementaren Lernprozeß ein, wird man diese lähmende Erfahrung des Gesetzes nicht kennenlernen. Dann wird man jedoch auch nicht die befreiende Erfahrung des Evangeliums machen können, die Worte befreiender Dynamik aus der Verzweiflung und Ohnmacht der eigenen Existenz wahrnehmen. So werden z.B. die Bergpredigt oder die Gleichnisse Jesu, aber auch die Anklage der Propheten oder die Gebote der Tora Israels nicht mehr als tötendes, lähmendes Gesetz wahrgenommen, das unerfüllbar und unerreichbar scheint, sondern vielmehr als leidenschaftliche Argumentation für das Leben inmitten der Situation um sich greifender Abgründe. Sie zeigen befreiende Alternativen eines begehbaren Weges, der sich dem Leben gegen die scheinbaren Zwangsläufigkeiten und Systemzwänge zuwendet. Evangelium bedeutet, in dieser Situation nicht mehr der Resignation, der ohnmächtigen Angst und Verzweiflung bedingungslos ausgeliefert zu sein. Dem Weg der Verheißung auf Gottes Gerechtigkeit und sein Reich folgend erweist sich das Evangelium als öffentliche Aufforderung zum Handeln und schließt einen Rückzug in die private Innerlichkeit und politische Abstinenz aus. Gesetz und Evangelium betrifft den ganzen Menschen: die innere und äußere, die private und gesellschaftspolitische Dimension, in seinem Denken ebenso wie in seinem Handeln.¹²² Der Prozeß der Elementarisierung im Horizont ökumenischen Lernens versucht, vielschichtige Prozesse erkennbar zu machen, jedoch dürfen die elementaren Einsichten nicht lähmen, so daß daraus eine verzweifelte, selbstzerstörerische Erkenntnis wird. Damit dies nicht geschieht, spricht die Bibel dem Verheißung zu, der ihrer befreienden Dynamik folgt und sich auf den Weg macht.

Insgesamt läßt sich nach den bisherigen Überlegungen festhalten: Ökumenisches Lernen ist selbst als Elementarisierungsprozeß zu begreifen, es ist ein notwendiges Lernen an den elementaren Fragen der gesamten Menschheit. Elementares ökumenisches Lernen fordert dazu heraus, so zu lernen, daß daraus Umkehr erwächst. Er kämpft gegen die kollektive Fähigkeit an, die Herausforderung der Armut mit ihren Folgen zu verdrängen. Ökumenisches Lernen als elementarer Lernprozeß heißt, im Bewußtsein geschwisterlicher Verbundenheit mit den Menschen der Zweidrittelwelt zu erkennen, daß „wir im gleichen Haus auf der einen bewohnten Erde leben, miteinander verbunden und füreinander sowie für die gesamte Schöpfung verantwortlich sind.“ Elementares ökumenisches Lernen bedeutet, die globalen Zusammenhänge eingebettet in die biblische Hoffnung auf Veränderung aufzuspüren und sich auf die Suche nach Alternativen der Gerechtigkeit zu begeben. Voraussetzung ist, daß das Ringen der Menschen der Bibel um die Gott angemessenen Antworten und Entscheidungen auch für heute Bedeutung hat. Nur so

¹²² Siehe Luther, M. (1960), insbesondere 223; vgl. dazu die Überlegungen von I. Baldermann zu den didaktischen Strukturen in der Theologie Luthers und Bonheoffers in Baldermann, I. (1986b).

erwächst aus dem Lernen die Bereitschaft zur Umkehr, nur so lernt man, der Resignation entgegenzutreten.¹²³ Die Lernschritte „Sehen, Urteilen und Handeln“ präzisieren den Vorgang elementaren Lernens. Der Dreischritt, der ursprünglich in der lateinamerikanischen Befreiungstheologie entwickelt wurde¹²⁴, entspricht übrigens dem im Zusammenhang mit der Bekennenden Kirche im nationalsozialistischen Deutschland gewonnenen Dreischritt von „Erkennen, Feststellen und Beantworten.“¹²⁵ Armut als Gegenstand und Impuls elementaren ökumenischen Lernens bedeutet:¹²⁶

1. Sensibilität für das Ausmaß von Hunger und Armut, für die Kostbarkeit des Lebens und für die verletzte Menschenwürde zu entwickeln. Es ist notwendig, sehen zu lernen, vor allem unmittelbar aus der Perspektive der Betroffenen zu sehen, welche Mechanismen Armut und damit verbunden die Zerstörung der Schöpfung und des Friedens verursachen. Um Urteils- und Handlungskompetenz zu erlangen, ist es zunächst notwendig, die Verknüpfungen und Zusammenhänge aufzuspüren, in denen wir uns befinden und bewegen. Die eigene Situation wird in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kontext so wahrgenommen, daß sie in ihrer Verflechtung mit anderen Zusammenhängen durchschaubar wird, damit Folgen des eigenen Verhaltens erkennbar und abschätzbar und mögliche Alternativen sichtbar werden. Voraussetzung, um an Alternativen zu arbeiten, ist die Kenntnis der Mechanismen und Akteure der Markt- und Wirtschaftsordnung. Ebenso ist die Kenntnis der eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten in den verschiedenen lokalen und globalen Kontexten nützlich.
2. Aus der Perspektive der Bibel urteilen zu lernen. Es geht bei diesem Lernschritt um einen weiteren Bereich der Verknüpfungen, der den Versuch darstellt, das „Erfahrungswissen des Sehens“ mit dem elementaren biblischen Erfahrungen zu verbinden, d.h. den ökonomischen und politischen Kontext heute mit dem biblischen verknüpfen. Die Frage, ob biblische Theologie etwas mit der Markt- oder Wirtschaftsordnung zu tun hat, beantwortet die Bibel mit der Option für die Armen. Die biblischen Traditionen enthalten Kriterien für die Entscheidungsfindung in Fragen der Ökonomie. So bleibt das Hoffnungs- und Widerstandspotential biblischer Texte an den Abgründen der Verzweiflung nicht stumm. Es weist in eine Richtung, in der der Einzelne nicht von der Übermacht scheinbar zwangsläufiger Vorgänge entmutigt, sondern zum Widerstand und Handeln befähigt wird. Es sind Geschichten, die angesichts zunehmender Bedrohung, Resignation und Verzweiflung Mut machen wollen, aufzustehen und Engagement für das menschliche Leben heutiger und kommender Generationen zu entwickeln. Somit erweisen sie sich als elementare „Gebrauchstexte“ für die tägliche Auseinandersetzung. Ihre ungeheure Aktualität zeigt die biblische Überlieferung in der Bewußtmachung menschlicher Gewalttätigkeit und deren Folgen. Die biblischen Texte sprechen nicht zeitlos, aber wir erfahren heute elementare Bedrohungen, die denen der Menschen der Bibel entsprechen. Sie lassen uns Anteil nehmen an ihren Ängsten und Hoffnungen, ihren Leiden und ihrem Widerstand. So reden und denken die Menschen, die heute Armut und Hunger erfahren, ähnlich wie die Menschen der Bibel.
3. Schließlich Handlungsperspektiven bzw. Alternativen zu erschließen und konkrete Schritte der Gerechtigkeit zu tun. Dabei ist es unerlässlich, gegen das weitverbreitete Gefühl und Vorurteil anzugehen, man könne doch nichts machen, sondern statt dessen sich gegenseitig zu ermutigen und zu befähigen, füreinander einzutreten und Konflikte auszutragen. Denn die meisten grundlegenden Änderungen des Bewußtseins und der Strukturen sind nicht die

¹²³ Vgl. dazu auch Baldermann, I. (1990a), 91f. und Raiser K.(1989), 166f.

¹²⁴ Vgl. z.B. Boff,L./Kern, B./Müller, A. (1988), 46-48. Hier zeigt sich deutlich, wie mit Hilfe vielfältiger Lernimpulse aus der Ökumene versucht wird, einen gemeinsamen elementaren Lernprozeß zu formulieren und zu gestalten.

¹²⁵ Siehe Duchrow, U. (1987), 124ff.

¹²⁶ Ich möchte hier auf die aufschlußreichen Beiträge von Baldermann, I. (1986) bzw. (1988), 9-19, Duchrow, U./Liedke, G. (1988), EKD (1985), Raiser, K. (1990) und Veit, M. (1991), 13-19 hinweisen.

Folge einer einmaligen geplanten Umwälzung, sondern das Resultat von sich wechselseitig beeinflussenden Einzelschritten, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Die einzelnen Handlungsmöglichkeiten muß jeder Einzelne für sich entdecken. Niemand kann gezwungen werden, so zu handeln oder so zu denken. Aber jeder kann durch das, was er tut, andere befreien und Mut machen, aufzustehen. Man lernt nur, was man tut und „wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Schritte tun, werden sie die Welt verändern.“

Die folgenden Überlegungen möchten ökumenisches Lernen als elementaren Lern- und Verstehensprozeß mit Hilfe bereits vorhandener, kritischer ökonomischer sowie biblisch-theologischer Analysen zu diesem Konfliktfeld entfalten und konkretisieren. Sie sind entsprechend der drei Dimensionen bzw. Lernschritte elementaren ökumenischen Lernens (Sehen, Urteilen und Handeln) gegliedert. Der folgende zweite Teil beschäftigt sich in einem ersten Schritt mit der Analyse der globalen Marktwirtschaft und deren Mechanismen. Natürlich ist die Frage der Gerechtigkeit nicht von der des Friedens und der Ökologie zu trennen, so kann von dieser Perspektive aus auf andere Problemfelder verwiesen werden. Die dargestellte Analyse im zweiten Teil soll dazu beitragen, am eigenen Ort Anzeichen und Auswirkungen des freien Marktes zu sehen und helfen, diese in die Gesamtzusammenhänge einzuordnen. In einem zweiten Schritt elementaren Lernens wird die Bibel befragt, welche Orientierung sie heute für die gesellschaftliche Praxis geben kann. Der dritte Schritt elementaren Lernens umfaßt die von der biblischen Hoffnung geprägte Entwicklung des Widerstandes und eines gemeinschaftlichen Handelns. Sowohl Visionen einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ als auch praktische Alternativen werden dabei in Ansätzen skizziert. Im Anhang befinden sich neben den Literaturhinweisen eine Adressenkartei, in der Gruppen, Initiativen und Organisationen aufgeführt sind, die sich für diese Vision bereits engagieren, und ein kleines Begriffslexikon, in dem verschiedene ökonomische Begriffe und Zusammenhänge noch einmal zur Orientierung erläutert werden. Absicht ist es, einen möglichen didaktischen Orientierungs- und Handlungsrahmen aufzeigen, wie Menschen, Gruppen und soziale Bewegungen vor Ort und untereinander vernetzt elementar ökumenisch lernen und für Gerechtigkeit sowie für konkrete Lebensmöglichkeiten arbeiten können. Angesichts der globalen Armut muß die Ökonomie (Haushaltung, Verwaltung; griechisch *oikonomia*) heute weltweit, also ökumenisch verantwortet werden. Das Thema „Armut als Gegenstand und Impuls elementaren ökumenischen Lernens“ zielt auf die didaktische Reflexion elementarer Lernprozesse, die dazu anregen, eine „ökumenische Ökonomie“ zu finden, die allen Menschen in der weiten Ökumene Leben ermöglicht. Dies bedeutet, „ökumenisches Wirtschaften“ und „ökumenisches Teilen“ zu lernen.

Knotenpunkte elementaren ökumenischen Lernens

*Reicher Mann und armer Mann
standen da und sahen sich an.
Und der Arme sage gleich:
Wär' ich nicht arm,
wärest du nicht reich.*

Bert Brecht

Die Menschen, die heute zunehmend in Armut geraten, sind Bezugspunkt der folgenden didaktischen Reflexion. Manche sind bereits über die globale Entwicklung hinsichtlich der Gefährdung der Lebensgrundlagen informiert, aber die krisenhafte Entwicklung geht auch am Unterbewußtsein derjenigen nicht vorbei, die keine Kenntnis, bewußt oder unbewußt, davon nehmen. Die Zahl der Menschen wird größer, die eine tiefe Unsicherheit verspüren. Gerade Kinder, die gleich in welchem Teil der Welt immer die Schwächsten der Gesellschaft darstellen, sind die ersten Verlierer dieser Entwicklung, sie haben daher Angst vor der Zukunft. Angesichts der täglichen Informationsflut gelingt es nur wenigen, Zusammenhänge zu erfassen. Die Werbung propagiert bedingungslosen Euphemismus und verschleiert den gegenwärtigen Bedingungsrahmen, die meisten Menschen fühlen sich von der Politik allein gelassen und verunsichert. Im deutschen Kontext weist vor allem U. Duchrow mit seinen Beiträgen auf diesen Problemzusammenhang hin. Viele Untersuchungen stimmen darüber überein, daß die Verlierer dieser Entwicklung „Opfer eines großen Systemzusammenhangs sind“, der zwar unterschiedlich in Intensität, aber der Tendenz nach in allen Regionen der Erde virulent ist.¹ Die Verlierer der ökonomischen Entwicklung fassen nur selten die eigentlichen Ursachen ihrer persönlichen Situation und suchen häufig nach greifbaren Feindbildern, als Beispiel sei hier der durch Wirtschaftsflucht, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit verursachte Rassismus im Norden genannt. Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ hat sich die westliche Marktordnung zu einem globalen System entwickelt, das strukturell die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen bestimmt.² Die folgende Darstellung versucht in Anlehnung an vorliegende Analysen in einem ersten Schritt der Elementarisierung und elementaren ökumenischen Lernens, verstehen und sehen zu helfen, wie der globale freie Markt funktioniert, wer die Akteure und wer die Verlierer sind und welche Auswirkungen seine Mechanismen global haben. Damit werden erste Voraussetzungen geschaffen, um Alternativen der Gerechtigkeit entwickeln zu können. Die Überlegungen konzentrieren sich zunächst auf die ideologischen Grundlagen, auf denen die heutige Ökonomie und ihre Wissenschaft aufbaut und mit denen sie sich legitimiert.

¹ Siehe Duchrow, U. (1994b); Geroge, S. (1993); Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990).

² Vgl. dazu auch die verschiedenen Beiträge von Nuscheler, F. (1990); Reese, G. (1990); Vogel, H. J. (1990); Mechels, E. (1991).

2.1 Erster Knotenpunkt: Die Folgen des freien Marktes und der ökonomischen Krise sehen lernen

2.1.1 Ideologische Aspekte und Legitimationsmechanismen des freien Marktes

Der kollektive Glaube, daß die Wirtschaft gewissermaßen nach Naturgesetzen ablaufe, ist ein wesentlicher Grund für die Ohnmacht und Resignation der Menschen gegenüber dem, was heute Armut oder die Zerstörung der Ökologie verursacht. Die Argumentationsweise der Verfechter der freien, neoliberalen Marktordnung und deren Legitimationsmechanismen wurden bereits in Kapitel 1.2 angesprochen. Diese soll hier in einigen Punkten weiter vertieft und akzentuiert werden. Die probate Argumentation der Vertreter der freien Marktordnung ist, daß die Komplexität der Zusammenhänge ihre „Eigen-“ bzw. ihre „Sachgesetzlichkeit“ habe und daher auch nur Experten wissen könnten, worum es gehe und was zu tun richtig sei, daß man nicht von der Betroffenheit her emotional, sondern nur rein sachlich diskutieren und nur ökonomisch argumentieren dürfe. Ethische und theologische Kritik wird oft als moralisierend abgewiesen. Dabei folgen die verantwortlichen Akteure der Marktwirtschaft einer bestimmten „Ideologie“ und keiner Eigen- oder Sachgesetzlichkeit, um dieses numinose System zu rechtfertigen und zu konsolidieren. Die angeblich wertfreie Ökonomie und ihre Wissenschaft hat selbst einen ideologischen Kern und trifft Wertentscheidungen. Dies ist eine sehr relevante Frage, da mit ihr der Expertenglaube der Menschen zusammenhängt, der sie daran hindert, die elementaren Fragen des Lebens wahrzunehmen und an den wichtigen Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, zu partizipieren. Diese „Ideologie des naturgesetzlichen Charakters wirtschaftlicher Prozesse“ und Vorgänge vermittelt die Vorstellung, daß für das ökonomische Wachstum allgemein akzeptierte Opfer gebracht werden müssen, ohne nach dem Sinn des Wachstums zu fragen. Die gesellschaftlichen Verlierer werden in dem Glauben gehalten, daß sie nicht aufgrund von ökonomischen und politischen Entscheidungen sich in dieser Lage befinden, sondern infolge von unvermeidbaren Schicksalsschlägen. Dieses System wird als naturgesetzlich, vernunftmäßig notwendig und somit als lebensnotwendig dargestellt, weil es nach neoliberaler Verständnis das ökonomische Wachstum „wie durch eine unsichtbare Hand“ in Wohlstand verwandelt. Diese Ansicht vertrat bereits der schottische Nationalökonom und Philosoph Adam Smith (1723-1790), der Vater der „klassisch-liberalen Theorie der Wirtschaftsordnung.“³

Die moderne Ökonomie ist auf Wachstum aufgebaut, auf Wachstum um jeden Preis.⁴ Es ist daher z.B. völlig legitim, Zinsen zu nehmen, weil durch investiertes Kapital ein „Mehrwert“ erwirtschaftet wird. Dieser produzierte Mehrwert soll nicht nur zum Wohlstand der Kapitalbesitzer, sondern zum Wohlstand für alle Menschen führen. Die neoliberale Ökonomie soll also zum Reichtum aller führen, nur muß dieser Reichtum erst einmal produziert werden, bevor man ihn verteilen kann. Dabei will sie geschickt den menschlichen Egoismus benutzen und als Motivation auf das Eigeninteresse aufbauen. Jedoch ist die Argumentation der Ökonomen, die sich an dem Paradigma des Wachstums orientiert, mit Skepsis zu verfolgen. Es stellt sich die Frage, mit welcher Zielorientierung die moderne Ökonomie wächst. Wir hatten bereits festge-

³ Vgl. auch Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990), 37-63. Beide Autoren zeigen, daß diese Theorie weder überholt noch ausgestorben ist. Diese Lehre ist in das „Gedankengut der westlichen Kultur“ eingegangen und wird von dort, bewußt oder unbewußt, über die ganze Welt ausgebreitet, wie sie ja auch in der eigenen Gesellschaft ausgelebt wird. Bei Adam Smith findet man die heutigen neoliberalen „ökonomischen Denkmuster“ wieder (vgl. Kap. 1.2).

⁴ Siehe Haller, W. (1990), 84-105.

stellt, daß die neoliberale ökonomische Theorie davon ausgeht, daß die ökonomischen Mechanismen des freien Marktes „unpersönlichen, rationalen Regeln“ folgen, die alle Menschen gleich behandeln. So stellt sich das größtmögliche Wohl der Menschen dann ein, wenn alle sich im ökonomischen Sinn rational verhalten und diesen rationalen Regeln folgen. Die neoliberale Theorie geht weiter davon aus, daß man dieser „ökonomischen Rationalität“ gehorchen muß, wenn man nicht bestraft werden will. Auffallend ist aber, daß zunächst einmal der Mensch als handelndes Subjekt an diese Regeln glauben und ihnen gehorchen muß, das heißt, daß hinter den scheinbar unpersönlichen Regeln des Marktes doch wohl Menschen und Menschengruppen stehen, zwischen denen wiederum „psychische Mechanismen wie Gehorsam und Vertrauen“ wirksam sind. Und hinter den scheinbar eigengesetzlich durch den Markt funktionierenden und zur Produktion von Wachstum notwendigen Faktoren wie „Arbeit, Kapital und Boden“ (Produktionsfaktoren) stehen in der Marktwirtschaft tatsächlich Menschen und Menschengruppen, die Eigentümer von Arbeitskraft, Kapital und Boden sind.⁵ Das „wirtschaftliche Motiv des Lebensunterhalts“ wird abgelöst durch das „Motiv des Gewinns“, denn Menschen, Arbeit, Boden und Geld werden „marktförmig nach Angebot und Nachfrage organisiert“ und damit zu Waren verwandelt. Dieser Vorgang ist aber eine Abstraktion bzw. „Fiktion“, denn Menschen, Arbeit, Boden und Geld sind keine Waren, die für den Verkauf produziert werden. Duchrow verweist in diesem Zusammenhang „auf das grundlegende Problem der kapitalistischen Marktwirtschaft: Sie ist zutiefst abstrakt, sie geht nicht vom konkreten Leben aus, sondern sie stülpt dem konkreten Leben das eiserne Gesetz des Geldvermehrungsmechanismus über.“⁶

Es drängt sich auch die Frage auf, ob alle handelnden Subjekte in der freien Marktwirtschaft tatsächlich mit der gleichen Macht und den gleichen Freiheiten handeln und teilnehmen können. Diese Frage bezieht sich nicht nur auf die „Verteilung“ und den „Konsum der produzierten Güter“, sondern auch auf den „Produktionsprozeß“ selbst. Die Eigentümer von Kapital und Boden sind nicht deckungsgleich mit den Eigentümern von Arbeit. Einerseits bezieht sich das Eigentum auf die „Produktionsmittel“, andererseits ist die Arbeitskraft die Fähigkeit des einzelnen Menschen zu arbeiten. Entscheidend ist, daß das Produkt, das mit Hilfe der Produktionsmittel und der Arbeitskraft entsteht, ausschließlich im Besitz des Eigentümers der Produktionsmittel ist und nicht dem Menschen gehört, der seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Die arbeitenden Menschen treten im Austausch gegen einen Lohn den „Rechtsanspruch“ auf das Produkt auf. Damit ist die Behauptung widerlegt, daß Arbeit und Kapital als „Produktionsfaktoren“ mit der gleichen Macht und den gleichen Freiheiten handeln können. Das Marktsystem beinhaltet offensichtlich ein „System ungleicher, asymmetrischer Verfügungsgewalt über sein Produkt.“ Die Menschen, die über das Kapital verfügen und damit allen erwirtschafteten Mehrwert in Besitz nehmen, haben mehr wirtschaftliche Macht, die sich auch in den sozialen Beziehungen der Menschen untereinander widerspiegelt. Zu dieser Ungleichheit in Hinblick auf eine „gerechte Verteilung“ und im Produktionsprozeß kommt ein weiterer Gesichtspunkt hinzu, der die asymmetrische Beziehungen verdeutlicht. Die meisten Arbeitenden und Konsumenten der erwirtschafteten Produkte akzeptieren die rationalen Regeln des Marktes. Damit werden die Mechanismen der Wirtschaft zu einem Instrument einer „sozialen Ordnung“, denn sie bewirken bei den Menschen „Gehorsam“ gegenüber einem System oder Versorgungsprozeß, in dem der „erwirtschaftete Mehrwert“ die Besitzverhältnisse einer bestimmten Menschengruppe vergrößert. Dies bedeutet jedoch, daß die Marktordnung ein System darstellt, in dem soziale Beziehungen und gesellschaftliche Normen durch Machtpositionen und Begünstigungen geprägt werden ist.⁷

⁵ Vgl. Duchrow, U. (1987), 183ff. und (1990), 11ff. ; Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990), 49-58. Eine umfassende Darstellung der Problematik findet sich bei Duchrow, U. (1994b), 20-53.

⁶ Siehe Duchrow, U. (1994b), 28.

⁷ Siehe Duchrow, U. (1990), 15 im Anschluß an Heilbronner, R. L. (1988), *Behind the Vail of Economics*, New York/London; Duchrow, U. (1994b), 43f. Schon Karl Marx (1818-1883) erkannte in seiner Kritik der politi-

Eine weitere wichtige Frage, die sich stellt, ist, welche Art von Reichtum das System des Marktes schafft. Geld ist nicht ein „Mittel“, um Waren und Gebrauchsgüter zur Bedürfnisbefriedigung zu kaufen, sondern Geld wird in Waren eingetauscht, die wiederum für eine größere Menge Geldes verkauft werden. Das Zinsnehmen überspringt dabei sogar den „realökonomischen Vorgang der Produktion“ und macht aus Geld noch mehr Geld, aus dem Geld wird die „Fiktion“ der „Ware Kapital.“ In der neoliberalen Marktordnung ist das Bestreben, das Geld um seiner selbst willen zu vermehren und Arbeit, Boden und Geld in noch mehr Geld zu verwandeln, zur zentralen Motivation geworden. Das Geld wird zum „Fetisch“, theologisch gesprochen zum „Götzen“, dem alles andere untergeordnet wird, an den man glauben und dem man vertrauen muß. In diesem Akkumulationsprozeß wird der produzierte Mehrwert, das erwirtschaftete Kapital, wieder in die Produktionsprozesse investiert und für den Erwerb von weiterem Mehrwert eingesetzt.⁸

Die Geldvermehrung als treibende Kraft des Marktes hat weitreichende Folgen. Die Entwicklung des Wissens und der Technik orientiert sich an dem, was dem System Gewinne sichert. Der Boden, die Ressourcen, die Natur und die Arbeitskraft sind für das Marktsystem in ihrem „Geldwert“ oder in ihrer Fähigkeit, Geld zu vermehren, von Bedeutung und werden gerade dadurch zerstört. Auch der Bereich des Konsums wird dabei umgestaltet, denn innerhalb der Marktordnung besteht nicht die Priorität, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern die „Kaufkraft der Wünsche“ lenkt die Produktion. Die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, aber auch Würde, Partizipation und gesunde Lebensbedingungen werden durch Bedürfnisse ersetzt, deren Befriedigung Gewinn erbringt. Die Werbung schafft solche „Konsumwünsche“, die aber nur derjenige befriedigen kann, der über genügend Geld verfügt.⁹ Die Bedürfnisbefriedigung einer Gruppe kann somit verhindern, daß die Bedürfnisse einer anderen Gruppe oder einer ganzen Gesellschaft befriedigt werden. Daraus ergibt sich für die Welternährung, daß bei „mangelnder Kaufkraft“ großer Bevölkerungsteile der Markt sich an der Produktion von Gütern des gehobenen Bedarfs statt an der von Grundnahrungsmitteln orientiert. Auch hier zeigt sich wieder deutlich die Machtasymmetrie zwischen Eigentümer von Kapital und Boden und Menschen, die „nur“ über ihre Arbeitskraft verfügen. Der Kapitalbesitzer investiert nicht dort, wo die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden müssen, sondern wo er sein Geld vermehren kann.¹⁰

Betrachtet man die Argumente über die ungleiche Machtverteilung in den Prozessen der Marktwirtschaft bei der Herstellung und der Verteilung der Güter, so wird deutlich, daß es keine Wertneutralität ökonomischer Gesetze gibt, die „zum Wohlstand aller“ führen sollen. Die ökonomische Theorie und Praxis des freien Marktes sowie ihre Anthropologie haben in hohem Maß ideologische Merkmale. Der Mensch als „geld- und konsumvermehrender Marktmensch“ wird auf die egoistische Begierde des „Besitzvermehrungs- und individuellen Machtstrebens“ reduziert. Diese Abstraktion des Menschen als „homo oeconomicus“ kann möglicherweise aus methodischen Gründen zu bestimmten wissenschaftlichen Teilaussagen über einzelne Aspekte wirtschaftlichen Verhaltens verhelfen. Jedoch werden soziale, politische, ökologische und kulturelle Perspektiven sowie das Allgemeinwohl nicht berücksichtigt. Die Marktwirtschaft kann als ein Instrument für Produktion, Verteilung und Austausch von Waren in der neoliberalen Marktform nicht als wertneutral betrachtet werden, da die Lebensbedürfnisse des Menschen

schen Ökonomie, daß der Mechanismus des Systems kein Zufall ist. Auch er stellte in seiner ökonomischen Analyse des Kapitalismus fest, daß es nicht nur eine Ungleichheit in den Klassenpositionen zwischen Arbeitern und Kapitalbesitzern bei Tausch und Verteilung der Produkte oder des Tauscherts gibt, sondern auch eine grundsätzliche Ungleichheit bereits im Produktionsprozeß selbst; vgl. Marx, K. (1985).

⁸ Vgl. Duchrow (1994b), 37f., (1990), 16f. Siehe auch Hinkelammert, F. J. (1985), 11-68. Hinkelammert bietet hier einen sehr guten Einblick in die Fetischismusanalyse von Karl Marx und berücksichtigt dabei heutige Fragestellungen.

⁹ Vgl. Duchrow, U. (1990), 17.

¹⁰ Vgl. Duchrow, U. (1988), 117; Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990), 80-94.

den Marktgesetzen untergeordnet werden und ebenso psychologische, kulturelle und politische Aspekte davon betroffen sind. Ökonomische Entscheidungen und Handlungen können daher niemals neutral sein.¹¹ Neben den ideologischen Legitimationsmechanismen des globalen freien Marktes stehen im Mittelpunkt der Reflexion auch die wesentlichen Handlungsträger des Systems, die die Mechanismen anwenden und in die ökonomische Praxis umsetzen.

2.1.2 Instrumente und Akteure des freien Marktes

Neben der Entwicklung des heutigen ökonomischen Systems sind vor allem die Akteure der Weltwirtschaft zu suchen, damit die gegenwärtige Form der Marktwirtschaft als Ursache der weltweiten Armut verständlich werden. Wegen des enormen Umfangs der Thematik kann die Geschichte des Kolonialismus und die Entstehung des industriellen Kapitalismus, die das Bild der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft mitgeprägt haben, und die Geschichte des Widerstands (z.B. die Arbeiterbewegung oder kirchlicher Widerstand) gegen dieses System hier nicht berücksichtigt werden.¹² Aber schon die Kenntnis der einzelnen Entwicklungsstufen im 20. Jahrhundert ist ausreichend, um sich ein relativ vollständiges Bild über die heutigen Hintergründe zu verschaffen. Wenn man die Ursachen der Armut in der Zweidrittelwelt und zunehmend auch im Osten und Norden als ersten Schritt elementaren Lernens sehen will, müssen auch die Motive und Vorgehensweise der Akteure und ihrer Instrumente bekannt sein. Das Marktgeschehen wird von einer großen Anzahl von einzelnen Faktoren bestimmt. Aber es läßt sich feststellen, daß die gleichen Mechanismen sowohl die Verarmung eines Großteils der Menschen und damit analog die Zerstörung der Natur als auch die Bereicherung einer Minderheit verursachen. Entscheidend ist jedoch, daß nicht einzelne Menschen diese Entwicklung bewirken, sondern die auf Geldvermehrung ausgerichtete Dynamik des Systems der globalen Marktordnung. Mit einem kurzen geschichtlichen Überblick beginnend konzentrieren sich die folgenden Gedanken zunächst auf die Akteure in den internationalen Institutionen der globalen Marktwirtschaft und deren Entwicklung.

In Bretton Woods/USA fand 1944 eine Konferenz statt, die die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts entscheidend geprägt hat und darüber hinaus das Leben der Menschen im nächsten Jahrhundert bzw. Jahrtausend entscheidend prägen wird. Im Mittelpunkt der Konferenz stand ursprünglich das Modell einer neuen Weltwirtschaftsordnung, das aus den Fehlleistungen der 1929 zusammengebrochenen Wirtschaftsordnung gelernt und nun wichtige Neugestaltungen konzipiert hatte. Der englische Ökonom John Maynard Keynes war darum bemüht, das Kapital international politisch zu regulieren. Sein Konzept forderte eine überstaatliche Weltzentralbank, überstaatliches Weltgeld und Mechanismen, die die „Handelsungleichgewichte“ überwinden und schwächere Länder schützen sollten, damit eine möglichst gleichmäßige Entwicklung der Welt erreicht werden könnte. Keynes wollte eine langfristige Ausgewogenheit der Weltwirtschaft durch einen Ausgleich zwischen Schuldner- und Gläubigerländern. Handelsungleichgewichte zwischen diesen Ländern sollten ausgeglichen werden, indem die Gelder, die ein Land aus Überschüssen im Handel erzielt hatte, entweder für den Kauf von Gütern aus dem Ausland ausgegeben oder sonst entwertet werden. Dies hätte eine permanente Auseinanderentwicklung von starken und schwachen Ländern und Währungen verhindern können. Betrachtet man die Entwicklung der Schuldenkrise seit den achtziger Jahren, wird die praktische

¹¹ Die dort vorausgesetzte anthropologische Konstante ist ebenso reine „Fiktion.“ Vgl. dazu die Ausführungen von Duchrow über den „homo oeconomicus“ in Duchrow, U. (1988), 117 und (1994b), 39.47ff. Siehe zur Anthropologie des Kapitalismus bzw. totalen Marktes auch die Beiträge von Weth, R. (1996) sowie ChristInnen für den Sozialismus (1996).

¹² Dazu verweise ich auf die zusammenfassende Darstellung von Duchrow, U. (1991), 7-43. Duchrow gibt hier einen guten Überblick über den Formwandel des kapitalistischen Systems von 1492 bis 1992; siehe Duchrow, U. (1994b), 54-65; siehe dazu auch den Beitrag von Zinn, K. G. (1994).

Bedeutung des Konzepts sofort sichtbar. Man nennt dieses Modell „Keynesianismus.“ Das herrschende „fordistische Wirtschaftsmodell“ sollte auf diesem Wege reguliert und eingeschränkt werden.¹³

Als „Fordismus“ bezeichnet man eine „Produktions- und Akkumulationsweise“, die den Produktionsvorgang rationalisiert (Fließbandarbeit) und die Produktion erhöht. Darüber hinaus erhält nur ein bestimmter Teil der Arbeiter relativ hohe Löhne (z.B. durch Akkordarbeit), die diese und andere Reglementierungen akzeptieren, so daß die Lohnabhängigen gespalten und von weitergehenden politischen Forderungen abgehalten werden. Die durch die höheren Löhne erreichte „Massenkaufkraft“ ergibt wiederum auf dem Warenmarkt einen erhöhten Gewinn und bindet einen Teil der Arbeiterschaft durch den „Massenkonsum“ an die Mittelschicht. „Massenproduktion“, „Massenkaufkraft“ und „Massenkonsum“ bei „Vollbeschäftigung“ sind die Stichworte des fordistischen Wirtschaftsmodells. Schon nach der Weltwirtschaftskrise 1929¹⁴ versuchten die westlichen Großmächte mit Ausnahme von Deutschland eine national regulierte Form des Kapitalismus nach dem Vorbild des Keynesianismus zu entwickeln, das Kapital also national einer Regulation zu unterwerfen. Danach greift der Staat durch bestimmte „Sozialgesetzgebungen“ in den Produktionsprozeß ein, um den Arbeitern Schutz und Sicherheit zu garantieren. Ferner sollte vor allem in Zeiten der Rezession eine bestimmte „Beschäftigungspolitik“ durch öffentliche Investitionen Arbeitslosigkeit verhindern und die Konjunktur stärken. Viele dieser Elemente und Regulierungen des Kapitals sind in die sogenannte „Soziale Marktwirtschaft“ der Bundesrepublik Deutschland eingeflossen.¹⁵ Bei der Neugestaltung der Weltwirtschaft und des Finanzsystems 1944 in Bretton Woods machten die USA und die anderen Westmächte keinerlei Zugeständnisse in diese Richtung, Keynes scheiterte mit seinem Konzept. Statt dessen realisierte man den von den USA unterstützten „White-Plan“, da die Vorschläge von Keynes massiv den Kapitalinteressen der USA widersprachen. Während diese 1921 nach dem ersten Weltkrieg bereits schon 40 Prozent der Weltgoldreserven kontrollierten, konnten die Kapitalinteressen der USA nach dem zweiten Weltkrieg 80 Prozent kontrollieren, womit sie in dieser Phase auf allen Ebenen die Führung in der Weltwirtschaft übernahmen.¹⁶

Den Mittelpunkt des Bretton Woods-System stellte der „Internationale Währungsfonds (IWF)“ dar. Ziel war es, die Weltwirtschaft wieder aufzubauen und zu fördern. Immerhin hatte der IWF dabei die Anweisung, steuernd und regulierend in die Weltwirtschaft einzugreifen und das für den Welthandel notwendige „System fester Wechselkurse“ zu überwachen, wobei der Dollar die „Funktion des Weltgeldes“ übernahm.¹⁷ Daneben sollte er auch bei

¹³ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 91f.

¹⁴ Dazu kam es, nachdem sich zunächst die zunehmende Konkurrenz der nationalen kapitalistischen Staaten (vor allem England, Deutschland, Frankreich und die USA) zum ersten Weltkrieg führt. Während die europäischen Staaten sich durch den Krieg hoch verschulden, können sich die USA weiter etablieren, übernehmen aber noch nicht die Führung in der Weltwirtschaft. Die durch die hohe Verschuldung bestehende „Instabilität“ und die „Fortsetzung der unregulierten wirtschaftlichen Konkurrenz“ der einzelnen Staaten führen 1929 zum Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Auch hier traf es wieder die Menschen, die kein Kapital, sondern „nur“ ihre Arbeitskraft besaßen, am stärksten, und sie wurden mit Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger konfrontiert; vgl. Duchrow, U. (1991), 29f.

¹⁵ Viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind der festen Überzeugung, daß das Modell der sozialen Marktwirtschaft die reale Politik beschreibt. Das Konzept müsse nur auf die ganze Welt übertragen werden, um die Probleme zu lösen. Auch die EKD äußerte sich 1991 im 2. Teil ihrer Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ positiv: „Nach 40 Jahren Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in der BRD ist ... dieses Konzept zu einem Erfolgsmodell geworden.“ Diese Perspektive kann als eine Fehleinschätzung bezeichnet werden. Das gemeinsame Wort der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zeigt wesentlich kritischere Züge, worauf an späterer Stelle noch eingegangen werden muß; vgl. EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1997).

¹⁶ Vgl. Duchrow, U. (1990), 21 und (1991), 31.

¹⁷ Die US-Regierung gab eine Garantieerklärung ab, daß „feste Wechselkurse“ gegenüber dem Dollar bestehen sowie der Dollar jederzeit zu einem festen Kurs gegen Gold eingetauscht werden kann, d.h. 53 Dollar entsprechen einer Feinunze Gold.

„Zahlungsbilanzschwierigkeiten“ einzelner Länder kurzfristige „Überbrückungskredite“ bereitstellen. Die Finanzgrundlage für diese Überbrückungskredite konstituiert sich aus den verschiedenen Einzahlungen der Mitglieder. Der IWF gestaltet sich ähnlich wie eine „Aktiengesellschaft“, in der die „Stimmkraft der einzelnen Mitgliedsländer“ von den finanziellen Kapitaleinlagen abhängig ist. Darin liegt aber ein entscheidendes Defizit der globalen Marktordnung, das bis heute mit Nachteilen verbunden ist und eine Ursache der Verarmung und Verelendung der Menschen besonders in der Zweidrittelwelt darstellt. Weder ist ein ökonomischer „Ausgleichsmechanismus“ vorhanden wie ihn sich Keynes vorgestellt hatte, noch ist die Organisation des IWF demokratisch.¹⁸ „Mitspracherecht“ bei dieser für das Leben großer Bevölkerungsschichten bedeutenden Institution haben nur jene Mitgliedsländer, die am meisten einzahlen können. Die reichsten Industrieländer¹⁹ beherrschen 54 Prozent der Stimmen, wobei allein die USA über 20 Prozent verfügen, die damit bei wichtigen Entscheidungen ein Einspruchsrecht haben, denn für wichtige Beschlüsse sind 85 Prozent der Stimmen notwendig.²⁰ Dazu wurde 1945 die Weltbank gegründet, die im Rahmen des IWF Kredite für Entwicklungsprojekte gibt. Jedoch diktiert der IWF und damit die reichen Industrieländer des Nordens die Bedingungen der Kreditvergabe und entscheiden, wer einen Kredit für was erhält.²¹ Schon in der ersten Phase des Bretton Woods-Systems profitierten die reichen Industrienationen von den Strukturen der globalen Marktordnung, die zuvor auf ihr Bestreben hin geschaffen worden ist. Durch die ungeheure Expansion des Welthandels und die ökonomische Prosperität entwickelte sich für einen großen Teil der Bevölkerung in den Zentren der Industrieländer des Nordens Wohlstand. Die Länder in den Peripherien, die wenige Jahre zuvor noch Kolonien des Nordens waren, wurden lediglich als „unterentwickelt“ eingestuft.

Da jedoch keine Mechanismen für die notwendige Regulierungen des Ausgleichs vorhanden waren, geriet dieses Weltwirtschaftssystem in den siebziger Jahren in eine schwere Krise. Auf nationaler Ebene ist es wirtschaftlich nicht gelungen, die Inflation des Dollars zu kontrollieren, die wesentlich durch den Vietnamkrieg ausgelöst wurde. Selbst die Regelungen des Bretton Woods-Systems konnten global zwischen 1971 und 1973 die Krise nicht mehr auffangen. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle Details und Faktoren aufzuführen, die zu dieser Krise geführt haben. Die Hauptursache in diesem ganzen Vorgang war jedoch ein durch das Bretton Woods-System ermöglichter „Sprung in der Transnationalisierung des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals“²², worauf noch genauer eingegangen werden muß. Der Dollarkurs wurde nun dem Markt überlassen („Floaten des Dollars“), während die Europäer ihre Währungen im „europäischen Währungssystem (EWS)“ zusammenschlossen und so gemeinsam gegenüber dem Dollar handelten. Die ökonomische Überlegenheit der USA ging unter anderem durch die Inflation des Dollars, der seine Bindung an das Gold verlor, zu Ende. Die „Transnationalisierung des Kapitals“ untergrub die noch vorhandenen Regulierungen des Keynesianismus, verursachte die „internationale Schuldenkrise“ und verstärkte in einem ungeheuren Ausmaß die Spaltung der Menschen in Arm und Reich. Durch diese Entwicklung gerieten die überschuldeten Länder des Südens in eine bis heute anhaltenden soziale und ökonomische Krise. Der IWF und die Weltbank änderten in dieser Situation entscheidend ihre Aufgaben gegenüber der Phase vor 1973. Ihre Funktion bestand nun darin, die hoch verschuldeten Länder des Südens „im Interesse der Gläubigerbanken und -länder“ des Nordens in den Strukturen der globalen Marktordnung festzuhalten. Die Schuldnerländer müssen ihre ökonomische und gesellschaftliche Situation bis heute an den Vorgaben des IWF ausrichten, damit sie den Schul-

¹⁸ So treffend George, S. (1988), 69-82.

¹⁹ Der sogenannte „Zehnerklub“ setzt sich aus folgenden Nationen zusammen: USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Belgien und Schweden.

²⁰ Vgl. insgesamt Duchrow, U. (1994b), 92.

²¹ So Strahm, R. (1985), 106f.

²² Vgl. Duchrow, U. (1990), 21 bzw. (1991), 34; Gück, M. (1996), 2f.

dendienst aufrechterhalten können. Die Folge wäre sonst der Kollaps des gesamten „internationalen Kredit- und Finanzsystems.“²³

Der IWF, der vorrangig die Interessen der Kapitalbesitzer vertritt, hat sich zu einer lebensbedrohenden Institution für die Menschen in den überschuldeten Ländern des Südens entwickelt. Weitere Kredite werden nämlich nur dann vergeben, wenn die Schuldnerländer „die Wirtschaft auf Export und der Sozialabbau auf das erreichbare Maximum“ umstellen. Nur wenn ein Schuldnerland sich diesen „Strukturanpassungsmaßnahmen“ des IWF unterwirft, wird es als „zahlungsfähig“ eingestuft und erhält „Beistandskredite“ vom IWF und der Weltbank, ohne die private Kredite und staatliche Entwicklungshilfe ausbleiben würden. Strukturanpassungsmaßnahmen bedeuten konkret: Um den Schuldendienst aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten, müssen die Lohnerhöhungen ausgesetzt oder staatlich begrenzt werden. Wenn die Teuerung aber weitergeht, verschlechtert sich die Kaufkraft der Löhne. Zusätzlich müssen die Sozialausgaben des Staates gesenkt werden. Diese Maßnahme betrifft Krankenhäuser, Schulen, soziale Einrichtungen und Sozialversicherungen. Der IWF fordert hingegen nie die Einstellung des Straßenbaus, die Einstellung von Prestigebauten oder die Senkung von Militärausgaben. Auch müssen die „Subventionen“ zur Verbilligung der Grundnahrungsmittel gestrichen werden, deren Verteuerung dann wieder die Ärmsten der Armen trifft. Zudem wird die Währung abgewertet, was wiederum dazu führt, daß mehr exportiert und im Inland weniger konsumiert werden kann. Die dadurch entstehende „Verknappung“ läßt die Preise der Produkte anwachsen, und Importe (Nahrung, Erdöl) werden durch die Abwertung der Währung ebenfalls teurer. Dies sind nur einige Beispiele jener Anpassungsmaßnahmen. Die Folgen dieses Teufelskreises sind für die Menschen folgenschwer. Zudem brauchen die Schuldnerländer weitere Kredite, um sie für die Zinszahlungen an die Gläubigerländer zu verwenden. Dies kann aber dennoch ein exponentielles Ansteigen der Zinsen und Zinseszinsen nicht verhindern. Eigentlich ist schon seit langem allen Beteiligten klar, daß die Schulden niemals mehr abgetragen werden können, sie sind fiktiv. Davon abgesehen haben die Schuldnerländer längst schon ihre ursprünglichen Schulden, in die sie und damit die meisten Menschen der Zweidrittelwelt unverschuldet hineingeraten sind, abgetragen. Trotzdem werden keine Regulierungen getroffen, daß die Menschen weiter an der durch die Strukturanpassungsmaßnahmen verursachte Armut verelenden. Die Auswirkungen bieten überall in der Welt dasselbe bestürzende Bild. Aufgrund dieser Entwicklung entsteht jährliche Netto-Kapitaltransfer 50 Mrd. Dollar von den Schuldnerländern im Süden zu den Banken der Gläubigerländer im Norden.²⁴

Daneben stellen die sogenannten „debt-for-equity swaps“²⁵ (Swapgeschäfte, Schulden gegen Kapitalanteile) ein zusätzliches Mittel des IWF zur Schuldeneintreibung dar. Die verschuldeten Länder müssen die wirtschaftlich gewinnbringenden Bereiche ihrer Ökonomie transnationalen Unternehmen überlassen und erhalten dafür als Ausgleich einen Teilerlaß der Schulden, obwohl diese durch den Zinsmechanismus weiter steigen. Die Zweidrittelwelt wird damit sowohl ökonomisch als auch politisch den reichen Ländern des Nordens in der modernen Marktgesellschaft ausgeliefert. Es drängt sich der Eindruck auf, daß der IWF die Sicherung der Kapitalvermehrung der Geldvermögenbesitzer gewährleistet. Es besteht eine unmittelbare Verbindung zwischen dieser elitären Zentralinstitution der reichen Länder des Nordens und den Ländern des Südens, denn jede Verordnung des IWF trifft unmittelbar die Menschen in der Peripherie und bewirkt Verarmungsprozesse.²⁶ Damit wird deutlich, daß die globale Marktord-

²³ Vgl. Duchrow (1994b), 94ff.; George, S. (1988), 69ff. und (1993) passim. Siehe auch Füssel, K. (1989), 63-69.

²⁴ Vgl. Duchrow (1994b), 95 sowie Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 146-151; Strahm, R. (1985), 108f.; Füssel, K. u. a. (1989) passim. Ich verweise besonders auf die Untersuchungen von George, S. (1988), 69ff. und (1993), 12ff.

²⁵ Siehe z.B. George, S. (1993), 15.

²⁶ Ähnlich George, S. (1988), 16f. und (1993), 241f.

nung durch eine auffallende Machtasymmetrie stabilisiert wird, in der offensichtlich keine Wertneutralität ökonomischer Gesetze existiert.

Zwei Institutionen, die sich lückenlos in das bisherige Bild der Weltwirtschaft und seiner Akteure einfügen lassen, müssen noch genannt werden. Auch sie sind von der skizzierten Machtasymmetrie geprägt und fördern die Verarmungsprozesse in den Ländern der Zweidrittelwelt. Das „GATT“ (allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, vgl. auch „WTO“) hat die Aufgabe, die „allgemeine Meistbegünstigung“ zu gewährleisten, d.h., daß ein Mitgliedsland alle Bestimmungen, die es irgendeinem Land bei der Wareneinfuhr oder -ausfuhr einräumt, gleichzeitig auch allen Mitgliedsländern einräumen muß. Darüber hinaus soll GATT die „Zölle“ abbauen und „mengenmäßige Handelsbeschränkungen“ untersagen. Allerdings können die starken Handelspartner durch ihre wirtschaftliche Macht bestimmte „Ausnahmeregelungen“ nutzen, während die wirtschaftlich schwachen Länder gezwungen werden, sich an die Konzessionen zu halten. Die GATT-Prinzipien ermöglichen es den Industrieländern, fast ungehindert Einfluß auf die „Volkswirtschaften“ der verschuldeten Länder zu nehmen, um ihre Produkte dort abzusetzen und gegenüber den wettbewerbsfähigen Produkten der Zweidrittelwelt zu schützen. Trotzdem muß es den verschuldeten Ländern gelingen, ihre Produkte zu verkaufen, um dem oppressiven Schuldendienst nachzukommen.²⁷

Die „G7“ (Gruppe der sieben größten Industrienationen) sind die selbsternannten Wirtschaftsführer des globalen Marktes. Dazu gehören die USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Italien und Kanada. Seit 1975 treffen sich die Regierungschefs und ihre Finanzminister jährlich zu einem „Weltwirtschaftsgipfel.“ Obwohl sie niemand dazu berufen oder demokratisch legitimiert hat, sehen sie ihre Aufgabe darin, die Weltwirtschaft zu steuern. Die zunehmenden Krisen und deren Folgen für die Mehrheit der Menschen im Süden, Osten und Norden werden dabei nur „verwaltet“, aber nicht gelöst. Darüber hinaus vertreten sie nur 12 Prozent der Weltbevölkerung und zudem massiv die Interessen der reichen Industrienationen, denn sie sind dem Einfluß der Kapitalbesitzer, der TNCs und Geschäftsbanken unterworfen, die Ökonomie des freien Marktes bestimmt die politischen Rahmenbedingungen.²⁸ Von dieser Machtasymmetrie ist inzwischen auch die eigentlich demokratisch organisierte UNO betroffen. Die Unterorganisation UNCTAD, die einen Zusammenschluß der Entwicklungsländer ermöglicht, um Forderungen für eine neue Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen, wird in großem Maße von den Institutionen IWF, Weltbank und GATT kontrolliert.²⁹

Wer steht aber konkret hinter den Kapital- bzw. Geldvermögenbesitzern? Im Mittelpunkt des Interesses rücken daher die „Transnationalen Konzerne“ (TNCs) und die „Geschäftsbanken.“ In der Wiederaufbauphase nach 1945 versuchten die Industrienationen, „nationale und internationale Regulierungsmechanismen“ zu errichten, die mit Hilfe von „fordistischen und keynesianischen Methoden das Akkumulationsinteresse des Kapitals“ mit sozialen Schwerpunkten in einen Zusammenhang bringen sollten. Die Politik war darum bemüht, den „Produktionsverhältnissen“ und der Weltwirtschaft „politische Rahmenbedingungen“ und „Grenzen“ zu setzen. Dieses Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik fand jedoch in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren eine entgegengesetzte Umkehrung. Die Marktmechanismen diktieren und definieren die Rahmenbedingungen der gegenwärtigen politischen Handlungsspielräume. Statt die globale Marktordnung einer Regulation zu unterwerfen und zu kontrollieren, um die Menschen vor den Mechanismen der Geldvermehrung und deren Folgen zu schützen, wurde diese nun vollends im Sinne neoliberaler Marktideologie „dereguliert.“³⁰ Dahinter steht die Entwicklung, daß sich „Produktiv- (Industrie-), Handels und Geldkapital“

²⁷ Vgl. dazu Duchrow, U. (1994b), 98.

²⁸ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 99.

²⁹ Vgl. zu den Bretton Woods-Institutionen vor allem den Beitrag von WEED (1993-1994).

³⁰ Man betrachte nur die Wandlung des Bretton Woods-Systems, vor allem die des IWF und der Weltbank, deren Aufgabe es nun ist, die Geldvermehrung der Kapitalbesitzer auf Kosten der Zweidrittelwelt zu gewährleisten; vgl. Duchrow, U. (1994b), 66f.

„transnationalisieren“ konnten, während die politischen Instrumente zur Kontrolle und Regulation der Wirtschaft national oder international geblieben sind.³¹ Das „Geldkapital“³² übernimmt dabei die Lenkung in der globalen Marktordnung. Für alle wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Entscheidungen ist nun die Akkumulation von Kapital der vorgegebene Orientierungsrahmen und Maßstab für ökonomisches Handeln. Hinter dieser Akkumulationsweise steht die ökonomische Theorie des „Neoliberalismus“.

Die Entwicklung wurde entscheidend von den „Transnationalen Konzernen“ (TNCs, Transnational Corporations) sowie „Geschäftsbanken“ geprägt, die heute die Hauptakteure auf den transnationalen Märkten sind und sich jeder nationalen und internationalen Kontrolle oder Regulation zu entziehen versuchen. In den sechziger Jahren wurde durch das wirtschaftliche Wachstum der westeuropäischen Länder und Japans die Überlegenheit der USA in „Handel und Direktinvestitionen“ weltweit abgebaut. Die Konkurrenz wurde damit stärker und die drei Wirtschaftsmächte USA, Westeuropa und Japan versuchten ihre eigenen „Absatzmärkte“ zu „monopolisieren“, d.h., sie dem Zugriff der anderen Mächte zu versperren, damit sie ihre Produkte dort nicht absetzen konnten. Darüber hinaus ging der Nachkriegsboom zu Ende. Die Folge war, daß die „Wachstumsraten“ sanken und die „produzierten Kapazitäten“ sich nicht mehr umsetzen ließen. Zudem verteuerte die Ölkrise Anfang der siebziger Jahre die Energiepreise. „Strukturschwache Branchen und Regionen“ in den Industrieländern des Nordens wurden zunehmend durch die Errichtung eines globalen freien Marktes gefährdet. Die TNCs reagierten sehr früh auf diese Entwicklung mit neuen Strategien. Da eine Steigerung der Produktion und der Gewinne nicht mehr genügte, wollten die Konzerne die Kosten der Produktion senken. Also entschlossen sie sich zu einer „Transnationalisierung der Produktion.“ Die Produktionsstätten wurden in die Entwicklungsländer verlegt, in denen die Kosten der Arbeitskräfte, die Rohstoffe und Steuerbedingungen günstiger waren. Die Konzerne bevorzugten Regionen, die besonders für ihre Zwecke günstige politische Umstände und kaum gewerkschaftliche Organisation vorwiesen. Sie favorisierten Regierungen, die auch Steuererleichterungen für die TNCs gaben. Viele dieser Regierungen in den Entwicklungsländern bestanden und bestehen immer noch z.T. aus Militärregierungen, von denen einige Aktionäre durch Waffenexporte profitieren konnten. Der Vorgang der Transnationalisierung wird auch als „Global Sourcing“ bezeichnet. Ziel ist es, global nach den „kostengünstigsten Standorten für die Produktionsfaktoren zu suchen.“³³

Die Entwicklung der TNCs bzw. des transnationalen Industrie- und Handelskapitals bildeten den Hintergrund für eine weitere folgenschwere Entwicklung: die „Transnationalisierung des Finanzkapitals bzw. der Finanzmärkte.“ Durch die Transnationalisierung der Konzerne benötigte man immer mehr Geld als „internationales Zahlungsmittel“ und für „zinsbringende Kredite.“ Die Geschäftsbanken der einzelnen Länder mußten aber solche „Geldgeschäfte und internationale Kapitalbewegungen“ von ihren jeweiligen Nationalbanken überwachen und kontrollieren lassen. Seit Ende der fünfziger Jahre versuchten sie schon, die „nationalen Schranken und Kontrollmechanismen der Geld- und Kreditpolitik“ zu unterlaufen. Die großen Geschäftsbanken begannen, in fremden Währungen zu handeln und gaben Dollarkredite, ohne diese jedoch über die eigene Landeswährung abzuwickeln. So entwickelten sich die „Eurobanken“ und die

³¹ Das Kapital konnte sich jenseits „nationaler Regulierungs- und Kontrollsysteme“ konstituieren, daher die Bezeichnung „transnational.“ Auch wenn zwischen den einzelnen Staaten „internationale Institutionen“ zur Regulierung der Wirtschaft gebildet werden, können diese keinen Einfluß auf die „transnationalen Märkte“ nehmen. Ein Eingreifen ist nur dann möglich, wenn diese Märkte „nationales Territorium“ berühren; siehe Duchrow, U. (1994b), 67.

³² Das Geldkapital ist eng mit dem Produktivkapital, das in den Unternehmen, Maschinen usw. steckt, verflochten und wird als „Finanzkapital“ bezeichnet.

³³ Vgl. Duchrow, U. (1990), (1991), (1994b), 69ff. Ich verweise auch auf die gut verständlichen Graphiken und Erläuterungen von Strahm, R. (1985), 144f., 150f., 152f., 158f. und Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 120f.

transnationalen Finanzmärkte, die auch als „freie Bankzonen“ bezeichnet werden.³⁴ Heute werden schon über 60 Prozent der internationalen Geldgeschäfte über diese „freien Bankmärkte“ getätigt.³⁵ Die Transnationalisierung der Finanzmärkte und die „transnationale Dollarkreditvergabe“ bietet für die Geschäftsbanken und Geldvermögenbesitzer viele Vorteile. Sie entziehen sich z.B. den nationalen Steuerbehörden oder der nationalen Kreditaufsicht und können dadurch höhere Gewinne erzielen. Dies ist auch eine der Hauptursachen für die Entstehung der Schuldenkrise in den siebziger Jahren. Durch die Entwicklung der „freien Bankzonen“ stieg die Menge des Geldes schnell an, das frei von politischen Kontrollen und frei von Steuern in kurzer Zeit aufgrund „moderner Telekommunikation“ um den Globus herum rotiert mit dem Ziel einer „schnellen und gewinnbringenden Kapitalanlage.“

Eine Folge, die schon angesprochen wurde, war zunächst, daß die transnationale Dollarschwemme die durch den Vietnamkrieg ausgelöste Inflation des Dollars vorantrieb und die USA die Golddeckung des Dollars aufgeben mußte. Die „festen Wechselkurse“ zwischen dem Dollar und den anderen Währungen hatten keine Bedeutung mehr. Dies führte dazu, daß man das „transnationale Geld“ für „Währungsspekulationen“ verwendete. Eine weitere unmittelbare Folge war die Schuldenkrise, die heute die große Bevölkerungsschichten in Verarmung und Verelendung stürzt. Die Banken versuchten, das „frei zirkulierende Geld“ gewinnversprechend anzulegen, indem sie mit „günstigen Zinskonditionen“ vor allem die Länder des Südens zu einer Industrialisierung mit Hilfe von Krediten zu überreden versuchten. Die Eliten dieser Länder, darunter auch Militärdiktaturen, die heute oft schon nicht mehr an der Regierung sind, investierten die Kredite in „Prestigeobjekte“, sicherten ihren eigenen Prestige Konsum auf Kosten der Mehrheit der Menschen oder überwiesen die Kredite direkt auf die eigenen Konten im Ausland. Freigebig wurde das Geld in militärische Rüstung, technische Projekte, wie z.B. Staudämme, Atomanlagen usw. investiert, an denen wiederum die Industrieländer des Nordens und die TNCs, die diese Güter lieferten, mitverdienten. Statt „Industriegüter“, die die Länder von teuren Importen befreien, wurden „Exportgüter“ finanziert, die auf dem Weltmarkt kaum wettbewerbsfähig waren. Außerdem verschlechterten sich die „Tauschbedingungen (terms of trade)“ dadurch, daß viele Schuldnerländer für den Weltmarkt produzieren mußten, was gerade den Verfall der Preise für ihre Produkte als Konsequenz hatte. Durch diese Entwicklung gerieten die Länder des Südens, aber auch einige des Ostens tief in die „Schuldenfalle.“³⁶ Die Länder der Zweidrittelwelt wurden damit zu Verliererländern, denen es nicht möglich ist, aus dem Teufelskreis der Verschuldung auszubrechen. Die Durchsetzung des „Monetarismus“ 1979 brachte schließlich die Schuldenkrise zum Ausbruch. Er bestimmt entscheidend bis heute global die ökonomische, politische und soziale Situation und verhindert eine Lösung des Schuldenproblems im Rahmen des Systems der Marktwirtschaft.

Ende der siebziger Jahre änderte sich durch den Einfluß der Zentralbank die Wirtschaftspolitik der USA. Die Zentralbank beugte sich dem starken Druck der Interessen der internationalen Finanzmärkte und verfolgte nun eine „Geldpolitik mit monetaristischem Ansatz.“ Konkret bedeutete dies, daß die Zentralbank zwar eine „stabile Geldzufuhr“ gewährt, aber die „Kontrolle über die Zinssätze“ aufgibt. Die Zinssätze wurden bewußt dereguliert, um sie dem freien Markt zu überlassen, damit die Banken und Geldvermögenbesitzer auf den Finanzmärkten noch höhere Gewinne durch die Zins- und Zinseszinszahlungen der Schuldner abschöpfen konnten. Die Folge war, daß die Finanzmärkte die Zinssätze bis auf 20 Prozent und mehr ansteigen ließen, so daß sich die Schuldnerländer, die die Kredite zunächst zu relativ günstigen Zinssätzen bekommen hatten, mit Ausnahme der regierenden Eliten schuldlos überschuldeten. Durch die massive Aufrüstung der USA Anfang der achtziger Jahre wurde die Hochzinspolitik

³⁴ Auch werden häufig die Bezeichnungen „Offshore“- , „Euro“- oder „Xeno“-Finanzplätze verwendet.

³⁵ Eine detaillierte Gesamtdarstellung dieser Entwicklung bietet vor allem Schubert, A. (1985), besonders 9-114.

³⁶ Vgl. die Ausführungen von Duchrow, U. (1990), 21 und (1994b), 70f.; Schubert, A. (1985), 115-239; George, S. (1988), 47-68 und (1993), 102-142.

weiter forciert, da die US-Regierung dafür dringend Kredite aus dem Ausland benötigte und das internationale Kapital durch hohe Zinsraten sich in Richtung USA orientierte. Die wirklichen Entscheidungsträger, die hinter der Politik der Zentralbank standen, waren die großen Geschäftsbanken und die Interessen der Wall Street. Durch diese neue Geldpolitik und Akkumulationsweise war es gelungen, noch nie dagewesene Geldgewinne zu erzielen. Somit war und ist die Zentralbank fast unkontrolliert von demokratischen Institutionen abhängig von den Banken, die sie eigentlich kontrollieren sollte.³⁷

Heute ist der Umfang der globalen Finanzmärkte insgesamt größer und er wächst schneller als der des internationalen Handels und der Weltproduktion insgesamt. Vor allem seit Ende der achtziger Jahre haben die „derivativen Finanzinstrumente“ ein exponentielles Wachstum erreicht.³⁸ Zwischen 1988 und 1995 hat sich die Summe der an den Weltbörsen gehandelten „Derivate“ verdreizehnfacht, das Volumen der außerhalb von den Börsen abgewickelten „Derivategeschäfte“ konnte zwischen 1990 und 1995 eine Zunahme von 2200 Prozent verzeichnen. Allein 1995 wurden weltweit 1,21 Milliarden dieser Derivategeschäfte durchgeführt. Die Globalisierung der Finanzmärkte ist am weitesten vorangeschritten, so daß dem Handlungsspielraum der Marktteilnehmer kaum noch politische Regulationen gesetzt sind. Die derivativen Finanzinstrumente werden fast ausschließlich nur noch zu „spekulativen Zwecken“ mißbraucht, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Dabei werden Risiken bewußt in Kauf genommen. In diesem „Spekulationskreislauf“ werden die Finanzgeschäfte überwiegend von realen Transaktionen losgelöst. Sie übersteigen sogar die weltweite Geldmenge. So tritt die primäre Funktion des Geldes, die Förderung des realwirtschaftlichen Produktionsprozesses, sukzessive hinter die Verselbständigung der Finanzmärkte zurück. Die „Devisenmärkte“ machen deutlich, daß gegenwärtig lediglich 2 Prozent ihres durchschnittlichen Tagesumsatzes von 1,26 Billionen US-Dollar der Finanzierung aller Im- und Exporte dienen. Die restlichen 98 Prozent umfassen reine „Spekulationsgeschäfte.“ Die „spekulativen Kapitalströme“ haben allein an den Devisenmärkten bereits das fünfzigfache des gesamten Welthandels erreicht. Somit haben sich die Finanzmärkte von dem Handel mit Waren und Dienstleistungen fast völlig losgelöst. Solche Entwicklungen beinhalten einerseits möglicherweise katastrophale Folgen, wie den Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems aufgrund risikoreicher Spekulationen, der dann Geld für „realwirtschaftliche Investitionen“ vernichtet. Andererseits bewirken diese langfristig auch „Produktions-, Beschäftigungs- und Wohlfahrtsverluste im realen Wirtschaftsbereich.“ Die globalen Finanzmärkte ziehen durch ihre fiktiven Geldgeschäfte Kapital an sich, das sonst Investitionen im realwirtschaftlichen Bereich zugekommen wäre, da reine Spekulationsgeschäfte höhere Renditen erbringen als „Sachinvestitionen.“³⁹

Neoliberalismus und „Monetarismus“ bedeuten, daß der gegenwärtige globale freie Markt ein „System der Profitpriorität“ darstellt. Bei allen ökonomischen Entscheidungen hat die Akkumulation des Kapitals vorrangige Priorität. Das „zinstragende Kapital“ ist der Angelpunkt des Systems.⁴⁰ Die Geschäftsbanken und Kapitalbesitzer haben hier einen entscheidenden Einfluß, alle wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entscheidungen müssen sich am Zins orientieren und sich diesem unterordnen.⁴¹ Die Entscheidungsfreiheit hängt von der ökonomischen und finanziellen Handlungsfähigkeit der jeweils „Betroffenen“ innerhalb der von den Fi-

³⁷ Ähnlich Schubert, A. (1985); vgl. Duchrow, U. (1992), 71ff. und (1990), 22.

³⁸ Ursprünglich sollten „derivative Finanzinstrumente“ ihren Nutzern im Falle von „Wechselkursschwankungen“ eine „risikoarme Verwertung“ ihres Kapitals ermöglichen. Sie sind entwickelt worden, um dem Bedarf von Käufer und Verkäufer von Waren und Dienstleistungen nach Absicherung gegen „Preisänderungsrisiken“ nachzukommen. „Derivate“ wie „Futures“ und „Optionen“ werden auch als „Termingeschäfte“ bezeichnet, da die Lieferung und die Bezahlung der Ware erst zu einem späteren Termin, jedoch zum Kurs des Vertragsabschlusses erfolgen.

³⁹ Siehe Gück, M. (1996), 5ff.

⁴⁰ Vgl. auch Marx, K. (1985), Bd. 1, 404f.; Hinkelammert, F. J. (1985), 43f.; Duchrow, U. (1988), 24.

⁴¹ Siehe auch den Beitrag von Creutz, H. (1995); vgl. Duchrow, U. (1994b), 72.

nanzmärkten gesetzten Rahmen und Bedingungen ab. Wie schon bei der Analyse des ideologischen Kerns des Systems deutlich wurde, bewirkt der Vorrang des Geldes eine zunehmende Machtasymmetrie zwischen Kapitalbesitzer und Lohnabhängigen ebenso wie zwischen den reichen Industrienationen und den armen Ländern aufgrund der unterschiedlichen Wertstellungen der jeweiligen Währung.

Alle bisherigen Überlegungen haben sich mit der Etablierung des globalen freien Marktes und seiner neoliberalen Wirtschaftstheorie auseinandergesetzt. Dabei ging es um die Fragen, welche ökonomischen Mechanismen wirken, wer die maßgeblichen Akteure sind und welche Interessen verfolgt werden. Es geht nun darum, die praktischen Folgen der neoliberalen Marktordnung und die daraus resultierenden Belastungen für die Menschen im globalen Kontext zu entfalten. Einige Aspekte, wie die Schuldenkrise im Süden, wurden schon angesprochen. Im Rahmen des elementaren Lernprozesses soll der These weiter nachgegangen werden, daß die gleichen Mechanismen, die diese Schuldenkrise im Süden bewirken, auch Armutsprozesse im Osten und Norden verursachen. Die Einsicht, daß immer mehr Menschen weltweit an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden, und mit ihnen ihre Lebensbedingungen eingeschränkt werden, ist ein entscheidender Schritt elementaren ökumenischen Lernens, da man mit den Augen bzw. aus der Perspektive der Verlierer der ökonomischen Krise sehen lernt.

2.1.3 Die Verlierer der modernen Marktgesellschaft

Es kann immer nur unzureichend gelingen, Armut, Elend und Hunger in Zahlen zu fassen. Die Weltbank versucht dies durch Angaben über Menschen in „absoluter Armut.“ In diesem absoluten Zustand trauriger Lebensbedingungen wie Krankheit, Analphabetismus, Unterernährung und Verwahrlosung lebt heute mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung, d.h. zwischen 1,2 und 1,3 Milliarden Menschen. Die absolute Zahl der „absolut Armen“ ist weiterhin steigend.⁴² Krankheiten sind oft auf Unterernährung und fehlendes sauberes Wasser zurückzuführen. Schätzungen haben ergeben, daß 786 Millionen Menschen an Unterernährung leiden.⁴³ Neben dem Bedürfnis nach Unterkunft und Kleidung ist auch das Bedürfnis nach Bildung und Kommunikation ebenso wichtig. 900 Millionen Menschen können weder lesen noch schreiben. Der Mangel an Nahrung führt dazu, daß weltweit eins von drei geborenen Kindern irgendwann in seinen ersten fünf Lebensjahren an Unterernährung leidet und daß jedes Jahr mindestens 14 Millionen dieser Kinder an Hunger sterben⁴⁴, insgesamt sind es Jahr für Jahr 40 Millionen Menschen, die durch die Folgen der Armut umkommen. Die daraus resultierenden psychischen Schäden der Menschen werden gar nicht erfaßt. Zwar geht die Schere zwischen den Ländern des Südens und des Nordens immer weiter auseinander, jedoch nimmt die „Armutskonzentration“ in allen Ländern stark zu. Entscheidend ist, daß das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich keineswegs ein Problem ist, das auf die Zweidrittelwelt begrenzt ist. Der Abwärtstrend setzt sich parallel im Norden fort.⁴⁵

Die Zahlen erfassen kaum das wirkliche Leid, zeigen aber dennoch die Situation der Verlierer ökonomischer Marktprozesse. Im Zusammenhang mit elementaren Lern- und Verstehensprozessen geht es aus didaktischer Sicht dabei immer um die Zielperspektive, nämlich Anknüpfungspunkte für Alternativen zu erlernen. Die folgenden Überlegungen konzentrieren sich zunächst auf die Ursachen und das Ausmaß der Armut im Süden in den Ländern der Zweidrittelwelt. Betrachtet man die Folgen des Neoliberalismus, so hat die Verschuldung und die Schuldenkrise eine soziale und ökologische Katastrophe über die Menschen der südlichen

⁴² So Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 60f. und ÖRK (1992), 20; vgl. auch World Bank (1990).

⁴³ Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 94f.

⁴⁴ Vgl. insgesamt UNDP (1990-1992).

⁴⁵ Siehe Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 62f.

Hemisphäre, vor allem über die Ärmern unter ihnen, gebracht.⁴⁶ Die verschuldeten Länder des Südens, die ohnehin seit 500 Jahren durch die Kolonialmächte unterdrückt und benachteiligt worden sind, waren die ersten Verlierer dieser Entwicklung.

Die einzelnen Stufen der Entwicklung wurden bereits im Zusammenhang mit der Darstellung der Akteure der Weltwirtschaft entfaltet. Die Kapitalbesitzer und Geschäftsbanken versuchten, ihr Kapital auf den transnationalen Finanzmärkten gewinnbringend anzulegen, da die Industrieländer nicht genügend profitable Anlagemöglichkeiten boten. Die Banken fanden in der politischen Führung der sogenannten „Entwicklungsländer“ bereitwillige Kreditnehmer. Diese z.T. von den Wirtschaftsmächten des Nordens eingesetzten Eliten schlossen zur Finanzierung der eigenen industriellen Entwicklung, des eigenen Prestigekonsums und der Rüstung sogenannte „roll-over-Kreditverträge“ mit den Banken ab. In diesen Verträgen wurden „marktvariable Zinsen“ vereinbart, die auch rückwirkend einer Änderung unterzogen werden konnten. Damit stiegen die Schulden unkontrolliert durch die erhöhten Zinsen und entwickelten ein „exponentielles Wachstum.“ Die „Schuldenkrise“⁴⁷ stellt keinen „normalen Schuldenzyklus“⁴⁸ dar, denn die Schulden werden nicht abgebaut, sondern nehmen stetig zu. Sie verdeutlicht die ökonomische Krise des globalen freien Marktes. Eine der gravierendsten Folgen der Schuldenkrise und der von IWF und der Weltbank verordneten Auflagen (Struktur Anpassungsmaßnahmen) gegenüber den Schuldnerländern ist die „Umkehr der Kapitalströme.“ Der leistet auf diese Weise den nördlichen Industrieländern „Finanzhilfe“, statt von diesem Entwicklungshilfe und gerechte Allokation zu erhalten. Auf Anordnung des IWF und der Weltbank zwingen die Regierungen der Schuldnerländer ihre Bevölkerung und vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten dazu, auf das Lebensnotwendigste zu verzichten, um den Schuldendienst aufrechtzuerhalten.⁴⁹

Angesichts der Komplexität der Vorgänge werden immer wieder unterschiedliche Zahlen genannt. Folgende Darstellung gibt die Zahlen der OECD wieder, die S. George in ihrer Analyse aufgreift. So belief sich der Geldstrom in die Entwicklungsländer von 1982 bis 1990 auf insgesamt 927 Milliarden Dollar. Dazu gehören „staatliche Unterstützungen, also Entwicklungshilfe, Hilfsmittel privater karitativer Organisationen, Handelskredite, private Direktinvestitionen und Bankkredite.“ Der größte Teil des Kapitalflusses bestand nicht in Zuschüssen, sondern in neuen Krediten, für die natürlich wieder Zinsen und Zinseszinsen fällig werden. Die Entwicklungsländer erstatteten im gleichen Zeitraum 1345 Milliarden Dollar allein an Schuldendienst (Zins und Tilgung) an die Gläubigerländer. Zu den Zahlungen des Südens müßten viele andere Posten noch hinzugefügt werden, wie z.B. „unterbezahlte Rohstoffe, Gewinnanteile, Lizenzgebühren, Dividenden, Gewinnrückführungen“ und vieles mehr. Die Zahlungsbilanz zwischen den abfließenden 1345 Milliarden Dollar und zufließenden 927 Milliarden Dollar fällt demnach mit weit unterschätzten 418 Milliarden Dollar zugunsten der reichen Länder des Nordens aus. Jedoch hat dieser enorme „Kapitalstrom“ vom Süden in den Norden nicht dazu beigetragen, die Schulden in ihrer absoluten Höhe zu verringern. Trotzdem waren die Schuldnerländer 1990 um 61 Prozent höher verschuldet als 1982. Dabei wuchs die Schuldenlast der schwarzafrikanischen Staaten in diesem Zeitraum um 113 Prozent, die der Allerärmsten, der sogenannten „am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, ILLDC)“ um 110 Prozent. 1996 haben nach Angaben der Weltbank die Schulden der Länder der Zweidrittelwelt die Grenze von 2000 Milliarden US-Dollar überschritten, und sie steigen stetig an.⁵⁰ In der Einführung wurde bereits angedeutet, daß laut UNO über die Zinszahlungen hinaus die armen Länder durch die

⁴⁶ Vgl. die Analyse von Morazán, P. (1994), 22ff.

⁴⁷ Ich verweise hier wieder auf die konstruktiv kritischen Analysen von Altvater, E. (1992a), (1992b); Schubert, A. (1985); George, S. (1988) und (1993); Füßel, K. u. a. (1989).

⁴⁸ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 71. In einem „normalen Schuldenzyklus“ wird mit Hilfe des Kredits, der als produktive Investition verwendet wird, Mehrwert produziert, wovon der Zins dann getilgt werden kann.

⁴⁹ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 73ff., (1990), 24f.

⁵⁰ Siehe Kessler, W. (1996a), 2 und Kessler, W. (1996b), 72.

Regeln des Weltmarkts jährlich mindestens 500 Milliarden Dollar an die Länder des Nordens verlieren.⁵¹

Die Zahlen bedeuten konkret, daß der Schuldendienst den Verliererländern keine Zeit läßt, „konkurrenzfähige Industrien, Banksysteme, soziale Absicherungssysteme“ und „staatliche Kontroll- und Steuerungsmechanismen“ zu entwickeln oder aufzubauen. Obwohl es für die Länder unmöglich ist, zwingt er sie, die Schulden innerhalb der Kreditlaufzeit sofort in „harten Devisen“ abzutragen. Die Devisen können aber schon deshalb nicht erwirtschaftet werden, weil z.B. die „ungerechten Tauschbedingungen (terms of trade)“ auf dem Weltmarkt dies verhindern. Zwar wird einerseits die Umstellung der nationalen Ökonomien auf den Export zum Zweck der Erwirtschaftung harter Devisen erzwungen, um die Schulden zu bezahlen. Andererseits aber, je mehr Exporte wie Kaffee, Soja und Rohstoffe auf den Markt gebracht werden, desto mehr sinkt der „Marktwert“ nach dem „Marktgesetz von Angebot und Nachfrage.“ Die Konzerne des Nordens hingegen, die die Industriegüter produzieren, schließen sich zunehmend zu „Monopolen“ zusammen und treiben den Verkaufspreis für ihre Produkte in die Höhe. Hingegen müssen sich die Länder, die vorrangig Rohstoffe exportieren, mit einer zunehmenden „preisdrückenden Konkurrenz“ auseinandersetzen. Die starken Industrieländer fordern für ihre Produkte „Freihandel“, während sie aber gleichzeitig im Blick auf die Produkte der Zweidrittelwelt „Protektionismus“ ausüben. Es sind noch weitere Gründe zu nennen, die aber hier im einzelnen nicht entfaltet werden können.⁵² Da es nicht möglich ist, die harten Devisen für die Tilgung der Kredite zu erwirtschaften, werden neue Kredite gebraucht, um die Schulden, Zinsen und Zinseszinsen zu bezahlen. Die Schulden werden dann von den herrschenden Eliten, die ihr Geldvermögen hingegen durch Kapitalflucht gewinnbringend auf den transnationalen Finanzmärkten anlegen, auf die verarmenden Bevölkerungen abgewälzt, um das benötigte Geld von ihnen erwirtschaften zu lassen. Sie sind die Verlierer der kapitalistischen Weltwirtschaft in den Ländern des Südens.⁵³

Um den Schuldendienst aufrechtzuerhalten, werden öffentliche und soziale Leistungen, wie z.B. das „Bildungssystem“ und die „Gesundheitsversorgung, Lohnerhöhungen, Subventionen für Lebensmittel“ und vieles mehr, gekürzt oder ganz gestrichen.⁵⁴ Manche Länder werden in reine „Rohstofflieferanten“ zurückverwandelt, so daß die vorhandene Industrie demontiert wird und Arbeitslosigkeit bis zu 80 Prozent ansteigt. So werden immer mehr Menschen aus den wirtschaftlichen Prozessen ausgestoßen, sie werden einfach nicht mehr gebraucht und stören nur bei den Akkumulationsprozessen. „Traditionelle Selbstversorgungswirtschaften und soziale Netze“ sind häufig aufgrund der industriellen Entwicklung vernichtet worden.⁵⁵ Die UNO meldet im Hinblick auf Armut und Elend bestürzende Rekordzahlen. Danach stieg die Zahl der „absolut Armen“ auf 1,3 Milliarden Menschen. Davon haben insgesamt eine Milliarden keine Möglichkeit, zu sauberem Trinkwasser zu gelangen.⁵⁶ Somit bewirkt der globale

⁵¹ Vgl. die Untersuchungen des Transnational Institute (TNI) und George, S. (1993), 9ff.; Kessler, W. (1996b), 66-80; ÖRK (1992), 23ff.; Crüsemann, M./Schottruff, W. (1992), 132ff. und 159-183; vgl. vor allem auch die Zahlen und Ergebnisse von Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 144-157, UNDP (1992), 48ff. bzw. 89, Altwater, E. (1992b), 168ff.; siehe dazu auch die Schuldertabellen des OECD (1990-1991).

⁵² Vgl. die Ausführungen zu GATT. Als Beispiel dient die EG-Agrarpolitik; vgl. Duchrow, U. (1991), 47ff., (1994b), 74ff. Siehe zu dieser Entwicklung insgesamt auch Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 116-119 und 122-39.

⁵³ Siehe George, S. (1988), 83-106; vgl. aber auch die präzise Analyse des Schuldenautomatismus von Hinkelammert, F. J., in: Füssel, K. u. a. (1989), 79-190.

⁵⁴ Vgl. dazu auch die Ausführungen über die Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF.

⁵⁵ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 73ff.; George, S. (1988), 107-226; vgl. auch Bunte, M./Recknagel A. (1991) und Dobberahn, E. (1991). Beide Darstellungen zeigen präzise, daß die schwächsten Glieder der Gesellschaft, nämlich die Kinder, die ersten Verlierer sind; siehe auch Altmann, W. (1991) und (1984). Vor dem Hintergrund dieses brutalen Bildes nennt der brasilianische lutherische Theologe Walter Altmann die hohen Zinsraten und den Schuldendienst die „Gaskammern von heute“.

⁵⁶ Vgl. Kessler, W. (1996a), 2; Kessler, W. (1996b), 66-80; siehe insgesamt auch UNDP (1990-1996).

freie Markt die Auflösung ganzer Gesellschaften der Zweidrittelwelt. Angesichts des exponentiellen Wachstums des Schuldenberges durch den Zinsmechanismus ist es kaum vorstellbar, daß alle Schulden zurückgezahlt werden können. Dennoch wird Kapital in vielfältiger Weise aus den Ländern der Peripherie abgezogen. Die Schulden haben die erhoffte Entwicklung im Keim erstickt und die Zweidrittelwelt in eine unüberwindbare Schuldknechtschaft gegenüber den Gläubigerbanken und Geldvermögenbesitzern gestürzt.

Ähnliche Vorgänge und Verarmungsprozesse entwickeln sich nun auch in den östlichen Ländern. Auch diese gerieten durch die beschriebene Transnationalisierung der Konzerne und Geschäftsbanken bzw. der Finanzmärkte in die Schuldenfalle. In Osteuropa stiegen die Schulden in dem Zeitraum von 1983 bis 1989 von 68,8 auf 99,2 Milliarden Dollar an.⁵⁷ Sicherlich wirken auch hier viele Faktoren zusammen, die zu dem „Zusammenbruch des Realsozialismus“ geführt haben. Zu nennen sind z.B. eine „politische Machtkonzentration ohne Opposition“, eine „Bürokratie, die die Menschen rechtlos machte“, die „Korruption ohne jede demokratische Kontrolle durch die Medien“, ein „extremer Militarismus“, eine „staatssozialistische Erziehung“, die Anpassung gegenüber der eigenen kritischen Denkweise forderte. Zudem ist auch ein „falsch verstandener Materialismus“ zu nennen, der die Natur als Objekt unter dem Einfluß des Menschen ansah.⁵⁸ Es existieren durchaus Parallelen zum westlichen Denksystem. Dennoch ist es zutreffend, daß eine wesentliche Ursache des Zusammenbruchs die Schuldenfalle war und daß „die Schulden den Sozialismus gefressen haben.“⁵⁹

Die sozialistische Wirtschaft war durch die „Außenschulden“ bei den Gläubigerbanken und Kapitalbesitzern der westlichen Industrieländer ebenso in die westliche Marktwirtschaft und damit in ihr „Produktiv- und Konkurrenzniveau“ integriert. Jedoch konnte die zentral gesteuerte Wirtschaft dieses Niveau auf Dauer nicht halten. Mit dem Ende des Realsozialismus ist die Marktwirtschaft nun endgültig global. Es zeichnet sich ab, daß der Versuch, über die westliche Marktwirtschaft einen Neubeginn im Osten zu erreichen, scheitert und die Mehrzahl der Menschen Verlierer sein werden oder schon sind. Die östlichen Länder haben keine Chance, das „Produktionsniveau des Weltmarkts“ zu erreichen. Nur „kapitalkräftigen“ oder „kreditwürdigen Unternehmen“ gelingt es, „Mehrwert“ zu produzieren. Alle anderen Produktionen werden zerstört und mit ihnen die Existenz vieler Menschen, die arbeitslos der Armut entgegengehen. Die Zerstörung der vorhandenen Industrie wird auch dadurch begünstigt, daß die „finanziellen Transfers“ des Westens vor allem die „Rohstoffproduktion“ im Blick haben. Dies geschieht mit der Absicht, die „transnationale Kontrolle“ über die industrielle Ausnutzung zu gewinnen. Darüber hinaus müssen die östlichen Länder, um weiterhin kreditwürdig zu bleiben, ihre „Staatsausgaben“ deutlich herabsetzen. Die Subventionen der Mittel für die Grundbedürfnisse wie Wohnung, Nahrung, Bildung, öffentlicher Verkehr und Gesundheit, die bisher eine gleichmäßige Verteilung über alle Schichten der Bevölkerung ermöglichten, werden ebenso gekürzt oder gestrichen. Auch wird die Währung dem „westlichen Weltmarktniveau“ angeglichen und einer Abwertung unterzogen. „Unbezahlbare Importgüter“ für normale Bürger und das Ansteigen der „Inflation“ sind die Konsequenz. Um Devisen zu verdienen, müssen wichtige Ressourcen auf dem Weltmarkt verkauft werden, so daß der eigene Markt vernachlässigt wird, was wiederum zu einer „Verknappung und Verteuerung“ führt. Auch hier erfolgt eine zunehmende Zerstörung des ökologischen Lebensraumes. Die Inflation nimmt jetzt schon „lateinamerikanische Dimensionen“ an. Zudem müssen die Auflagen der Gläubiger und ihrer Institutionen erfüllt werden. Das Ergebnis sind zunehmende Verarmungsprozesse großer Bevölkerungsteile, dabei werden die exponentiellen Zinszahlungen die östlichen Länder endgültig ruinieren. Sie vollziehen damit gemessen an der Schuldenkrise der Zweidrittelwelt eine ver-

⁵⁷ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 77 im Anschluß an Altvater, E. (1992), 48.

⁵⁸ Vgl. hierzu den Beitrag von Sölle, D. (1991).

⁵⁹ Siehe Veerkamp, T. (1989); vgl. auch Altvater, E. (1992a), 48f.

gleichbare „Schuldnerkarriere“ wie die Länder des Südens. Die Länder verlieren durch ihre Eingliederung in die neoliberale Marktordnung ihre ersehnte autonome Selbstbestimmung.⁶⁰

Die Frage drängt sich auf, zu welchem Zweck das Geld verwendet worden ist, das die Privatbanken, Gläubigerstaaten und internationalen Institutionen erhalten haben. Die Zinszahlungen der Zweidrittelwelt in dem Zeitraum von 1982 bis 1990 hätten theoretisch ausgereicht, 600 Millionen Einwohnern in Europa und Nordamerika durchschnittlich 2242 Dollar zukommen zu lassen.⁶¹ Obwohl ein enormer Kapitalstrom aus den Ländern des Südens in den Norden geflossen ist, werden, wie die folgende Reflexion darzustellen versucht, immer mehr Menschen auch in den nördlichen Industrieländern durch die Mechanismen des Marktes von Verarmungsprozessen betroffen. Die Schuldenkrise macht vor den führenden Industrienationen der westlichen Welt nicht halt. Die Auswirkungen des Neoliberalismus sind deutlich spürbar und virulent. Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Kürzungen der Sozialhilfe, Obdachlosigkeit, Verschuldung öffentlicher und privater Haushalte sind nur einige Stichworte, die den Trend zur „Zweidrittelgesellschaft“, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderentwickelt, anzeigen.

George legt in ihren Beiträgen ausführlich dar, daß die durch die Schuldenkrise angerichtete Zerstörung der Gesellschaften und der Ökologie der Zweidrittelwelt inzwischen indirekt auf die Länder des Nordens rückwirkend ist. Die Rückwirkungen der Schuldenkrise verursachen im Norden „Arbeitslosigkeit, Migration, hohe Steuern, Drogenkonsum, Instabilität“ und die „Zerstörung der Umwelt.“⁶² Wegen des enormen Umfangs können die Rückwirkungen nicht im einzelnen detailliert entfaltet werden. Trotzdem ist es notwendig, wesentliche Aspekte zu skizzieren. Der Verlust von Arbeitsplätzen in den nördlichen Industrien und landwirtschaftlichen Betrieben ist u.a. darauf zurückzuführen, daß die verschuldeten Länder ihr Kapital als Zinsen an die Geschäftsbanken abführen müssen. Damit fehlen finanzielle Mittel zum Kauf von Produkten aus den nördlichen Industrieländern.⁶³ Migration ist eine weitere Folge der neoliberalen Marktordnung, die Menschen fliehen vor der Armut im Süden und Osten, die ihnen die Lebensgrundlage zerstört. Die Verschuldung zwingt immer größere Menschenströme dazu, ihre Heimatländer zu verlassen und als Wirtschafts- und Kriegsflüchtlinge in die Metropolen des Nordens zu gehen, um zu überleben. Dabei werden die Verlierer des globalen Wirtschaftssystems gegeneinander ausgespielt, indem in den Metropolen Fremdenhaß geschürt wird.⁶⁴ Weiterhin tragen z.B. die Steuerzahler des Nordens die Kosten und Risiken, die aus staatlichen Krediten an Regierungen der Zweidrittelwelt erwachsen und zur Finanzierung des Schuldendienstes an private Geschäftsbanken verwendet werden. Bestimmte Steuergesetze erlauben es, daß die Banken Steuerfreibeträge für die Schulden der armen Länder geltend machen können, ohne jedoch die Schulden in entsprechender Höhe zu reduzieren. Die Steuerzahler zahlen somit jährlich durch die Steuergesetze zwischen 26 und 30 Milliarden Dollar an die Banken und verlängern damit die Schuldenkrise.⁶⁵ Die Verarmungsprozesse und die ungerechten Bedingungen des Weltmarkts zwingen die Länder des Südens zum „Drogenexport“ als rentable Einnahme- und Umsatzquelle, um den Schuldendienst aufrechtzuerhalten und die exponentiell wachsenden Zinsen an die Geschäftsbanken zahlen zu können. Drogen zerstören aber soziale Beziehungen und das Leben der Menschen im Norden.⁶⁶ Die durch die Schuldenkrise hervorgerufene soziale und politische Schwankungen führen zu immer mehr militärischen Auseinandersetzungen.

⁶⁰ Vgl. Veerkamp, T. (1989), bes. 577ff.; WEED (1994), Folge IV; Duchrow, U. (1991), 50ff. und (1994b), 77f..

⁶¹ Vgl. George, S. (1993); 10f. im Anschluß an OECD (1990-91).

⁶² So vor allem George, S. (1993) passim. Vgl. zu der folgenden Darstellung auch ÖRK (1992), 19-32; Kessler, W. (1993b), (1997b), (1997c); Zinn, K. G. (1994).

⁶³ Siehe George, S. (1993), 143-165.

⁶⁴ Ebd., 166-198.

⁶⁵ Ebd., 102-142.

⁶⁶ Ebd., 64-101

Krieg und Verschuldung stehen seit langem in einer engen Beziehung zueinander. Die geläufige Auffassung ist, daß Krieg Schulden und Armut produziert. Aber Schulden und Armut können auch eine Ursache von Krieg sein. Diese Konflikte des Südens bekommt auch sukzessive der Norden zu spüren. Die Migration der Menschen, die vor kriegerischen Auseinandersetzungen fliehen, ist nur eine von vielen Folgen.⁶⁷ Schließlich führt die Schuldenkrise zur Zerstörung und Vernichtung der ökologischen Lebensgrundlagen. Um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, müssen immer größere Umweltressourcen verwertet und für den Schuldendienst ökonomisch verfügbar gemacht werden.⁶⁸ Die Vernichtung der Regenwälder hat katastrophale Folgen für das Ökosystem der Erde. Die gesundheitlichen Schäden der Menschen, vor allem der Kinder, nehmen auch im Norden immer mehr zu.⁶⁹

Neben den Rückwirkungen der Schuldenkrise stellen die Mechanismen des Marktes ein unmittelbares Risiko für alle Menschen in der nördlichen Hemisphäre dar. Es sollen hier nur die wichtigsten Tendenzen und Zusammenhänge der Verarmung und Verschuldung im Norden genannt werden, hinter denen die transnationalen Konzerne, die Kapitalbesitzer sowie die transnationalen Geschäftsbanken stehen. Entscheidend ist, daß sich die einzelnen Faktoren ineinander verzahnen, also gegenseitig beeinflussen und dadurch die Verarmungsprozesse verstärken. Sie können daher nicht isoliert betrachtet werden. Die unmittelbaren Auswirkungen des freien Marktes verursachen auch im Norden eine Trend, der von einer „Auseinanderentwicklung zwischen Kapitalbesitzern und Lohnabhängigen“ geprägt ist.⁷⁰

Zunächst ist die Entwicklung auf den transnationalen Finanzmärkten zu nennen, die dazu führt, daß die „Kapitalinvestitionen sich vom realwirtschaftlichen in den monetären Bereich“ bewegen. Die Geschäftsbanken und Unternehmer investieren ihr Geld immer weniger in wirtschaftlich „produktive“ Anlagen, weil „Zins- und Währungsspekulationen“ höhere und schnellere Profite versprechen. Man setzt nicht mehr auf langfristige Investitionen, sondern auf Finanzgeschäfte, die möglichst schnellen Gewinn bringen. Große Firmen werden z.B. aufgekauft, um sie aufzulösen und so wieder mit Gewinn zu verkaufen. Die dadurch entstehenden Probleme für die dort arbeitenden Menschen werden nicht berücksichtigt. Auf den transnationalen Finanzmärkten werden so täglich zwischen 1000 und 2000 Milliarden US-Dollar umgesetzt, davon sind jedoch nur 50 bis 100 Milliarden US-Dollar, also 5 Prozent, an „realen Produktions- und Güterprozessen“ beteiligt.⁷¹ Wenn die Börsen der Welt jeden Tag über 1000 Milliarden US-Dollar umsetzen, obwohl eigentlich nur 50 Milliarden US-Dollar für die Bezahlung täglich anfallender Dienstleistungen und Waren notwendig sind, dann sind die Folgen unüberschaubar. Die Spekulation mit diesen Geldmassen, die an den Börsen mit Hilfe von Computern in nur wenigen Minuten den Besitzer wechseln, kann durch „Zinsmeldungen“ oder durch bestimmte Entscheidungen eines Großunternehmens nicht mehr kontrollierbare „Kapitalbewegungen“ in Gang setzen.⁷² Die Konsequenz ist, daß die Finanzmärkte in der Gefahr stehen, einzubrechen, denn durch die Finanzspekulationen werden sie immer unsicherer. Vor allem aber wird das verfügbare Geld durch diese Spekulationen aus „wirtschaftlich produktiven Zusammenhängen“, die ein breites Einkommen für alle gewährleisten, abgezogen, wodurch die Kapitalbesitzer zwar ihr Geld vermehren, jedoch die lohnabhängigen Arbeiter durch Arbeitslosigkeit bedroht werden. Es findet so auf der Seite der Geldvermögenbesitzer eine erhebliche „Reichtumskonzentration“ statt, während parallel dazu sich die Lohnabhängigen mit dem sozialen Abstieg auseinandersetzen müssen.

⁶⁷ Ebd., 199-240.

⁶⁸ Zahlreiche Beispiele finden sich auch in George, S. (1988), 209ff. Susan George erläutert hier den Zusammenhang zwischen Schuldenkrise und Ökozid.

⁶⁹ Ebd., 21-63.

⁷⁰ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 85.

⁷¹ Vgl. Gück, M. (1996), Altvater, E. (1992), 157ff. und Duchrow, U. (1994b), 81.

⁷² Vgl. Kessler, W. (1996b), 59-65.

Gefördert wird diese Entwicklung durch die „Massenarbeitslosigkeit“, die eine wesentliche Ursache für die wachsende Armut im Norden ist. Auch hier spielen die transnationalen Konzerne und Geschäftsbanken eine zentrale Rolle. Die Transnationalisierung der Konzerne bedeutet den Verlust von Arbeitsplätzen im Norden, da die Unternehmen wichtige „Produktionsstätten“ in die Länder des Südens und Ostens verlegen. Gründe dafür sind die bereits erwähnten billigen Arbeitskräfte, kaum bestehende staatliche und gewerkschaftliche Auflagen zum Schutz der Menschen und der Natur und Steuererleichterungen für die TNCs. Damit werden im Norden systematisch Arbeitsplätze abgebaut und die Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder haben sich die „Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt“ insgesamt dramatisch zugespitzt. Diese Entwicklung manifestiert die Macht der Großunternehmen und Konzerne, da die ehemaligen Ostblockstaaten mit niedrigen Kosten und gut ausgebildeten Arbeitnehmern geographisch gesehen unmittelbar an Deutschland und Westeuropa angrenzen. Die Unternehmen haben so die Möglichkeit, weltweit die „Sozial- und Umweltpolitik“ gegeneinander auszuspielen und die günstigsten Standorte für die Produktion auszuwählen. Vor diesem Hintergrund steht die Wirtschaftspolitik in Gefahr, zu einer reinen „Standortpolitik“ für die Großunternehmen und TNCs zu werden.⁷³

Die transnationalen Geschäftsbanken verursachen im Norden Arbeitslosigkeit, indem sie sich auf den transnationalen Finanzmärkten der staatlichen bzw. nationalen Kontrolle entziehen und somit die „Zinsraten“ in die Höhe treiben. Auch dies hat den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Der Keynesianismus versuchte noch, der „Vollbeschäftigung und der ausgeglichenen Handelsbilanz“ Vorrang einzuräumen, um die Nachfrage für die „wachsende Massenproduktion“ und damit eine ausgeglichene Weltwirtschaft zu erreichen. Die Voraussetzung dazu war aber, daß die Zinsen bei Bedarf durch „wirtschaftspolitische Entscheidungen“ möglichst auf geringem Niveau festgesetzt werden konnten. Im Neoliberalismus hingegen wird der „Geldwertstabilität“ absolute Priorität beigemessen. Daher beschränken die „nationalen Zentralbanken“ der nördlichen Länder die Geldmenge. Die Folge ist jedoch, daß Geschäftsbanken auf den transnationalen Finanzmärkten die Zinsen in die Höhe treiben, wodurch „Vollbeschäftigung und eine ausgeglichene Handelsbilanz zweitrangig“ werden. Die hohen Zinsraten führen auch dazu, daß die Unternehmen Kosten sparen wollen und rationalisieren. „Rationalisierung und Senkung der Produktionskosten“ gefährden aber wiederum Arbeitsplätze. In manchen Städten Westeuropas, auch in Deutschland, liegt die Arbeitslosenquote über 40 Prozent. Durch die große Zahl der Arbeitslosen versuchen die Unternehmen auch, „die Reallöhne“ zu senken, um die Gewinne zu maximalisieren. Zudem haben die Zentralbanken durch den Einfluß auf die Geld- und Zinspolitik eine ausgeprägte Machtposition in den nördlichen Ländern, die die „Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ mitbestimmen.⁷⁴

An dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit sind weitere Faktoren beteiligt. Aufgrund des „technischen Fortschritts“, der eine „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ ermöglicht, werden immer mehr Waren und Dienstleistungen von immer weniger Menschen hergestellt. In Deutschland reichten in der Industrie 1995 überwiegend zehn Arbeitnehmer aus, um die gleiche Menge an Waren herzustellen, zu deren Produktion 1965 noch 40 Arbeitnehmer notwendig waren. Gleichzeitig wächst aber die Zahl der Erwerbssuchenden vor allem durch Zuwanderer und Frauen, die das gleiche Recht auf Erwerbsarbeit haben wie die männlichen Erwerbstätigen. So ist auch dieser Faktor eine Ursache für Arbeitslosigkeit, da in den vergangenen zwanzig Jahren weder im Inn- und Ausland prozentual mehr „Waren“ und

⁷³ Siehe Kessler, W. (1996b), 59ff.

⁷⁴ Vgl. dazu auch ÖRK (1992), 30; Altvater, E. (1993), 38ff. bzw. 52f; Duchrow, U. (1994b), 82.

„Dienstleistungen“ umgesetzt werden konnten, noch ist die Arbeitszeit konsequent verringert worden.⁷⁵

Neben Arbeitslosigkeit ist die „Verschuldung“ eine weitere wesentliche Ursache für Armut. Natürlich kann auch Arbeitslosigkeit eine Ursache für Verschuldung sein. Z.B. waren bereits 1990 50 Prozent der Haushalte in Westdeutschland mit durchschnittlich 15.000 DM verschuldet. Davon haben 30 Prozent so hohe Schulden, daß sie diese und den Zins voraussichtlich nicht mehr tilgen können und somit „überschuldet“ sind. Die neuen Bundesländer entwickeln sich in die gleiche Richtung, und die Tendenz ist weiter steigend. Die Überschuldung ist daher heute kein Randgruppenproblem mehr. Die Entwicklung nimmt in allen Ländern des Nordens rapide zu. Neben „Konsumkredit“ führen aber auch „steigende Lebenshaltungskosten“ zur Aufnahme von Krediten. In den meisten Fällen sind dann Arbeitslosigkeit und Senkung der Reallöhne einerseits und überhöhte Zinsen andererseits die Ursache der Überschuldung. So werden vor allem die sozial Schwachen von der Verschuldung betroffen. Wie bei der Verschuldung der Zweidrittelwelt kommt es zur Überschuldung, wenn der Schuldendienst aufgrund der genannten Faktoren durch sinkendes Einkommen langfristig nicht mehr bedient werden kann. Damit beginnt „der Teufelskreis der Verschuldung.“ Es müssen neue Kredite aufgenommen werden, um den Schuldendienst oder die Zinszahlungen zu gewährleisten.⁷⁶ Am Ende müssen dann mehr Kapital als Zinsen zurückbezahlt werden als an ursprünglichem Kredit aufgenommen wurde. Dies gilt sowohl für die Schuldenkrise der Zweidrittelwelt als auch für die „private Verschuldung“ im Norden. Die Schuldner geraten in eine lebenslange Schuldknechtschaft. Weitere Folgen dieses Verarmungsprozesses können „Wohnungsverlust“ und „Obdachlosigkeit“ sein. Darüber hinaus löst der von der Überschuldung und Armut ausgehende finanzielle und „psychische Druck“ in vielfältiger Weise „psychosoziale Probleme“ aus.⁷⁷

Die hohe „Staatsverschuldung“ muß als weitere Ursache für Verarmungsprozessen im Norden genannt werden. Die Staatsverschuldung entwickelt sich nach den gleichen Mustern und in die gleiche Richtung wie die private Verschuldung oder die Verschuldung der Zweidrittelwelt. Die Steuerzahler in Deutschland zahlen inzwischen 14 Prozent der Steuern als Zinsen an die Geschäftsbanken. Diese haben von jedem Steuerzahler 1992 über den Staat durchschnittlich 3500 DM erhalten. Damit leistet der Staat jeden Tag allein 317 Millionen DM an Zinszahlungen.⁷⁸ Der Druck der hohen Verschuldung führt andererseits zu einem drastischen „Abbau der Sozialausgaben.“ Wieder sind die Verlierer die sozial Schwachen und Lohnabhängigen. Dies zeigt auch, daß die Möglichkeiten des Staates und der Demokratie stark beschränkt sind. Selbst wenn die Regierungen eine sozialere Politik für die Menschen gestalten und durchsetzen wollten, könnten sie sich national nicht dem Druck der transnationalen Finanzmärkte entziehen. Der Staat ist einerseits durch die hohe Staatsverschuldung im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung auf die Geschäftsbanken angewiesen. Andererseits würde das Kapital über die transnationalen Finanzmärkte konsequenteren Gesetzen und Kontrollen des Staates ausweichen.⁷⁹

Alle genannten Faktoren deuten darauf hin, daß sich ein „Umverteilungsprozeß“ von den lohnabhängigen Arbeitern zu den Kapitalbesitzern vollzogen hat und immer noch vollzieht. Die

⁷⁵ Siehe dazu Kessler, W. (1996b), 15-23.

⁷⁶ Dieser Vorgang wird auch als Umschuldung bezeichnet.

⁷⁷ Darunter versteht man z.B. die Zerstörung familiärer oder anderer sozialer Beziehungen, Hilflosigkeit, Ängste, Depressionen, Resignation und Kriminalisierung. Menschen, deren zukünftiges Einkommen durchweg an die Vergangenheit verpfändet ist, erscheinen durchweg selbstmordgefährdet. Die durch die Schulden und Armut verursachte Veränderungen führt zu dem Eindruck, im Leben versagt zu haben und gescheitert zu sein. Vgl. dazu auch die Darstellungen von Füssel, K. (1992) in Crüsemann, M./Schottruff, 132-158; siehe auch BAG-Schuldnerberatung (1988) passim und (1994), 18-21.

⁷⁸ Vgl. zu den Zahlenangaben Duchrow, U. (1994b), 83.

⁷⁹ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 86f.

Tendenz ist weiter steigend. Diese Auseinanderentwicklung zwischen einer reichen Minderheit und einer verarmenden Bevölkerungsteilen, den Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Überschuldeten, setzt den „Trend zur Zweidrittelgesellschaft“ im Norden fort. So wird die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt betrachtet zwar immer reicher, jedoch wird dieser Reichtum auch zunehmend ungleicher verteilt. Erhielten vor zwanzig Jahren weniger als eine Millionen Menschen Sozialhilfe, so benötigen seit 1992 über vier Millionen Menschen finanzielle Unterstützung dieser Art. Innerhalb von zehn Jahren ist der „Anteil des Volkseinkommens“, der nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben den Arbeitnehmern zukommt, von seinem Höchststand 1980 (66,2 Prozent) auf den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik gefallen. Zugleich sind aber z.B. 1995 die „Bruttogewinne der Unternehmen“ um 15 Prozent gestiegen, während die der Arbeitnehmer lediglich um 3,2 Prozent gewachsen sind. Die Konzentration von „privatem Reichtum“ ist demgegenüber beängstigend. Besaßen die 10 Prozent reichsten Haushalte 1969 rund 42 Prozent des deutschen Gesamtvermögens, so stieg bis 1992 deren Anteil auf insgesamt 58 Prozent. In diesem Zusammenhang ist auch aufschlußreich, daß bereits 1968 lediglich 1,7 Prozent der Haushalte über 70 Prozent des „Produktivvermögens“ besaßen. Durch die zunehmende Konzentration dürften diese 1,7 Prozent inzwischen einen wesentlich höheren Anteil besitzen.⁸⁰

W. Kessler weist in seinen Untersuchungen⁸¹ darauf hin, daß von den sogenannten Fachleuten und Wirtschaftspolitikern immer wieder „Mythen“ herangezogen werden, um bestehende ökonomische Prozesse und Verhältnisse zu stabilisieren. Auch diese stellen Legitimationsmechanismen des freien Marktes dar. Diese Mythen und Vorurteile gilt es aufzudecken, wenn man den gegenwärtigen Ursachen der Verarmung und der Scherentwicklung zwischen Armut und Reichtum auf den Grund gehen und eine weiterführende Diskussion über ein Wirtschaften für das Leben anstoßen will.⁸² Die folgenden Überlegungen beziehen sich dabei überwiegend auf die deutsche Diskussion, die durchaus exemplarisch ist. Der erste Mythos geht davon aus, daß „nur Wachstum Arbeitsplätze schafft“. Betrachtet man die Bruttogewinne der Metallindustrie, so konnten diese sich von 1993 bis 1995 versechsfachen, d.h. von 7,7 Milliarden DM auf 49,9 Milliarden DM, wobei die Nettogewinne 1995 den Rekordbetrag von 33,3 Milliarden DM erreichten. Trotz dieser Rekordgewinne verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Metallindustrie von 1993 bis 1995 um insgesamt 6 Prozent. Das bisherige „Sozialversicherungssystem“ ist so organisiert, daß es überwiegend durch Lohnzusatzkosten finanziert wird und so „Anreiz zu Entlassungen“ schafft, da so die Unternehmen Sozialbeiträge einsparen können. Eine weitere Ursache für diese Entwicklung ist in der „Modernisierung“ zu suchen, mit deren Hilfe höhere Gewinne mit weniger Beschäftigten erreicht werden können. Vor diesem Hintergrund ist Wachstum niemals in der Lage, genügend Arbeitsplätze für alle zu schaffen.⁸³ Der zweite propagierte Mythos folgt der These, daß „Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig ist.“ Die Unternehmen verlagern danach die Arbeitsplätze in „Billig-Lohn-Länder“, da die „Arbeitskosten“ zu hoch seien. Tatsache ist jedoch, daß die Arbeitskosten insgesamt durch die „hohe Produktivität der deutschen Arbeitnehmer“ wieder ausgeglichen wird. So lassen sich wohl kaum Gewinne erzielen, wenn Arbeitnehmer in einem anderen Land zwar nur ein zehntel dessen verdienen, was ein deutscher Arbeitnehmer erhält, allerdings auch zehn Arbeiter notwendig sind, um die gleiche Produktivität zu erreichen. So müssen bei einem Vergleich zwischen den Arbeitskosten auch die „Lohnstückkosten“ unbedingt mitberücksichtigt werden, die die Arbeitskosten zusammen mit der Produktivität der Arbeitnehmer verrechnen. Zudem ist widerlegt der hohe Wert der D-Mark den Mythos. Die Währung eines Landes steigt nur dann, wenn der Export sehr viel höher

⁸⁰ Siehe Kessler, W. (1996b), 24-32. Vgl. insgesamt den Armutsbericht über Deutschland von Hanesch, W. u. a. (1994); siehe auch Huster, E. U. (1990), (1993a) und (1993b); Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 62f.

⁸¹ Kessler, W. (1996a), (1996b).

⁸² Vgl. insgesamt Kessler, W. (1996b), 81-89.

⁸³ Ebd., 82f.

als der Import dieses Landes ist. So sicherte z.B. der Exportüberschuß der metallverarbeitenden Industrie, der zwischen 1991 und 1995 bei 121,5 Milliarden DM lag, insgesamt über 500.000 Arbeitsplätze. Dies alles sind deutliche Belege für die „Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft.“⁸⁴ Der dritte Mythos bezieht sich auf die „Forderung der Arbeitgeber nach Flexibilisierung“, die durch die Arbeit und Produktion auch am Wochenende mehrere Hunderttausende von Arbeitsplätzen schaffen soll. Aber schon heute räumt das Arbeitszeitgesetz Wochenarbeitszeiten bis zu 60 Stunden ein, viele Tarifverträge enthalten „Flexibilisierungsmodelle“ und ein Drittel der Arbeitnehmer arbeitet schon Samstags. Die Flexibilisierung der Betriebszeiten kann jedoch keine große Anzahl an zusätzlichen Arbeitsplätzen schaffen, da es das Ziel ist, aufgrund eines produktiveren Einsatzes der Maschinen mehr Waren zu produzieren. Ebenso stellt die „Forderung nach längeren Ladenöffnungszeiten“ wirtschaftlich keinen Gewinn dar, da die Menschen nicht mehr Geld zur Verfügung haben als vorher, so daß auch nicht mehr Waren verkauft werden können.⁸⁵ „Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar“ lautet vierte Mythos. Arbeitgeber und Politiker fordern Sozialabbau und verschleiern ihre Forderung mit den Begriffen „Bekämpfung des Sozialmißbrauchs“ oder „Umbau des Sozialstaates“. Daß der Sozialstaat jedoch finanzierbar ist, verdeutlichen folgende Zahlen: Von 1975 bis 1994 ist ein Rückgang des Anteils der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt in den alten Bundesländern von 33,9 auf 30,2 Prozent festzustellen. Auch wenn die neuen Bundesländer berücksichtigt werden, so kommt man auf einen Anteil von 33,3 Prozent, der immer noch unter den Zahlen von 1975 liegt. Ähnliches läßt sich für die angebliche „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ feststellen, denn seit zwanzig Jahren erhält dieses jährlich 8,5 Prozent des Bruttosozialproduktes. Die Finanzkrise ist durch eine Regierung verschuldet, die den permanenten Anstieg der Arbeitslosigkeit erlaubt und gesellschaftliche Ausgaben von über hundert Milliarden D-Mark, z.B. die finanziellen Lasten der deutschen Einheit, auf die Sozialversicherungen abwälzt. Obwohl langfristig strukturelle Veränderungen notwendig sind, ist die Sozialversicherung finanzierbar.⁸⁶ Ein weiterer Mythos betrifft die verbreitete Auffassung, daß „Ökosteuern die Arbeitsplätze vernichten“ und Umweltpolitik der Wirtschaft schadet. Einerseits werden durch die „Verteuerung von umweltbelastenden Stoffen und Energien in umweltbelastenden Industriebereichen“ Arbeitsplätze wegfallen, so daß eine Übergangsregelung notwendig erscheint, die bei der Einführung der „Ökosteuer“ soziale Aspekte berücksichtigt. Andererseits werden die Unternehmen mit Investitionen reagieren, die das Ziel haben, die durch die Ökosteuern „verteuerten Kostenfaktoren“ zu verringern, so daß ein „ökologischer Strukturwandel“ angestoßen werden kann, der mehr Arbeitsplätze bringen als vernichten wird: Würden „die Energiepreise z.B. jährlich um 7 Prozent erhöht“ und die so erreichten Steuereinnahmen in die Rentenversicherung investiert, könnten die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung verringert werden. Dadurch, daß Arbeit billiger, die Umweltbelastung aber teurer wird, könnten bis zum Jahr 2005 600.000 neue Arbeitsplätze entstehen.⁸⁷ Der Mythos, nach dem ein „freier Welthandel mehr Gerechtigkeit für alle bringt“, wurde bereits schon angesprochen. Die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler propagiert den „freien Welt-handel“ als das Leitbild der Zukunft. Aber nur wenn die „Handelspartner“ die gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen mitbringen, kann ein freier Handel zum Antrieb der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Ein freier Handel zwischen stärkeren und schwächeren Handelspartnern schafft durch die Ausnutzung wirtschaftlicher Macht unweigerlich Vorteile für die Stärkeren und Abhängigkeit und Verelendung für die Schwächeren.⁸⁸

⁸⁴ Ebd., 83ff.

⁸⁵ Vgl. Kessler, W. (1996a), 3.

⁸⁶ Vgl. Kessler, W. (1996b), 85f.

⁸⁷ Ebd., 86f. Die Angaben beziehen sich auf die Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

⁸⁸ Ebd., 87ff.

Es wird deutlich, daß ein Großteil der Menschen und Staaten aufgrund der Mechanismen des globalen freien Marktes sich mit dem Problem der Verschuldung auseinandersetzen müssen und mehr und mehr von Verarmungsprozessen mit unterschiedlicher Dynamik betroffen sind. Die Menschen werden gezwungen, nicht nur ihre „Zukunft“, sondern auch die Natur als „Pfand“ einzubringen.⁸⁹ Damit verliert der Markt seine „instrumentelle“ Funktion als „zweckmäßiges Organisationsmittel“, wie der Ökonom Müller-Armack im Rahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ forderte, wonach Marktprozesse dazu beitragen sollen, eine „ausreichende Güterversorgung, soziale Sicherheit und die Wahrung der Menschenwürde“ zu gewährleisten.⁹⁰

Aus didaktischer Perspektive sollten mit Hilfe alternativer ökonomischer Analysen jene Knotenpunkte elementaren Lernens und Verstehens reflektiert werden, an denen die Ursachen und Probleme globaler Armut unmittelbar verständlich und greifbar werden. Dies soll eine Anleitung und Hilfestellung sein, Undurchsichtiges transparent zu machen und Zusammenhänge sowie Hintergründe der globalisierten freien Marktwirtschaft zu entdecken. Die didaktischen Bemühungen können an diesem Punkt nicht stehen bleiben, denn allein die Aufdeckung dieser Zusammenhänge und die Reflexion ihrer Bedeutung bewirken noch nicht, daß die ökonomische Krise bewältigt wird. Der folgende Teil beschäftigt sich nun in einem zweiten Schritt der Elementarisierung und elementaren ökumenischen Lernens mit der Frage nach der Beurteilung dessen, was wir entdecken und sehen. Im ökumenischen Dialog ist der Bezugspunkt und die Grundlage des Urteilens die biblische Botschaft. Die Bibel als Gesprächsbasis in der Ökumene wird innerhalb dieses Dialogs befragt, welche Kriterien sie für die Entscheidungsfindung in ökonomischen Fragen und Konflikten bietet und welche Orientierung sie heute für die gesellschaftliche, politische Praxis geben kann.

⁸⁹ Vgl. vor allem die in diesem Zusammenhang aufschlußreichen Graphiken und Daten von Strahm, R. (1985), 71ff. und Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 44ff. Hier wird deutlich gezeigt, daß nicht nur Überproduktion, Überkonsum und der westliche Lebensstil, sondern auch Armut die Umwelt zerstören. Siehe dazu auch UNDP (1992) und George, S. (1988), 209-225 bzw. (1993), 21-63. Vgl. auch die Beiträge von Creutz, H. (1995) und Mayer, L. (1992).

⁹⁰ Müller, Armack, A. (1974), 91, (1990), 93.

2.2 Zweiter Knotenpunkt: Aus biblischer Perspektive urteilen lernen

Gerechtigkeit führt zum Leben.

Sprüche 11,19

Die Situation der voranschreitenden ökonomischen Krise löst Resignation, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit aus. Dies sind für einen notwendigen Lernprozeß denkbar schlechte Voraussetzungen. So wird heute die Frage der Hoffnung zu einer Überlebensfrage der Menschheit. Aber von Hoffnung kann heute nur noch dann überzeugend gesprochen werden, wo konkrete Alternativen gezeigt, neue Wege entdeckt und neue Verhaltensformen eingeübt werden. Alternativen und neue Wege lassen sich aber nur dort finden, wo Visionen vorhanden sind, die über die ersten Schritte hinaus eine neue Perspektive eröffnen. Neue Verhaltensformen werden erst dann nachvollziehbar, wenn sie vor dem Hintergrund eines größeren Zusammenhangs gesehen werden, der ihnen auch Sinn gibt. So gesehen ist die Bibel ein Buch der Hoffnung, denn es wird denen Verheißung zugesagt, die sich auf den Weg begeben und nach Lebensmöglichkeiten suchen.¹

Von Anfang an steht die biblische Botschaft im Widerspruch zu den Gesetzen dieser Welt. Die biblischen Texte stellen diese Gesetze permanent kritisch in Frage. Sie sind daher immer auch „Gegen-Texte“ zu unseren alltäglichen Erfahrungen, Sichtweisen und Verhaltensnormen und bauen „Gegen-Welten“ zu ihnen auf, die befreien. Sie versuchen, unsere Alltagserfahrungen aufzubrechen und sie für die biblischen Grunderfahrungen zu öffnen, denn die Gesetze dieser Welt und das Alltagsbewußtsein beschränken zu oft unsere Wahrnehmungsfähigkeit und lassen nicht erkennen, daß es etwas anderes geben könnte, das die scheinbaren Zwangsläufigkeiten durchbricht. Dabei steht nicht zuerst die „Glaubenswahrheit“ und die Lehre im Vordergrund, sondern vielmehr die „Lebensorientierung“ und elementare menschliche Erfahrungen. Die Menschen der Bibel erleben ihre Welt so umfassend von Katastrophen bedroht und von Fremdbestimmung beengt wie wir, die wir mit ähnlichen Zerstörungen und Fremdbestimmungen leben müssen. Die Kritik der biblischen Texte will aber gleichzeitig eine Handlungsdynamik der Veränderung „gegen-menschlicher“ und damit „gegen-göttlicher“ Verhältnisse freisetzen. So reden die biblischen Überlieferungen auch zu uns heute. Sie wollen die Welt nicht interpretieren, sondern verändern, und bieten menschliche Wege und Alternativen an. Grundmerkmal ist dabei die Offenheit für eine Neuorientierung, geprägt von der Hoffnung auf das Reich Gottes und dem Vertrauen, das die Menschen nicht mit der Hoffnung auf eine ferne Zukunft hinhält, sondern eine mögliche Zukunft eröffnet.²

Im Sinn der Bibel meint Reich Gottes die Verwandlung dieser Welt, auch in ihrer wirtschaftlichen Dimension. Die biblischen Traditionen ergreifen mit großer Leidenschaft eindeutig die Partei der Armen und Schwachen, indem sie Gott angemessene Antworten und Entscheidungen suchen und selbst auf dem Weg von schmerzhaften Lernprozessen „Gegenstrategien“ gegen Verarmungs- und Verschuldungsprozesse der Menschen entwickeln. Es gibt keine Traditionen in der Geschichte der Völker, Kulturen und Religionen, die eine derartige kritische Haltung gegenüber ungerechten und lebensbedrohenden Systemen und Mechanismen entwickelt und zudem Perspektiven und Strategien hinsichtlich alternativer Gesellschaftsstrukturen

¹ Vgl. Baldermann, I. (1988) passim.

² Vgl. dazu die Beiträge von Berg, H. K. (1991), (1987), 15-35; Stöhr, M. (1991); Baldermann, I. (1987) und (1988), besonders 118-122.

formuliert wie die biblischen. Auffallend ist, daß die biblischen Texte aus der Perspektive der „kleinen Leute“ erzählen, und es existiert kein anderes antikes Dokument, das so viel von den Sorgen, Problemen und Nöten dieser kleinen Leute berichtet. Daher beinhalten die biblischen Überlieferungen ein ungeheures „Hoffnungs- und Widerstandspotential“ im Hinblick auf den kritischen Umgang mit politischen und ökonomischen Entwicklungen, das Entscheidungshilfen hinsichtlich deren Beurteilung bietet, uns dazu einlädt, anleitet und lernen hilft, gesellschaftliche, politische Strategien zur Überwindung der globalen Armut zu entwickeln. In diesem Sinn ist die Bibel auch kein „Buch der Lehre“, sondern des „Lernens.“³

Damit taucht das Problem auf, wie man im Kontext elementaren Lernens und Verstehens methodisch bei der Reflexion der biblischen Traditionen vorgehen und die gefundenen Ergebnisse didaktisch fruchtbar in den Lernprozeß einbringen kann, so daß man notwendige Lernimpulse erhält. Die Frage nach der Übersetzung vergangener Texte und Lebensäußerungen in die heutige Zeit ist die Frage der Hermeneutik. Die folgenden hermeneutischen bzw. methodischen Überlegungen sollen in Anknüpfung an die Ausführungen im ersten Kapitel, in dem bereits die zentrale Rolle der biblischen Zeugnisse im Rahmen ökumenischen Lernens erläutert wurde, dazu beitragen und klären helfen, wie man eine „biblische Orientierung“ für heutige Praxis und politische Strategien zur Überwindung der krisenhaften ökonomischen Entwicklung finden kann.

2.2.1 Methodische und hermeneutische Überlegungen: Die Relevanz sozialgeschichtlicher Auslegung

Die „historisch-kritische Exegese“ ist die am häufigsten verwendete Interpretationsmethode biblischer Texte. Sie gilt als Basis aller anderen Verfahren.⁴ Viele theologische Fachrichtungen behaupten, daß sie die historisch-kritische Methode anwenden. Tatsächlich aber arbeiten sie „philologisch-kritisch“ und haben somit die „begriffliche Ebene“ der biblischen Texte im Blick. Dabei wird übersehen, daß der konkrete Kontext der gesellschaftlichen Realität und ihrer Bedingungen eine notwendige Voraussetzung für das Verständnis der Bibel und der „Theologiegeschichte“ ist und „zum gegenwärtigen theologischen Auftrag dazugehört.“⁵ Diese Einsicht und Praxis verdanken wir dem ökumenischen Dialog, der Befreiungstheologie der Zweidrittelwelt in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Armen können hier unsere Lehrer sein, denn sie sehen die biblischen Traditionen aus der Perspektive „von unten“, aus der Sicht der Verlierer, der Unterdrückten und Schwachen, für die Gott Partei ergreift. Wenn man durch den Rückgriff auf die biblischen Traditionen eine Urteilsbildung und Orientierung in Wirtschaftsfragen bekommen will, wie es Aufgabe und Ziel dieser Überlegungen ist, können daher die biblischen Zeugnisse nicht einfach auf der „begrifflichen Ebene“, sondern nur im Zusammenhang mit den realen „gesellschaftlichen Verhältnissen“ untersucht werden, in dem auch konsequent der heutige Kontext miteinbezogen wird.⁶

Diese Einsicht wird auch von der sozialgeschichtlichen Forschung in den USA und Europa rezipiert und bestätigt, obwohl diese Perspektive ursprünglich im Kontext der Armen unmittel-

³ Vgl. Baldermann, I. a.a.O.

⁴ Ich verweise hier auf die übersichtliche und umfassende Darstellung in Berg, H. K. (1991), 41-93. Hier finden sich auch weitere zahlreiche Literaturhinweise zu diesem Thema; vgl. auch Berg, H. K. (1993).

⁵ Vgl. die Ausführungen von Albertz, R. (1992), 32-38, (1996), 9-23; Crüsemann, F. (1983b); Hochschild, R. (1996); Theißen, G. (1989a), 3-76; Schottroff, L./Stegemann, W. (1990), 9-14.

⁶ Dazu gehören die religiöse Umwelt, die politische, wirtschaftliche und die soziale Situation der entsprechenden Gesellschaft.

bar und elementar entwickelt wurde.⁷ Zwar reagieren konservative Kreise an den theologischen Fakultäten immer noch ablehnend auf diese Methode, aber dennoch kann man erkennen, daß sich die sozialgeschichtliche Perspektive zunehmend durchsetzt und konsensfähig geworden ist. Die sozialgeschichtliche Bibelauslegung schafft im Rahmen des ökumenischen Dialogs gegenüber der historisch-kritische Methode neue, lebensnotwendige Perspektiven⁸ und ist zunehmend an die Stelle einer „begrifflich und theologisch abstrahierenden Exegese“ getreten.⁹ Dies bedeutet aber nicht, daß der Sinn der biblischen Texte auf politische und ökonomische Fragen und Probleme eingegrenzt wird. Vielmehr nimmt die sozialgeschichtliche Exegese die gesellschaftspolitische und ökonomische Situation der Menschen und ihre Ursachen ernst und macht somit deutlich, daß ökonomische und politische Strukturen und Verhaltensmuster zentrale Glaubensfragen berühren. Damit wird nicht „die Gottesfrage säkularisiert“, sondern die „Gesellschaftsfrage theologisiert.“ Wer die biblischen Traditionen nur auf reine Innerlichkeit und private zwischenmenschliche Beziehungen bezieht, reduziert die Bibel und verharmlost ihre Hoffnungsperspektiven. Damit orientiert sich die sozialgeschichtliche Forschung an der lebensbejahenden und zukunftsgerichteten Dynamik, dem Befreiungsimpuls, der zur Entwicklung der Jahwereligion geführt hat. Das skizzierte Bild der damaligen sozialen Situation kann aber keine „objektive Faktenbeschreibung“ sein, sondern immer nur eine „Rekonstruktion“ der Verhältnisse und Problemzusammenhänge. Das bedeutet, daß elementares Lernen und Verstehen an der Bibel nie ein Prozeß ist, der zu einem bestimmten Zeitpunkt beendet werden kann,

⁷ Im Zusammenhang mit der sozialgeschichtlichen Auslegung wird oft eine verwirrend vielfältige Terminologie verwendet. Neben sozialgeschichtlicher Auslegung werden auch Begriffe wie „ursprungsgeschichtliche“, „realistische“, „funktionale“, „nicht-idealistische“ oder „materialistische Auslegung“ verwendet. Sie gehen aber alle von der gleichen Basis aus, akzentuieren jedoch etwas unterschiedlich. So erweitern einige Ansätze diese Basis in eine befreiungstheologische Richtung. Es wird versucht, die realen Verhältnisse, wie sie die Bibel beschreibt, als „Modelle einer durch den Glauben motivierten subversiven Praxis“ aufzufassen und damit Impulse für heutige „befreiende Aktionen“ zu gewinnen. Dabei dient der „Historische Materialismus“ z.T. als Analyseinstrument. Grundsätzlich geht es aber bei allen Konzepten der sozialgeschichtlichen Exegese um die Analyse, welche Aspekte die „Produktion des Textes“ beeinflußt haben und wie dieser in seiner „Ursprungs- und Rezeptionsgeschichte“ gewirkt hat. Die Intention und Wirkung eines Textes sind danach nur zu erfassen, wenn er im Kontext der konkreten „menschlichen Lebensverhältnisse“ und somit „anti-idealistisch“ gelesen wird. Die sozialgeschichtliche Auslegung macht deutlich, daß die biblischen Traditionen als „freiheitsgeschichtlicher Prozeß“ zu begreifen sind. Diese Einsicht geht über die „Analyse der Tradition“ hinaus, da die Texte selbst schon immer „Partei ergreifen“ und damit auch zur „Parteinahme“ im heutigen gesellschaftlichen Leben bewegen. Ich verweise hier vor allem auf die Darstellung von H. K. Berg (1992), besonders 196-249. Er nennt einige Orientierungshilfen im Zusammenhang mit der sozialgeschichtlichen Exegese. Darüber hinaus sind auch folgende wichtige Beiträge zu nennen, die in die Thematik einführen und einen Überblick über den Stand der Forschung bieten: Albertz, R. (1987), (1990), (1992), (1996); Crüsemann, F. (1978), (1983a), (1983b), (1986), (1992a), (1992b), (1996); Crüsemann, M./Schottruff, W. (1992); Dietrich, W. (1985), (1989); Ebach, J. (1979); Füßel, K. (1987), (1989); Füßel, K./Segbers, F. (1995); Kessler, R. (1992a); Kippenberg, H. G. (1977), (1982), (1983), (1991); Krüger, R. (1997); Lohfink, G. (1993); Lohfink, N. (1987); Meeks, W. A. (1979), (1993); Potter, P. (1992); Hardmeier, C. (1992); Schmeller, T. (1989); Schottruff, L. (1979), (1990), (1992); Schottruff, L./Schottruff, W. (1986); Schottruff, L./Stegemann, W. (1990); Schottruff, W. (1974); Schottruff, W./Stegemann, W. (Hg.) (1979), (1980); Schwantes, M. (1977), (1991); Stegemann, W. (1980); Stegemann, E. W./Stegemann, W. (1995); Stenger, W. (1988); Strauß, H. (1992); Theißen, G. (1986), (1989a), (1989b), (1991), (1992a), (1992b); Veerkamp, T. (1990), (1993); Wengst, K. (1986), (1987); Weth, R. (1996), 1-27; Wind, R. (1995). Vgl. dazu auch die Ausgabe 11/93 der Jungen Kirche, die sich intensiv mit der sozialgeschichtlichen Frage befaßt.

⁸ In der sozialgeschichtlichen Forschung in den USA und Europa knüpft die sozialgeschichtliche Exegese methodisch an die „Formgeschichte“ an. Die „Frage nach dem Sitz im Leben“ beschränkte sich jedoch auch in der „älteren Formgeschichte“ überwiegend zu sehr auf das „Leben“ im Zusammenhang religiöser und literarischer Institutionen, d.h. auf den „Kult- oder Pflegeort“ im gottesdienstlichen Kontext u.ä. Man muß aber bei der Suche nach dem „Sitz im Leben“ auch das Leben in seinen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen berücksichtigen.

⁹ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 133f.; vgl. zu diesem „Paradigmenwechsel“ auch Raiser, K. (1989).

sondern wiederkehrend praktiziert werden muß.¹⁰ Die Bibel wird dabei als „Geschichte einer subversiven Praxis“ gelesen und verstanden. Sie berichtet von einer „befreienden Praxis“ und will damit zu einer befreienden Praxis ermutigen.¹¹ In ihrer Grundtendenz ergreift sie immer „Partei“, und zwar für das Leben sowie die Schwachen und gegen die Zerstörung von Lebensräumen und Mißbrauch von Macht.

Es besteht in der Ökumenischen Bewegung Einigkeit darüber, daß Gott nach dem Zeugnis der biblischen Traditionen „seit der Entstehung der altorientalischen und antiken Großreiche“ solchen politischen und ökonomischen Mechanismen widerspricht, die Menschen in den Teufelskreis der Verarmung und Verschuldung führen. Den Mittelpunkt des Glaubens der jüdisch-christlichen Überlieferung stellen die Begriffe „Gerechtigkeit Gottes“ und das „Reich Gottes“ dar. Beide wollen „gelingende Beziehungen der Menschen untereinander und mit der übrigen Schöpfung“ herbeiführen. Dieser biblische Maßstab, der an vielen Orten der Erde und in der Ökumenischen Bewegungen ganz existentiell wahrgenommen wird, macht deutlich, daß die biblische Botschaft nicht in dem Bereich einer ausschließlich „privaten Frömmigkeit“ eingeschlossen werden darf. Die Bibel war von Anfang auf einen öffentlichen Dialog hin angelegt, sie gewinnt jetzt ihre ursprüngliche Dynamik und Lebendigkeit wieder.¹² Allerdings ist jeder Anspruch abzulehnen, die biblischen Traditionen ausschließlich durch die exegetischen Methoden der sozialgeschichtlichen Forschung wieder zum Reden bringen zu wollen. Schließlich sollen die biblischen Texte nicht nur aus der Distanz betrachtet und zum Objekt der Analyse gemacht werden, sondern Partner des Dialogs in einem ökumenischen Lernprozeß sein.¹³ Die sozialgeschichtliche Betrachtung verlangt die Rückbindung an den ökumenischen Dialog. Die Bibel redet in den großen Menschheitsfragen so unmißverständlich und deutlich, daß sie weltweit im ökumenischen Horizont verstanden wird, wie die Befreiungstheologie der Zweidrittelwelt beweist. Aber die exegetische Methode ist deshalb nicht überflüssig. Einerseits bietet eine selbstkritische methodische Reflexion einen Schutz gegen Willkür, wenn die Bibel benutzt und mißbraucht wird. Andererseits werden durch die genaue Analyse des sozialgeschichtlichen Hintergrunds der biblischen Texte die Fragen und der Anspruch der Bibel umso verständlicher. Wenn man die Argumentationsweise der biblischen Traditionen in ihrem Kontext versteht, kann man sie unter heutigen Bedingungen ebenso für die Armen als auch für die Mächtigen entfalten. Die sozialgeschichtliche Methode kann dazu beitragen und helfen, daß durch die Darstellung der Vergleichbarkeit und der Unterschiedlichkeit der Kontexte die biblischen Traditionen auch in die heutige Situation sprechen können. Daher muß der Platz der sozialge-

¹⁰ U. Duchrow geht davon aus, daß die sozialgeschichtliche Forschung nicht die theologische Frage vernachlässigt, sondern daß „im Blick auf Israel“ die sozialgeschichtliche Methode gerade die „theo-logische“ Methode ist; siehe Duchrow, U. (1994b), 133f.

¹¹ Vgl. die Beiträge von Berg, H. K. (1991), (1993).

¹² Vgl. hierzu Duchrow, U. (1990), 4f.; Raiser, K. (1989); ÖRK (1992).

¹³ Siehe hierzu die Arbeiten von Baldermann, I. (1987), (1988) (1991) und (1996). Baldermann weist darauf hin, daß der Konsens vieler Exegeten, die in der Regel ihre Aufgabe darin sehen, der Frage nachzugehen, was der Text aussagen will, viele Schwierigkeiten aufwirft. Damit wird einerseits dem Text unterstellt, daß er erstens nicht imstande ist, etwas auszusagen und daher erst die Hilfe des Exegeten notwendig ist, um dies herauszufinden. Andererseits ist zu fragen, ob der Text überhaupt etwas aussagen will, das man im Rahmen einer Exegese ausfindig machen kann, denn viele Texte der Bibel, zu denen sind z.B. das Vaterunser und die Seligspreisungen, können nicht einfach auf „theologische Aussagen“ eingrenzt werden. Die „Frage nach der Richtigkeit der Aussage biblischer Texte“ kann daher nicht mehr der alleinige Maßstab theologischer Arbeit darstellen. Denn heute wird z.B. im ökumenischen Dialog nicht aus theoretischen Gründen nach der „Möglichkeit von Glaube, Hoffnung und Liebe“ gefragt, sondern aus einem existentiellen Interesse an der Überlebensfähigkeit der Menschheit. Man kann nicht von solchen Aussagesätzen und ihrer Wahrheit leben, sondern mit biblischen Sätzen, die dem Mutlosen wieder Mut und Kraft zum Aufstehen geben. So werden die Texte durch die Mißachtung ihrer ursprünglich innewohnenden „Emotionalität“ entstellt und verzeichnet. Die Berücksichtigung des Emotionalen in der biblischen Exegese soll das „Verstehen nicht bereichern, sondern präzisieren“, denn biblische Texte haben nicht die „Vermehrung theologischen Wissens“ im Blick, sondern „Veränderung und Umkehr.“ Sie wollen die Welt nicht interpretieren, sondern verändern (s.o.).

schichtlichen Bibelauslegung bei den Menschen sein, die nicht resignieren wollen. Wenn es gelingt, jene „Widerstände“ zu entdecken, gegen die die Menschen der Bibel sich zur Wehr setzen und sie in unserer Welt wiederzuerkennen, bekommt elementares Lernen und Verstehen den Charakter der Solidarität des „gemeinsamen Handelns, Leidens und Hoffens.“ Dies ist die einzige angemessene Basis für den Dialog im ökumenischen Horizont.¹⁴

Im Mittelpunkt steht nun die Frage, in welche konkreten politischen, ideologischen und ökonomischen Zusammenhängen die biblischen Traditionen hineinsprechen und welche gesellschaftliche Praxis sowie Strategien als Antwort auf ungerechte ökonomische Strukturen und Verarmungsprozesse der Menschen gefunden werden. Ziel ist es auch hier, die elementaren Knotenpunkte für einen notwendigen Lernprozeß zu entdecken. Anschauliche Analysen und übersichtliche Darstellungen zum sozialgeschichtlichen Kontext der jüdisch-christlichen Überlieferung bieten vor allem die Arbeiten von Albertz, Duchrow, Veerkamp, L. Schottroff und Kippenberg.¹⁵ Die biblische Überlieferung spiegelt dabei selbst elementare Lernprozesse wider, die die Menschen der Bibel im Ringen um eine Gott angemessene Antwort vollzogen haben.

2.2.2 Der gesellschaftliche Kontext der biblischen Überlieferung - politische und ökonomische Aspekte

Der politisch und ökonomischen Kontext ist innerhalb der Bibel vielfältig und zeigt unterschiedliche Entwicklungen.¹⁶ Aus ihnen gehen verschiedene soziale Konflikte hervor, an denen wiederum unterschiedliche soziale Gruppen beteiligt sind. Hier sollen vor allem die elementaren Entwicklungen, Merkmale und Aspekte der politisch-ökonomischen Situation, in der sich die biblischen Traditionen und die Glaubensgeschichte Israels entwickeln, genannt werden.¹⁷ Es lassen sich Mechanismen entdecken, durch die ein großer Teil der Menschen immer wieder in Armut geriet, während eine Minderheit sich dadurch Vorteile verschaffte. Alle Kontexte der biblischen Überlieferung sind von Verarmungsprozessen gekennzeichnet, gegen die die Menschen der Bibel Widerstand leisten und Gegenstrategien entwickeln.

Die folgenden Überlegungen beschäftigen sich zunächst mit den ideologischen Grundlagen, auf denen sich die Politik und Wirtschaft des Alten Orients und der Antike stützte. Bestimmendes Element des politisch-ökonomischen Kontextes im „Alten Orient“ und der „Antike“ war die „Ausbildung von Machtzentren in Form von Groß-“ bzw. „Weltreichen“ und „Stadtkönigtümern“ bzw. „Stadtstaaten.“¹⁸ Innerhalb dieser Zentren und Stadtstaaten entwickelte sich eine „Klassengesellschaft.“ Außenpolitisch waren diese Machtzentren vor allem durch „Eroberungsverhalten“ gekennzeichnet. Im Rahmen der „altorientalischen und antiken

¹⁴ Vgl. zu dieser Position den Beitrag von Baldermann, I. (1987).

¹⁵ Siehe Albertz, R. (1992); Duchrow, U. (1994b), 118-192; Veerkamp, T. (1993), Kippenberg, H. G. (1977), (1978).

¹⁶ Ich verweise hier nochmals auf die Literaturangaben zur sozialgeschichtlichen Forschung, besonders aber auf die Arbeiten von Albertz, R. (1992); Dietrich, W. (1989); Füssel, K./Segbers, F. (1995); Kehrer, G. (1983); Kippenberg, H. G. (1977), (1982), (1983), (1991); Lohfink, N. (1987); Meeks, W. A. (1979), (1993); Stegemann, E. W./Stegemann, W. (1995); Strauß, H. (1992); Theißen (1989a), (1991), (1992); Schottroff, L. (1992); Stenger, W. (1988); Veerkamp, T. (1993); Wengst, K. (1986); Weth, R. (1996), 1-27. Diese Darstellungen bieten ausgearbeitete Überblicke über Israel im altorientalischen und antiken Kontext, wobei sich die Arbeiten von Ekkehard und Wolfgang Stegemann, Luise Schottroff, Werner Stenger, Gerd Theißen, Wayne A. Meeks und Klaus Wengst speziell auf den Kontext des Neuen Testaments beziehen. Vor allem aber ist immer noch die Darstellung von Jeremias, J. (1969) in bezug auf das Neue Testament von großer Bedeutung. Zur Zeitgeschichte des Volkes Israel siehe auch Donner, H. (1984) bzw. (1986) und Fohrer, G. (1985).

¹⁷ Vgl. dazu und zu den folgenden Ausführungen die Beiträge von Duchrow, U. (1994b), 118-132; Veerkamp, T. (1993); Kegler, J. in: Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 17-39.

¹⁸ Zum Thema der antiken Stadtherrschaft verweise ich besonders auf den Beitrag von Kippenberg, H. G. (1991).

feudalen Monarchien“ existierten vielfältige Mechanismen der Verarmung und Bereicherung.¹⁹ Die Weltreiche, Großmächte und Stadtkönigtümer legitimierten ihre Macht und die Besitzverhältnisse mit Hilfe von „Göttern“, die die Bibel als „Baal“ oder „Mammon“ bezeichnet.²⁰ Danach ist Baal der Gott, mit dessen Hilfe die „Großmächte“ in einer „agrarischen Gesellschaft“ Boden gewinnen und „Sklavenarbeit“ für sich in Anspruch nehmen. Mammon bezieht sich dabei auf einen weiteren Ausbau des ökonomischen Systems, als in den Machtsystemen die „frühe Geldwirtschaft“ eingeführt wurde.²¹ Die politische Führung dieser Reiche behauptete ihre besondere „Nähe zum Staatsgott“ oder gab vor, selbst göttlichen Charakter zu haben. Die Großmächte zwangen den unterworfenen Gebieten ihr Recht auf, wobei Verträge in „einem kultischen Rahmen“ abgeschlossen wurden. Somit entwickelte sich eine enge Verzahnung der „Priesterschaft“ und des „Kultes“ mit der politischen und zugleich ökonomischen Macht.²² Höhepunkt dieser Entwicklung stellte das römische Reich dar. Es verehrte seinen politischen Führer, den Kaiser, als „Gott.“²³ Gegen diese „Kaiserverehrung“ als Sinnbild der Ungerechtigkeit und brutalen Unterdrückung leisteten dann Juden und Christen massiven Widerstand. Kein Herrschaftssystem kann sich ohne Legitimationsmechanismen langfristig behaupten, das „Instrument der Legitimation von Herrschaft“ stellt vor allem die „Ideologie“ dar, die im Alten Orient und in der Antike durch die „Götter“ verkörpert wurde. Diese und ihr Kult waren daher in der altorientalischen und antiken Gewaltherrschaft die „Garanten und Sinnproduzenten“ des Systems. Sie sicherten die Mechanismen der Akkumulation von Reichtum und Macht in den Händen weniger auf Kosten einer großen Zahl von Menschen und damit auch die Machtasymmetrie. Es war nur möglich, aus einem solchen Machtsystem auszubrechen, indem man sich von diesen Göttern lossagte. Unabhängigkeit von den Machtzentren konnte daher nur erreicht und Widerstand nur geleistet werden, wenn man einen neuen Gott gefunden hatte, der für eine neue Form des Lebens stand und Alternativen zum herrschenden System bot. Als Israel sich konstituierte, war dieser offenbar gefunden worden.²⁴

Vor diesem Hintergrund wird auch eine elementare Erfahrung Israels deutlich, die immer wieder in den biblischen Traditionen zum Ausdruck kommt: Der Zusammenhang von „Ungerechtigkeit und Götzendienst“. Katastrophen und Unheil entstehen durch das Anbeten fremder und falscher Götter und durch das damit zusammenhängende Tun von Unrecht. Daher gibt es kein Tun von Unrecht ohne Anbetung falscher Götter und kein Anbeten falscher Götter ohne Unrecht.²⁵ Ein „hungerndes Volk und ein besitzender König“ sind kein „Naturereignis“, sondern darin spiegeln sich die Mechanismen der „Akkumulation des Reichtums und der Macht, wenn Götter wie „Baal“ und nicht „Jahwe“, der Gott Israels als Bezugspunkt gesucht werden. Der Gott Israels wird als der „Gott befreiter Sklaven“ erfahren, der in einem scharfen Gegensatz zu den „Göttern der versklavenden Weltreiche und Imperien“ steht.²⁶

Die ideologischen Legitimationen, mit denen die Imperien und Stadtstaaten gerechtfertigt wurden, sind kurz angedeutet worden. Zu fragen ist aber auch nach den faßbaren Akteuren und Nutznießer dieser Ideologie und der altorientalischen und antiken Machtsysteme. Im Mittelpunkt der Reflexion stehen daher nun die verantwortlichen Handlungsträger der Systeme. Die Akteure und Nutznießer der Großreiche und Stadtkönigtümer waren vor allem die „Könige“, die „Hofbeamten“, das „Militär“, „Priester“ und die „reiche Oberschicht aus Großgrundbesitzern und Kaufleuten.“ Diese Oberschicht kann man als „städtische Besitz-, Handels-

¹⁹ Vgl. die umfassenden Beiträge von Kippenberg, H. G. (1977), (1982) und (1983).

²⁰ Siehe Kippenberg, H. G. (1977), 30 und Duchrow, U. (1990), 4f.

²¹ Vgl. Veerkamp, T. (1990).

²² Vgl. dazu Duchrow, U. (1994b), 130f.

²³ Vgl. Wengst, K. (1986), besonders 63-71 und Schmidt, K. (1992).

²⁴ Siehe Lohfink, N. (1987), 109f.

²⁵ So Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 85-88.

²⁶ Vgl. dazu die Beiträge von Assmann, H. (1984), 11-38 und Veerkamp, T. (1983).

und Bildungselite“ charakterisieren, die eng mit dem „Staatswesen“ verflochten war. Konkret waren es auch die Angehörigen der Oberschicht, die die Machtsysteme, ihre Herrschaft und den Besitz mit Hilfe der Götter legitimierten und konsolidierten. Innerhalb der Großreiche und Stadtstaaten entstand dabei ein „Militär-, Beamten- und Staatspriesterapparat“, dessen Führung der König bildete. Durch diese „arbeitsteilige Spezialisierung“ schritt die Auseinanderentwicklung der Bevölkerung in unterschiedliche Klassen voran.²⁷ Im Zuge des Wandels von den sogenannten „Stammesgesellschaften“ zu den größeren Systemen der Weltreiche und Stadtstaaten ereignete sich diese Spaltung der Gesellschaft aufgrund vielfältiger politischer und ökonomischer Mechanismen.²⁸

Um das Machtsystem aufrechtzuerhalten, finanzierten sich die „Staatsklasse“, der König, die Beamten, die Priester und das Militär mit „Steuern“, „Tributabgaben“ und „Sklavenarbeit“ der Bevölkerung. Dazu kam die Anhäufung von „Großgrundbesitz“ für die Beamten des Staates sowie Abgaben in Form des „Zehnten“ der Feldfrüchte und des Viehs. Die Menschen mußten für den Staatsapparat „Militärdienst, Hofdienste (z.B. Handwerk), Fron- und Sklavendienste“ leisten.²⁹ Damit schöpften die Mächtigen bzw. die Staatsklasse nicht nur den „erwirtschafteten Surplus“ von großen Teilen der Bevölkerung ab, sondern nahmen auch die „Produktionsmittel Land und Arbeit“ für sich in Anspruch. Die Akkumulation von Reichtum geschah dabei durch verschiedene Mechanismen der Bereicherung und Verarmung innerhalb der Großreiche und der Stadtstaaten. Duchrow weist darauf hin, daß die „ökonomischen Grundmerkmale“ des Systems „Akkumulation des Produktionsmittels Land“ als wirtschaftliche Basis, des „Produktionsmittels (Sklaven-) Arbeit“ und die „Abschöpfung des Mehrwerts in Form von Steuern und Tribut für die nichtproduktive Staatsklasse“, also „Akkumulation von Geld als Tauschmittel“, sind.³⁰ Zwar wurde ein Teil des produktiv erwirtschafteten Mehrwerts für die Versorgung der Armen und die verwendet, die selber ihren Lebensunterhalt nicht mehr erwirtschaften konnten, da das „Königssystem“ auch die Funktion der „Sozialfürsorge“ übernahm. Der überwiegende Teil des angehäuften Reichtums aber wurde für die „Herrschaftszwecke“ der gesellschaftlichen Oberschicht verwendet. Dies geschah oft durch die Ausübung von massiven Druck und bedeutet eine enorme Belastung für den „produktiven Teil der Bevölkerung“.³¹

Außenpolitisch vertraten die Großreiche und Stadtstaaten eine expansive Machtpolitik, um die Peripherien der Machtzentren unter ihren Einfluß zu bringen. Damit sollte die politische und ökonomische Herrschaft ausgebaut, manifestiert und weiterer Reichtum angehäuft werden. Diese aggressive „Eroberungspolitik“ setzte die Menschen in den unterworfenen Gebieten schweren Gefahren aus. Die Staatsklasse der Machtsysteme akkumulierte den Reichtum durch „Beutezüge“, durch erzwungene Arbeit, also durch „Versklavung“ der Menschen und durch steuerrechtliche „Abgaben und Tribute.“ Die Beutezüge sollten den Bestand an „Sklaven“, „Rohstoffen“, wie z.B. Gold oder Erze, sowie Land auch die „Kontrolle der Rohstoffgebiete sichern.“³²

Israel mußte sich in seiner Glaubensgeschichte, wie sie die biblischen Traditionen bezeugen, permanent mit diesen repressiven Machtsystemen und ihren Mechanismen der Verarmung und Bereicherung auseinandersetzen. Dies zeigen schon die geographischen Verhältnisse. Palästina lag genau zwischen den beiden „Großreichregionen“ Ägypten und Mesopotamien, die sich das von Agrarwirtschaft geprägte Umland „tributpflichtig“ gemacht hatten. Die kanaanäischen Stadtstaaten dort standen stark unter dem Einfluß des Warenhandels, denn die Wüstenregion zwischen Ägypten und Mesopotamien konnte schwerlich als Handelsweg nutzbar gemacht

²⁷ Siehe hierzu den Beitrag von Kegler, J. in Schottroff, L./Schottroff, W. (1983), 51-71.

²⁸ So vor allem Kippenberg, H. G. (1977), 9-61.

²⁹ Vgl. Kegler, J., a.a.O.

³⁰ Vgl. Duchrow, U. (1990), 4f.

³¹ Siehe Duchrow, U. (1994b), 119ff.

³² Ebd. Vgl. zur gesamten Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse Kippenberg, H. G. (1977), 9-222

werden, so daß der Handel nur über Palästina laufen konnte. Bei kriegerischen Konflikten zwischen den beiden Großreichregionen erhielt diese Region durch die Beherrschung der Handelswege enorme „militärstrategische“ Relevanz.³³ Die Nutznießer waren dabei immer die Staatsklassen und die Oberschicht der Großreiche und Stadtstaaten auf Kosten der Menschen in Palästina.³⁴

Israel erschien zum ersten Mal in der Geschichte, als es ihm gelang, sich von Ägypten, das ein solches Machtzentrum darstellte, durch einen Akt der Befreiung zu lösen und damit auch von der Fremdbestimmung und Unterdrückung. Die Menschen und Gruppen, die später zu Israel gehörten, waren Opfer des ägyptischen Imperiums und des von diesem unterhaltenen „Stadtstaatensystems“ in Palästina. Es war ihnen durch die Befreiung möglich, sich in Palästina niederzulassen und alternative politische und ökonomische Gesellschaftstrukturen aufzubauen, die zunächst in einem starken Kontrast zu den oppressiven Mechanismen der Verarmung und Bereicherung der Großmächte standen.³⁵ Seitdem wird Ägypten als das „Gegenbild“ zu Israel begriffen, da die ägyptische Herrschaft ein Machtsystem verkörpert, das die Menschen versklavt, ihnen Tribute aufzwingt und seinen Nutzen aus dieser Unterdrückung und Gewaltherrschaft zieht.³⁶ Schließlich entwickelte auch Israel ein Königssystem, das ebenso auf einer Machtkonzentration der Oberklassen basierte und für Verarmungsprozesse großer Bevölkerungsteile mitverantwortlich war. Israel nutzte ein „Machtvakuum“ zwischen den Imperien Mesopotamien und Ägypten und baute selbst ein Machtsystem auf, indem es das Königssystem in Rivalität zu den übrigen Großmächten und Stadtstaaten etablierte³⁷, das wesentlich zur Entwicklung einer „Klassengesellschaft“³⁸ in Israel beitrug. Staatsklasse und Oberschicht waren auch hier die Nutznießer des Machtsystems, denn es bildeten sich die gleichen Mechanismen der Bereicherung und Verarmung wie in den frühen Großreichen. Der so errichtete Staat erlebte politischen und ökonomischen Aufschwung unter den Königen David und Salomo, der statt Verteidigungspolitik zunehmend eine „Expansionsstrategie“ verfolgte und somit „Großmachtspolitik“ in Anlehnung an die altorientalischen Großreiche betrieb.³⁹ Die Folge war, daß das Reich in eine Nordhälfte (Israel) und eine Südhälfte (Juda) auseinanderfiel.⁴⁰ In dieser Situation zwangen die Machtsysteme der Assyrer und Babylonier Nord- und Südreich wieder zur Tributpflicht und zerstörten diese schließlich völlig. Die einfachen Menschen in Palästina wurden damit neuen Mechanismen der Akkumulation in den Händen weniger unterworfen, die sie in weitere Not, Armut und Heteronomie stürzte. Viele wurden dabei versklavt und deportiert. Die Assyrer führten zunächst ein „gestuftes Vasallensystem“ ein, das bestimmte „Rechtsverpflichtungen“ und Reglementierungen beinhaltete.⁴¹ Die Babylonier übernahmen diese Akkumulationsweise, die von Palästina Naturalabgaben, Rohstoffe und Gold forderte.⁴² Die Staatsklasse in Palästina mußte die Tributzahlungen aufrechterhalten, die sie wiederum mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an die einfachen Menschen und kleinen Leute weitergab, da sonst die Anwendung militärischer Gewalt und weitere Versklavung drohten. Die Perser entwickelten die Mechanismen Akkumulation weiter. Die unterworfenen Gebiete waren unter den Assyrern und Babyloniern an Verträge gebunden, die die Menschen in Palästi-

³³ Siehe Duchrow, U. (1994b), 127ff.; Donner, H. (1984), 29-52; Fohrer, G. (1985), 8-22.

³⁴ Ebd.

³⁵ Norbert und Gerhard Lohfink bezeichnen in diesem Zusammenhang Israel als „alternative Kontrastgesellschaft“; siehe Lohfink, N. (1987), 118 und Lohfink, G. (1988), 55ff. Vgl. im Anschluß daran Duchrow, U. (1994b), 134ff.

³⁶ Vgl. zur Darstellung der geschichtlichen Konstellationen Duchrow, U. (1994b), 128ff. Siehe Donner, H. (1984), 52-167; Fohrer, G. (1985), 23-79.

³⁷ Vgl. hier vor allem Crüsemann, F. (1978).

³⁸ Vgl. Kippenberg, H. G. (1977).

³⁹ Siehe dazu Veerkamp, T. (1983); Donner, H. (1984), 169-232 und Fohrer, G. (1985), 80-119.

⁴⁰ Vgl. Donner, H. (1986), 233-284; Fohrer, G. (1985), 120-147.

⁴¹ Vgl. Donner, H. (1986), 287-357; Fohrer, G. (1985), 148-168.

⁴² Siehe Donner, H. (1986), 359-390; Fohrer, G. (1985), 169-195.

na dazu zwingen, die Tributzahlungen zu bedienen. Die Perser begannen, ihr Machtsystem zu zentralisieren, die annektierten Gebiete wurden in „Provinzen“ aufgeteilt, an deren Machtspitze sie „Statthalter“ einsetzten. Neben der „Zentralisierung“ der Reichsverwaltung, des Militärs und der außenpolitischen Entscheidungen führten die Perser in ihrem Machtzentrum vor allem eine zentrale „Währung“ ein, die die Akkumulation von Reichtum erleichterte.⁴³ Mit der Etablierung eines einheitlichen Zahlungsmittels konnte der Tribut regelmäßig in allen Reichsteilen erhoben werden. So entwickelte sich das erste „wirkliche Weltreich“ in der Geschichte des Vorderen Orients.⁴⁴ So wird in der „Geldwirtschaft“ ökonomische Macht nicht nur durch das „Akkumulieren von Boden und abhängiger Arbeit“ multipliziert, sondern auch durch „Geld.“⁴⁵ Allerdings ließ das Perserreich im Unterschied zu anderen Großmächten den Menschen bestimmte ideologische und ökonomische Freiräume, allerdings verlangte man politische „Loyalität“.⁴⁶ Unter dem hellenistischen und schließlich römischen Weltreich verschlechterte sich die Lebensbedingungen in Palästina nochmals. Beide Machtsysteme führten kompromißlos die Mechanismen der Bereicherung und Verarmung fort. Neben der Akkumulation von Boden und Sklavenarbeit erweiterten vor allem die Römer das „Steuersystem“, das den Staatsklassen Reichtum in Form von Geld und natürlichen Ressourcen bescherte.⁴⁷ Dieses Steuer- und Tributsystem wurde durch die Unterdrückung der Menschen und Gewaltanwendung aufrechterhalten. Das römische Machtsystem setzte die ökonomischen Rahmenbedingungen so, daß die Lebensmöglichkeiten der einfachen Menschen in Palästina stark gefährdet waren.⁴⁸

Handlungsträger und Nutznießer der verschiedenen politischen, ideologischen und ökonomischen Verhältnisse, in denen sich die biblischen Traditionen entwickelten, verkörpern durchgehend die politische Führung und die Oberschicht der jeweiligen Großmächte. Innen- wie außenpolitisch waren Akkumulation von Reichtum und Macht diesen antiken altorientalischen Herrschaftsformen systemimmanent. Allerdings nahmen die Machtzentren nach innen teilweise auch integrierende Funktion und Fürsorge wahr. Wer waren nun aber die Opfer der Machtsysteme und was bedeuteten Klassengesellschaft und die Mechanismen der Akkumulation wie Beutezüge, Versklavung, Tribut- und Steuerzahlungen konkret für die Mehrheit der Bevölkerung, die nicht an der politischen und ökonomischen Macht partizipierten, sondern sich dieser unterordnen mußten?

Die ersten Opfer der Machtzentren in Palästina, von denen die biblischen Überlieferungen berichten, waren Menschen, die aus verschiedenen Gründen in der Peripherie Mesopotamiens, Ägyptens und Palästinas umherwanderten. Sie waren mit der Ausbildung der Klassengesellschaft schutzlos den Mechanismen der Bereicherung und Verarmung der Machtzentren ausgesetzt. Zu diesen Menschen gehörten neben „nichtseßhaften Bauern, Kleinvieh- und Bergnomaden“ vor allem „sozial abgestiegene Menschengruppen.“ Diese „Marginalisierten“ trugen den Namen „Hebräer“ (Ex 3,13ff.). Sie waren Menschen unterschiedlicher Herkunft, die außerhalb der Gesellschaftsordnung lebten. Sie besaßen keine Rechte und kaum wirtschaftliches Vermögen, so daß sie sich in „Abhängigkeitsverhältnisse“ begeben mußten, um sich zu schützen und zu überleben. Viele von ihnen leisteten z.B. in Ägypten „Fron- und Sklavendienste.“ Die Ägypter nutzten die Marginalisierung dieser Menschen und ihren Hunger, um ihre Arbeitskraft für ihr Machtsystem auszunutzen.⁴⁹ Innerhalb der Machtzentren gerieten durch die Entwicklung der Klassengesellschaft immer wieder vor allem „freie Bauern bzw. Kleinbauern“,

⁴³ Vgl. den Beitrag von Will, E. in: Kippenberg, H. G. (1977), 205-222.

⁴⁴ Vgl. Veerkamp, T. (1993), 32ff.

⁴⁵ Siehe Veerkamp, T. (1990).

⁴⁶ Vgl. Donner, H. (1986), 391-431; Fohrer, G. (1985), 196-218.

⁴⁷ Siehe hierzu den Beitrag von Stenger, W. (1988).

⁴⁸ Vgl. Donner, H. (1986), 439-465; Fohrer, G. (1985), 218-230. Siehe zur gesamten Entwicklung auch die Zeittafeln von Donner, H. (1986), 466-473.

⁴⁹ Siehe dazu Weizsäcker, C. F. (1986), 59ff.; Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 82f.; Kippenberg, H. G. (1977) und (1982); Donner, H. (1984), 43ff., 57 und 70f.

„Hirten“ und „einfache Menschen“, die ihren alltäglichen Lebensbedarf mit Hilfe der „Subsistenzwirtschaft“⁵⁰ deckten, sich also durch Ackerbau und Vieh selbst versorgten, in die ökonomischen Mechanismen der Bereicherung und Verarmung. Nicht anders erging es den „Arbeitern“, „Handwerkern“, „Söldnern“ und „Tagelöhnern.“ Diese Beobachtung trifft ebenso für den Staat Israel zu, dessen Entwicklung ähnliche Tendenzen erkennen läßt.⁵¹ Die Verlierer und Opfer der ökonomischen Entwicklungen innerhalb der Machtsysteme, also die Marginalisierten, die einfachen Menschen und Kleinbauern, sind die „kleinen Leute.“⁵² Klassengesellschaft bedeutete für sie absolute Heteronomie unter der Oberschicht, d.h. für die jeweilige Staatsklasse Militärdienst, Hofdienste, Fron- und Sklavendienste zu leisten, Grundbesitz und einen erheblichen Teil des „erwirtschafteten Surplus“ als Steuer an diese abzuführen. Die meisten freien Bauern gerieten dadurch in Armut und fielen in Schulden. Ihr Land wurde ihnen weggenommen und der Staatsklasse übereignet.⁵³ Die Beutezüge der altorientalischen und antiken Machtzentren raubten in den unterworfenen Gebieten den Menschen nicht nur ihre natürliche Lebensgrundlage, den Boden, sondern zwangen sie auch unter die totale politisch-ökonomische Kontrolle des jeweiligen Machtsystems. So auch in Palästina. Neben Bodenschätzen wurden den kleinen Leuten „landwirtschaftliche Ressourcen“ entzogen, die für ein Überleben absolut lebensnotwendig waren. Zudem wurden viele durch die expansiven Eroberungskriege der Machtzentren deportiert, aus ihren Familien gerissen und in die Sklaverei gezwungen. Durch die Versklavung wurde die Arbeitskraft der Betroffenen für alle ökonomischen Bereiche der Großreiche genutzt, deren Bedarf durch das „lokale Arbeitspotential“ nicht gedeckt werden konnte. So mußten viele Menschen aus Palästina z.B. Sklavendienste für den Bau von „ägyptischen Großprojekten“ leisten.⁵⁴ Auch die erzwungenen „Tributzahlungen“ an fremde Machtzentren waren eine lebenszerstörende Doppelbelastung für die kleinen Leute, da sie nicht nur Abgaben an die eigene Führungsschicht zahlen mußten, sondern darüber hinaus auch Tribute an die Machtspitze der jeweils herrschenden Großmacht.⁵⁵ Konnte man noch auf die „lokale“ Führungselite bedingt Einfluß nehmen und wurden Anteile des „abgeschöpften Mehrwerts“ wieder in die „lokale Ökonomie“ zurückgeführt, so mußten die Tributzahlungen an ein Großreich bedingungslos aufrechterhalten und bedient werden und gingen dem „lokalen ökonomischen Kreislauf“ verloren. Steuern in Form von Tributen fordern von den Menschen, sie um jeden Preis zu bedienen.⁵⁶

Die Folgen der skizzierten Mechanismen der Akkumulation in den Händen weniger waren Verarmung und Verschuldung. Die Akkumulation von Reichtum für die Machtspitze der Großsysteme durch diese Mechanismen führte zwangsläufig zu einer Überlastung der einfachen Menschen und fesselte sie an den „Teufelskreis“ der Verarmung, Verschuldung und „Schuldsklaverei“ bzw. „Schuldknechtschaft.“ Die kleinen Leute mußten ja nicht nur Abgaben und Steuern an die eigenen Eliten abführen, sondern zusätzlich auch die Großsysteme bedienen. Die lokalen Eliten waren dafür verantwortlich und leiteten den Tribut an die Machtzentren weiter. Konnten diese die Tributzahlungen nicht gewährleisten, drohte der unterworfenen Region Anwendung von militärischer Gewalt. So befanden sich vor allem die einfachen Menschen und Kleinbauern in einer ausweglosen Situation und permanenten Agonie. Die Überlastung durch den Tribut führte oft dazu, daß die kleinen Leute ihr Land aufgeben mußten und sich

⁵⁰ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 135.

⁵¹ Siehe hierzu vor allem die Beiträge von Jürgen Kegler, Frank Crüsemann, Willy und Luise Schottroff in Schottroff, L./Schottroff, W. (1983), 51-206.

⁵² Vgl. Schottroff, W./Stegemann, W. (1979), Bd. 1 u. 2.

⁵³ Vgl. auch Kippenberg, H. G. (1977), (1982).

⁵⁴ Vgl. Kippenberg, H. G. (1977), 40; Duchrow, U. (1994b), 121.

⁵⁵ Siehe Veerkamp, T. (1993), 25ff.

⁵⁶ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 121.

nicht mehr selbst ernähren konnten. Eine Alternative bestand darin, sich selbst in Fron- und Sklavendienste zu begeben, um zu überleben.⁵⁷

Der Tribut spaltete die Menschen nicht nur in Reich und Arm, sondern verursachte auch eine zunehmende Auseinanderentwicklung und soziale Diskrepanz. Neben der Staatsklasse und Oberschicht der jeweiligen Machtsysteme konnten sich selbst noch die lokalen Eliten der unterworfenen Gebiete bereichern, während die kleinen Leute dabei in tiefe Armut gerieten. Der Tribut geht immer zu „Lasten der Schwächeren“ und bewirkt die uns auch heute bekannte Scherenentwicklung zwischen Arm und Reich. Dabei spielte noch ein weiterer Mechanismus eine wesentliche Rolle, der teilweise Folge der erzwungenen Tributzahlungen war, aber auch von anderen Faktoren bestimmt wurde. Der „Verschuldungsmechanismus“ durch das „antike Kreditrecht“ stellte neben allen anderen Mechanismen der Akkumulation eine genuine Bedrohung für die kleinen Leute im gesamten Alten Orient sowie in der Antike dar.⁵⁸ Oft führten Mißernten zu Hungersnöten, die dann die Familien zwangen, das eigene Saatgut zu essen und weiteres Getreide zu kaufen, um zu überleben. Darüber hinaus wurde auch wieder Saatgut für die neue Ernte benötigt. Die so in Not geratenen Menschen waren genötigt, zu einem reicheren Nachbarn oder auch Großgrundbesitzer, der der Oberschicht oder der Staatsklasse angehörte, zu gehen, um sich das notwendige Getreide und Saatgut zu leihen. Der „Schuldner“ nahm damit einen Kredit auf und verpflichtete sich, die gleiche Menge des Saatguts nach der Ernte wieder zurückzugeben. Es bestand aber die Gefahr, daß bei einer erneuten Mißernte die Schuld nicht getilgt werden konnte und der Schuldner gezwungen war, weiteres Saatgut zu leihen, um sein Überleben zu sichern. Durch die „Insolvenz“ geriet er dann schnell in eine Überschuldung. Nahm der Kreditgeber zusätzlich Zinsen, so waren Überschuldung, Verarmung und Zerstörung der eigenen Existenz unaufhaltsam. Es war nicht möglich, Steuern an die lokalen Eliten, Tribut an die Machtspitze eines Großsystems und zusätzliche Abgaben in Form von Zins an die Getreidebesitzer bzw. Großgrundbesitzer zu zahlen. Der Zins fesselte den Schuldner endgültig an den Teufelskreis der Verschuldung und Schuldknechtschaft. Bei völliger Insolvenz mußte der Schuldner zunächst mit seinem Land bezahlen, mit seinem Acker, seinem Weinberg und Haus. Wenn nichts mehr da war, um die Schuld zu tilgen, mußten sich zunächst die eigenen Kinder und schließlich der Kleinbauer und seine Frau selbst in Schuldknechtschaft und Sklavendienste begeben. Der eigene Verkauf in die Schuldknechtschaft bedeutete, unter Aufgabe aller persönlichen Rechte innerhalb eines bestimmten Zeitraumes für den Gläubiger die Schulden abzarbeiten. Zwar bearbeiteten die Schuldner in dieser Zeit den eigenen Acker, jedoch waren ihre Arbeitskraft und ihr Eigentum in der „völligen Verfügungsgewalt“ des Gläubigers. Viele „Kleinbauern“ gaben ihren Besitz ganz auf und verpflichteten sich als „Dauersklaven“ bei ihrem Gläubiger, da die zu erwartenden Probleme bei einem selbständiger Neuanfang im Anschluß an die Schuldklaverei unüberschaubar waren. Die Alternative war, in die „Fremdsklaverei“ abgeschoben zu werden oder als „grundbesitzloser Tagelöhner“ seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, um wenigstens die „Freiheitsrechte“ nicht zu verlieren. Während der Kreditgeber seinen Grundbesitz durch das „antike Kreditrecht“ erweiterte und weiteren Reichtum durch Sklavenarbeit der Schuldner akkumulierte, verarmten die kleinen Leute zunehmend. Das Schuldrecht war zudem ein bevorzugtes „Instrument“ der Oberschicht, um sich Güter und Menschen gewaltsam anzueignen. Die Verschuldung ist ein unentrinnbarer Prozeß, der in sich so angelegt ist, daß die Verschuldung immer mehr wächst und in die völlige Armut und Abhängigkeit führt.⁵⁹ Auch konnte der Tod eines Familienangehörigen, z.B. des Familienvaters, Ursache der Verarmung sein, die in die Schuldknechtschaft führte. Dadurch fehlte der Familie eine wichtige Arbeitskraft, die ihr wirtschaftliches Überleben hätte sichern können. Im Fall eines Todes gab

⁵⁷ Siehe hierzu Veerkamp, T. (1993), 25ff. und Kippenberg, H. G. (1977), 30ff.

⁵⁸ Vgl. hierzu Veerkamp, T. (1993), 28ff.; Duchrow, U. (1994b), 122ff.

⁵⁹ Vgl. dazu Albertz, R. (1992), 250ff.; Finley, M. I. in Kippenberg, H. G. (1977), 173-204; Kegler, J. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 17-39; Kippenberg, H. G. (1977), 41f., (1983), 77ff. und (1991), 138ff., 141-143, 167-178, 338-340. Zur Terminologie siehe Kessler, R. (1989a).

es keinerlei „soziale Absicherungen“, so daß die Menschen bedingungslos den Mechanismen der Bereicherung und Verarmung ausgeliefert waren.⁶⁰

Auf diese Weise vermehrte Staatsklasse und Oberschicht Grundbesitz und Reichtum. Die Tributzahlungen und Steuern wurden schon als eine Ursache der Verschuldung angesprochen. Allein diese Abgaben waren häufig so hoch, daß die kleinen Leute „Hypotheken“ aufnehmen mußten, um sie zu entrichten. Wurden sie den lokalen Eliten oder der Machtspitze des Großsystems gegenüber insolvent, gerieten sie in den Verschuldungsmechanismus. So führten „Macht- und Besitzprivilegien“ sowie „kollektive Not“ dazu, daß sich eine kleine Gruppe auf Kosten der Mehrheit der Menschen bereicherte. Aufgrund dessen war die Situation der kleinen Leute, das Leben der Menschen in Palästina überwiegend von Verarmung, Verschuldung, Hunger, Gewalt, wirtschaftlicher Not und Abhängigkeit geprägt. Viele mußten ihr Leben sogar in „Bettelarmut“ verbringen und lebten weit unter dem Existenzminimum. Immer wieder spitzte sich die wirtschaftliche und soziale Lage dramatisch zu. Vor allem aber war Hunger die schlimmste Bedrohung. Hungersnöte sind häufig Resultat der Ausbeutungsmechanismen der Machtsysteme, die den Menschen keine Möglichkeit ließen, Vorräte anzulegen, um „Mißernten“ aufzufangen. Hunger war und ist die Ursache von Krankheit, körperlicher Schwäche, physischer Beeinträchtigung. Hunger war auch die Ursache von „häuslichen Konflikten“, die ebenfalls zu psychischen Schäden und Krankheiten führten. Wer den grausamen Hungertod nicht sterben wollte, beging Selbstmord, weil kein Ausweg mehr zu sehen war.⁶¹ Welche tiefgreifende Erfahrung spricht aus den biblischen Überlieferungen, wenn sie zu berichten wissen, daß kein Tod schwerer ist als der durch Hunger.⁶²

Die entscheidende Frage im Kontext elementaren Lernens ist die, welche theologischen, Gott angemessenen Antworten, Maßstäbe und gesellschaftliche Praxis jüdische und christliche Gruppen innerhalb der biblische Überlieferung auf die sozialen Konflikte und krisenhafte ökonomische Entwicklungen gefunden haben. Die gesamte politische und ökonomische Entwicklung des Alten Orients und der Antike zeigt, daß das Volk Israel gezwungen war, sich in seiner ganzen Geschichte mit den vielfältigen Mechanismen der Bereicherung und Verarmung auseinanderzusetzen, die Machtsysteme anwenden.⁶³ Die biblischen Traditionen und die „Glaubensgeschichte Israels“ sind daher sehr stark von den Konflikten mit Politik und Ökonomie der altorientalischen und antiken Großmächte geprägt.⁶⁴ Dabei hängen wirtschaftliche, politische und religiöse Not immer zusammen. Die Machtzentren, wie z.B. Ägypten oder das römische Reich, wirken destruktiv und gefährden die elementaren Lebensgrundlagen der Menschen im Alten Orient und in der Antike. Die zynische Menschenverachtung dieser Systeme und Mechanismen besteht in der Durchsetzung der politischen und ökonomischen Gesetze und Strukturen der Mächtigen auf dem Rücken der Schwachen. Elementares Lernen muß nun jene Knotenpunkte suchen und reflektieren, die das biblische Hoffnungs- und Widerstandspotential angesichts der skizzierten Abgründe fassen und für die heutige gesellschaftliche Praxis notwendige Beurteilungshilfen darstellen.

⁶⁰ Siehe Kegler, J. a.a.O., 24f.

⁶¹ Vgl. dazu Kegler, J. a.a.O. und Leutzsch, M. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 104-132. Siehe auch die Beiträge von Schottroff, L./Stegemann, W. (1990) passim.

⁶² Siehe Klagelieder 4,9.

⁶³ Vgl. dazu die Einteilung von Duchrow, U. (1994b), 131f. und Albertz, R. (1992), 38-43.

⁶⁴ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 131f.

2.2.3 Wirtschaftsethische Impulse der biblischen Überlieferung

Die biblischen Traditionen begreifen das Reich Gottes in einem umfassenden Sinn, sie erwarten, daß Gott seine Herrschaft schon jetzt in dieser Zeit und in dieser Gesellschaft durchsetzen will. Damit gehört das menschliche Wirtschaften selbst zur Gottesherrschaft. So haben die Menschen der Bibel gesellschaftliche Entwicklungen ihrer Zeit, die sie als Unrecht und gewalttätig wahrgenommen haben, nicht akzeptiert. Auslösendes Moment, Widerstand zu leisten, Strategien für das menschliche Leben zu entwickeln und gegen scheinbare Sachzwänge durchzusetzen, um weitreichende Folgen der Zerstörung zu verhindern, ist der Jahweglaube. Die biblischen Überlieferungen möchten zeigen, daß die Durchsetzung von gerechten Alternativen möglich ist. Duchrow weist darauf hin, „daß zwar auf der einen Seite politische und ideologische Strukturen der Gesellschaft massiv von den ökonomischen Verhältnissen her bestimmt sind, daß aber auf der anderen Seite Widerstand und Protest gegen die altorientalischen und antiken Verhältnisse und Versuche, Alternativen zu gestalten, das Kennzeichen der Geschichte Israels unter den Völkern ist.“⁶⁵ Die Geschichte ist zugleich eine Lerngeschichte und spiegelt selbst vielfältige Lernprozesse wider, die sich um ethische Impulse in ökonomischen Prozessen bemühen. Die biblischen Traditionen sind in diesem Sinne dadurch gekennzeichnet, daß sie gesellschaftliche Prozesse nicht nur darstellen, sondern auch Widerstand entwickeln und Alternativen gestalten, die zur Umkehr auffordern.

Das Material, das gesellschaftliche Praxis und Strategien gegen die Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen, gegen Verarmung, Verelendung und Verschuldung bietet, ist umfangreich. Fast jede Seite der biblischen Überlieferungen zeigt uns das Hoffnungs- und Widerstandspotential der Menschen der Bibel, das uns auch heute Hoffnung und Trost sein kann und ganz elementar lernen hilft, krisenhafte Entwicklungen zu beurteilen und neue Wege zu beschreiten. So ist es im Rahmen dieser Überlegungen nicht möglich, alle Aussagen der biblischen Texte zu reflektieren und im Hinblick auf den gegenwärtigen Kontext auszuwerten. Dennoch sollen die elementaren Knotenpunkte sowie Merkmale des biblischen Widerstandspotentials und dessen wirtschaftsethische Impulse deutlich werden. Aus der Fülle des Materials sollen nun drei Zugänge reflektiert werden, die bei der Orientierung hinsichtlich möglicher Verhaltensoptionen und theologischem Engagement in der heutigen Situation hilfreich sein können. Innerhalb der Ökumenischen Bewegung und im ökumenischen Dialog haben sich drei Bezugspunkte einer biblisch orientierten Wirtschaftsethik herauskristallisiert: Gegen die ökonomischen Mechanismen der Bereicherung und Verarmung in den Händen weniger rufen vor allem die Propheten, das Gesetz Israels (die Tora) und Jesus auf zum Widerstand und zum Aufbau von Alternativen auf. Grundlage des Protestes ist der Hinweis auf Gottes rettendes Handeln in der Geschichte. Die Überlegungen konzentrieren sich auf die konkreten Maßstäbe, Strategien und Alternativen, die die Propheten, die Tora und die Jesusbewegung in der Auseinandersetzung um die Gott angemessenen Antworten, Entscheidungen und die ihnen gemäße gesellschaftliche Praxis finden und gestalten.

Die theologische Konfrontation mit politischer und ökonomischer Machtkonzentration erreichte ein qualitativ neues Ausmaß, als Israel die Monarchie einführte. Von Anbeginn gab es dagegen unter den Menschen massiven Widerstand, der sich vor allem in der prophetischen Bewegung zeigte. Für diesen Zusammenhang sind besonders die Propheten des 8. Jahrhunderts v. Chr. interessant: Amos, Hosea, Jesaja und Micha. Ihre Gemeinsamkeiten bestanden darin, daß sie in einer völlig neuen Weise von „Jahwes rettenden und befreienden Handeln in der Geschichte“ predigten. Sie kritisierten Israels Abfall vom Glauben in allen seinen Formen. Dabei konzentrierten sie ihre Kritik gemeinsam auf die Verarmungsprozesse der Menschen und bekämpften die sie legitimierende Ideologie.⁶⁶ der prophetische Widerstand des 9. Jahrhunderts

⁶⁵ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 126.

⁶⁶ Vgl. Abrahams, S. P. in Schottroff, L./Schottroff, W. (1986), 109-121.

v.Chr. war noch auf die Anklage einzelner Mißstände begrenzt. Diese Propheten aber, die im 8. Jahrhundert v.Chr. im Nord- und im Südreich auftraten, kritisierten die politischen, ökonomischen und kultischen Entwicklungen ihrer Gesellschaft und stellten deren ideologische bzw. theologische Legitimation grundlegend in Frage. Sie fühlten sich in ihrer Opposition von Jahwe berufen und stellten sich den gesellschaftlichen Strukturen und Mechanismen entgegen. So sind diese Propheten durch „Total-Opposition“ im Widerstand gegen politisch-ökonomische Machtstrukturen und Machtsysteme gekennzeichnet.⁶⁷

Diese radikale Kritik prophetischen Widerstandes reagierte auf eine krisenhafte gesellschaftliche, politische und ökonomische Entwicklung in der Königszeit. Eine tiefgreifende soziale Krise sowohl im Nord- wie im Südreich, deren Ursache in der „Staatenbildung“ lag, die einen Wandel der gesellschaftlichen Struktur zur Folge hatte, spitzte sich sukzessive zu. Die Ausbildung der Klassengesellschaft führte zu einer Auseinanderentwicklung der israelitischen Gemeinschaft und spaltete sie in auffallender Weise in Arm und Reich. Dieser „Frühkapitalismus“⁶⁸ bewirkte einen völligen sozialen Umbruch, in dem die Reichen reicher und die Armen ärmer wurden. Die einzelnen Mechanismen der Akkumulation in den Händen der Staatsklasse und Oberschicht wurden bereits im letzten Kapitel ausführlich entfaltet. Neben den staatlichen Abgaben und Frondiensten war das Hauptinstrument der Bereicherung das „harte antike Kreditrecht“, durch das ein großer Teil der überwiegend von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung in die Schuldknechtschaft gezwungen wurde.⁶⁹ Während die Oberklassen ihren Profit maximierten, ihren Grundbesitz erweiterten und Wohlstand erhöhten, gerieten die kleinen Leute zunehmend in Verarmung, Verschuldung, Verelendung und dauerhafte Abhängigkeit. „Rechtsbrüche“ sind bei einzelnen Beispielen nicht auszuschließen, allerdings bediente sich die Oberschicht doch weitgehend legaler Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen. So handelt es sich hier um „Auswirkungen struktureller Gewalt“, deren Ursache im ökonomischen und gesellschaftspolitischen Aufschwung der damaligen Zeit liegt.⁷⁰ Die „gesamtgesellschaftliche Solidarität“ war damit endgültig zerbrochen. Die sozialen Spannungen und Konflikte verschärfen sich weiter, als 745 v.Chr. das Nordreich und 733 v.Chr. das Südreich gegenüber Assyrien tributpflichtig wurden.⁷¹

Vor diesem Hintergrund klagten im Nordreich die Propheten Amos (um 760 v.Chr.) und Hosea (zwischen 750 und 724 v.Chr.) das gesamte Staats- und Wirtschaftssystem mit dem König an der Machtspitze, mit seinen Beamten, Militärführern, Priestern und Kaufleuten an und stellten das tributär organisierte Staatssystem von Grund auf in Frage. Im Südreich kritisierten Jesaja (zwischen 739 und 701 v.Chr.) und Micha (wahrscheinlich vor 701 v.Chr.) die Mechanismen der Akkumulation und die strukturelle Gewalt des Königssystems. Sie forderten eine Umkehr zum „Leben“, was identisch ist mit der Umkehr zu Jahwe, dem Gott Israels. Alle Propheten sind „institutionell ungebundene Einzelpropheten“, sie kamen eher aus „begüterten Schichten“, Jesaja sogar aus der Oberschicht, und waren somit wirtschaftlich autonom. Diese Selbständigkeit trug dazu bei, ihren Widerstand aufrechtzuerhalten. Hier zeigt sich aber vor al-

⁶⁷ Siehe dazu zusammenfassend vor allem Albertz, R. (1992), 247ff. Vgl. zur gesamten Entwicklung auch die Beiträge von Albertz, R. (1987), (1996), 44-64; Crüsemann, F. (1992b); Ebach, J. (1995); Fendler, M. (1973); Fleischer, G. (1989); Hardmeier, C. (1983); Kegler, J. (1989); Kessler, R. (1989b), (1992a); Koch, K. (1971); Lang, B. (1981), (1983); Loretz, O. (1975); Schottroff, W. in: Schottroff, W./Stegemann, W. (1979), 39-66; Schwantes, M. (1991); Wanke, G. (1972). Es sind bisher für den gesellschaftlichen Prozeß im 8. Jahrhundert drei unterschiedliche sozialgeschichtliche Modelle entwickelt worden. Vgl. zur Diskussion Fleischer, G. (1989), 355-370 und Kessler, R. (1992), 6-17 u. 129ff.

⁶⁸ So Kegler, J. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 25 im Anschluß an Wolff, H. W. (1985): Dodekapropheten 2. Joel und Amos, BKAT XIV/2, 3. Auflage, Neukirchen-Vluyn, 105f.

⁶⁹ Vgl. zur antiken Schuldknechtschaft und zum antiken Kreditrecht in diesem Zusammenhang die Beiträge von Albertz, R. (1992), 250f.; Hardmeier, C. (1983), 25f.; Kessler, R. (1989b), 22 und (1992a), 46f., 64, 128; Lang, B. (1983), 55ff.; Loretz, O. (1975), 275f.; Schottroff, W. a.a.O., 53ff.

⁷⁰ Vgl. Albertz, R. (1992), 252; Koch, K. (1971), 248; Kessler, R. (1992), 127.

⁷¹ Vgl. Albertz, R. (1992), 253ff. Donner, H. (1986), 303ff.

lem die ausgeprägte „religiöse Motivation“ der Propheten, die sie veranlaßte, sich von der eigenen Schichtzugehörigkeit zu lösen und auf Abstand zu gehen. Durch den „religiösen Impuls“ standen sie auf der Seite der Verlierer der gesellschaftlichen Prozesse, der kleinen Leuten und der „verarmenden Kleinbauern“, arbeiteten vermutlich mit „sozialen Bewegungen“ zusammen und bildeten eine öffentliche Gegenmacht.⁷² Auffallend ist, daß sie über keine „politischen Machtmittel“ verfügten, um ihre Kritik zu untermauern, sondern direkt auf die „göttliche Autorität“ hinwiesen, indem sie im Namen Jahwes ihre Botschaft verkündeten.⁷³ Die Propheten sahen das Überleben der Menschen, ja des ganzen Volkes durch die strukturelle Gewalt gefährdet. Sie machten die Hauptakteure und Nutznießer in der Staatsklasse und Oberschicht bekannt und verwiesen auf die katastrophalen Folgen ihrer Handlungsweise (Mi 3,5). Diese kritische Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Handlungsträgern führte unweigerlich zu Spannungen und Ausgrenzung (Am 7,10ff.; Hos 9,7-9; Mi 2,6ff.; Jes 8,11ff.).⁷⁴

Vor allem die Propheten Amos, Micha und Jesaja kritisieren die ökonomisch-sozialen Auswüchse in all ihren Formen und Auswirkungen für die Menschen und decken die vielfältigen Mechanismen der Bereicherung und Verarmung auf.⁷⁵ Ihr Widerstand richtet sich zunächst gegen die Oberschicht und ihre rücksichtslose Akkumulation von Großgrundbesitz, die den Kleinbauern und ihren Angehörigen Grund und Boden entreißt, der ihnen das Überleben sichert (Am 8,4; Mi 2,9f.; Jes 5,8). Sie klagen an, daß die Großgrundbesitzer das lebensnotwendige „altisraelitische Bodenrecht: ein Mann und sein Haus, ein Mensch und sein Erbesitz“ aufheben (Mi 2,1f.). Die Propheten entlarven auch den Verschuldungsmechanismus, indem sie die hemmungslose Handhabung des Kreditrechts durch die Oberschicht anklagen. Von den Kleinbauern werden aufgrund geringfügiger finanzieller Rückstände bereits Abgaben eingefordert, die sie an den Rand des Existenzminimums bringen und schließlich in die „Schuld- und Fremdsklaverei“ zwingen (Am 8,6; 2,6; Mi 2,9). Das ganze System des Kreditrechts mit seinen „Pfand- und Pachtabgaben“ bezeichnen sie unmißverständlich als Ausbeutung (Am 5,11; Mi 2,2; Jes 3,1), das nicht nur in Verarmung führt, sondern das Leben und die Zukunft der kleinen Leute vernichtet (Am 3,9f; 4,1). So ist der Oberschicht jedes Mittel recht, um alles, Menschen oder Boden, in Profite zu verwandeln (Am 8,4-6). Die Propheten zeigen den scharfen Kontrast zwischen dem Leben der Armen und Schwachen und dem „Luxusleben“ der Reichen. Aufgrund der Mechanismen der Bereicherung und Verarmung können sie ungehindert Reichtum anhäufen, sich „Stadhäuser“ bauen und ausgiebig „Feste“ feiern (Am 3,10.15; 5,11; 6,1-7; Jes 5,11f.). Zudem wird die Disparität der „israelitischen Rechtsprechung“ entlarvt. Durch die wirtschaftliche Macht manipuliert die Oberschicht die Gerichte und beugt damit das „Recht der Armen“ (Am 2,7; 5,10ff.; Jes 5,20.23).⁷⁶ Sowohl das „Ortsgericht“ als auch die „staatliche Rechtsprechung“ in Jerusalem dienen der herrschenden Klasse als befangenes „Unterdrückungsinstrument“, um die kleinen Leute und die Ärmsten der Armen auszubeuten (Mi 3,1-3.9.11; Jes 1,23; 10,1f.). Die Oberklassen sind die Verantwortlichen und Nutznießer der strukturellen Gewalt, die sie mit Ressourcen versorgt, um Reichtum zu akkumulieren.⁷⁷

Der Widerstand und die ökonomisch-soziale Kritik der Propheten zielt auf eine bewußte Parteinahme der Armen, Schwachen und Unterdrückten, um ihnen eine Stimme zu geben. Entscheidend ist, daß die Propheten im Namen Gottes die vermeintliche „Eigengesetzlichkeit“ der

⁷² Milton Schwantes nimmt an, daß z. B. Amos eng mit Bauernbewegungen zusammenarbeitete; siehe Schwantes, M. (1991), 143ff.

⁷³ Vgl. zur prophetischen Argumentationsweise auch den Beitrag von Baldermann, I. (1988), 162-169.

⁷⁴ Siehe dazu Albertz, R. (1992), 255ff.

⁷⁵ Vgl. zum Folgenden auch die Überlegungen von Fendler, M. (1973), 35-48; Fleischer, G. (1989), 18ff.; Hardmeier, C. (1983), 21-30; Kessler, R. (1992a), 26ff.; Lang, B. (1983), 59-66; Schottruff, W. a.a.O., 53ff.; Wanke, G. (1972), 3-5.

⁷⁶ Siehe hierzu auch den Beitrag von Crüsemann, F. (1987); vgl. Hardmeier, C. (1983), 29f. und Kessler, R. (1992a), 44f.

⁷⁷ Vgl. Albertz, R. (1992), 257f.

krisehaften ökonomisch Entwicklung und der Mechanismen der Akkumulation als Fehlverhalten der Oberschicht aufdecken. Die wirtschaftlich Mächtigen profitieren von diesen Mechanismen und werden eindeutig als die verantwortlichen Hauptakteure und Nutznießer identifiziert. Die wirtschaftlich Schwachen werden hingegen klar als Opfer erkannt, die ohne eigenes Verschulden in die Verarmungsprozesse hineingeraten (Am 2,6; 5,12). Zwar rufen die Propheten nicht zu einem offenen Aufruhr auf, jedoch, indem sie dem ohnmächtigen Protest der Opfer eine Stimme geben und unmißverständlich deutlich machen, daß Jahwe die Unterdrückung und Verarmung der Schwachen nicht akzeptieren wird, verbreitet sich der ursprüngliche „Befreiungsimpuls“ sowie die lebensbejahende Dynamik der Jahwereligion. Der Maßstab der prophetischen Anklage und Kritik ist „Recht und Gerechtigkeit“ (Am 5,7.24;6,12; Jes 5,7).⁷⁸ Sie knüpfen damit an die „Grundwerte der vorstaatlichen“ Ordnung und „egalitären Gesellschaft“ an, als Israel sich von der Unterdrückung der Machtsysteme und damit von den Mechanismen der Bereicherung und Verarmung befreien konnte.⁷⁹ Beide Werte bedeuten nach Albertz konkret den „gerechten Interessenausgleich“ und eine „solidarische Gemeinschaftsordnung“, die den Menschen ausreichende Lebensgrundlagen garantiert. Die Orientierung an diesen Werten für das konkrete Leben ist die Basis, die ökonomischen, politischen und „rechtlichen Unterdrückungsmechanismen“ zu entlarven: „Eine Wirtschafts- und Rechtsordnung, die sich nicht mehr an den Grundwerten „Recht und Gerechtigkeit“ orientiert und gerade die Lebensrechte der gesellschaftlichen Randgruppen schützt, ... ist Unrecht, so legal es auch darin zugehen mag.“⁸⁰ Soziales Unrecht wird aber gleichgesetzt mit „Undankbarkeit gegenüber Jahwe.“ So wird die „Gottesbeziehung“ und damit die Zukunft der Menschen durch das Handlungsweise der Oberklassen gefährdet. Für die Propheten entscheidet sich an der Frage der sozialen, ökonomischen und politischen Gerechtigkeit die Zukunft des ganzen Volkes Israel (Am 2,6ff.; Jes 5,1-7). Die verantwortlichen Handlungsträger müssen ihre Schuld annehmen, konsequent ihr Verhalten ändern und umkehren, denn ein Volk, dessen Solidarität zerstört ist, hat keine Zukunft und kann nicht überleben.⁸¹

Die prophetische Kritik richtet sich daneben auch gegen die politische Führungselite, also gegen den Beamtenapparat. Amos, Jesaja und Micha beziehen die politische Kritik an dem Machtsystem und der Oberschicht in ihrer umfassenden ökonomisch-sozialen Kritik mit ein (Am 7,9.11; Jes 3,1ff.; Mi 3,1ff.). Hosea unterwirft explizit die Königsherrschaft einer fundamental „politischen und theologischen“ Anklage.⁸² Neben der Militär- und Bündnispolitik greift er vor allem die destruktiven Machtkämpfe konkurrierender Eliten an. Diese politische Moral entzieht sich jeder göttlichen Legitimation. Für Hosea war schon bei der Ausbildung des Königssystems diese „Eigenmächtigkeit“ vorhanden, woraus er schließt, daß die Geschichte Israels mit dem königlichen Machtsystem, mit der Herrschaft der Staatsklasse und Oberschicht und mit der gesamten Machtasymmetrie ein „Irrweg“ war (Hos 9,15; 13,10f.). So ist das Königtum ebenso wie der korrupte Staatskult, die alles verschleiernde Ideologie, Götzendienst (Hos 8,4-6). Daher kann es kein Nebeneinander zwischen einem repressiven Machtzentrum und Jahwe geben (Hos 1,4).⁸³

Darüber hinaus greifen die Propheten den Kult an, mit dem sich das Königssystem und seine Mechanismen der Akkumulation legitimieren. Der Kult ist beteiligt an der Korruption der gesellschaftlichen Strukturen (Mi 3,5.11). Neben der Kritik an einzelnen Vergehen mißbilligen die

⁷⁸ Siehe dazu auch Albertz, R. (1990), 7-24; Crüsemann, F. (1976); Dietrich, W. (1989); Fleischer, G. (1989), 338ff.; Kottsieper, I.: "Dein Wille geschehe!" Zur biblischen Bedeutung von Recht und Gesetz.

⁷⁹ Vgl. Koch, K. (1971), 248-257.

⁸⁰ Albertz, R. (1992), 260.

⁸¹ Vgl. Albertz, R. (1992), 258ff.

⁸² Vgl. dazu Crüsemann, F. (1978), 88-94. Hosea greift hier auf ältere und verbreitete königskritische Traditionen zurück, die im Nordreich immer lebendig geblieben waren und Anknüpfungspunkte für den Widerstand boten.

⁸³ Vgl. dazu Albertz, R. (1992), 266f.

Propheten den „Kultbetrieb ihrer Zeit“ prinzipiell, da er die soziale Ungerechtigkeit, die Verarmung und Verelendung der Menschen ideologisch zudeckt. Die Oberschicht zeigt im Gottesdienst den von den kleinen Leuten erpreßten Reichtum in der Öffentlichkeit und läßt ihn „religiös“ legitimieren (Am 2,8f.). Dieser Gottesdienst impliziert unweigerlich eine Auflehnung gegen Gott selbst, da ihm keine „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ mehr im tagtäglichen Leben entspricht (Am 4,4f.; 5,24; Jes 1,16f.). So fordern die Propheten statt Opferriten und Liturgie gesellschaftliche Gerechtigkeit und konsequente Solidarität mit den Armen und Schwachen (Am 5,24; Jes 1,17). Entscheidend ist jedoch, daß sich die prophetische Kritik nicht gegen die „kultische Gottesverehrung“ richtet, sondern gegen einen Mißbrauch der Religion und einen Gottesdienst, mit dem kein „ethischer“ Gottesdienst im Alltag mehr übereinstimmt, der durch menschliche Solidarität gekennzeichnet ist.⁸⁴

Die gesellschaftliche Praxis und Strategie der Propheten als Antwort auf eine krisenhafte ökonomische und soziale Entwicklung der Menschen ist die Bildung von Öffentlichkeit, eines öffentlichen Protestes, indem sie sich mit den kleinen Leuten solidarisieren und mit sozialen Bewegungen zusammenarbeiten, Widerstand durch „Total-Opposition“ leisten und die verantwortlichen Verursacher haftbar machen. Widerstand bedeutet für sie eine bewußte Parteinahme für die Armen, um ihnen eine Stimme zu geben. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, die politisch-ökonomische Unterdrückung und die ideologische Verschleierung der Ungerechtigkeit durch Mißbrauch der Religion haben ihren Grund darin, daß die Oberklassen sich von Jahwe getrennt haben. Dies machen die Propheten unmißverständlich klar. Er hat das Volk Israel ausdrücklich darum erwählt, damit es nicht ist wie die anderen Völker mit ihren oppressiven Großsystemen, sondern Alternativen der Gerechtigkeit aufbaut und lebt (Am 3,1f.). Dabei geben sie für den Widerstand wichtige Impulse. Die Herrschaft Gottes ist für die Propheten ein kritischer Faktor, der fundamental die ungerecht empfundenen Mechanismen und Strukturen des staatlichen Machtzentrums hinterfragt. Gott steht auf der Seite der Verarmten und erscheint als die Instanz, die sich mit den Schwachen und Unterdrückten identifiziert. Die Propheten decken damit die Legitimationsmechanismen der öffentlichen Religion auf, die Gott für die Aufrechterhaltung des eigenen Status instrumentalisieren. Der Gott Israels geht auf Distanz zu ungerechten sozialen, ökonomischen und politischen Gesellschaftsprozessen, er distanziert sich von einer ungerechten Wirtschaftsordnung und zur eigenen Gottesverehrung, die diese ideologisch manifestiert. „Sozialkritik“ und „Kultkritik“ gehen damit Hand in Hand, denn sie sind zwei Seiten des gleichen Vorgangs. Mit dieser „umfassenden theologischen Ideologiekritik“ entziehen die Propheten den Einflußreichen in Politik und Wirtschaft die Grundlage, sich auf Jahwe zu berufen und ihn für sich zu beanspruchen, um eigene Interessen durchzusetzen. Gott solidarisiert sich mit den „wirtschaftlich Schwachen“, den Armen und Unterdrückten (Amos, Jesaja, Micha) und ist bei denen, die im Vertrauen auf ihn auf oppressive politische und militärische Macht verzichten (Jesaja, Hosea), denn allein Gott ist die lebensstiftende- und fördernde Instanz. Jede Inanspruchnahme Gottes muß sich an diesen Kriterien orientieren. Hier wird auch das „antiherrschaftliche“ Widerstandspotential der biblischen Traditionen deutlich. Die Propheten decken selbstzerstörerische Handlungsweisen in ihrer Gesellschaft auf, machen „verdrängte Schuld“ öffentlich und ziehen die Handlungsträger zur Verantwortung. Zwar sind die Propheten keine „Reformer“, indem sie alternative Konzepte entwerfen, jedoch nennen sie elementare Maßstäbe und Ansätze, an denen sich später eine Erarbeitung rechtlicher Konzeptionen und Grundlagen hinsichtlich politischer sowie ökonomischer Alternativen bzw. Reformen messen konnte. So ist ihr zentrales Anliegen die „Umkehr zu Gerechtigkeit, Recht und Solidarität“, was gleichzusetzen ist mit der „Umkehr zu Jahwe“ (Am 5,4; 5,14).⁸⁵ Vor diesem Hintergrund ist auch ihre „Gerichtsprphetie“ zu verstehen, die der Oberklasse ihre Verhaltens-

⁸⁴ Vgl. dazu Albertz, R. (1992), 267ff. Siehe im Anschluß daran Duchrow, U. (1994b), 144ff.; vgl. auch Duchrow, U. (1988), 88-92 und Schwantes, M. (1977), 87-112.

⁸⁵ Siehe dazu Albertz, R. (1992), 275f.; Kegler, J. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 25f.

formen deutlich machen will. Es geht nicht darum, den Mächtigen selbstgerecht Verdammnis zuzuschreiben. Vielmehr kämpfen die Propheten leidenschaftlich für das Leben und wollen die Selbstzerstörung verhindern. Indem sie das Ausmaß der strukturellen Gewalt beschreiben, wollen sie die Mächtigen zur Umkehr bewegen. Sie müssen den Ernst der gegenwärtigen Situation endlich sehen und begreifen, daß die Zeit drängt, daß die Not der Armen gelindert werden muß. Sie müssen lernen, endlich zu teilen, die Zwangsläufigkeiten und Strukturen des Hungers und der Armut zu durchbrechen und für das Leben zu wirtschaften.

Die Knotenpunkte der gesellschaftlichen Praxis der Propheten gegen Verarmungsprozesse werden vor dem skizzierten Hintergrund greifbar. Sie wurden nicht müde, gegen Verarmung, Verschuldung und Verelendung der Menschen Widerstand zu leisten und gegen ökonomisch-soziale und politische Ungerechtigkeit aufzustehen. Dies zeigt zugleich ihren Lernprozeß und Lösungsversuch, um die strukturelle Gewalt zu überwinden. Darüber hinaus haben die biblischen Traditionen aber auch umfassende gesellschaftliche Reformen und Alternativen der Gerechtigkeit auf rechtlicher Basis entworfen, um Verarmungsprozesse zu stoppen. Bereits seit Ende des 8. Jahrhunderts knüpften verschiedene Gruppen an den Widerstand und Impulse der Propheten, die ja zu ihrer Zeit noch gesellschaftliche Außenseiter waren, an und begannen, mit Hilfe gesetzlicher Vorgaben ökonomischen und sozialen Krisen zu begegnen. Die folgenden Ausführungen reflektieren nun die Strategie der Tora gegen die Verarmung der Menschen und dem befreienden Impuls biblischer Gesetze.

Die Sozialgeschichte des alten Israels zeigt anhand der biblischen Texte und des vergleichsweise dürftigen epigraphischen Materials, daß das Problem der Verarmung und Verschuldung keine partikuläre Erscheinung darstellte, sondern daß dieses Phänomen immer gegenwärtig war und sowohl die tributären Machtsysteme als auch das antike Schuld- und Kreditrecht eine zentrale Rolle dabei spielten. Über die Propheten des 8. Jahrhunderts v.Chr. hinaus bezeugen auch die Propheten des späten 7. und des 6. Jahrhunderts v.Chr. nach der Zerstörung des Nordreichs durch Assyrien und des Südreichs durch Babylonien die Virulenz der Problematik (Hab 2,6f.; Jer 5,2628; 34,8-22; Ez 22,29). Die Erfahrungen des babylonischen Exils brachte keine wirkliche Wandlung. So mußte sich auch die „nachexilische Prophetie“ mit Verarmungsprozessen und Überschuldungsvorgängen auseinandersetzen, in der eine Minderheit immer reicher und die Mehrheit der Menschen immer ärmer wurde (Jes 58,6f.; Sach 7,4-17; Mal 3,5). Um die Mitte des 5. Jahrhunderts v.Chr. zur Zeit des persischen Machtsystems und Nehemias konzentrierte sich der „soziale Sprengstoff“ derart, daß nur ein augenblicklicher „Schuldenerlaß“ Abhilfe schaffen konnte, der wahrscheinlich auch nur kurzfristige Wirkung zeigte (Neh 5,1-13). Die Tributzahlungen an die Perser mußten ja wie früher an den König bedingungslos aufrechterhalten werden. Zudem entzogen sich Teile der in der Königszeit etablierten Elite und Oberschicht der Solidarität mit den kleinen Leuten, so daß die Kleinbauern wieder immer mehr in Verarmung und Verschuldung gerieten. Mehr als ein halbes Jahrtausend nach Israels Anfang bestimmte auch jetzt noch der Ackerbau fast vollständig die Formen der Ökonomie. Vor diesem Hintergrund ist neben dem prophetischen Widerstand mit seiner umfassenden sozialen, politischen, ökonomischen und ideologischen bzw. kultischen Kritik die bedeutendste Reaktion auf diese krisenhafte Entwicklung in der „Gesetzgebung“ zu erkennen, die immer wieder versuchte, die scheinbare Zwangsläufigkeit ökonomischen Handelns beständig aufzubrechen. Diese Gesetzgebungen als Gegenstrategie gegen Verarmungsprozesse sind in der „Tora Israels“ festgehalten und überliefert worden.⁸⁶

⁸⁶ Das persische Weltreich erlaubte den in Babylon Exilierten die Rückkehr und gestattete, daß die Zurückkehrer gemeinsam mit den Daheimgebliebenen ab ca. 520 v.Chr. ein neues Gemeinwesen in Judäa aufbauen konnten. Albertz geht davon aus, daß die Verantwortlichen des Aufbaus des „judäischen Gemeinwesens“ eine „Koalition bildeten“, die aus den kleinen Leuten, den freien Bauern, einem für Reformen offenen Teil der Oberschicht wie z.B. Nehemia, und aus Priestern bestand. Die Perser verlangten von den Völkern der annektierten Gebiete, ihre „Kult und Rechtspraxis“ schriftlich darzulegen. Ziel war es, einerseits durch die Berücksichtigung der eigenen Traditionen die „Loyalität“ gegenüber dem persischen Machtzentrum zu fördern. Ande-

Die weitgreifendste Reformgesetzgebung im Alten Testament ist das „Sabbat- und Jobeljahrgesetz in Lev 25“, das auch „Erlaßjahrgesetz“ genannt wird. Neben Crüsemann sind vor allem die Arbeiten von Albertz für unseren Kontext aufschlußreich, im Rahmen elementaren Lernens die wesentlichen Knotenpunkte zu fassen, die Beurteilungs- und Entscheidungshilfen im Hinblick auf ökonomische Prozesse geben können.⁸⁷ Dieses Gesetz ist für unseren Kontext und die Frage nach alternativem Wirtschaften zentral. Es gehört zu der „Rechtssammlung“ des sogenannten „Heiligkeitgesetzes“ in Lev 17-26. In den „priesterlichen Kreisen der exilischen oder frühen nachexilischen Zeit“ (um ca. 500 v. Chr.) hat sich die Einsicht in die Notwendigkeit einer Gegenstrategie gegen Verarmung und Verelendung durchgesetzt. Das Gesetz selbst zeigt elementare Lernprozesse und wurde konzipiert, um aus Fehlwegen zu lernen und so dem „nachexilischen Israel“ die Möglichkeit eines „Neuanfangs“ zu geben. Die Bedeutung dieses „Reformversuchs“ wird vor allem im Kontext seiner geschichtlichen Entwicklung verständlich. Noch vorexilisch wurden zunächst im „Bundesbuch“ (Ex 21-23), das Ende des 8. Jahrhunderts v. Chr. entstanden ist, und dann im „Deuteronomium“ (Dtn 12-26) gegen Ende des 7. Jahrhunderts v. Chr. vielfältige Gesetze festgehalten, die sowohl gegen Verarmung und Überschuldung vorbeugen als auch die Auswirkungen von Verarmungsprozessen eingrenzen sollten. Das „deuteronomische Gesetz“ des 7. Jahrhunderts v. Chr. will das Bundesbuch des 8. Jahrhunderts weiterführen, ergänzen und korrigieren. Ähnlich verhält sich das Heiligkeitgesetz zum deuteronomischen Gesetz. Jedoch ist dieses Gesetz nur im Zusammenhang mit der „Priesterschrift“ zu sehen. Daher ist die gesamte Priesterschrift als Ergänzung zum Deuteronomium zu verstehen.⁸⁸ Auffallend ist aber, daß immer wieder verschiedene Gruppen und Bewegungen, die ihre Verantwortung für soziale Gerechtigkeit sahen, an den prophetischen Widerstand und deren Kritik anknüpften und sich bewegt fühlten, Gesetze und Alternativen der Gerechtigkeit neu zu gestalten oder zu aktualisieren, um auf die politischen und ökonomischen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung eine mögliche Antwort zu finden und Verarmungsprozesse zu bekämpfen. Die Reformgesetze, die dem Sabbat- und Jobeljahrgesetz vorausgehen und auf die es aufbaut, zeigen einen Lernprozeß des Bemühens um Gerechtigkeit.⁸⁹

Das erste Stadium des Jobeljahrgesetzes, das Bundesbuch (Ex 20,23-23,19) am Ende des 8. Jahrhunderts v. Chr., ist das „älteste Gesetzeskorpus“, das Maßnahmen gegen Verarmung und Verschuldung der Kleinbauern beinhaltet. Die Gegenstrategie der Reformbewegung gegen eine Scherenentwicklung der Gesellschaft in Arm und Reich im 8. Jahrhundert v. Chr. kommt im Bundesbuch in der Form einer Rechtssammlung zum Ausdruck. Dieses „älteste biblische Wirt-

rerseits konnten so auch die selbst verwalteten Provinzen erfolgreicher „kontrolliert“ werden. Die beiden „Selbstverwaltungsgremien des neuen Gemeinwesens“, der „Ältestenrat“ (darin sind die Repräsentanten der neu gebildeten Sippenverbände vertreten) sowie das „Priesterkollegium“, beauftragten vermutlich jeweils eine Erarbeitung einer solchen „Gründungsurkunde“ mit einer „Theologenkommission.“ Das Ergebnis war die „Tora Israels.“ Dies würde auch den „Kompromiß“ zwischen „deuteronomisch-deuteronomistischen“ und „priesterlichen“ Teilen im Pentateuch (die sogenannten fünf Bücher Mose) als die Tora Israels nachvollziehbar machen, die ungefähr zwischen dem Tempelbau 515 v. Chr. und dem Auftreten Nehemias in Judäa 445 v. Chr. abgeschlossen, wahrscheinlich 458 oder 398 v. Chr. „kanonisiert“ und von den Persern legitimiert wurde; siehe Albertz, R. (1992), 495ff.; Duchrow, U. (1994b), 146-165, insbesondere 157f. Vgl. zur gesamten Entwicklung . die Beiträge von Albertz, R. (1990), 40-60 und (1992), 280ff., 304ff., 375ff., 461ff.; Crüsemann, F. (1983), (1986), 45-61, (1987), (1992a), (1992b); Dietrich, W. (1985); Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 104-110; Hardmeier, C. (1992); Kessler, R. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 40-53, (1992); Kippenberg, H. G. (1983); Kottsieper, I.: "Dein Wille geschehe!"; Lohfink, N. (1987), 110-115; Robinson, G. (1991); Schottroff, W. in: Schottroff, L./Schottroff, W. (1983), 104-148; Schwantes, M. (1977), 53-83; Veerkamp, T. (1990) und (1993), 86ff.

⁸⁷ Vgl. Crüdemann, F. (1992a); Albertz, R. (1990), (1992).

⁸⁸ Siehe zum gegenwärtigen Stand der Forschung und Diskussion Crüsemann, F. (1992a), 323ff.

⁸⁹ Das Heiligkeitgesetz gehört zur Priesterschrift bzw. zu den priesterlichen Teilen in der Tora. Es läßt sich nicht genau festlegen, ob es sich im eigentlichen Sinne um ein exilisches Werk handelt, das vor 520 v. Chr. geschrieben wurde. Vgl. Albertz, R. (1992), 497ff. und (1990), 40; siehe zur Diskussion Crüsemann, F. (1992a), 330f.

schaftsgesetz“ hat wie alle späteren Gesetze seinen Ausgangs- und Orientierungspunkt bei dem „Schuldenwesen“ als Hauptursache der ökonomischen „Abhängigkeitsverhältnisse.“ So erfolgt ein Verbot der lebenszerstörenden „Form des Kreditgeschäfts, das Leihen auf Zinsen“, ebenso wird die Pfandnahme beschränkt (Ex 22,24-26). Später wird dieses Verbot nicht nur auf die Armen bezogen, sondern es erfolgt eine Ausweitung auf die Gesamtgesellschaft. Mit dieser Intervention in ökonomische Abläufe beginnt die Entwicklung des „biblischen Wirtschaftsrechts.“ Die Gesetze Gottes durchbrechen die scheinbare Zwangsläufigkeit der ökonomischen Gesetze genau da, wo sie zu Verarmung, Verschuldung und Abhängigkeit führen. Die Hilfe Gottes gilt den Armen, deren Existenzgrundlage bedroht ist. Hier wird wieder die elementare Unterstützung Gottes als Initiator des Bundesbuches zu den Armen und Schwachen deutlich. Das „Recht der Armen auf Leihen ohne Zins- und Pfandnahme“ ist ein Leitgedanke und konstituierendes Element der Tora, denn Gott hört die Schreie der Armen (Ex 22,26).⁹⁰ Die Armen sind sein Volk, deren Lebensrechte nicht durch strukturelle Gewalt vorenthalten oder gebeugt werden darf. „Wirtschaftliche Macht“ und „Korruption“ dürfen nicht das Recht begrenzen (Ex 23, 1-8).⁹¹ Der Brauch, den Acker in einem Zyklus von sieben Jahren zur Gottesverehrung un bebaut zu lassen, bekommt eine „karitative Bestimmung.“ Der „Wildwuchs“ soll im Zeitraum der „Brache“ vor allem den Armen zukommen. Da die Getreidefelder allein nicht für eine Armenversorgung ausreichen und nur eine intensive Bearbeitung des Ackers genügend Nahrung erbringen kann, beziehen die Reformgesetzgeber die „Weinberge und Olivenhaine“ mit ein, die auch zunächst ohne Bearbeitung eine relativ gute Ernte erbringen (Ex 23,10f.). Neben dem grundsätzlichen Zinsverbot gegenüber Arme versuchen die Reformer zum ersten Mal, die verheerenden Folgen des Schuld- und Kreditrechts einzudämmen. Die Schuldklaverei wird „gesetzlich geregelt“, um sie als probates Instrument der Kreditgeber zur Nutzung eigener ökonomischer Interessen einzuschränken. Die Neuordnung der Schuldknechtschaft in eine „dauerhafte Sklaverei“ orientiert sich an allgemeingültige Regelungen: Die Zeit der Schuldknechtschaft wird nicht abhängig vom Umfang der Schuld gemacht und auf höchstens sechs Jahre beschränkt, so daß die Schuldner, wenn sie dem Gläubiger nicht die geforderten Schulden zurückbezahlen können, nicht mit immer weiteren Schulden belastet werden, der Rückzahlung dann ohnehin fraglich erscheint (Ex 21,2-6).⁹²

Das nächste Stadium, das „deuteronomische Gesetz“ (Dtn 12-26) am Ende des 7. Jahrhunderts v.Chr., wurde nach der Befreiung von dem assyrischen Machtsystem von einer Reformbewegung getragen, die sich aus einer „Koalition verantwortungsbewußter Oberschichtgruppen“ zusammensetzte. Sie versuchte entschlossen, neben der Religion und dem Kult die politischen und ökonomischen Strukturen sowie Bedingungen der Gesellschaft zu reformieren. So versucht Israel mit dem deuteronomischen Gesetz zum zweiten Mal, den Willen seines Gottes in einem Rechtsbuch zu formulieren. Die Reformer greifen massiv in das tributär organisierte System des Staatsapparates ein und schaffen den staatlichen Tribut in der Form des „Zehnten“ ab. Sie durchschauen die Mechanismen der Akkumulation und erkennen, daß die Tributzahlungen an ein Machtsystem eine der Hauptursachen für Verarmung, Verschuldung und Versklavung der kleinen Leute ist, die zusammen mit dem antiken Kreditrecht die Menschen in den Teufelskreis des Verschuldungsmechanismus und der Schuldknechtschaft zwingen (Dtn 14,22ff.). In jedem dritten Jahr soll der Zehnte zwar noch abgeführt werden, jedoch hat er hier die Funktion einer „Sozialsteuer.“ Er soll für die „Armenversorgung“ eingesetzt werden, d.h. vor allen Dingen den Menschen zukommen, die keinen Ackerboden zur Bewirtschaftung besitzen (Witwen, Waisen, Fremde und landlose, verarmte Priester, die man Leviten nannte) (Dtn 14,28f; 26,12-14). Die Gesetzgeber vermindern die „staatliche Zwangsarbeit“ und den

⁹⁰ Vgl. Crüsemann, F. (1992a), 217ff.; Albertz, R. (1990), 42.

⁹¹ Vgl. Crüsemann, F. (1992a), 219ff.

⁹² Siehe dazu Albertz, R. (1990), 42f. Vgl. zum Bundesbuch auch die Beiträge von Albertz, R. (1992), 280-290; Crüsemann, F. (1992a), 132-234; Dietrich, W. (1985), 38f.; Kessler, R. a.a.O., 41; Kippenberg, H. G. (1983), 82; Robinson, G. (1991), 481ff.

„Wehrdienst“, die ja auch Ursachen für Verarmung und Verschuldung sein konnten, und führen das „Recht auf Kriegsdienstverweigerung“ ein (Dtn 17,16f; 20,1-8).⁹³ Die Reformer konzentrieren aber vor allem ihre Bemühungen auf das „antike Kreditwesen“ und dessen „Pfand- und Haftungsrecht.“ Das Zinsverbot wird nun endgültig auf alle Volksangehörigen bezogen (Dtn 23,20f.). Das Recht des Gläubigers und Pfandnehmers wird über das Bundesbuch hinaus weiter eingeschränkt, um den überschuldeten Menschen ein Minimum an Lebenschancen zu gewährleisten (Dtn 24,6.10ff.17). Neben dem Zinsverbot ist das wichtigste biblische Wirtschaftsgesetz der „Schuldenerlaß.“ Die „karitative Ausrichtung“ des Brachlandes im „Sieben-Jahres-Rhythmus“ im Bundesbuch wird weiterentwickelt und das „Kreditwesen“ mit dem Ziel eines „regelmäßigen Schuldenerlasses“ angewendet. Alle sieben Jahre soll nun für die Israeliten, die in Verschuldung geraten sind, ein Erlaßjahr erfolgen, in dem der Gläubiger alle Forderungen gegenüber seinen Schuldnern aufgibt. Damit greifen die Reformer tief in die Eigentumsrechte der Kreditgeber und der Oberschicht ein, denn der Erlaß umfaßt die Rückerstattung der Schuldensumme sowie die „Zugriffsrechte“ des Gläubigers auf den Besitz (Nutzungspfänder und Sicherheitspfänder) und die Person des insolventen Schuldners (Schuldsklaverei). Einen Schuldenerlaß gab es zwar auch als „Gnadenakt“ des jeweiligen Herrschers bzw. der besitzenden Oberschicht, jedoch erscheint hier der Erlaß unabhängig von der Eigenmächtigkeit als „Rechtsanspruch“ des verarmten Schuldners berechenbar. Allerdings gilt dieses Recht nicht gegenüber Fremden. Die Reformer legitimieren den Schuldenerlaß religiös, denn der Erlaß „soll für Jahwe geschehen“ und damit ein „Gottesdienst“ sein (Dtn 15,1-3). Die deuteronomische Reformbewegung bemüht sich darüber hinaus, den weiteren sozialen Abstieg von der „Schuldsklaverei in die Dauersklaverei“ abzuwehren, indem sie die Zahlung eines „Startkapitals“ nach der Entlassung aus der Schuldknechtschaft fordert, damit der Entlassene eine neue Existenz aufbauen kann. Albertz weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß mit der Auszahlung des „Startkapitals“ zum ersten Mal der Gedanke einer „bezahlten abhängigen Arbeit“ erscheint. Hinter diesen sozial engagierten Neuregelungen hinsichtlich des Kreditrechts steht die Einsicht, daß Jahwe Israel aus der Sklaverei in Ägypten befreit hat, dieser Segen Gottes verpflichtet zur Solidarität mit den Armen und Schwachen. (Dtn 15,12-18).⁹⁴ Zwar konnte dadurch die Schuldsklaverei nicht abgeschafft werden, jedoch steckt hinter diesen Versuchen der wichtige Gedanke: wenn schon das harte antike Schuldrecht wegen der massiven wirtschaftlichen Interessen nicht abgeschafft werden kann, dann soll zumindest ihre menschenverachtende Zwangsläufigkeit sukzessive aufgebrochen und seine Folgen regelmäßig alle sieben Jahre eingeschränkt werden. Die Überlegungen der Reformer richten sich gegen jene, die mit der Motivation leihen, um „Abhängigkeiten“ zu herzustellen, Menschen und Land in die Verfügungsgewalt zu bekommen damit Reichtum zu akkumulieren. Das Erlaßjahr ist der Versuch, die wirkenden gesellschaftlichen Mechanismen der Bereicherung und Verarmung außer Kraft zu setzen und die Verarmungsprozesse einzudämmen. So wird auch verständlich, daß das Festhalten am Bund Gottes und an seinen Gesetze elementare Lebensrechte garantiert und Lebensmöglichkeiten eröffnet.⁹⁵ Dies sind die Voraussetzungen, auf denen die Reformgesetzgebung in Lev 25 aufbaut.

Das dritte Stadium umfaßt schließlich die Entwicklung Sabbat- und Jubeljahrgesetz in Lev 25 im 6. Jahrhundert v.Chr. Die ökonomischen Impulse und Regelungen von Lev 25 schaffen grundlegende Bezugspunkte für die Ökonomie und setzen sich wie das Bundesbuch und das deuteronomische Gesetz intensiv mit wirtschaftliche Mechanismen auseinander, um einerseits prophylaktisch Maßnahmen gegen Verarmungsprozesse zu treffen und andererseits deren katastrophale Folgen zu mildern. Das Gesetz gliedert sich in zwei Teile, wobei die Verse 2-7 und

⁹³ Vgl. Albertz, R. (1992), 337f. und Crüsemann, F. (1992a), 251ff.262ff.

⁹⁴ Siehe dazu Albertz, R. (1990), 44ff. und (1992), 338ff.; Crüsemann, F. (1992a), 262ff.

⁹⁵ Siehe zur deuteronomischen Reformbewegung die Untersuchungen von Albertz, R. (1992), 304-360; Crüsemann, F. in Schottroff, L./Schottroff, W. (1983), 72-103; Crüsemann, F. (1992a), 235-322; Dietrich, W. (1985), 36ff.; Kessler, R. a.a.O.; Kippenberg, H. G. (1983), 82f.; Robinson, G. a.a.O.

20-22 das Sabbatjahr regeln, während sich die Verse 8-55 auf die Regelung des Jubeljahres konzentrieren. Durch den Sieben-Jahres-Rhythmus sind beide Institutionen aufeinander bezogen. Das Sabbatjahr soll danach jedes siebte Jahr und das Jubeljahr jedes sieben mal siebte, also jedes 49. Jahr, eingerichtet werden.

Zunächst erfolgt die Entwicklung des „Sabbatjahres“ ausgehend von den Bestimmungen zum „Brachejahr.“ Dieses Jahr soll als Fest begangen werden, indem die Kontinuität und Regelmäßigkeit des alltäglichen Lebens sowie ökonomische Prozesse für Gott als Schöpfer des Lebens unterbrochen werden. Dahinter steht der Gedanke, daß die gesamte Schöpfung eine Atem- bzw. Ruhepause, also Menschen, Tiere und der Boden als Produktionsmittel, erhalten sollen. Die zuvor im deuteronomischen Gesetz erfolgte Regelung des Kreditwesens hatte noch nicht „den Bereich der außermenschlichen Schöpfung“ im Blick und brauchte offensichtlich eine innovative Weiterentwicklung. Zwar knüpfen die „priesterlichen Reformer“ an die Vorstellung einer umfassenden, zyklisch sich wiederholenden „Verzichtsleistung“ an, jedoch sind sie um einen neuen „theologischen“ Begründungszusammenhang für die eingeführte Brache bemüht. Die Schöpfung soll alle sieben Jahre ihrem Eigentümer, nämlich Gott selbst, sinnbildlich wiedergegeben werden. Das Sabbatjahr bedeutet in diesem Sinne einen bewußten Einschnitt in ökonomische Abläufe, in dessen Rahmen ebenso finanzielle Einbußen hingenommen werden müssen. Die reformerischen Eingriffen sehen die Notwendigkeit einer Befreiung der Schöpfung, die aufgrund wirtschaftlicher Prozesse dauerhaft unter dem Einfluß des Menschen steht, damit Menschen, Tiere und Natur sich regenerieren und wieder zur Ruhe kommen können. Die Reform verknüpft auf diese Weise die „sozialen“ Grundgedanken des deuteronomischen Gesetzes mit Aspekten, die auch die übrige Schöpfung, die Natur, betreffen. Dahinter steht die elementare Erfahrung, daß auch der Mensch Ruhe braucht, sich ausruhen muß, um zu sich selber und zu seinem Schöpfer zu finden, daß die Natur nicht die ausschließliche Funktion des Produktionsmittels hat, denn sie verfügt als Schöpfung Gottes über ein „eigenes Lebensrecht“ (Vers 2-7; 18-22). Deutlich wird: Die Ökonomie ist ein Instrument, ein Mittel zum Zweck zur Versorgung der Lebensbedürfnisse, das die Lebensrechte der Menschen unter keinen Umständen dauerhaft einschränken darf.⁹⁶

Die Neugestaltung führt aber insgesamt über diese Verzichtsforderung hinaus und integriert in ihrem Gesetz das „Jubeljahr“, indem die sozialen Bestimmungen des „Brache- und Erlaßjahres“ mit diesem grundlegend verknüpft werden. Danach soll alle 49 Jahre ein Jubeljahr ausgerufen werden, das zwar auch ein Sabbatjahr ist, jedoch neben der Befreiung der Schöpfung eine umfassende „Befreiung der Gesellschaft“ impliziert. Innerhalb des Befreiungsprozesses stehen zwei zentrale Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Im Jubeljahr soll jeder den durch den Teufelskreis der Verschuldung verlorenen Besitz zurückbekommen und im Falle der Schuldknechtschaft zu seiner Familie heimkehren (Vers 8-12).⁹⁷ Besonderer Beachtung bedarf die Ausgestaltung eines Verfahrens, mit dem die Reformer einen Schuldenerlaß vor dem Eintreten des Jubeljahres ermöglichen wollen, da in einer Zeitspanne von 49 Jahren bei einem durchschnittlichen Alter von 40 Jahren die Zahl derer, die sich überschuldet haben und so in die Schuldklaverei geraten sind und von dieser Regelung profitieren können, äußerst gering ausfallen dürfte. Dieses neue Verfahren einer sich stufenweise bzw. kontinuierlich vermindernenden „Schuldentilgung“ wird von der Aufforderung begleitet, den Schuldner bei der Ablösung von Grundstücken durch die Regelung der „Pfandhaftung“ nicht zu terrorisieren und zu übervorteilen. Die im Grunde solidarische Haltung des Gläubigers zu seinem insolventen Schuldner und Kreditnehmer soll dadurch sichtbar werden, daß der Gläubiger das Niveau der Schuldenhöhe nicht grundsätzlich für immer festlegt, sondern eine sukzessiv sinkende „Wert- und Schuldmin- derung“ hinsichtlich der ursprünglichen Summe einräumt. Albertz führt in diesem Zusammenhang folgendes Beispiel an: „Als Berechtigungsgrundlage dient dabei die Jubeljahr-Periode,

⁹⁶ Vgl. hierzu Albertz, R. (1990), 47ff.; Veerkamp, T. (1993), 89ff.

⁹⁷ Siehe Albertz, R. (1990), 50ff.; Veerkamp, T. (1993), 91ff.

d.h. eine Schuld, die z.B. Anfang dieser Periode 100 Prozent ausgemacht hatte, würde sich jährlich um 2 Prozent über die 50 Jahre bis auf null vermindern. Der verschuldete Kleinbauer hätte somit z.B. nach 25 Jahren nur noch die Hälfte der Summe zu zahlen, um sein Grundstück wieder zurückzukaufen.⁹⁸ Der Verlust des Gläubigers findet dadurch einen Ausgleich, indem er während der Schuldknechtschaft seines Schuldners durch die Nutzung des Pfandes Überschüsse bzw. Mehrwert erwirtschaften kann. Damit erhält der Gläubiger nicht mehr den gesamten Grundbesitz des Schuldners, sondern nur noch die auf einen bestimmten Zeitraum begrenzten „Nutzungsrechte“ (Vers 14-17). Die Gesetzgeber errichten durch diese Modifikation der ökonomischen Strukturen präventive Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die einen weiteren sozialen Abstieg der Kleinbauern abwenden.⁹⁹ So ist es konsequent, wenn der Entwurf definitiv die weitere Veräußerung von Land untersagt, die eine unwiderrufliche Entwurzelung der insolventen und verschuldeten Kleinbauern zur Folge hätte. Dies ist eine massive Einschränkung des Eigentumsrechts der politisch-ökonomisch Mächtigen. Die theologische Erklärung verweist auf Gott als eigentlichen „Eigentümer des Landes“, der sich schützend vor die in Not geratenen Bauern stellt. Nur er vergibt das Land zur Nutzung an die israelitischen Familien, die daher keine vollen Bestimmungsrechte darüber haben und einer „Auslösung“¹⁰⁰, also dem „Rückkauf“ des aufgrund von „Pfandhaftung“ abgegebenen Ackerlandes, zustimmen müssen. Die Gesetzgeber verknüpfen „verwandtschaftliche Solidaritätsverpflichtung“, den Grundbesitz überschuldeter Familienangehöriger zurückkaufen zu können, mit ihrer Konzeption des sich stufenweise vermindernenden Schuldenabtrags. Sie wollen dadurch erreichen, daß die Schuldner entweder ihren Besitz mit Hilfe des aus der Schuldklaverei erhaltenen Lohns selbst zurückkaufen können oder den Grundbesitz mit Hilfe der Verwandten wiederzubekommen, den der Schuldner spätestens im Jubeljahr auf jeden Fall zurückerhalten soll (Vers 23-28).¹⁰¹

Das schon im Bundesbuch und im deuteronomischen Gesetz verankerte Zinsverbot erfährt im Jubeljahrgesetz eine Weiterentwicklung zur Vorbeugung von Verarmungs- und Verschuldungsprozessen. Die Erhebung von Zinsen von verarmenden Kleinbauern trifft in der Ökonomie des Alten Orients tief den Lebensnerv der Betroffenen und hat in der Regel den Verlust elementarer Lebensgrundlagen zur Folge. Ökonomisches Handeln im Sinn Jahwes, der Israel selbst aus der Unterdrückung befreit hat, muß daher grundsätzlich von der Unterstützung der verarmenden „Brüder“ sowie der Achtung der Menschenwürde eines jeden Einzelnen innerhalb der Lebensgemeinschaft begleitet sein (Vers 35-38).¹⁰² Die Neufassung der „Schuldklaverei“ ist ein weiteres zentrales Anliegen des Jubeljahrgesetzes. Zunächst läßt die Regelung vermuten, daß die Situation der Schuldklaven enorm beeinträchtigt und sich sogar verschlimmern würde, denn die priesterlichen Reformer schreiben 49 Jahre Schuldendienst fest, die Zeit im Bundesbuch und Deuteronomium betrug lediglich sechs Jahre. Ebenso findet das zuvor noch vorausgesetzte „Startkapital“ keine Erwähnung. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch ersichtlich, daß die Gesetzgeber die Formen der Schuldklaverei in Israel prinzipiell ändern wollen. Ihr Ziel ist es, daß die Schuldknechtschaft die Gestalt einer „abhängigen Lohnarbeit“ annehmen soll. Die in Verarmung und Verschuldung geratenen Israeliten sollen nicht mehr unter dem Schuldendienst als Sklaven leiden, nicht mehr als Sklaven bedingungslos ihren Gläubigern ausgeliefert sein und mit physischer Gewalt mißhandelt werden können. Vielmehr werden die Gläubiger dazu angehalten, sie wie Lohnabhängige unter Beibehaltung ihrer individuellen Lebensrechte zu bezahlen, so daß die Schuldner während der 49 Jahre bis zum Jubeljahr ein regelmäßiges

⁹⁸ Vgl. Albertz, R. (1990), 53.

⁹⁹ Vgl. Albertz, R. (1990), 52f.; siehe dazu Veerkamp, T. (1993), 94ff.

¹⁰⁰ Dieses Wort wird in der christlichen Tradition mit dem Begriff „Erlösung“ bezeichnet. Allerdings denkt heute kaum jemand an den ursprünglichen ökonomisch und sozialen Bedeutungszusammenhang des Begriffs. Siehe dazu auch den Beitrag von Kessler, R. a.a.O., 43ff.

¹⁰¹ Vgl. Albertz, R. (1990), 54; Veerkamp, T. (1993), 97ff.

¹⁰² Vgl. Albertz, R. (1990), 56; Kegler, J. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 17ff.; Veerkamp, T. (1993), 106ff.

Einkommen zugesichert bekommen. Damit entgeht der von der Verschuldung Betroffene dem Schicksal eines „Tagelöhners“, der der Willkür des Arbeitgebers vollkommen ausgeliefert ist, und kann sogar mit Hilfe seines Einkommens seinen Besitz früher als erwartet einlösen und wieder eigenverantwortlich landwirtschaftlich bearbeiten. Die einschneidende Innovation ökonomischer Prozesse, die eine wesentliche Einschränkung der Rechte der besitzenden Oberschicht impliziert, wird wieder mit dem Hinweis auf Jahwe legitimiert. Er selbst hat die israelitischen Sklaven aus Ägypten befreit und mit diesem Exodus die strukturelle politische und ökonomische Gewalt durchbrochen. In diesem Punkt sind infolge der Exoduserfahrung Israels und seiner vielfältigen Befreiungsimpulse schon Ansätze zur Überwindung bzw. Aufhebung der „Sklaverei“ überhaupt zu erkennen (Vers 39-43).¹⁰³ Vermutlich sind es „ethnische Grenzen der israelitischen Religion“ oder aber Kompromisse mit der besitzenden Oberschicht aufgrund massiver ökonomischer Interessen, die die Schuldklaverei auf Ausländer zulassen. Falls sich Israeliten an Fremde verkaufen müssen, soll der nächste Verwandte ihn auslösen und bis zum Jubeljahr bei sich behalten. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht immer die Handlungsmaxime, die Israeliten aufgrund der Befreiung aus Ägypten nicht der bedingungslosen und willkürlichen Gewalt der Schuldknechtschaft zu überlassen (Vers 44-54).¹⁰⁴ Die Argumentation der Reformer verknüpft zwei wesentliche Aspekte miteinander. Albertz spricht hier von einer Verschränkung von „theologischem Bekenntnis“ mit „sozialethischer Forderung.“ Die Schaffung von sozialen und ökonomischen Abhängigkeiten hebt den Akt der Befreiung Israels durch Jahwe auf. In diesem Sinne müssen ökonomische Abläufe und Gesetze in der Form umgestaltet werden, daß Ökonomie zu einem Instrument zur Sicherung der elementaren Lebensrechte und -bedürfnisse aller Menschen sowie der gesamten Schöpfung wird (Vers 55).¹⁰⁵

In der Tora Israels selbst sind elementare Lernprozesse wiederzufinden, die sich um eine Antwort auf eine krisenhafte Ökonomie bemühen. Die dabei entwickelte Gegenstrategie umfaßt innovative Eingriffe in ökonomische Abläufe, indem die ganze Schöpfung umfassende politisch-ökonomische Alternativen der Gerechtigkeit geschaffen werden, die in Form von Gesetzen Verarmungsprozesse in der Gesellschaft verhindern sollen. Die Entstehung von massiven sozialen und ökonomischen Abhängigkeiten unter den Menschen geschieht offenbar gegen den Willen Gottes und wird als Aufhebung seines Befreiungshandelns interpretiert. Die Menschen sind damit der strukturellen ökonomischen Gewalt und zunehmenden sozialen Gegensätzen nicht willkürlich ausgeliefert, denn Gott stellt sich ihnen, so die Überzeugung der Reformer, entgegen. Seine Gesetze durchbrechen die scheinbare Zwangsläufigkeit der ökonomischen Gesetze und damit jene ökonomischen Entwicklungen, die zu einer sozialen Krise führen, indem sie zur Verarmung, Verschuldung, und Abhängigkeit der Menschen beitragen. Die Bezeichnung „Heiligkeitgesetz“ ist auf die „Heiligkeit“ Gottes zurückzuführen, der durch seine Befreiung Israels aus der Sklaverei und aus ungerechten ökonomischen Strukturen von den Befreiten folgerichtig selbst die Schaffung gerechter gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Alternativen gegenüber anderen Gesellschaftsformen verlangt. In diesem Kontext sind Alternativen der Gerechtigkeit und ökonomische Entwürfe wie der des Jubeljahres in Israel entstanden.¹⁰⁶ Die Ökonomie wird dadurch jedoch nicht durch die Theologie verdrängt, vielmehr nennt die Theologie einen sozial- bzw. wirtschaftsethischen Bezugsrahmen, an dem sich ökonomisches Handeln zu orientieren hat und weist der Ökonomie die Funktion zu, die sie innerhalb der Schöpfung einnehmen muß: ein Instrumentarium zur Versorgung und Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse. Deutlich wird die biblische „Option für die Armen“ als wirtschaftsethischer Maßstab greifbar. Die Ökonomie muß eindeutig die Interessen jener im Blick haben, deren elementare Lebensbedürfnisse nicht befriedigt werden, die Gott heilig sind, also

¹⁰³ Vgl. dazu Albertz, R. (1990), 57f.; siehe Crüsemann, F. (1992a), 353f. und Veerkamp, T. 108ff.

¹⁰⁴ Siehe Albertz, R. (1990), 58f.

¹⁰⁵ Vgl. Albertz, R. (1990), 60; Veerkamp, T. (1993), 113f.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu Lohfink, N. (1987), 114.

die Armen, Schwachen und Unterdrückten, die er schon einmal aus der Sklaverei befreit hat. Insgesamt ist das Engagement der Reformen angesichts der Lobby der politisch-ökonomisch Mächtigen enorm, da es die Grundfesten der damaligen Ökonomie antastet. Im Alten Orient und in der Antike bildete die Sklaverei einen regulären Bestandteil der Wirtschaft, sie stellte einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Die Gesetze und Reformversuche sind eine hoffnungsvolle und leidenschaftliche Auseinandersetzung mit der Schuldenkrise und für das Leben. Sie bezeugen das unermüdliche Ringen der Reformen um gesamtgesellschaftliche Solidarität und Gerechtigkeit, die Gott angemessen ist. Der Verzicht auf „Zins“ sowie „Schuldenerlaß“ sind die Knotenpunkte des „biblischen Wirtschaftsrechts“, sie machen die Option für die Armen elementar verständlich. An den Widerstand der Propheten anknüpfend machen die Reformen so deutlich, daß die Wirtschaft nicht ihre eigenen Gesetze, sondern vielmehr instrumentellen Charakter hat. Befreiung und Erlaß von Schulden und Zinsen fordern jene zur „Umkehr“ auf, die von der strukturellen Gewalt Nutzen haben. Diese Handlungsmaxime bildet einen Kontrapunkt zu einer Gesellschaftsform, die sich als Grundlage des Wirtschaftens die Profitmaximierung zu eigen macht. Die Maxime der Tora bedeutet ebenso, nicht den „Profit“ als Bezugspunkt des Wirtschaftens zu wählen und Möglichkeiten der Kapital- sowie Besitzakkumulation auf Kosten anderer nicht realisieren. In diesem Sinne ist der in der Tora festgeschriebene Wille Gottes die Verringerung von „sozialer Gewalt.“¹⁰⁷ Es kann zwar nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob und in welchem Ausmaß eine gesellschaftliche Umkehr tatsächlich erreicht worden ist. Man nimmt z.B. an, daß Zusammenhänge zwischen dem Zeitraum von 49 Jahren und der Zeit der Rückkehr aus dem Exil bestehen, die Reformen also mit der Verteilung von Grundbesitz an alle Familien für deren Existenzsicherung und Lebensunterhalt zu tun haben. Richtungsweisend ist jedoch, daß die Tora Israels einen „Rechtsanspruch“ auf Schuldenerlaß und Restitution aller Israeliten beinhaltet, nach den Bemühungen um einen sozial gerechten „Ausgleich“ im Unterschied zu anderen Gesellschaftssystemen nicht eine Ermessensfrage der Oberschicht darstellt, sondern Gottes Wille ist.¹⁰⁸ So wird verständlich, daß die Tora nicht blinden Gehorsam fordert, sondern im Gegenteil durch ihren gesellschaftlichen Alternativcharakter den Blick für die Menschlichkeit schärft. Die biblische Weisung ist in diesem Sinn die „Sprache der Menschlichkeit“ und der Weg zum Leben.¹⁰⁹

Blickt man auf das Hoffnungs- und Widerstandspotential biblischer Texte, das sich über ein Jahrtausend lang in der Auseinandersetzung mit politischen, sozialen und ökonomischen Konflikten für eine alternative Gesellschaftsform entwickelt hat, so ist es nur konsequent und folgerichtig, wenn Jesus daran anknüpft und die Botschaft vom Reich Gottes zum Knotenpunkt seiner Predigt und seines Lebens macht. Die Hoffnung auf eine Herrschaft, in der Gott endlich herrschen wird, wird den irdischen Herrschaftssystemen kontrastiv gegenübergestellt. Die Überlegungen konzentrieren sich vor allem auf die alternative Gesellschaftspraxis Jesu und seiner Nachfolger, die ebenfalls in der Situation krisenhafter sozialer und ökonomischer Entwicklungen um Gegenstrategien gegen Verschuldungs- sowie Verarmungsprozesse ringen. Im Kontext elementaren Lernens und Verstehens bieten die Arbeiten von Duchrow, L. Schottroff, Stegemann, Theißen sowie von Wengst Grundlagen, die wesentlichen Knotenpunkte sowie Elementarwissen im Hinblick auf Beurteilungs- und Entscheidungshilfen im Rahmen ökonomischer Prozesse zu fassen. Das römische Reich, das am Ende einer langen Entwicklung der antiken Groß- und Weltreiche steht, optimierte die ökonomischen Mechanismen und setzte die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen so, daß die Situation eines großen Teils der Bevölkerung im 1. Jahrhundert n.Chr. von tiefer Armut und Hunger gekennzeichnet war. Wieder bestimmten das antike Kreditrecht und der daraus resultierende Verschuldungsmechanis-

¹⁰⁷ Siehe Crüsemann, F. (1986), 45-61.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu insgesamt die Beiträge von Albertz, R. (1992), besonders 516-535; Crüsemann, F. (1992a), 323-380; Dietrich, W. (1985), 40; Kessler, R. a.a.O., 43-53; Kippenberg, H. G. (1983), 84f.; Lohfink, N. (1987), 110-115; Schottroff, W. a.a.O.; Robinson, G. (1991).

¹⁰⁹ Vgl. Baldermann, I. (1988), 37-42 u. 150ff.

mus das gesellschaftliche Bild, wobei zu bedenken ist, daß wirtschaftliche, politische und religiöse Not zusammenhängen. So spielen Verarmungsprozesse, Verschuldung und Verelendung auch in der Jesusüberlieferung eine wichtige Rolle.¹¹⁰

Der Untergang des israelitischen Königtums wirft im Zusammenhang mit den Erfahrungen im Exil sowie mit dem Wiederaufbau der jüdischen Gesellschaft in Palästina die zentrale Frage auf, wie der Gott Israels zu seinem Ziel gelangen und seine gewaltlose, gerechte Herrschaft aufrichten kann. Dies ist die Frage nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, die in der Auseinandersetzung mit politischen und ökonomischen Konflikten elementare Bedeutung gewinnt. Dieses Thema ist Jesu Orientierungspunkt, von hier entwickelt er Strategien für das Leben der Menschen angesichts krisenhafter ökonomischer und sozialer Entwicklungen. Sein Leben, seine Bemühungen gegen Verarmung und Verelendung werden verständlich, wenn man die unterschiedlichen Versuche und Widerstände jüdischer Gruppierungen betrachtet, die nach dem Exil das Erscheinen des Reich Gottes skizzieren. Neben den priesterlichen Reformern, deren wichtige Reformversuche bereits im letzten Kapitel beschrieben wurden, ist die Gruppe der Makkabäer zu nennen. Sie reagieren mit Aufständen gegen die politische und ökonomische Unterwerfung der Fremdherrschaft mit dem Ziel, das Königtum in Israel wieder zu etablieren. Allerdings orientieren sie sich später wieder an die bestehenden Strukturen und arrangieren sich mit der Machtelite. In diesem Umkreis des bewaffneten Widerstandes sind auch die Zeloten zur Zeit Jesu anzusiedeln. Diese Gruppe besteht zumeist aus einem Personenkreis, der sich aus der Schuldnechtschaft befreien konnte und sich nun mit Waffengewalt für politische Freiheit und Autonomie gegenüber der römischen Besatzungsmacht einsetzt. Dies wird von der Hoffnung getragen, das Anbrechen des Reich Gottes und damit ein sozial gerechtes Gemeinwesen herbeiführen zu können. Im Vergleich dazu verharrt die Gemeinde der Essener in einer abgeschiedenen Gemeinschaft in der Wüste im passiven Widerstand, indem sie hier Alternativen lebt und so auf den Anbruch des Reich Gottes wartet. Diese Hoffnung teilen ebenfalls die Pharisäer, die die einzige Möglichkeit in der Toratreue sehen, der sozialen wie auch ökonomischen Unterdrückung angemessen zu begegnen. Schließlich hoffen messianische Randgruppen, die von einer intensiven „Armenfrömmigkeit“ geprägt sind, in der passiven Opposition auf Gottes Gerechtigkeit und sein Reich. In diesen Gesamtzusammenhang muß auch Johannes der Täufer eingeordnet werden, der wie Jesus zur gesellschaftlichen Umkehr aufruft, denn er sieht das Reich Gottes endlich kommen. Schon bei den Propheten zeichnen sich Umrisse und Ansätze dieser Hoffnung ab, in der der „Messias“ dem Reich Gottes und damit der Gerechtigkeit Gottes zum endgültigen Durchbruch verhilft (Jes 11,4ff.; Ez 34,20ff.; Jes 65,17ff.). Im Umfeld jener Gruppierungen, die unabhängig von priesterlichen Einflüssen sind, entwickelt sich die „apokalyptische“ Literatur, die die Verheißungen auf das Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit zum elementaren Thema macht. In der Situation zunehmender sozialer und struktureller Gewalt und Verfolgung durch die Fremdherrschaft entwickelt sich die Hoffnung, daß Gott sich gegenüber den lebenszerstörenden politischen und ökonomischen Mechanismen umfassend durchsetzen wird. Das Reich Gottes wird mit einem Menschen anbrechen, denn es hat ein „menschliches Gesicht“ (Dan 7).¹¹¹ Die Hoffnung und Verheißung auf das Reich Gottes, das

¹¹⁰ Vgl. zu den folgenden Überlegungen die Untersuchungen von Schottroff, L./Stegemann, W. (1990); Schottroff, W./Stegemann, W. (1979), Bd. 2; Stegemann, W. (1981); Stegemann, E. W./Stegemann, W. (1995); Schottroff, L. (1979), (1990), (1994); Schottroff, L. in: dies./Schottroff, W. (1983), 149-206; Duchrow, U. (1994b), 170-181; Wengst, K. (1986), (1987). Siehe auch die Beiträge von Alföldy, G. (1979); Baldermann, I. (1991); Füssel, K. (1987); Füssel, K./Segbers, F. (1995); Haller, W. (1989), (1992); Hengel, M. (1972), (1973), (1986); Jeremias, J. (1969); Kippenberg, H. G. (1982), 136-155, (1991), 255-368; Krüger, R. (1997); Lohfink, G. (1993); Lohfink, N. (1987), (1990), besonders 13-22; Meeks, W. A. (1979); Schmeller, T. (1989); Theißen, G. (1986), (1989a), (1989b), (1991), (1992a), (1992b), (1996); Troeltsch, E. (1912); Trummer, P. (1987).

¹¹¹ Vgl. zur Entwicklung Albertz, R. (1992), 591-676; Kippenberg, H. G. (1979), (1982), 78-180, (1991), 255-296; Theißen, G. (1989a); Veerkamp, T. (1993), 231-275.

eine „Kontrastgesellschaft“¹¹² darstellt, entwickelt sich innerhalb der jüdischen Opposition und Widerstandes gegenüber dem hellenistischen und dann dem römischen Weltreich. Es wird nicht nur die von den Großreichen ausgehenden soziale, ökonomische und politische Gewalt überwinden, sondern in ihm spiegelt sich Gottes Option für die Armen und Unterdrückten wider. Reich Gottes meint einen Lebensraum, der von Gott und Menschen „menschlich“ im Sinne der Tora gestaltet wird und damit ewiges Leben verheißt.

In diesem Kontext stehen Jesus und seine Nachfolger, die „Jesusbewegung“.¹¹³ Sie knüpfen an die jüdische Tradition der Propheten, der Tora und damit an das Heiligkeitsgesetz an.¹¹⁴ Die Botschaft von der Gottesherrschaft zielt auf eine umfassende gesellschaftliche Umkehr. Jesus vollzieht diese Umkehr in einer kleinen „Sammlungsbewegung“, die die Umkehr Israels als „alternative Kontrastgesellschaft“ im Blick hat und die Umkehr der Völker intendiert. Die Gottesherrschaft wird eine ganzheitliche, „universale Dimension“ erhalten.¹¹⁵ Die gesellschaftliche Alternative ist einerseits die Ablehnung der sozialen Gewalt, die von den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der römischen Fremdherrschaft gesetzt werden, andererseits die Bemühungen um Gemeinschaften, die „Alternativen im Kleinen“ entwickeln und miteinander verknüpfen. Die Vorgehensweise und gesellschaftliche Praxis Jesu, um elementare Lebensrechte zu sichern, wird von seiner Predigt begleitet, daß das ungeduldige Warten auf das Gottesreich nun ein Ende findet, denn jetzt bricht das an, was man bis dahin nur zu erhoffen träumte (Lk 4,16ff.).¹¹⁶ Jesus verkündigt den Beginn des Reich Gottes nicht nur, sondern seine Lebenspraxis bedeutet zugleich dessen Vollzug innerhalb der Gesellschaft (Lk 17,21). Mit Jesu Präsenz beginnt jetzt schon die Herrschaft Gottes, die Situation der Armen verändert sich schon jetzt, denn seine „Sprache der Hoffnung“ läßt die Realität in einer völlig neuen Perspektive erscheinen. Indem er immer wieder mit der Menschlichkeit und Liebe Gottes argumentiert, fordert er die Initiative der Menschen und neue Handlungsimpulse heraus. Die Seligpreisungen verträsten aber nicht mit ihrer Hoffnung auf eine Änderung der Verhältnisse in einer fernen Zukunft, sondern entscheidend ist, daß diese Hoffnung jetzt wahrzunehmen ist und nach Veränderungen und gesellschaftlicher Umkehr verlangt (Lk 6,20ff.; Mt 5,3ff.). Baldermann begreift in diesem Zusammenhang die Handlungsimpulse Jesu so: „... jetzt sollen die Hungernden satt werden und die Weinenden lachen können, jetzt sollen die Armen offenbar werden als die wahren vollmächtigen Eigentümer des Reiches Gottes Dieses „Jetzt“ ist ...

¹¹² Vgl. zur Verwendung des Begriffs Duchrow, U. (1994b), 172 im Anschluß an Lohfink, N. (1987), 114 und Lohfink, G. (1993), 142ff.

¹¹³ Vgl. insgesamt Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 93ff.; Duchrow, U. (1994b), 170ff.

¹¹⁴ Hierzu sind noch einige Anmerkungen notwendig. Schottroff und W. Stegemann gehen in ihren Überlegungen davon aus, daß sich Jesus „historisch betrachtet“ nicht von den ersten „Nachfolgern“ trennen läßt, denn die synoptischen Evangelien (Mt, Mk, Lk) enthalten Zeugnisse über den „geglaubten Jesus“, jedoch nicht „vom historischen Jesus im modernen Sinn.“ Nach diesem Verständnis sind die Evangelien das „Produkt einer Geschichte der Jesusbewegung.“ Sieht man Jesus vor dem Hintergrund dieser „ältesten Jesusbewegung“, dann kann man eine Vielzahl „historischer Rückschlüsse“ über seine Person herstellen. „Der historische Jesus“ sowie „der geglaubte“ sind nicht gegeneinander abgrenzbar, denn die Worte Jesu aus der „ältesten“ Jesusüberlieferung stellen gleichzeitig Zeugnisse „über Jesus“ dar. „Theologisch“ bedeutet dies, daß er nicht unabhängig von „seinen Nachfolgern“, der „Jesusbewegung“, und „vom Judentum“ verstehbar ist. Er initiiert in diesem Kontext eine „Sammlungsbewegung armer Juden“ und arbeitet gemeinsam mit ihnen in der Auseinandersetzung mit sozialen, politischen und ökonomischen Konflikten an Strategien gegen Verarmung und Verelendung der Menschen. Vgl. dazu die detaillierten Überlegungen von Schottroff, L./Stegemann, W. (1990), 9ff. und Stegemann, W. (1981), 17ff.; siehe auch Theißen, G. (1989a).

¹¹⁵ Siehe Lohfink, N. (1987), 116 und Lohfink, G. (1993), 142ff.

¹¹⁶ Vgl. zur Antrittspredigt Jesu im Lukasevangelium auf ihrem alttestamentlichen Hintergrund vor allem den Beitrag von Albertz, R. (1983). Jesus skizziert seine Sendung mit Hilfe eines Jesajatextes (Jes 61,1f.) und ergänzt, daß dieses sich jetzt mit seinem Auftreten erfüllt. Dieser Text des sogenannten „nachexilischen Tritojesajas“ beschreibt den „erwarteten Gesalbten (Messias)“ als einen „neuen König“, der in Anknüpfung an die Gesetze des Erlaßjahres aus Dtn 15 und des Jubeljahres aus Lev 25 in Israel eine neue soziale Ordnung herstellen wird, die durch Unabhängigkeit und Gleichheit gekennzeichnet ist.

eine Handlungsanweisung: Das Reich Gottes will jetzt wahrgenommen, begriffen und gelebt sein; anders als so wird es sich nicht realisieren; aber so ist es auch zum Greifen nahe.¹¹⁷ Diese Sprache der Hoffnung „vertröstet“ nicht auf eine weit entfernte Zukunft, sondern „eröffnet“ sie. Deutlich spürbar wird Jesu leidenschaftliche Argumentation, die festgefahrene Denkstrukturen und Überzeugungen aufzubrechen versucht. Ebenso ist seine Argumentation durch die Auseinandersetzung mit Resignation und Ohnmacht angesichts von Lebensbedingungen gekennzeichnet, in der das Leben des Einzelnen nichts mehr wert zu sein scheint. Das bedeutet, daß Gott unter den Menschen inmitten des Elends und der Not, die menschenverachtende Strukturen der Gewalt bewirken, seine Gerechtigkeit aufrichten wird. So verändert sich jetzt schon in einer Lage, die von Ohnmacht und Aussichtslosigkeit gekennzeichnet ist, die Situation grundlegend.¹¹⁸ Dies widerspricht keineswegs der Vorstellung, daß das Reich Gottes mit der Gegenwart Jesu anbricht, und Gottes Herrschaft und Reich, die er selbst herbeiführen wird, noch verborgen sind. Auch diese Hoffnung ist lebensnotwendig, da sie menschliches Handeln in einen übergeordneten Sinnzusammenhang einbettet, nur müssen die Hoffnung auf Gottes Herrschaft und die daraus resultierende Impulse jetzt und heute schon in konkreten Handlungen und Schritten zeichenhaft faßbar werden.

Das ganze Neue Testament ist davon inspiriert und bezeugt die Strategien Jesu und seiner Nachfolger gegen Verarmung und Verelendung für das Leben und seinen leidenschaftlichen Kampf um die Hoffnung, um eine gesellschaftliche Umkehr und das Reich Gottes. In seinen Gleichnissen macht Jesus deutlich, wie sich das Anbrechen des Reiches Gottes vollzieht. Es wird nicht plötzlich über die Welt kommen und alle gesellschaftlichen Widerstände brechen, sondern vielmehr langsam und beharrlich unter den Menschen beginnen, vergleichbar mit Samenkörnern, die gesät werden und wachsen (Mt 13,1ff.), Unkraut soll dabei noch nicht entfernt werden (Mt 13,24ff.), aus einem kleinen Senfkorn entsteht ein Baum (Mt 13,31f.), eine kleine Menge Sauerteig schafft es, den ganzen Teig zu durchsäuern (Mt 13,33).¹¹⁹ Entscheidend ist, daß die Jesusbewegung die Kommunikationsträger dieser subversiven Ausbreitung sind, die sich gegenseitig inspirieren und miteinander in Beziehung stehen und ihre Handlungsformen solidarisch miteinander verknüpfen. Die Jesusbewegung ist der Handlungsträger des Reiches Gottes und der „Sauerteig“ innerhalb der Gesellschaft, diese Menschen sind die Verlierer ökonomischer Prozesse und Opfer der strukturellen Gewalt, die Armen, Unterdrückten und Schwachen, die Kinder, die Frauen, die Prostituierten, die Sünder und Zöllner, alle haben sie an der „Messianität“ Jesu teil. Damit sind sie nicht mehr nur Arme, die verelenden, sondern eine lebendige Gemeinschaft von Menschen, die im Zusammenleben die Erfahrung von Gesundheit, Mut und Hoffnung macht. Sie werden zum Maßstab für gesellschaftliches, politisches und ökonomisches Handeln. Entscheidend ist: Hoffnung kann nur keimen, wenn Impulse handlungsorientiert umgesetzt werden, denn die Herrschaft Gottes ist „keine Sache für Zuschauer.“¹²⁰ Gottes vorrangige Option gilt diesen Armen, sie sind die Adressaten und Mitgestalter des Reiches Gottes und seiner befreienden Botschaft. Dies ist auch der Grund, weshalb Jesus nicht nach politischer Macht greift, um auf diesem Weg gegen die bestehenden Strukturen für Gerechtigkeit und das Leben einzutreten. Denn seine Nachfolger sind ja gerade Verlierer und Opfer politischer und ökonomischer Gewalt. Hier wird auch deutlich, daß es falsch ist, materielle gegen geistliche Armut und Not auszuspielen. Beide Aspekte von Armut sind unter den politischen und ökonomischen Bedingungen des 1. Jahrhunderts n.Chr. nicht trennbar. Die Armen sind in einem umfassenden Sinn arm, der ökonomische, soziale, politische, religiöse,

¹¹⁷ Vgl. Baldermann, I. (1987), 148.

¹¹⁸ Vgl. Baldermann, I. (1987), 148, (1988) passim, (1991), 24ff.; vgl. auch Schottroff, L./Stegemann, W. (1990), 30ff.; Schottroff, L. (1994), 206ff.; Wengst, K. (1986), 82ff.

¹¹⁹ Vgl. Baldermann, I. (1991), 58f.; Schottroff, L. (1994), 120-137.

¹²⁰ Siehe Duchrow, U. (1994b), 1174ff.; Baldermann, I. (1991), 26ff.; Theißen, G. (1992).

kulturelle und psychologische Ursachen miteinschließt.¹²¹ Jesu Ausgangspunkt ist die Tradition Israels bestimmende Option für die Armen, wonach die gesellschaftliche Neugestaltung bei den Armen, Schwachen und Unterdrückten ihren Anfang nimmt. Jesus erkennt in seiner Zuwendung zu den Armen offensichtlich die Zusammenhänge zwischen psychosozialer Not und den politischen sowie sozialen Unterdrückungsmechanismen der Fremdherrschaft, die sich in Depressionen und lähmender Angst äußert. Die in Palästina weit verbreitete „Dämonenbesessenheit“ hängt unmittelbar mit der Furcht der Menschen vor der Gewalt politischer und ökonomischer Prozesse zusammen. Jesus befreit die Menschen in einer Situation, die von Repression, Terror und Unfreiheit gekennzeichnet ist, von dieser seelisch krank machenden Bedrückung. Zwar wählt Jesus den Weg einer innerjüdischen „Befreiungsbewegung“ und weigert sich, die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen zu akzeptieren, jedoch unterscheidet sich seine Strategie wesentlich von der der zelotischen Bewegung, die ebenfalls mit Terror reagiert. Er versucht den Leuten Mut zu machen, aus ihrer Depression und Ohnmacht gegen die soziale Gewalt aufzustehen, sich in Gruppen solidarisch zusammenzuschließen und untereinander gewaltlose Verbindungen zu knüpfen, die eine konkrete Alternative zu den politischen und ökonomischen Strukturen darstellen (Lk 11,20; Mk 5,1-20).¹²²

Im Blickfeld Jesu und seiner befreienden Botschaft vom Reich Gottes sind aber nicht nur die Verlierer ökonomischer Prozesse oder gesellschaftliche Randgruppen, sondern ebenso die reiche Oberschicht. Sie werden weder durch Verdammungen angesprochen, noch appelliert die Jesusbewegung an sie durch Aufforderungen zur Buße. Ihnen wird vielmehr ihre Zukunft skizziert. Vor allem der Umgang mit Besitz und Reichtum und deren destruktive Folgen für die Seele des Menschen werden aufmerksam beobachtet. So verweist Jesus auf die eingeschränkte Wahrnehmungsfähigkeit und Verdrängungsmechanismen hin, die maßloser Wohlstand auslöst und stellt fest, daß es „leichter“ ist, „daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das Reich Gottes komme“ und am Leben der befreienden alternativen Gesellschaftsform partizipieren kann (Mk 10,17-25). Die Herrschaft Gottes impliziert eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Bedingungen und Hierarchien, in denen „die Letzten“ nun „die Ersten“ sein werden. Die Verwendung der Termini „Erste“ und „Letzte“ verweisen auf „soziale Standorte“ und bezeichnen Kategorien mit einer konkreten sozialen Bedeutung (Mt 20,16). Auch die Geschichte vom armen Lazarus und dem reichen Mann will die Hoffnung der Armen benennen, ohne daß die Schuld der Reichen dabei angeklagt und ihre Zukunft mit Vergeltungsphantasien dargestellt wird. In ihr kommt die elementare Hoffnung der Armen auf einen gerechten Gott zum Ausdruck. Diese Hoffnung steht in einem engen Zusammenhang mit dem Leiden an der Ohnmacht sowie Aussichtslosigkeit, endlich die Widersprüche und Barrieren zwischen Reich und Arm überwinden zu können (Lk 16,19ff.). Ebenso werden im Magnifikat der Maria den ökonomisch Starken lediglich Macht, Reichtum und deren Legitimationsmechanismen entzogen. Mögliche Sanktionen für deren Handlungsweise werden nicht thematisiert (Lk 1,46-54). Daran schließen sich auch die „Wehe-Worte“ der Seligpreisungen an (Lk 6,24-26).¹²³ Alle diese elementaren Sätze drücken keine Drohung und selbstgerechte Verdammung der Reichen aus, sondern es sind für die Armen lebensnotwendige Hoffnungssätze, deren Kern eine Neugestaltung sozialer, politischer und ökonomischer Prozesse ist. Diese Hoffnungsinhalte sind von Erfahrungen wie Armut und Hunger geprägt. Die Dramaturgie der Texte und deren Zuspitzung, in denen z.B. der nach seinem Tode in der Unterwelt unter Schmerzen leidende Reiche keine Umkehrung seiner Situation erreichen kann (Lk 16,19ff.), verdeutlicht die Abgründe der gegenwärtigen Situation und bedeutet nichts anderes, als daß die Zeit drängt und

¹²¹ Vgl. dazu vor allem Schottroff, L./Stegemann, W. (1990) und Stegemann, W. (1981); siehe auch Lohfink, N. (1987), 122-143.

¹²² Vgl. Baldermann, I. (1991), 64ff.; Theißen, G. (1974), 247ff.; Wengst, K. (1986), 85ff., Duchrow, U. (1994b), 174f.

¹²³ Vgl. Schottroff, L./Stegemann, W. (1990), 29-47 u. 113-148; Schottroff, L. (1994), 206-227 u. 258ff.; Lohfink, N. (1990), 13-22.

die Not der Armen endlich gelindert werden muß. Es ist ähnlich wie bei den Propheten der leidenschaftliche Versuch, argumentierend die gesellschaftlichen Verdrängungsmechanismen aufzubrechen, die eigene Wahrnehmungsfähigkeit zu schärfen und an die Einsicht der Reichen zu appellieren, daß sie endlich umkehren, ihren Reichtum teilen und die strukturelle Gewalt, deren Folgen Armut, Hunger und Krankheit für breite Bevölkerungsschichten bedeuten, durchbrechen. Sie müssen nur endlich begreifen, wie elementar wichtig der Vollzug der Umkehr für die Armen ist. Wird die Umkehr vollzogen, dann können auch die Reichen an der befreienden Gottesherrschaft partizipieren (Lk 19,1-10). Die neue Gesellschaftsordnung beginnt bei den Verlierern und Ausgeschlossenen, sie ist als Widerspruch sowie Antithese zum römischen Machtsystem und dessen ökonomischen Mechanismen zu verstehen.¹²⁴

Im Hinblick auf eine konkrete Alternative zu den bestehenden politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen knüpft die Jesusbewegung an die überlieferten Traditionen der Tora an. Bereits in seiner Antrittspredigt (Lk 4,16ff.) greift Jesus verschiedene Aspekte aus der Tora auf. Es soll ein Schuldenerlaß erfolgen, in dessen Rahmen auch die Sklaven aus der Schuldknechtschaft befreit werden. Die Kranken sollen nicht mehr diskriminiert und ausgestoßen, sondern gesellschaftlich integriert, geheilt sowie deren Menschenwürde wiederhergestellt werden. Das Ringen der Jesusbewegung um die elementaren Lebensrechte angesichts politischer und ökonomischer Unterdrückung gewinnt konkrete gesellschaftliche Praxis, indem die Jesusbewegung untereinander Hilfestellung leistet und sich solidarisch zeigt. Jesus erfaßt die krisenhafte soziale und ökonomische Entwicklung aus der Perspektive der Verlierer und weist auf deren lebenszerstörenden Folgen hin. Er macht unmißverständlich deutlich, daß der römische Frieden, die Pax Romana, für die breite Bevölkerungsschicht in Palästina nichts anderes als Unterdrückung und gewaltsamer Terror bedeutet. Mit diesem Urteil stiftet er befreiende Impulse (Mk 10,42). Angesichts dieser Unterdrückungssituation ist die gesellschaftliche Praxis unter den messianischen Gruppen durch „gegenseitigen Dienst“ als praktikabler Gegenentwurf zu den vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen gekennzeichnet und kann sich von dort aus weiter entfalten (Mk 10,43ff.).¹²⁵ Die neue Gemeinschaftsstruktur ist geprägt durch konsequente Geschwisterlichkeit, die auch die „Gleichheit“ von Frau und Mann impliziert.¹²⁶ Mittelpunkt dieser Gesellschaftspraxis stellt die gemeinschaftliche Selbstversorgung dar, die die elementaren Lebensbedürfnisse befriedigt, indem jeder nach seinen Möglichkeiten teilt. So ist die Gottesherrschaft keine ferne Zukunft, sondern ein gemeinsames Mahl, bei dem endlich alle gesättigt werden und lachen können. Das Reich Gottes beginnt durch die Befreiungsimpulse Jesu bei jedem Einzelnen durch die Praxis gemeinsamen „Teilens und gegenseitigem Dienst“, zu denen die „Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse“, wie z.B. eine ausreichende Ernährung, Bekleidung, eine Unterkunft, Freiheit und Heilung von Krankheit, gehört (Mt 25,32-46).¹²⁷ Mt 25,32ff. macht deutlich, daß auch Menschen, die sich nicht offen zu Jesus und seinen Nachfolgern bekennen, im Sinne des Reich Gottes handeln, indem sie die Hungernden sättigen und ihnen menschliche Zuwendung geben, obwohl ihnen nicht bewußt ist, daß sie in den Armen Jesus selbst begegnen. Auch sie partizipieren am Reich Gottes und sind für dessen Verwirklichung wichtig. Demgegenüber verweigern sich Jesus und seine Nachfolger den ökonomischen Mechanismen, die die krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung verursachen. Im Kontext des komplexen Steuer- und Abgabensystems sowie des antiken Kreditrechts verlangt Jesus eine „Entscheidung“ zwischen „Mammon“, der die bedingungslose Vermehrung ökonomischer und politischer Macht symbolisiert, und dem befreienden und lebensstiftenden Gott Israels. Die geschwisterliche Praxis des Teilens und Dienens wird den Menschen die elementa-

¹²⁴ Siehe zur Argumentationsweise Jesu den Beitrag von Baldermann, I. (1988), 122ff., 172ff., 179ff.; vgl. ders. (1991), 120f.

¹²⁵ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 177f.; Schottroff, L. (1994), 297-325; Wengst, K. (1986), 73-76 u. 83; Baldermann, I. (1991), 119 u. 122.

¹²⁶ So vor allem Schottroff, L. (1994) passim.

¹²⁷ Siehe Duchrow, U. (1994b), 178f.; Baldermann, I. (1991), 125f.

ren Lebensbedürfnisse unter Gottes fürsorglicher Liebe sichern (Mt 6,19-34). So soll die Jesusbewegung hinsichtlich der Tributzahlungen an das römische Machtsystem das Währungssystem ablehnen und das Leben ganzheitlich im Sinne des Reich Gottes gestalten. Eine dauerhafte Koexistenz zwischen asymmetrischen Machtverhältnissen, in denen durch politische und ökonomische Mechanismen Menschen verarmen und verelenden, und dem Reich Gottes ist nicht möglich (Mk 12,13-17).¹²⁸ So übt Jesus folgerichtig auch am „Tempelsteuer- und Tempelwirtschaftssystem“ heftige Kritik, weil es ebenso zur Verarmung der Menschen beiträgt, denn nicht nur an das römische Machtzentrum, sondern auch an die lokalen Eliten muß Tribut abgeführt werden. Jesu Handlungsweise greift die Kultkritik der Propheten auf und orientiert sich an den Versuchen der Gesetzgeber, die kleinen Leute vom „Doppeltribut“ durch das Königssystem und die Priester bzw. den Tempelkult zu entbinden, da die Reformversuche von der Priesterschaft sukzessive aufgehoben worden sind (Mk 11,15ff.).¹²⁹

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Strategien sowie die gesellschaftliche Praxis Jesu und der von ihm inspirierten Jesusbewegung gegen Verarmung und Verelendung der Menschen einerseits einen großen Befreiungsimpuls für die kleinen Leute beinhalten, andererseits aber auch eine subversive Bedrohung für die bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen darstellen. Die Jesusbewegung durchbricht die scheinbare Zwangsläufigkeit dieser Strukturen mit ihrer unmittelbaren Option für die Armen. Deshalb wollen die wirtschaftlich und politisch Mächtigen Jesus als den Initiator der gesellschaftlichen Neugestaltung „von unten“ töten, weil sie Macht und Reichtum gefährdet sehen (Mk 11,18). Das Kreuz ist für die Römer ein probates Instrument zur Beherrschung der politisch aufständischen jüdischen Bevölkerung. Jesus stirbt in der „Konsequenz“ seines gesamten Lebens und wird am Kreuz von seinen Gegnern hingerichtet.¹³⁰ Entscheidend ist aber, daß trotz Jesu Hinrichtung seine Befreiungsimpulse sich durchsetzen können und seine Botschaft vom Reich Gottes bis heute Menschen inspiriert, an Gottes Gerechtigkeit zu partizipieren. Durch Jesu Leben und Sterben wird Gottes unumstößliche Zusage bestätigt, daß er seine Gerechtigkeit durchsetzt, daß der Tod und gesellschaftlich ungerechte Strukturen nicht das letzte Wort haben werden. Der Name Gottes steht in der Tora für die Menschlichkeit, für die Leidenschaft für das Menschliche. Sie läßt es nicht zu, daß die Mächtigen die Schwachen zurückdrängen. Gott hat die Macht, seine vorrangige Option für die Armen durchzusetzen. Diese unumstößliche Hoffnung der hebräischen Bibel, daß Gott an seiner Verheißung festhält, ist bis heute lebendig. Diese Hoffnung ist es, die in der „Botschaft von der Auferstehung Jesu“ aufgegriffen, bestätigt und gleichzeitig in einer neuen Perspektive erscheint.¹³¹ Jesu gesellschaftliches Wirken initiiert somit auch nach seinem Tod Gemeinschaften und Nachfolgegruppen, die durch die Praxis des Teilens gekennzeichnet sind, die auch den Gedanken des „freiwilligen“ Besitzverzichts je „nach Bedarf“ für elementare Bedürfnisse innerhalb der Gemeinschaft aufgreift. Die gemeinschaftlichen Handlungsformen vollziehen keine Trennung zwischen Glaube und Politik bzw. Ökonomie (Apg 2,42-47; 4,32-37).¹³² Die Botschaft von der Auferstehung Jesu hat die Gestaltung einer „alternativen Kontrastgesellschaft“ im Blick, die die Option für die Armen als Beurteilungsmaßstab für gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln impliziert. Die Verbreitung dieser befreienden Botschaft außerhalb der Grenzen Palästinas durch Paulus erweist sich für viele Menschen angesichts der weitreichenden Folgen krisenhafter sozialer Entwicklungen durch das römische Imperium als lebensrettend.¹³³

¹²⁸ Vgl. Schottroff, L. (1990), 184-216; Stenger, W. (1988), 9-146; Wengst, K. (1986), 76-80; Baldermann, I. (1991), 135ff.

¹²⁹ Siehe dazu Stenger, W. (1988), 147-232; Duchrow, U. (1994b), 179.

¹³⁰ Vgl. Theißen, G. (1986) passim; Baldermann, I. (1991) passim.

¹³¹ Siehe dazu Baldermann, I. (1988), 255-266.

¹³² Vgl. Schottroff, L. (1994), 316ff.

¹³³ Siehe hierzu Duchrow, U. (1994b), 180ff.; Meeks, W. A. (1993).

Die Handlungsformen der Jesusbewegung zeigen deutliche Linien zu den Strategien gegen soziale und ökonomische Krisen der Propheten und der Tora. Der Widerstand der Propheten, die umfassende politische und ökonomische Neugestaltung gesellschaftlicher Strukturen im Hinblick auf mehr Gerechtigkeit, die in der Tora Israels festgehalten ist, und die Gegenbewegung der Jesusbewegung, die alternative Lebensformen gestaltet und in der sich die messianischen Gruppen untereinander zu einem tragfähigen „Netz“ zusammenschließen, zielen auf eine „Kontrastgesellschaft Gottes unter den Völkern.“¹³⁴ Die drei ausgewählten Beispiele biblischer Strategien gegen Verarmungsprozesse als Folge krisenhafter politischer und ökonomischer Entwicklungen verdeutlichen das Ringen Israels um die Gestaltung wirtschaftlicher und politischer Prozesse, die die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschen sichern sollen. Die Ökonomie erscheint immer als Instrument zur Gewährleistung der Lebensrechte aller, deren Orientierungs- und Handlungsmaßstab die vorrangige Option für die Armen ist.

Im Kontext elementaren ökumenischen Lernens stellt sich die Frage, wie in einem nächsten Schritt die biblische Option für die Armen als Beurteilungsmaßstab und zentraler wirtschaftsethischer Impuls im Blick auf den kritischen Umgang mit politisch-ökonomischen Prozessen für die heutige Situation didaktisch fruchtbar gemacht werden kann. Damit kommt die didaktische Reflexion zur hermeneutischen Frage zurück. Die Relevanz und Anwendbarkeit der biblischen Überlieferung für heutige Problemstellungen im Rahmen ökonomischer Prozesse ist eine „hermeneutische Frage“, die bereits in Kapitel 2.2.1 aufgegriffen wurde und an dieser Stelle ergänzt werden soll. Wichtige Impulse und Orientierungshilfe für elementares Lernen und Verstehen geben vor allem die folgende Einsichten, die sich innerhalb der Ökumenischen Bewegung und des ökumenischen Dialogs entwickelt haben. Der ÖRK greift unmittelbar die biblische Option für die Armen auf und ist darum bemüht, den oft zitierten „garstigen Graben“ zwischen dem Kontext der Bibel und den des globalisierten freien Marktes durch die Perspektive „von unten“ auf ökonomische Vorgänge aufzulösen: „Eine der besten Möglichkeiten, in diesen polemischen Kampf einzugreifen, besteht darin - wie dies Jesus so oft in Worten und Werken vorgemacht hat - den >Opfern< der bestehenden Mächte den Vorrang zu geben, den Menschen, die im Leben immer den kürzeren ziehen, die von denen, die eine hohe Meinung von sich selbst haben, zurückgestossen oder niedergetreten werden: bescheidene Fischer, Frauen, Arme; und in unseren Tagen: Flüchtlinge, Alleinerziehende ohne Unterstützung, Landarbeiter ohne Grund und Boden, Slumbewohner und so viele andere. Lernt man, diese Welt und das von Jesus bereitgehaltene andere Reich mit ihren Augen zu sehen, so können die Augen anderer für die Wahrheit, Hoffnung und Liebe geöffnet werden, die Gott immer noch zum Heil bereithält. Denn indem wir die Welt so erfahren, wie sie dies tun, können wir lernen, welche die beherrschenden >Mächte dieses Zeitalters< sind und wie sie wirken.“¹³⁵ Folgt man diesen Überlegungen des ÖRKs, so sind innerhalb des elementaren Lernprozesses gegenwärtige politische Erfahrungen und die Armen der „hermeneutische Schlüssel“ und eine Möglichkeit des Verstehens. Füssel und Segbers knüpfen an die Perspektive des ÖRK an und fügen hinzu: „So vermittelt die Bibel eine Lesart der Wirklichkeit, wie sie die Schwachen und Armen erleben. Die Realität der Wirtschaft liest sich anders aus der Perspektive von oben oder jener von unten. Immer und zu allen Zeiten haben sich Menschen die Mittel für ihr Leben erarbeiten müssen. Durch die ganze Geschichte hindurch zieht sich dieser Tatbestand: Was sollen wir essen und trinken, wie sollen wir uns kleiden? Dazu gehört aber auch: Wie erarbeiten wir, was wir zum Leben brauchen? Diese Fragen aufzunehmen aus der Perspektive der biblischen Arbeiter, Bauern und Fischer und diese Perspektive in die Sichtweise der heutigen Arbeiter zu bringen, ist eine hermeneutische Brücke.“¹³⁶ Die biblische Option für die Armen als Beurteilungsmaßstab wird meines Erachtens im Rahmen der biblischen „Rückerinnerung“, die Duchrow in seinen

¹³⁴ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 192.

¹³⁵ Vgl. ÖRK (1992), 8f.

¹³⁶ Vgl. Füssel, K./Segbers, F. (1995), 288f.

Überlegungen vorschlägt, weiter konkretisiert.¹³⁷ Die gesellschaftliche Praxis der Propheten, der Reformgesetzgeber der Tora und der Jesusbewegung als Antwort auf krisenhafte soziale Entwicklungen gewinnt mit Hilfe der Rückerinnerung an die früheren Befreiungsimpulse und die Befreiungsgeschichte Gottes mit Israel konkrete Gestalt. Die Menschen der Bibel verbinden diese Rückerinnerung mit ihrer konkreten gesellschaftlichen Situation und versuchen, die aus ihrer Sicht notwendigen Handlungsformen „mit der Erinnerung an Befreiung und Solidarität“ in einen Zusammenhang zu stellen. In dem Konflikt mit den altorientalischen und antiken ökonomischen Mechanismen, die breite Bevölkerungsschichten in Verarmungsprozesse stoßen und die fundamentalen Lebensrechte zerstören, hat jede politische und ökonomische Entwicklung der Geschichte Israels ihren eigenen „Kairos“, also bestimmte zeitbezogene Möglichkeiten, die unmittelbar zu einer „Entscheidung“ herausfordern. Ausgehend von der biblischen Option für die Armen als Beurteilungsmaßstab im Horizont elementaren ökumenischen Lernens bedeutet eine elementare Rückerinnerung heute konkret, in jeder Situation die politischen und ökonomischen Strukturen aus der Perspektive „von unten“ zu analysieren und Alternativen und eine ihnen entsprechende gesellschaftliche Praxis zu finden. Dabei enthält das biblischen Hoffnungs- und Widerstandspotential einen möglichen Orientierungsrahmen in Form von konkreten Strategien gegen Verarmung und Verelendung, um so mit Hilfe der Option für die Armen neue Lösungsversuche für gegenwärtige Konflikte zu entwickeln. Gegenwärtige Strategien gegen krisenhafte ökonomische Prozesse und Entwicklungen können also in diesem Sinn durch die Rückerinnerung an die Lösungsversuche der Propheten, der Reformgesetzgeber der Tora und der Jesusbewegung anknüpfen und sich an ihnen orientieren. Sicherlich sind die biblischen Versuche, Armut und Verelendung zu stoppen und Alternativen zu entwickeln, damit nicht erschöpft. Aber die genannten biblischen Ansatzpunkte bieten angesichts zunehmender Resignation auch heute Beurteilungsmaßstäbe in ökonomischen Fragen im Kontext des freien Marktes.¹³⁸

Die didaktische Reflexion elementarer Lernprozesse war zunächst darum bemüht, Mechanismen und Zusammenhänge, Entstehung, Strukturen und Entwicklung des freien Marktes sehen zu lernen. Um den ökumenischen Lernprozeß weiterzuentwickeln, war es Ziel des nächsten Lernschrittes, aus der Perspektive der Bibel urteilen zu lernen, die Urteilsfähigkeit zu schärfen sowie alternative gesellschaftliche Möglichkeiten und Handlungsperspektiven gegenüber dem System des freien Marktes zu erschließen. Der Dialog mit der Bibel im ökumenischen Lernprozeß nimmt eine besondere Stellung ein, da er konkrete Kriterien für die Entscheidungsfindung in Wirtschaftsfragen und Orientierung für Praxis und politische Strategien gegen die Mechanismen der Marktgesellschaft nennt. Die Relevanz der biblischen Traditionen schließt aber nicht die offene und selbstkritische Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven aus. Die didaktische Reflexion des Elementarisierungsvorgangs kann jedoch an dieser Stelle nicht enden. In einem letzten Schritt elementaren ökumenischen Lernens und Verstehens müssen notwendige Handlungsperspektiven reflektiert werden. Er soll Anleitung und Hilfestellung sein, in Rückerinnerung an die biblischen Traditionen ein alternative gesellschaftliche Praxis angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Krise zu finden. Dabei sollen vielfältige Aspekte ökumenischen Wirtschaftens und Teilens angedeutet werden, um die Ziele einer ökumenischen Ökonomie ins Gespräch zu bringen. Es sei nochmals darauf verwiesen, daß hier nur ein möglicher Handlungsrahmen aufgezeigt werden kann. Niemand soll sich gezwungen fühlen, so zu handeln oder zu denken. Vielmehr regt elementares Lernen dazu an, Handlungsmöglichkeiten für sich zu entdecken, aufzustehen und kleine Schritte zum Leben zu wagen. Es ist in diesem Rahmen auch nicht möglich, umfassende Konzeptionen alternativer Ansätze zu erschließen. Die folgende Darstellung bietet jedoch einige Beispiele der Möglichkeiten und Handlungsoptionen im Sinne elementaren ökumenischen Lernens.

¹³⁷ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 193ff.

¹³⁸ Vgl. dazu Dietrich, W. (1989); Duchrow, U. (1994b), 193ff.; Lohfink, N. (1987) passim.

2.3 Dritter Knotenpunkt: Handeln lernen - wirtschaftsethische Impulse und Ansätze im ökumenischen Horizont

*Wo kämen wir hin, wenn
alle sagten:
Wo kämen wir hin!
Und niemand ginge, um
einmal zu schauen, wohin
man käme,
wenn man ginge.*

Kurt Marti

Die biblischen wirtschaftsethischen Impulse und Strategien gegen Verarmungsprozesse sollen nun im letzten Schritt elementaren Lernens und Verstehens im Hinblick auf die Knotenpunkte heutiger Handlungsoptionen reflektiert werden. Zunächst fällt auf, daß heute nicht mehr ein „Weltreich“ im antiken Sinn die politischen und ökonomischen Strukturen bestimmt, sondern vielmehr die globalisierte freie Marktwirtschaft. Die politischen und ökonomischen Systeme waren durch Machtkonzentration mit dem Ziel der Akkumulation und Steuereintreibung gekennzeichnet. In der globalen Marktgesellschaft wird der Staat von der Wirtschaft als Instrument zur Absicherung des ökonomischen Systems benutzt. Die Mechanismen des Marktes werden von den Vertretern des Neoliberalismus zudem als „naturgesetzlich“ dargestellt, um sie so vor jeder ethischen Kritik zu immunisieren. Duchrow beschreibt die Zusammenhänge zwischen den Wirtschaftsformen der Antike und der freien Marktwirtschaft wie folgt: „In der neuzeitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft brauchen die Wirtschaftsakteure die politischen Kosten ihrer Gewinne nicht selbst zu tragen, sie können sich aber die Hilfsmittel des Staates zur Verbesserung ihrer Marktchancen zunutze machen. Identisch zwischen der politischen Ökonomie der Weltreiche und der kapitalistischen Weltwirtschaft ist aber dies: Beides sind Formen der Surplusaneignung der die Produktionsmittel Beherrschenden auf Kosten der Mehrheit der Produzierenden und der Ausgeschlossenen.“¹ Die Machtasymmetrie ist beiden Systemen immanent, in deren Rahmen eine ungleiche Verteilung der Güter und Lebenschancen geschieht.² Das Leiden unter Verarmung, Verschuldung, und Verelendung sowie das Hoffen der Menschen der Bibel auf Veränderung ist das gleiche Leiden und Hoffen der Menschen heute. Dies ist eine zutiefst elementare Erfahrung und Einsicht, die im ökumenischen Dialog immer deutlichere Formen gewinnt.

2.3.1 Die Handlungsmaxime im ökumenischen Horizont „Global denken, lokal Handeln“

Elementares Lernen im ökumenischen Horizont ist darum bemüht, Strategien und konstruktive Ansätze einer Ökonomie zu finden, die im Sinne globaler sozialer Gerechtigkeit und der Ökologie die und Lebenschancen aller Menschen sichert. Die Ökonomie ist selbst kein autonomes, handelndes Subjekt mit naturgesetzlichem Charakter, dem sich die Menschen als Objekte wie „Marionetten“ unterwerfen müssen, sondern, und dies machen die biblische Überlieferung so-

¹ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 204.

² Vgl. dazu Duchrow, U. (1994b), 203f.; siehe auch Duchrow, U. (1990) passim.

wie die Religionsgeschichte Israels aufgrund der vorrangigen Option für die Armen deutlich, ein Instrumentarium zur Sicherung der elementaren Lebensrechte.³ Aus der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen in Verbindung mit der Erinnerung an die biblischen Traditionen ergibt sich, daß die biblischen Strategien der Propheten, der Tora und der Jesusbewegung verschiedene Formen von Handlungsoptionen zeigen, die für unsere heutige Situation aus didaktischer Perspektive für ein elementares Lernen große Relevanz haben können. Die konkrete Umsetzung der wirtschaftsethischen Impulse der Bibel, die elementar in der Option für die Armen greifbar werden, kann heute im Kontext des globalisierten freien Marktes in den folgenden Handlungsformen konkrete Gestalt gewinnen. Zunächst ist die Praxis der „Verweigerung und des Widerstandes“ gegenüber den Mechanismen des freien Marktes zu nennen. Diese gesellschaftliche Praxis enthält das grundlegende Merkmal aller beschriebenen biblischen Strategien gegen Verarmung und Verelendung der Menschen zur gesellschaftlichen Realisierung der Option für die Armen. Dahinter steht die Erfahrung, daß die Mechanismen einer Ökonomie, die sich an einseitiger Akkumulation sowie Profitmaximierung auf Kosten anderer Menschen orientiert und deren fundamentalen Lebensrechte zerstört, im krassen Widerspruch zu der „Befreiungsgeschichte Gottes mit Israel“ steht. Dieser Befreiungsimpuls nimmt in den beiden folgenden Handlungsmöglichkeiten weitere konkrete Formen an. Zu nennen ist auch die Schaffung von „vernetzten wirtschaftlichen Alternativen“ in Kleingruppen an der Basis. Neben der Verweigerung gegenüber den Strukturen der Marktwirtschaft können in kleinen Interessengemeinschaften praxisnahe ökonomische Alternativen umgesetzt werden. In dieser Handlungsform finden sich besonders die biblischen Impulse der Jesusbewegung wieder. Schließlich ist die „Bildung von Gegenmacht durch Netzwerke“ von großer Relevanz, die durch politische Strategien im lokalen und globalen Kontext umfassende ökonomische Alternativen der Gerechtigkeit anstreben, also die neoliberale Marktordnung reformieren, regulieren und dazu eine alternative Wirtschaftspolitik verfolgen. Dieser Ansatz knüpft an die „Vernetzung der Alternativen im Kleinen“ an. In ihm ist ebenso die biblische Strategie der Propheten enthalten, die bestehenden politischen Möglichkeiten der Einmischung zu nutzen, zu nennen sind z.B. demokratische Einrichtungen oder rechtsstaatliche Institutionen, wie auch die politisch-ökonomischen Perspektiven der Tora für eine Neuregelung der Ökonomie. Es geht darum, im Sinn der Tora politischen Einfluß auf die krisenhafte ökonomische Entwicklung zu üben. Gerade sie enthält fundamental wichtige wirtschaftsethische Impulse für den Umgang mit Armut, Schulden und Verschuldung, aus dem sich Perspektiven für umfassende politische und ökonomische Alternativen und damit für eine alternative Wirtschaftspolitik ergeben.⁴

Diese Handlungsoptionen sollen nun als mögliche Gegenstrategien gegen eine krisenhafte Ökonomie und den daraus resultierenden globalen Verarmungsprozessen entfaltet werden. Angesichts gegenwärtiger Entwicklungen können diese nicht voneinander unabhängig betrachten, sondern die Handlungsmöglichkeiten müssen in der gesellschaftlichen Praxis aufeinander aufbauen und miteinander verknüpft werden, um so die vorhandenen Ressourcen sinnvoll aususchöpfen. So ist es notwendig, die genannten Strategien in Form einer „Doppelstrategie“ miteinander zu verknüpfen, also „Verweigerung und alternative Kleinformen“ und zugleich auf dieser Grundlage durch den „Organisation von Netzwerken“ als Druckmittel umfassende politische und ökonomische Alternativen der Gerechtigkeit anzustreben.⁵ Eine Regulierung der neoliberalen Marktordnung kann nicht alleine dadurch geschehen, daß ökonomische, alternative Kleinformen an der Basis existieren. Jedoch vermitteln diese Alternativen Hoffnung, denn sie handeln sichtbar lokal, also für jeden greifbar vor Ort. Durch sie werden Lernprozesse an-

³ Vgl. Müller-Armack.

⁴ Vgl. zu diesen Ansätzen Duchrow, U. (1994b), 199f. Duchrow spricht sich allerdings deutlich gegen die Verwendung des Begriffs der „Wirtschaftsethik“ in diesem Zusammenhang aus, da die gegenwärtige Ökonomie für ihn nur grundsätzlich neugestaltet werden kann, nicht aber in ihren Strukturen „ethisch“ reformierbar ist.

⁵ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 219.

gestoßen, die Menschen beginnen Eigeninitiative zu entwickeln und zu handeln. Sie sind der Ausgangspunkt für den Widerstand gegenüber den neoliberalen Marktmechanismen. Die Basisinitiativen wären völlig überlastet, wenn man von ihnen die Regulierung des freien Marktes erwarten würde. Um auf diesen und seine vielfältigen Mechanismen Einfluß nehmen zu können, müssen sich die Initiativen zusammen mit den Verlierern ökonomischer Prozesse organisieren, denn Einflußmöglichkeiten in größerem Umfang entstehen nur durch konzentrierte Organisation. Angesichts der ökonomischen Krise und der Machtverteilung kann nur ein solidarischer Gegenpol, der aus der „Basisbewegung“ hervorgeht, wichtige Ansatzpunkte zur Regulierung der politischen und ökonomischen Strukturen finden sowie umsetzen. In dieser solidarischen „Netzwerk“ laufen Kreativität und Ideen der Basisbewegungen zusammen, das somit nationale und globale politische Handlungsoptionen verfolgen kann. Notwendig ist daher beides, die Schaffung einer Basis, die von unten her Alternativen durchsetzt, und die Organisation eines Netzwerkes, das sich in globalen Kategorien bewegen kann und angesichts der ökonomischen Krise handlungsfähig ist und basisdemokratischen Druck auf die Institutionen ausübt.⁶ Die Ökumenische Bewegung spricht in diesen Zusammenhang von der Handlungsmaxime „Global denken, lokal handeln“⁷, die zugleich einen didaktischen Knotenpunkt elementaren Lernens darstellt. In diesem Rahmen gesellschaftlicher Praxis findet konkret elementares und zugleich ökumenisches Lernen statt. Der ÖRK spricht von einem „Handeln im Kontext“: „Angesichts der globalen Bedrohungen ... müssen wir so handeln, wie es für unseren besonderen Kontext richtig erscheint, und dabei gleichzeitig die Verbindung zu anderen Ebenen der Realität beachten.“⁸ ... Christen und Kirchen leben und handeln in verschiedenen Kontexten. Ihre Handlungsmöglichkeiten im Bereich des Wirtschaftslebens werden von diesen Kontexten beeinflusst; ... Nichts ist >global<, ohne dass es nicht auch gleichzeitig >lokal< wäre. Hinter den Statistiken stehen die Geschichten der Menschen, und letztlich werden Veränderungen der globalen Strukturen durch die kumulative Verbindung lokaler und nationaler Aktionen bewirkt. ... Hier sind Solidarität und Bereitschaft erforderlich, Bündnisse der Zusammenarbeit mit anderen einzugehen.“⁹ Diese Handlungsmaxime soll nun in den folgenden Überlegungen im Kontext gesellschaftlicher Lernprozesse reflektiert werden. Alternative Entwürfe sowie wirtschaftspolitische Konzepte, die im Kontext elementaren Lernens sinnvolle und brauchbare Anknüpfungspunkte bieten, liefern vor allem die Arbeiten von Kessler, Duchrow, WEED und Werkstatt Ökonomie.

2.3.2 Lokal Handeln lernen: Widerstandsformen sowie Entwicklung und Vernetzung von alternativen ökonomischen Modellen

Es wurde bisher deutlich, daß die Kostbarkeit des Lebens und der Schöpfung das zentrale Thema der Bibel ist. Darin liegt auch Gottes vorrangige Option für die Armen und Schwachen

⁶ Vgl. hierzu die vielfältigen Überlegungen, Ansätze und Vorschläge für praktisches Handeln zur Überwindung der Armut und der lebensbedrohenden Ökonomie von Altvater, E. (1987), (1992b), (1992a), (1993); Boff, C./Pixley, J. (1987), 218-253; BAG-Schuldnerberatung (1988); BAG-Schuldnerberatung/DGB (1994); Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992) passim; Dritte-Welt-Haus Bielefeld (1992), 194-205; Duchrow, U. (1987), 117-250, (1990), 34-46, (1991), 44-76, (1994b), 219-301; Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 175-239; EKD (1985); Füßel, K. u.a. (1989) passim; George, S. (1988), 229-339; Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990), insbesondere 109-128; Haller, W. (1989) und (1992); Hanesch, W. u. a. (1994), 396-429; Huster, E. U. (1993a) und (1993b); Kessler, W. (1990), (1993), (1996a), (1996b); Morazán, P. (1994); ÖRK (1992), 50-59; Pax Christi (1993); de Santa Ana, J. (1990); Schottroff, L./Schottroff, W. (1986), 229-265; Schubert, A. (1985), 240-280; UNDP (1990-1993); WEED (1993-1994); Werkstatt Ökonomie (1992), (1996).

⁷ Vgl. z.B. ÖRK (1992), 51.

⁸ Vgl. ÖRK (1992), 51.

⁹ A.a.O., 53.

begründet, deren Leben und Würde permanent von Armut und Gewalt bedroht ist. Diese Liebe zum Leben und zur Schöpfung macht Wirtschaftsformen notwendig, die das Leben fördern, und bedeutet zugleich Widerstand gegen solche ökonomischen Strukturen, die die Kluft zwischen einer reichen Minderheit und einer von Armutprozessen betroffene Mehrheit immer größer werden lassen und die elementaren Lebensrechte gefährden. In der gegenwärtigen Marktordnung sind gegen die Mechanismen Widerstand zu leisten, die Menschen und Natur bedingungslos den Gesetzen des freien Marktes unterwerfen, um durch den „freien“ Konkurrenzkampf als Handlungsmaxime ohne politischen Regulierungen ungehindert die Kapitalakkumulation zu maximieren. Hinter diesen Mechanismen stehen die „transnationalen Kapitalmärkte“, die sich fast gänzlich autonom von staatlichen und demokratischen Kontrollen entwickelt haben. Dazu gehören auch jene „nationalen und internationalen Institutionen“, soweit sie die neoliberale Marktordnung ohne Kontrollmechanismen zulassen und unterstützen. Schließlich sind auch „ideologische“ Aspekte der neoliberalen Marktordnung zu nennen, z.B. große Bereiche der Medienlandschaft, die soziale, politische und ökonomische Zusammenhänge verschleiern und den Zuschauer als „Marktteilnehmer“ auf die Maximen des freien Konsums und der Konkurrenz hin orientieren. Aber Verweigerung und Widerstand kann nicht nur gegen die lokalisierbaren „Akteure“ des freien Marktes gerichtet sein, denn alle Menschen sind bewußt oder unbewußt durch den Tausch von Waren gegen Kapital in den Marktmechanismus eingebunden und handelnder Bestandteil des „Geldvermehrungssystems“ der globalen Finanzmärkte. So sind es eine Großzahl von Beteiligten und Einzelpersonen, die das Zusammenspiel der Mechanismen der neoliberalen Marktordnung ermöglichen. Daher muß eine prinzipielle Umkehr in allen gesellschaftlichen Kontexten, auch im persönlichen, erfolgen.¹⁰

Angesichts der dramatischen sozialen Entwicklung, durch die die Mehrheit der Menschen im Süden, aber auch zunehmend im Osten und Norden von Armutprozessen betroffen sind, an Hunger sterben oder im Rahmen der gegenwärtigen neoliberalen Marktordnung an Wirtschaftsprozessen gar nicht mehr beteiligt werden, und der krisenhaften ökologischen Entwicklung ist eine Umorientierung der Ökonomie dringend notwendig. Wirtschaftsabläufe müssen so gestaltet werden, daß sie sich nicht an der Akkumulation bzw. uneingeschränktem „Wachstum von Kapital“ orientieren, sondern vielmehr zu einem Instrument zur Herstellung und Verteilung notwendiger „Gebrauchsgüter“ zur Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse aller Menschen werden. Die Ursachen der sozialen und ökologischen Krise liegen in den Mechanismen der globalen Finanzmärkte. Dabei müssen alle noch zur Verfügung stehenden politischen Handlungsmöglichkeiten sowie -ebenen genutzt und diskutiert werden, die zu einer Umlenkung bestehender ökonomischer Strukturen führen. Dieser Ansatzpunkt ist eine Voraussetzung für die Ermittlung alternativer ökonomischer Konzepte sowie notwendigen Regulierungsmechanismen der Ökonomie.¹¹

Der zentrale Knotenpunkt, den es zu lösen gilt und auf den sich Widerstand und Verweigerung richten müssen, ist der „Wettbewerb“, der gnadenlose Konkurrenzkampf, der über das Schicksal der Teilnehmer am Wirtschaftsprozess entscheidet.¹² Der Wettbewerb ist die Sucht, mit Hilfe der exponentiellen „Geldvermehrung“ zu leben, zu überleben und damit „unsterblich“ zu werden.¹³ Die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen für dieses Konkurrenzstreben werden

¹⁰ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 220ff.

¹¹ Vgl. die nahezu übereinstimmenden Ergebnisse und Positionen von Altvater, E. (1992b); Duchrow, U. (1994b); George, S. (1993); Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990); Haller, W. (1990), Morazán, P. (1994).

¹² Siehe auch Haller, W. (1990), 59ff.

¹³ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 220ff; Haller, W. (1990), 127ff. Die psychologischen Reflexionen von W. Haller verdeutlichen, wie wir danach streben, „unsterblich“ zu werden und zu sein. Da wir aber nicht unsterblich sind, zumindest nicht im „vordergründigen Sinn“, klammern wir uns an „Unsterblichkeitssymbole“, die mit einer Vielzahl von „Illusionen“ verbunden sind. Sie stellen „Scheinsicherheiten“ dar, die sich aus „wirtschaftlicher und militärischer Macht“ sowie persönlichem Vermögen zusammensetzen. Dies wird besonders bei dem „Vermögen in Form von Geld und anderen Werten“ ersichtlich, für die eine „unendliche Vermehrung in Form von Zins und Zinseszins“ beansprucht wird. Wenn man von den Zinsen des Kapitalvermögens leben kann,

von den globalen Finanzmärkten festgesetzt, denn das Kapital bewegt sich nur in die Richtung, in der es in relativ kurzer Zeit die höchsten Gewinne erzielen kann. Im neoliberalen Marktgeschehen kann nur der fortbestehen, dessen Geschäft, Firma oder Konzern die konkurrenzfähigste „Produktivität“ erbringt. So werden systematisch die arbeitenden Menschen, Länder und Regionen, die dieser Konkurrenz nicht standhalten können, Verarmungs- und Verelendungsprozessen ausgeliefert. Duchrow faßt vor diesem Hintergrund zusammen, daß „der Wettbewerbskult von der destruktiven Logik des Krieges“ durchdrungen ist, die sich bereits durch die verwendete Sprache entlarvt: „Die Firmen >erobern< und >verteidigen< Märkte. Entsprechend wird alles, was nicht wettbewerbsfähig ist, >geopfert< - dazu gehören die Mehrheit der Menschen und der ganze Planet. Hier wird ganz deutlich, daß der von den transnationalen Kapitalmärkten angeheizte Wettbewerbsamoklauf ... der Kern der Todesspirale der gegenwärtigen Wirtschaft ist.“¹⁴ Sie zwingt die Menschen zur Leistungsgesellschaft und hat nicht unwesentlichen Einfluß auf den Unterricht in den Schulen und Universitäten, auf die Medienlandschaft sowie auf gesellschaftliche und persönliche Handlungsformen.¹⁵ Der uneingeschränkte und deregulierte Konkurrenzkampf innerhalb der neoliberalen Marktordnung vernichtet die „nicht wettbewerbsfähige Produktivität“, selbst wenn notwendige „Gebrauchsgüter“ hergestellt werden, sie verursacht „Arbeitslosigkeit“ und den Ausschluß von Menschen aus Wirtschaftsprozessen. Er bewirkt die Scherenentwicklung innerhalb der Gesellschaften in eine Minderheit, die über Geldvermögen verfügt, und in eine Mehrheit von Menschen, die als Lohnabhängige und „Ausgeschlossene“ von Verarmungsprozessen betroffen sind. Durch ihn wird die Entwicklung des Ressourcenverbrauchs mit ökologisch katastrophalen Konsequenzen mit der Zielvorgabe eines immer größer werdenden Wirtschaftswachstums vorangetrieben. Der Konkurrenzkampf ist ebenso der Ausgangspunkt für die politische Entmündigung der Menschen, und es werden ihnen die Handlungsoptionen entzogen, da die demokratischen, politischen Institutionen gegenüber den Mechanismen der neoliberalen Marktordnung, den globalen Kapitalmärkten, zunehmend an Einfluß verlieren. So wird ein konstruktives und schöpferisches Gestalten der Lebensbedingungen für alle Menschen und ihren Lebensraum immer schwieriger. Schließlich deformiert der Wettbewerb die Köpfe und Herzen der Menschen und macht sie zu „konkurrierenden Individuen“, die nach Profit und Anerkennung streben und dabei ihre gegenseitige Abhängigkeit leugnen. Der Wettbewerb mit dem Ziel des uneingeschränkten Wirtschafts- und Kapitalwachstums hat in diesem Sinn Verfügungsgewalt über die Gesamtgesellschaft und funktioniert letztlich als alles bestimmende „Religion“, als der „Gott“ der modernen Marktgesellschaft. Diesem Konkurrenzkampf, dem freien, deregulierten Wettbewerb innerhalb des globalen Marktes zum Zweck des schrankenlosen Wachstums, gilt es zu widerstehen.¹⁶ Eine „Befreiung“ von der destruktiven Logik der neoliberalen Marktideologie muß ganzheitlich sein, da er sich auf alle Handlungsebenen des Lebens erstreckt. So stellt der Widerstand gegenüber den Mechanismen der Geldvermehrungswirtschaft eine zutiefst theologische Frage dar.¹⁷ Dies ist vor allem für die Kirchen und die Theologie der nördlichen Industrieländer eine

braucht man die „Substanz seines Vermögens“ nicht anzugreifen und es bekommt auf diese Weise „Ewigkeitscharakter.“ Das „System von Zins und Zinseszins“ hat die Konsequenzen, daß das Kapital in einem knappen Zeitraum exponentiell bis zur Unendlichkeit ansteigt. Haller schreibt dazu: „Unendlichkeit aber ist wie die Ewigkeit eine Dimension, die über die menschliche Existenz hinaus verweist und ein Stück Unsterblichkeit verheißt. Aber eben nur verheißt, weil sie nur auf Vermögen bezogen, im Materiellen verhaftet und damit Illusion bleibt.“ Das „Streben nach Unsterblichkeitssymbolen“ manifestiert sich schließlich im Konkurrenzkampf, in der „Jagd nach Erfolg und Sieg über andere.“ So bedeuten „die Niederlage, der Untergang, der Tod des anderen ein Gewinn an scheinbarer Unsterblichkeit für den Sieger.“

¹⁴ Vgl. dazu und zu den folgenden Überlegungen Duchrow, U. (1994b), 222ff.

¹⁵ Siehe dazu Postman, N. (1987), (1988), (1992) sowie Mayer, T. (1992).

¹⁶ Siehe Duchrow, U. a.a.O.; Huber, W. (1992).

¹⁷ Ich verweise in diesem Zusammenhang nochmals auf die theologisch-ökonomischen Beiträge von Assmann, H. u.a. (1984); Assmann, H./Hinkelammert, F. J. (1992); Füssel, K. u.a. (1989); Hinkelammert, F. J. (1985), (1994).

enorme Herausforderung, insofern sie sich an der biblischen Option für die Armen orientieren. Eine dieser Option angemessene gesellschaftliche Praxis muß sich den vielfältigen Mechanismen des freien Marktes konsequent widersetzen.¹⁸ Der Widerstand gegen die Mechanismen der Akkumulation des globalen neoliberalen Marktes ist die wichtigste Voraussetzung für eine Umkehr zu einer Wirtschaftsform, die sich an den elementaren Lebensbedürfnissen orientiert, denn politische und ökonomische Strukturen können nicht ohne eine kollektive Affirmation bestehen. Eine Verweigerung schließt jedoch ebenso praktischen Konsequenzen mit ein. Sie erfordert nicht nur ein deutliches „Wortbekenntnis“, sondern auch ein „korporatives Handeln der Kirche“, wobei auch die Kirche selbst als ökonomischer Handlungsträger in den Strukturen des Marktes verflochten ist. Sie kann jedoch Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für den Aufbau von möglichen alternativen ökonomischen Modellen sein, indem sie zeichenhaft eine Kontrastgesellschaft im Sinn der biblischen Traditionen vorlebt. Dabei geht es neben der Frage, wie sie selbst mit ihrem Kapital, durch das sie in den Kreislauf des freien Marktes eingebunden ist, und wie sie mit ihren Mitarbeitern umgeht, auch darum, wie sich die Kirche gegenüber den zunehmenden sozialen Diskrepanzen und Disparitäten verhält, mit denen sich die Kirchen in der Zweidrittelwelt auseinandersetzen müssen. Angesichts der ökonomischen Krise reichen wohl kaum punktuelle finanzielle Zuwendungen aus, denn Spenden ändern weder Strukturen noch halten sie langfristig Verarmungsprozesse auf. Die Kirche kann sich im wirtschaftlichen Bereich nicht der modernen Marktgesellschaft anpassen, will sie an der biblischen Verpflichtung und Option für die Armen festhalten, sondern sie muß sich solidarisch zeigen sowie zeichenhaft und öffentlich sichtbaren Widerstand leisten.¹⁹

Wirft man in diesem Zusammenhang einen Blick auf die Stellungnahmen der EKD, so kann man feststellen, daß diese hinter allen Stellungnahmen innerhalb der Ökumenischen Bewegung und des ÖRK deutlich zurückfallen, dessen Vorformen schon das Thema der kapitalistischen Weltwirtschaft kritisch aufgegriffen haben.²⁰ Dies macht eine Auseinandersetzung mit den deutschen evangelischen Kirchen in einem kurzen Exkurs notwendig. Ein Vergleich der Denkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz“²¹ mit dem Studiendokument des ÖRK „Der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft“²² verdeutlicht den Konflikt. Insgesamt stimmen die Verlautbarungen der EKD darin überein, daß sich die soziale Marktwirtschaft seit ihrer Einführung durchaus positiv zu bewerten ist, so daß lediglich vereinzelte Entwicklungen als problematisch einzustufen sind und der Verbesserung bedürfen. Diese Einschätzung der gegenwärtigen ökonomischen Prozesse muß jedoch kritisch gesehen werden, die Denkschrift der EKD berücksichtigt in ihrer Analyse nicht die Rahmenbedingungen des globalisierten freien Marktes, der „Sozialen Marktwirtschaft“, wie sie Müller-Armack noch forderte und die in ihrer ursprünglich gedachten Form auch gar nicht mehr der Realität entspricht, nur noch wenige Handlungsmöglichkeiten gewährt. Ausgangspunkt für eine kritische Untersuchung muß gegenwärtig die neoliberale Marktordnung sein, um so zweckmäßige Handlungsoptionen für eine „nationale und internationale Wirtschaftspolitik“ zu finden.²³ So verschleiert die Denkschrift der EKD eher die Diskrepanzen, statt sie notwendigerweise aufzudecken und zu klären. Aber die EKD hat trotz allem ihre Lernfähigkeit inzwischen unter Beweis gestellt.²⁴ Das von ihr zusammen mit der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte „Gemeinsame Wort zur wirt

¹⁸ Dies betont vor allem im deutschen Kontext immer wieder Ulrich Duchrow; vgl. insbesondere Duchrow, U. (1987).

¹⁹ Vgl. ÖRK (1992), 54ff.; Duchrow, U. (1994b), 225ff.

²⁰ Vgl. Raiser, K. (1989).

²¹ Siehe EKD (1991).

²² Siehe ÖRK (1992); vgl. auch ÖRK (1990).

²³ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 217ff.; Rhode-Liebenau, W. (1992); Baumgarten, J. (1995), 16ff.

²⁴ Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung zum Thema „Ökumenisches Lernen“ (1985); vgl. auch Baldermann, I. (1986a).

schaftlichen und sozialen Lage Deutschlands²⁵ war dringend notwendig und nach den vielen Auseinandersetzungen nicht unbedingt zu erwarten.²⁶ Das gemeinsame Wort der Kirchen wurde insgesamt positiv aufgenommen. Die Stellungnahme kann jedoch trotz allgemeiner Zustimmung nicht verbergen, daß einige Teilaussagen deutliche Schwachstellen aufweisen. Konkret werden zwar z.B. die Probleme der Armut und Arbeitslosigkeit angesprochen und kritisch bewertet, allerdings geschieht dies ohne die politischen Handlungsträger namhaft zu machen. Im Hinblick auf alternative Strategien werden lediglich Grundthesen angeführt. So spricht das Dokument davon, daß die Menschen die Welt mit anderen Geschöpfen Gottes teilen, Deutschland in dieser Welt zusammen mit anderen Ländern lebt und Solidarität und Gerechtigkeit vor diesem Hintergrund unteilbar sind. Konsequenz und konkret wäre in diesem Zusammenhang aber zu konstatieren, daß für eine lebensfähige Welt insgesamt eine sozial-ökologische Umorientierung sowie eine gerechte Weltwirtschaftsordnung notwendig ist. Dieses Beispiel ließe sich fortführen. Das Gemeinsame Wort orientiert sich statt dessen vielmehr an dem Wunsch nach einem breiten „gesellschaftlichen Konsens“, so daß die Interpretation nach persönlichem Ermessen ausfallen kann und selbst gegenteilige Aussagen getroffen werden, wenn das Dokument im Hinblick auf eine notwendige Gestaltung des Sozialstaates sowohl soziale Reformen als auch Sparmaßnahmen fordert. So liegt es an der kirchlichen Basis, den Christinnen und Christen „von unten“, trotz wohl richtiger Grundthesen ihrer Kirchenleitungen konkrete Vorschläge zur ihrer Verwirklichung zu entwickeln und Analysen vorzulegen, die die eigentlichen Ursachen der Probleme sowie deren Verursacher benennen. Das Sozialwort der Kirchen muß von engagierten Basisgruppen und demokratischen Institutionen aufgegriffen und im Rahmen einer öffentlichen Auseinandersetzung nachgebessert werden. Nur breit angelegte Netzwerke und Bündnisse von kirchlichen Gruppen und Organisationen sind in der Lage, die Forderungen zu einer Strategie gegen Verarmungsprozesse, Arbeitslosigkeit und Zerstörung der Ökologie zu bündeln und als Grundlage zu einer Reformpolitik zu machen.²⁷ In diesem Sinne ist das Sozialwort der Kirchen in Deutschland lediglich ein erster Schritt auf dem richtigen Weg, sie müssen weiter ihr Widerstandspotential und ihre Interventionsmöglichkeiten kreativ und phantasievoll nutzen, wenn sie sich der modernen Marktgesellschaft im neoliberalen Sinn nicht anpassen wollen.²⁸

Die Notwendigkeit von Verweigerung und Widerstand ist aber nicht nur eine Herausforderung für die christliche Kirchen oder kirchlich geprägte Basisgruppen. Hier sind alle „Marktteilnehmer“ jeden Glaubens angesprochen, die die Notwendigkeit einer Neugestaltung sowie Umstrukturierung der Ökonomie als Instrument zur Versorgung der elementaren Lebensbedürfnisse und zum Schutz der natürlichen Ressourcen erkennen. Dabei ist es unumgänglich, auch die Frage nach dem eigenen Lebensstil miteinzubeziehen und den persönlichen Umgang mit Geld und Konsum zu überprüfen. Im Rahmen des Widerstands müssen die Möglichkeiten untersucht werden, inwieweit man sich den deregulierten Mechanismen der Kapitalvermehrung verweigern und sich von den psychologischen Strukturen des „Konsumzwanges“ lösen kann. Neben der grundsätzlichen Frage von Verweigerung und Widerstand hinsichtlich der gesellschaftlichen Kapital- und Konsumorientierung existieren weitere wirksame Widerstandsmöglichkeiten in Form von „Boykotten und Sanktionen.“ Durch eine durchdachte Organisation und Vernetzung sind viele Einzelpersonen in der Lage, durch eine „Politik mit dem Einkaufs

²⁵ Siehe EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1997a); vgl. EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1997b), 37ff.

²⁶ Siehe dazu die Diskussion um die zuvor veröffentlichte Diskussionsgrundlage; vgl. EKD/Deutsche Bischofskonferenz (1994), siehe auch Reese, G. (1995).

²⁷ Vgl. zur kritischen Bewertung des Gemeinsamen Wortes der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Deutschlands auch die Beiträge von Kessler, W. (1997) und Reese, G. (1997). Beide Beiträge knüpfen an die Prinzipien bzw. Grundthesen des Sozialwortes an und entwickeln diese im Hinblick auf konkrete Vorschläge und Strategien gegen Verarmungsprozesse im Sinne einer sozial-ökologischen Wirtschaftsordnung weiter.

²⁸ Vgl. auch Schottroff, L./Schottroff, W. (1988), 49-71.

korb“ mit Hilfe ihrer Verbrauchermacht immensen Einfluß auf politische Institutionen und Handlungsträger ausüben, Ungerechtigkeit zu bekämpfen und Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Dies wurde bereits bei Boykotten und Sanktionen gegenüber der „Apartheidsregierung“ in Südafrika deutlich. In Deutschland sind hier vor allem der „BUKO“ (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und die „Werkstätten Ökonomie“ als solidarische Beratungseinrichtungen zu nennen. Sie unterstützen Verbraucher bei Boykottmaßnahmen oder vergleichbaren Interventionsversuchen und stehen ihnen beratend zur Seite. So ist es möglich, Produkte bestimmter transnationaler Konzerne zu boykottieren, indem man sie nicht kauft. Zudem fürchten die Unternehmen dann um ihre Reputation in der Öffentlichkeit. „Solidarische Briefaktionen“ an die Regierungen und Ministerien können politischen und sozialen Forderungen größeres Gewicht verleihen oder auf bestimmte Probleme aufmerksam machen. Auch verfehlen Kontenkündigungen bei Geschäftsbanken, die offensichtlich strukturelle Gewalt unterstützen und daran mitverdienen, nicht ihre Wirkung. Widerstand als mögliche gesellschaftliche Praxis gegen Verarmungsprozesse bedeutet in diesem Sinne, sich den Mechanismen und Strukturen des globalen freien Marktes, die sich ausschließlich am Kapitalwachstum orientieren, grundsätzlich zu verweigern. Die Macht der Verbraucher und Sparer kann diese entlegitimieren und durch Boykotte sowie Sanktionen in gewissem Maß politischen Druck ausüben. Die Kirche muß dabei die Verwirklichung einer alternativen Kontrastgesellschaft im Sinn der biblischen Traditionen verfolgen und ihr ungeheures Widerstandspotential nutzen. Im Mittelpunkt elementaren Lernens steht in diesem Zusammenhang die Frage, welche konkreten alternativen Kleinformen an eine Widerstandsstrategie anknüpfen und auf sie aufbauen können. Dabei werden neben bereits vorhandenen christlichen und kirchlichen Initiativen auch religiös autonome Gruppen und Projekte angesprochen, die heute gegen die Mechanismen des freien Marktes Widerstand leisten. Sie entwickeln Strategien gegen die soziale und ökonomische Krise und handeln damit im Sinne der biblischen Kontrastgesellschaft, auch wenn sie sich nicht sichtbar zum biblischen Gott bekennen (vgl. Mt 25,34ff.). Beide Formen sind auf gegenseitige Solidarität und ein gemeinschaftliches Miteinander angewiesen. Die Bemühungen der Jesusbewegung gegen Verarmungsprozesse und gegen die Mechanismen der Akkumulation innerhalb des römischen Machtsystems bestand nicht nur aus einer Verweigerungsstrategie, sondern sie hatte diesen auch eine konkrete, gestaltbare Alternative auf der Basis einer neuen Hoffnung entgegensetzen, die Hoffnung auf gesellschaftliche Umkehr und die Herrschaft Gottes. Falls heute gesellschaftliche Umkehr und elementare Lernprozesse nicht gelingen, so werden die Folgen der neoliberalen Marktordnung nicht nur die jetzt schon destabilisierten Gesellschaften der Zweidrittelwelt betreffen, sondern ebenso zunehmend die Länder des Nordens. Die alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen können vor diesem Hintergrund eine zentrale Bedeutung bekommen. Diese eröffnen schon jetzt eine Perspektive und schenken Motivation, denn in jedem Fall stellen die gelebten Alternativen Anknüpfungspunkte für einen möglichen Neubeginn dar. Im Rahmen einer gesellschaftlichen Umkehr bilden sie den Rückhalt, auch für umfassende wirtschaftliche Alternativen, und die Basis jeder politischen Strategie und Intervention.²⁹

Nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus versuchen die Vertreter des Neoliberalismus noch stärker als je zuvor das Dogma durchzusetzen, daß es zum globalen, freien Markt keine wirkliche Alternative gibt. Angesichts dieser Tatsache und bestehender Machtverhältnisse sind daher auch Alternativen notwendig, die möglichst unabhängig von den Mechanismen der neoliberalen Marktordnung als exemplarisches Gegenmodell funktionieren. Dabei geht es auch um die Suche nach Optionen für deren politische Umsetzbarkeit. Der globale Markt stellt sich als einen Vorgang dar, in dem von der lokalen bis hin zum globalen Kontext ökonomische Prozesse auf allen Ebenen eng miteinander verknüpft sind. So muß bei der Suche

²⁹ Vgl. zu der Notwendigkeit und den Dimensionen der Verweigerung auch die Überlegungen von Duchrow, U. (1990), 34ff. und (1994b), 220ff.

nach praktikablen Alternativen darauf geachtet werden, in welchem politischen Kontext man sich befindet, denn alternative Ansatzpunkte auf lokaler Ebene sind nicht gleichzeitig auch für den globalen Kontext geeignet. An diesem Punkt stellt sich die wichtige Frage, von welchen „Zielvorstellungen“ aber eine Ökonomie ausgehen muß, die nicht im Sinne des Neoliberalismus autonomem Charakter hat und daher für Mensch und Schöpfung zu krisenhaften Entwicklungen führt. Die Maxime ist daher, daß ökonomische Prozesse ein vorrangiges „Instrument“ zur Versorgung der elementaren Lebensbedürfnisse aller Menschen darstellen und deren fundamentale Lebensrechte garantieren müssen. Im Gegensatz zu der gegenwärtigen Ökonomie muß die neue grundsätzlich für das Leben aller wirtschaften und es in allen seinen Dimensionen fördern. Daran erinnern unmißverständlich die biblischen Traditionen und Gottes Option für die Armen und Schwachen. Das Leben der gegenwärtig lebenden Menschen, das der gesamten Schöpfung und das Leben der zukünftigen Generation haben absoluten Vorrang.³⁰ Die Ökonomie muß dem Menschen dienen und nicht umgekehrt, die Menschen sind in der neuen Ökonomie Subjekte und nicht Objekte ökonomischer Marktgesetze.³¹ Eine soziale und ökologische Zielvorstellung ist daher immer mit einer demokratischen verknüpft, denn nur so können elementare gesellschaftliche Lernprozesse gelingen und zur Umkehr führen. Dazu gehört auch, daß Basis dieser Ökonomie nicht mehr das Menschenbild des „homo oeconomicus“ ist, der sich den Gesetzen des freien Marktes in Form des Wettbewerbs unterwirft, sondern der Mensch als handelndes Subjekt in der „Gemeinschaft.“ Konkret bedeutet dies, daß das Ziel einer Ökonomie nicht „Gewinnerzielung und Produktionswachstum“ zum Selbstzweck sind, sondern die Befriedigung der „Grundbedürfnisse einer Gemeinschaft“, wie Ernährung, Wohnung, Ausbildung und Kultur, in Freiheit und Partizipation. Dies beinhaltet auch, daß die „Umwelt“ nicht zerstört werden darf, sondern „natürliche Ressourcen“ müssen um „späterer Generationen“ willen geschont werden. Ein alternatives Wirtschaftsmodell muß auf „einheimische und gemeinschaftsbezogene Modelle“ aufgebaut sein, in denen die „Erfahrungen der Bevölkerung“, die „Geschichte“ und die „ökokulturellen“ Bedingungen berücksichtigt werden. Dies bedeutet ein Nebeneinander von vielfältigen und kleinen alternativen „Produktionssystemen, Entscheidungsprozessen und Technologien“, die den unterschiedlichen Lebensbedingungen der Menschen angepaßt sind und ihnen gerecht werden. Dazu gehört auch eine „relative Selbstversorgung von Gemeinschaften, Regionen und Nationen“, die statt des globalen, freien Marktes und der internationalen Unternehmen selbst für die „Produktion und Verteilung“ verantwortlich sind. Die bisher schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft, wie Frauen und Kinder, müssen eine „zentrale und ausgewogene Rolle“ bei der Organisation ökonomischer Prozesse erhalten. So muß sich Ökonomie durch Entwicklungen „von unten nach oben“ aufbauen, wobei die jeweilige Bevölkerung und Gemeinschaft selbst die ihr Leben betreffenden ökonomischen Handlungsweisen bestimmt. Die „ethische Grundlagen“ einer solchen Ökonomie basieren unter anderem darauf, daß alle „Menschen oder Gemeinschaften“ aufeinander angewiesen und von der einen bewohnbaren Erde abhängig sind. Diese gegenseitige Abhängigkeit verlangt ein „System der Ressourcenteilung“, das auf „Autonomie, Gleichheit, partizipativer Demokratie und Solidarität“ aufbaut. Dabei muß der Einzelne als Mitglied einer Gemeinschaft auf „exzessiven Konsum“ verzichten und seine Mitverantwortung aufgrund der global begrenzten, natürlichen Lebensgrundlagen wahrnehmen. Maßstäbe für den Erfolg des Wirtschaftens dürfen nicht ausschließlich „materielles Wachstum“ oder „technologischer Fortschritt“ sein, sondern sie müssen auch das „individuelle, soziale und umweltbezogene Wohlergehen“ berücksichtigen.³² Dazu gehören z.B. „Gesundheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, ausgeglichene Einkommensverteilung, unbezahlte Familienarbeit, bessere Fürsorge für Kinder, Maximierung

³⁰ So z.B. Altvater, E. (1992b); Duchrow, U. (1994b); Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990); Haller, W. (1989), (1992); Kessler, W. (1990), (1996a), (1996b).

³¹ Vgl. zu den Zielvorstellungen die Auseinandersetzung mit der neoliberalen Position in Kap. 1.2

³² In Deutschland wird das wirtschaftliche Wachstum im „Bruttonationalprodukt“ ausgedrückt.

der menschlichen Zufriedenheit“ bei Minimalisierung des „Ressourcenverbrauchs“ und „Abfallaufkommens.“ Schließlich muß der „Staat“ grundlegend die Perspektive „von unten“ einnehmen und zu einem politischen Hilfsmittel werden, das die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vertritt und ein alternatives Wirtschaftsmodell für das konkrete Leben der Menschen fördert. Die genannten Zielvorstellungen sind damit nicht erschöpft, sie bieten aber vorläufig eine ausreichende Orientierungshilfe für eine Neugestaltung der Ökonomie als Instrumentarium zur Sicherung der Lebensbedürfnisse und -rechte aller Menschen.³³ Die didaktische Reflexion elementaren Lernens muß sich nun mit dem Problem auseinandersetzen, ob diese Grundvorstellungen und Zielpunkte in eine konkrete gesellschaftliche Praxis umgesetzt werden können. Die folgenden Überlegungen möchten die für gesellschaftliche Lernprozesse notwendigen Handlungsoptionen zeigen, um von dieser Grundlage aus auf Möglichkeiten einer umfassenden alternativen Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Dabei geht es vor allem um ökonomische Kleinformen bzw. alternative ökonomische Modelle als mögliche Antwort auf eine krisenhafte ökonomische Entwicklung auf lokaler Ebene.

Es wurde bereits deutlich, daß Einzelpersonen, die sich vernetzen, im Hinblick auf ihr Konsumverhalten eine bisher noch sehr wenig wahrgenommene, direkte Verbrauchermacht und durchaus große Einflußmöglichkeiten haben. Daher beginnt gesellschaftliche Praxis gegen die Mechanismen des neoliberalen Marktes zunächst im persönlichen „Lebensstil“³⁴, der den Bereich der Familie miteinschließt. Immer deutlicher wird, daß ohne eine geschlossene Gemeinschaft eine Umkehr angesichts der subtilen Kraft der Medien sowie der Konsumwerbung unmöglich erscheint. Neben vielfältigen autonomen Basisgruppen und Bürgerinitiativen existieren auch in den Kirchen Initiativgruppen, die sich zusammenschließen und im lokalen Kontext gemeinschaftlich einen alternativen Lebensstil und Konsum verfolgen. Die vielfältigen Basisgruppen versuchen selbst, Lernprozesse anzustoßen, sie sind zugleich Lerngemeinschaften elementaren ökumenischen Lernens, in denen viele kleine alternative Schritte zusammenlaufen und zeichenhaft eine mögliche gesellschaftliche Umkehr realisiert wird. Die Handlungsformen der Basisinitiativen verdeutlichen, wie grundlegend wichtig „kommunitäres Handeln und Denken“³⁵ für elementare Lernprozesse sind. Neben den angesprochenen „Boycottmaßnahmen“ ist hierbei die Unterstützung von Produkten „alternativer Betriebe“ sowie „alternativer Banken“ bzw. „Finanzsysteme“ zentral, die den Geldkreislauf der transnationalen Finanzmärkte als Mechanismen der unkontrollierten Kapitalakkumulation im Kleinen durchbrechen. So sind Ansätze und Handlungsperspektiven einer „Mikroökonomie“ sowie alternativer „Mikrofinanzsysteme“³⁶ als Gegenstrategie gegen die ökonomische Krise im lokalen Kontext von entscheidender Bedeutung. Zieht man biblische Parallelen heran, so haben vor allem die Nachfolgeguppen Jesu tragfähige Lebensgemeinschaften gestaltet, die darum bemüht waren, die Menschen in der Hoffnung auf das Reich Gottes sozial und ökonomisch abzusichern. In diesem Sinne war Gemeinde ganzheitlich, die psychosoziale wie auch ökonomische Aspekte umfaßte. Ähnliche alternative Strukturen in Hinblick auf die soziale und ökonomische Versorgung findet man heute vor allem in den „Kommunitäten.“ Diese Gemeinschaften sind weitgehend unabhängig und orientieren sich am Prinzip der „Subsistenzwirtschaft“. Die Verlierer krisenhafter ökonomischer und sozialer Entwicklungen, die z.B. von Obdachlosigkeit oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, schließen sich hier zu einer solidarischen Selbstorganisation zusammen von „Armen für Arme.“ Die Subsistenzwirtschaft als wesentliches Merkmal dieser Lebensgemein

³³ Vgl. zu diesen Grundsätzen eines „Wirtschaftens für das Leben“ den Vertrag des NRO-Forums (Forum von Nichtregierungsorganisationen) über alternative Wirtschaftsmodelle, das 1992 bei der UNCED in Rio stattfand (bei WEED erhältlich). Diese Grundsätze finden sich wieder in Morazán, P. (1994), 71ff.; Duchrow, U. (1994b), 232f., 283f. Siehe dazu auch die übereinstimmenden Beiträge von Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990) und Haller, W. (1990).

³⁴ Vgl. dazu Duchrow, U. (1994b), 256ff. und Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990), 126f.

³⁵ Siehe Duchrow, U./Liedke, G. (1988), 179ff.; EKD (1985), 122ff.; ÖRK (1992), 53f.

³⁶ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 235ff./240ff.

schaften macht die Armen selbst zum Subjekt ökonomischen Handelns. Zusätzliches Einkommen, das mit Hilfe selbstverwalteter alternativer Betriebe und eigener Landwirtschaft erwirtschaftet wird, dient dem Aufbau neuer Projekte, um die Autonomie auszubauen und weitere Menschen an der alternativen Gemeinschaft teilhaben zu lassen. Der erwirtschaftete Surplus wird dabei in die Gemeinschaft reinvestiert, auch dies dient der Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit. Viele gefährdete und von der Gesellschaft ausgeschlossene Menschen finden dort einen neuen Anfang, neues Leben, eine Perspektive und ein Zusammenleben, das sich an der Zielperspektive „Gerechtigkeit“ orientiert. Grundvoraussetzung für die gemeinsame Arbeit ist die Gütergemeinschaft sowie eine Lebensgestaltung, die sich nicht an Konsumbefriedigung orientiert. Die Partizipation an dieser Gesellschaft verlangt keine bestimmten sozialen oder kulturellen Voraussetzungen, Entschlüsse, die die Gemeinschaft oder die gemeinsame Arbeit betreffen, werden basisdemokratisch entschieden. Es existieren heute eine Vielzahl solcher Basisgemeinschaften in aller Welt. Sie haben sich im europäischen Kontext zu einem Netz, dem „European Collective of Christian Base Communities“ (Europäisches Kollektiv christlicher Basisgemeinden), zusammengeschlossen. Daneben existieren aber auch religiös unabhängige Gemeinschaften, zur gemeinsamen Koordination haben sie sich im „Projekt A“ zusammengeschlossen. Die so organisierten Gemeinschaften schaffen Perspektiven für eine Neugestaltung der Ökonomie im Hinblick auf eine ausreichende Versorgung und Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse. Sie bieten erste praktikable Ansätze einer alternativen Ökonomie sowie Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für einen gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Neubeginn. Die Kommunen und kleinere Regionen sind durchaus in der Lage, sich hinsichtlich der grundlegenden Versorgung mehr Unabhängigkeit vom globalen freien Markt zu verschaffen. So ist es nur einleuchtend, wenn eine zukünftige Wirtschaftsform sowie Wirtschaftspolitik von dieser lokalen Basis ausgehend sich organisiert und von dort elementare Impulse erhält. Sie bildet den Ausgangspunkt der Ökonomie, da sie von der Basis her und somit basisdemokratisch so weit wie möglich autonom die Versorgung der Menschen mit dem Lebensnotwendigen der jeweiligen Region gewährleistet, organisiert sowie deren entsprechende Bedürfnisse lokal vor Ort berücksichtigen kann. Dieses Wirtschaften erfordert in städtischen Gebieten eine neue „Stadt-Land-Partnerschaft“, die nach dem Muster einer „Produzenten-VerbraucherInnen-Genossenschaft“ funktionieren kann. Ziel dieses Ansatzes ist, daß die lokalen ökonomischen Modelle und Kleinformen weitgehend Unabhängigkeit von den Mechanismen der freien Marktes erhalten. Entscheidend ist dabei, daß nur jene Produkte und Güter in einen überregionalen Warenaustausch in Umlauf gebracht werden, deren Produktion den lokalen Bedarf übersteigt. Dieses Modell steht in einem starken Gegensatz zu derzeitigen Entwicklungen, in deren Rahmen den lokalen „Kommunen“ mehr und mehr Finanzen gekürzt werden, obwohl sie zunehmend Arbeitslose, Obdachlose und Sozialhilfeempfänger unterstützen müssen, die der gegenwärtigen ökonomischen Krise zum Opfer fallen. Wichtig ist es daher, die alternativen ökonomischen Modelle zu unterstützen und zu schützen, die als erfolgreiche Versuche einer neuen Ökonomie ernst nehmen zu sind. Es eröffnet sich hier ein ungeahnter Raum für vielfältige Möglichkeiten, mit deren Hilfe sich die Menschen mehr Freiräume von den globalen Strukturen des freien Marktes verschaffen können und dadurch auch die Basis für wirtschaftspolitische Handlungsoptionen geschaffen wird.³⁷

Die Möglichkeiten und Perspektiven einer alternativen Mikroökonomie können zahlreiche Lernimpulse anstoßen, da sie zeigen, daß alternatives Wirtschaften im Sinne des biblischen Beurteilungsmaßstabes für ökonomische Prozesse, der Option für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, tatsächlich praxisnah umsetzbar sind. Daher ist es sinnvoll, weitere ökonomische Kleinformen und Modelle zu reflektieren, für die inzwischen eine Vielzahl von Beispielen exi

³⁷ Darin sind sich alle genannten alternativen Entwürfe für eine Ökonomie für das Leben einig; vgl. dazu die Beiträge von Duchrow, U. (1994b), insbesondere 235ff.; Altvater, E. (1992b); Haller, W. (1989); Kessler, W. (1990), (1996a), (1996b); Morazán, P. (1994), insbesondere 57ff.94ff.

stieren. Neben Kessler weist auch Duchrow in seinen Analysen darauf hin, daß sie die „Keimzellen“ und die Basis einer „alternativen Wirtschaftspolitik“ sind, die daran anknüpfen und darauf aufbauen kann. Zunächst sind vor allem die „alternativen Betriebe und Betriebsnetze“ zu nennen, die innerhalb der eigenen Unternehmensführung und -organisation „sozial-ökologischen“ Aspekten einen hohen Stellenwert einräumen. Diese Unternehmen orientieren sich selbst an den Grundbedürfnissen der Menschen und konzentrieren ihre Produktion dementsprechend auf Gebrauchsgüter und lebensnotwendige Dienstleistungen. Alternative Unternehmen bauen auf eine basisdemokratische Betriebsstruktur auf, in der die Mitarbeiter zugleich Miteigentümer sind, in der menschenfreundliche und -würdige Arbeitsbedingungen herrschen und in der Mitarbeiter die Möglichkeit haben, über die Produkte und deren Entwicklung bzw. Herstellung mitzubestimmen. Neben der „Mitbestimmung“ werden auch andere soziale Gesichtspunkte innerhalb der Unternehmensstruktur berücksichtigt, die sich nicht primär an einer reinen Gewinnmaximierung orientieren. Dazu gehört z.B. die Integration behinderter Menschen in die Produktionsprozesse, die Kürzung von Arbeitszeiten der Mitarbeiter oder die Bezahlung „nach Bedarf und Möglichkeit.“ Dies impliziert eine transparente Führung der Geschäftsbücher und intensive Zusammenarbeit mit anderen Betrieben. Duchrow weist im Anschluß an Kessler darauf hin, daß es in Deutschland schon 1990 zwischen 12.000 und 15.000 „selbstverwaltete Betriebe“ mit einer Mitarbeiterzahl von ca. 100.000 Beschäftigten existierten. So haben sich inzwischen auch viele alternative Betriebe und Betriebsnetze im „Projekt A“ zusammengeschlossen, an das sich Interessenten wenden und über die Vorgehensweise bei der Produktion und deren Umfang informieren können. Eine gemeinsame Koordination und ein Zusammenschluß in einem Netzwerk kann Hilfen bei der Unternehmensführung und Beratung bei juristischen Fragen vermitteln. Durch die Zusammenarbeit mit anderen alternativen Betrieben gelingt es den Unternehmen zudem, sich zunehmend mehr Freiräume von den Mechanismen der neoliberalen Marktordnung zu verschaffen.³⁸ Im Bereich der „Technologie“ werden die Entwicklungen immer größer, komplexer, kostenintensiver, soziale und ökologische Aspekte werden noch zu wenig berücksichtigt. Zu nennen sind z.B. Anlagen zur Energieerzeugung, Maschinen für die landwirtschaftliche Nutzung, Industrieanlagen usw. Die Orientierung an einem rein ökonomischen Wachstum führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und hat verheerende ökologische Konsequenzen, wenn mit Hilfe einer neuen Technologie eine höhere Produktivität und Gewinnmaximierung erzielt werden kann. Ein Teil der alternativen Betriebe hat dementsprechend vor diesem Hintergrund sowohl soziale als auch ökologische Zielvorstellungen. Sie versuchen, innovativ alternative Technologien zu entwickeln, die sich an den sozial-ökologischen Voraussetzungen orientieren, d.h. sie sind weniger kostenintensiv und ökologisch wie auch sozial für Mensch und Natur verträglicher. Neben den bisher genannten Netzwerken existieren in bezug auf alternative Technologien der „BAUM“ (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltschonende Materialwirtschaft) und „Pro Future“ in Deutschland, in denen sich die Betriebe und Mitglieder auf ein gemeinsames „ökologisches Management“ festlegen. Alternative Technologien sind vor allem auch für die Zweidrittelwelt lebensnotwendig, denn die Technologie der Industrieländer wird für sie zunehmend unbezahlbarer. Der Kauf dieser Technologien, um im Kontext des globalisierten Marktes konkurrenzfähig zu bleiben, verursacht weitere Verschuldung und ökonomische Abhängigkeiten. Alternative Technologien, die autonom von der westlichen Technik sind, schaffen für die Menschen neue Möglichkeiten, eigene Mittel und Fähigkeiten besser einzusetzen. Damit wird Rücksicht auf die jeweiligen soziokulturellen Voraussetzungen genommen, die grundlegende Bedingung für eine notwendige Autarkie sind. Sie helfen den Verlierern ökonomischer Prozesse, mit ihren eigenen Ressourcen zu überleben und sich selbst zu organisieren. Sie tragen dazu bei, die eigene Gesellschaft und

³⁸ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 241ff; Kessler, W. (1990), insbesondere 108ff. In diesem Beitrag von Wolfgang Kessler sind vielfältige Beispiele einer alternativen Mikroökonomie als Gegenstrategie gegen die ökonomische Krise des globalen freien Marktes aufgeführt.

Lebensform selbständig zu gestalten, also einen eigenen Weg der Befreiung und Entwicklung zu wählen.³⁹ Die Notwendigkeit alternativer Technologien in bezug auf eine sozial-ökologische Ökonomie impliziert auch die Frage nach alternativen Energien.⁴⁰ Die Vorteile „alternativer Energiequellen“, wie der Sonnen- bzw. Solarenergie, sind vor dem Hintergrund der sukzessive geringer werdenden Ressourcen und katastrophalen ökologischen Folgen, die z.B. durch die Kernenergie verursacht werden, trotz aller Widerstände der Energiekonzerne größer. Diese wichtige Frage ist zugleich eine zentrale Zukunftsfrage, es existieren auch in diesem Bereich schon überzeugende Ansätze, die eine solidarische Unterstützung und die staatlicher Institutionen gegenüber den derzeitigen Energieversorgern unbedingt benötigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die „Durchkapitalisierung“ und damit „Industrialisierung“ der „europäischen und nordamerikanischen Landwirtschaft“. Um eine Gewinnmaximierung zu erzielen, wurde ein hohes Maß an Chemie, Maschinen und Kapital eingesetzt. Das so entstandene „transnationale Agrobusiness“ verursachte große Verarmungsprozesse in der Zweidrittelwelt. Darüber hinaus trug es auch wesentlich zur „Verschuldung und Vernichtung bäuerlicher Betriebe“ in den nördlichen Industrieländern bei, lediglich die Großunternehmen können sich auf dem freien Markt dauerhaft behaupten. Die Durchkapitalisierung landwirtschaftlicher Arbeitsprozesse hat unweigerlich eine zerstörende Wirkung für Mensch und Natur zur Folge, d.h. Bodenressourcen werden ohne Rücksicht verbraucht und die Gesundheit der einzelnen Verbraucher wird durch eine industrielle Nutzung von Natur und Tier gefährdet. Hinzu kommt eine hohe Belastung der Steuerzahler für vielfältige Subventionen und für die Lagerung und Vernichtung landwirtschaftlicher Überproduktionen. Die Nutznießer dieses Wirtschaftens sind vor allem die „Banken und die industriellen Großbauern.“ Daher ist eine alternative Nutzung des Landes für eine sozial-ökologisch orientierte Ökonomie grundlegend und unverzichtbar. Auch hier existieren bereits umfassende Alternativvorschläge und alternative ökonomische Kleinformen, die dieses System der sozialen Verarmung und ökologischen Zerstörung durchbrechen. Zwar gestalten solche Ansatzpunkte nicht das gegenwärtige landwirtschaftliche Produktionssystem neu, jedoch bieten sie alternative Perspektiven, die wichtige Impulse geben und die Basis für neue politische Handlungsoptionen und Strategien gegen die krisenhafte ökonomische Entwicklung darstellen. Die „Produzenten-Verbraucher-Genossenschaften“ wurden bereits als Beispiele angesprochen. Eine Möglichkeit der Koordination und Zusammenarbeit bieten vor allem die „BUKO-Agro-Koordination“ (Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Dritte Welt im BUKO) und das „Evangelische Bauernwerk in Württemberg“ (Landwirtschaftliche Fachstelle für entwicklungsbezogene Bildung in der EKD). Die Koalition erstreckt sich aber auch auf verschiedene Umwelt- und Eine-Welt-Gruppen. Die Genossenschaften bestehen oft aus kleinbäuerlichen Betrieben, die sich in ihrem lokalen Umkreis mit den Verbrauchern zusammenschließen und das alternative Modell einer „nachhaltigen Landwirtschaft“ verfolgen. Das bedeutet, daß sie ökologisch gesund und sozial gerecht wirtschaften. Sie zielen auf die Bewahrung der Ökologie, verwenden natürliche Ressourcen und versuchen so weit wie möglich, Energie zu sparen. Um die Verwendung von notwendigen Mitteln bei der Landwirtschaft, die außerhalb gekauft werden müssen, möglichst gering zu halten, werden lokal greifbare und recycelfähige Rohstoffe sowie technisch angemessene Methoden eingesetzt. Dies sind nur einige Möglichkeiten, um eine relative lokale Autonomie, „Selbstversorgung“ und ein „stabiles Einkommen“ für die kleinbäuerlichen Betriebe und Gemeinden vor Ort zu gewährleisten. Damit werden die Betriebe unabhängiger vom Welt- und EG-Agrarmarkt. Sie können dadurch Arbeitsplätze erhalten, bewahren den Boden vor Verseuchung mit Düngemitteln, verhindern überflüssige „Überproduktionen“ und auch die Überschwemmung der Landwirtschaft der

³⁹ Siehe Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990), 122ff. und epd Entwicklungspolitik (1992). Vgl. zur Bedeutung der Technologie im Zusammenhang mit Armut, Arbeitslosigkeit und entfremdeten Arbeit den Beitrag von Schwerdt, R. in Schottroff, L./Schottroff, W. (1986), 194-207.

⁴⁰ E. Altvater sieht in der Frage nach alternativen Technologien und Energien die zentrale Frage für die Zukunft; vgl. dazu Altvater, E. (1992a) und (1992b).

Zweidrittelwelt mit Erzeugnissen zu Schleuderpreisen, die beispielsweise durch die Subventionspolitik der EG entstehen. Verbraucher können zudem qualitativ hochwertige, landwirtschaftliche Produkte einkaufen, womit wieder die Notwendigkeit eines alternativen Konsums angesprochen wird. Auch in anderen Regionen der Welt wird dieses Modell bereits erfolgreich aufgegriffen und verfolgt. Dabei sind allerdings immer die unterschiedlichen Standortbestimmungen, wie z.B. das Klima u.ä., zu berücksichtigen, denen sich eine „nachhaltige Landwirtschaft“ immer wieder anpassen muß. Dies zeigt, daß ein praktikabler Weg, der Verarmung verhindert sowie Solidarität mit Initiative verbindet, möglich ist.⁴¹

Ein alternativer Lebensstil und Konsum kann auch bewußt landwirtschaftliche Produkte unterstützen, die durch einen alternativen Handel vertrieben werden. Die „Aktion Dritte Welt Handel“ ist eine politisch-soziale Bewegung, die in Deutschland einen alternativen Nord-Süd-Handel durchführt. Sie umfaßt ca. 700 Eine-Welt-Läden und einige tausend Aktionsgruppen. Die größte alternative Importorganisation ist die „GEPA“, an der auch mehrere Kirchen beteiligt sind. Inzwischen hat sich besonders der alternative Handel mit Kaffee über die Importorganisation „TRANSFAIR“ bis hin zum normalen Einzelhandel ausgeweitet, um auf die Bedingungen des freien Marktes notwendigen Einfluß auszuüben. Zwar hat der alternative Handel im Vergleich zum globalen Markt nur einen kleinen Umfang, jedoch setzt er sichtbare Maßstäbe, welche Entwicklung eine Veränderung einschlagen muß, wenn die Verarmungsprozesse durch den globalisierten Markt nicht zunehmen sollen. Der Preis für Kaffee auf dem Weltmarkt kann in vielen Regionen der Zweidrittelwelt nicht mehr die „Erzeugerpreise“ erreichen, wodurch die ökonomische Handlungsfähigkeit der Länder des Südens vollends zerstört wird. Ziel des alternativen Handels ist es daher, die „Ungerechtigkeiten des Welthandels“ exemplarisch anhand einzelner Erzeugnisse, wie z.B. Kaffee oder Tee, zu verdeutlichen, um somit auch auf das Bewußtsein der Verbraucher und Konsumenten in den Industrieländern des Nordens einzuwirken. Durch eine bewußte strategische Entwicklung der eigenen ökonomischen Kapazitäten, Ressourcen und damit der „Marktmacht“ besteht die Möglichkeit, Handelsorganisationen entscheidend zu beeinflussen, um die Handelsbedingungen für die Länder der Zweidrittelwelt zu verbessern. Alternativer Handel sichert und verbessert deutlich die Lebensbedingungen der dortigen Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte, die sich überwiegend aus Kleinbauern zusammensetzen. Er leistet keine Entwicklungshilfe, sondern fördert die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der im Handelsgeschehen benachteiligten Produzenten. Die konkreten Maßnahmen des Handels umfassen Erzeugerpreise, die deutlich über dem Niveau des Weltmarkts liegen, längerfristige Liefer- und Abnahmeverträge sowie eine angemessene Vorfinanzierung. Damit werden Kleinbauern-Kooperationen in den Ländern der Zweidrittelwelt vor Ort bei ihrer sozial-ökonomischen Entwicklung unterstützt. Jeder Käufer dieser Produkte, die aus alternativem Handel kommen, leistet damit einen wertvollen Beitrag für die Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort. Zwar werden durch einen alternativen Handel nicht die ungerechten Strukturen des globalen freien Marktes aufgelöst, weil sie primär auf politischer Ebene verändert werden müssen. Da diese Handlungsmöglichkeit aber sehr konkret und praxisnah ist, eignet sie sich gut für die Basisarbeit und kann ein erster Schritt zu einem veränderten Bewußtsein sein sowie Verhaltensänderungen im persönlichen Lebensstil fördern. Durch Unterstützung von alternativen ökonomischen Modellen wächst sukzessive das „Problembewußtsein“ gesellschaftlicher Gruppen, die auf einer breiten Basis Raum für politische Handlungsoptionen schaffen können.⁴²

Alternative ökonomische Modelle und Kleinformen, alternative Betriebe, Landwirtschaft, Technologien, alternativer Handel und Projekte zur Selbsthilfe in der Zweidrittelwelt benötigen finanzielle Unterstützung und Startkapital, um die wirtschaftliche Aktivitäten in Gang zu setzen

⁴¹ Siehe dazu vor allem Duchrow, U. (1991), 52ff.; Duchrow, U. (1994b), 245ff.; Kessler, W. in epd-Dritte Welt Information 8/90.

⁴² Siehe EDCS (1994a), 16 und (1994b), 46ff.; vgl. EDCS (1994c) und (1995); vgl. Duchrow, U. (1994b), 254ff.

oder zu stärken. Viele Projekte der Armen sind nach den normalen Kriterien des Bankgewerbes nicht kreditwürdig, oder es werden Kreditbedingungen gestellt, die ein Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilen und die Menschen in weitere Schuldknechtschaft treiben. Hier sind vor allem alternierende „Mikro-Finanzsysteme“⁴³ als Strategie gegen Armut von fundamentaler Bedeutung. Dabei geht es um die Frage, wie man angesichts der transnationalen Finanzmärkte, deren Handeln sich gänzlich auf die Kapitalakkumulation konzentriert, praktikable Alternativen im Bereich des Umgangs mit Geld überhaupt finden kann. In Europa existiert bereits die Kooperation „INAISE“ (International Association of Investors in the Social Economy), die sich aus 35 alternativen Bankhäusern zusammensetzt. Allerdings sind auch diese Banken zunächst einmal den Bedingungen des Finanzmarktes unterworfen. Sie müssen sich ebenso wie die marktkonformen Banken an bestehende Gesetze orientieren, große Unkosten in Kauf nehmen und natürlich die Spareinlagen ihrer Kunden absichern. Zudem muß eine bestimmte Geldmenge, die sich prozentual nach dem Umfang der an die Kunden verteilten Kredite richtet, bei der Zentralbank ohne Anspruch auf Zinsen zurückgelegt werden, die dann das Geld wieder in die allgemeinen Geldvermehrungsmechanismen und Kreisläufe zurückführt. Unter Berücksichtigung ethischer Aspekte legen auch sie zeitweilig zur Verfügung stehendes Geld, das nicht für Kredite gebraucht wird, bei anderen, nicht alternativ arbeitenden Banken an. Dennoch gelingt es ihnen auch, sich bestimmte Freiräume zu verschaffen, den Geldverkehr ansatzweise zu durchbrechen, zu humanisieren und Alternativen zu gestalten. Ziel ist es, die Unternehmensführung öffentlich zu machen, um ein Verhältnis zwischen Eigentümern, Mitarbeitern, Sparern und Kreditnehmern aufzubauen, das von Vertrauen geprägt ist. Die Banken konzentrieren dabei ihre Geschäfte auf sozial-ökologisch wertvolle Projekte, die von den Kapitalanlegern mit „Investitionskredit“ gefördert werden können. Dies bietet den Geldanlegern zudem die Möglichkeit, ihr Geld zu kontrollieren und Investitionen durch die Banken in Konzerne und Projekte zu verhindern, die an politischer Unterdrückung, Rüstung sowie Umweltzerstörung beteiligt sind. Falls es der persönliche finanzielle Rahmen erlaubt, können die Geldanleger die zu erwartenden Zinsgewinne auch der Bank überlassen. Sie ermöglichen damit, die Kosten für Kredite noch weiter zu senken, um Projekte der Armen, alternative Betriebsnetze und ökologische Unternehmen damit zu finanzieren. Unter den alternativen Modellen in Deutschland sind vor allem die „GLS e.G.“ (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken), die „Ökobank e.G.“ und die kirchliche „EDCS“ (Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft, jetzt „Oikodredit“), die ihren Hauptsitz in den Niederlanden hat, zu nennen. Am Beispiel des Modells der EDCS kann die Arbeit der alternativen Finanzsysteme verdeutlicht werden. Die EDCS ist zugleich als Modell eines elementaren ökumenischen Lernprozesses zu verstehen, da hier zentrale Knotenpunkte eines notwendigen gesellschaftlichen Lernens zusammenlaufen, das ebenfalls die biblische Option für die Armen als wirtschaftsethischer Maßstab berücksichtigt und in die Praxis umzusetzen versucht.

Die EDCS ist eine ökonomische Alternative in der Gemeinschaft von Kirchen und Christen, die als Idee im ÖRK entwickelt wurde. Ziel ist es, die „Entwicklungsbemühungen armer Gemeinschaften“ zu fördern, wobei Entwicklung als „Wirtschaftsfortschritt, soziale Gerechtigkeit und auf Selbstvertrauen gerichteter Befreiungsprozeß“ aufgefaßt wird. Es ist für die Verlierer ökonomischer Prozesse und kleinen Gruppen oft die einzige Möglichkeit, an Kapital zu gelangen. Ein „partnerschaftlicher Kredit“ unter günstigen Bedingungen, wie die EDCS ihn einräumt, stärkt das Vertrauen in die eigene Kraft der Menschen, ihr Selbstwertgefühl und die Möglichkeit zur „Selbsthilfe.“ Er befreit sie aus Abhängigkeiten und ermöglicht eine eigenständige Entwicklung. Die EDCS betreibt die Kreditvergabe nur in Zusammenarbeit mit lokalen Kirchengemeinden, kirchlichen Hilfswerken oder weiteren lokalen Trägern von Hilfsprojekten. Die geförderten Projekte der EDCS sind grundsätzlich an bestimmte „Projektkriterien“ gebunden. So sollen von den geförderten Projekten die Armen und bisherigen Verlierer markt

⁴³ Vgl. Kessler, W. (1993a); siehe im Anschluß an Kessler Duchrow, U. (1994b), 248ff.

wirtschaftlicher Entwicklungen Nutzen haben, da der erwirtschaftete Überschuß unmittelbar ihren Bedürfnissen dient und nicht „zur Bereicherung einiger weniger Investoren und Organisationen“ verwendet wird. Die Projekte tragen zum „wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt“ der ganzen Kleinregion bei und haben Modellcharakter. Dabei werden besonders ökologische Gesichtspunkte und Auswirkungen berücksichtigt. Eine „genossenschaftliche Struktur“ der Projekte soll eine direkte Beteiligung der Armen an der Realisierung und am „Management“ gewährleisten. Im Vordergrund steht die Unterstützung jener Projekte, innerhalb derer „Frauen“ an „Entscheidungsprozessen“, „konzeptionellen Fragen über Aufbau und Arbeitsweise“, „Organisation“, „Durchführung“, „Bewertung“ und „Kontrolle“ berücksichtigt werden und davon einen unmittelbaren Nutzen haben. Durch diese Hilfe zur Selbsthilfe soll ermöglicht werden, daß die meisten Projekte innerhalb einer bestimmten Zeit selbst autonom werden, so daß die Kredite der EDCS langsam nicht mehr benötigt werden. Neben diesen Kriterien, an die die Projekte der EDCS gebunden werden, sind „Grundsätze der partnerschaftlichen Zusammenarbeit“ entwickelt worden, die zum Erfolg des jeweiligen Projektes beitragen sollen. Die „Zusammenarbeit mit den Projektpartnern“ besteht demzufolge aus einem „gemeinsamen Planen und Lernen“ und ist somit „partnerschaftlich“ angelegt, denn nur so können die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen „Kontexte“ des jeweiligen Projektes berücksichtigt werden. Eine sinnvolle Planung aller Projektteilnehmer ermöglicht es, daß die Kredite trotz der zusätzlichen Belastung durch die schwankenden Wechselkurse in „harter Währung“ zurückgezahlt werden können, damit die Kapitaleinlagen der Sparer bzw. Investoren nicht an Wert verlieren und so die Unterstützung weiterer Projekte möglich ist. Es besteht ein fester Zinssatz von 9 Prozent, der bei einer langen Laufzeit den Partnern „Kalkulationssicherheit“ gibt. Die Dauer des Kredites umfaßt einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren, bei denen eine „tilgungsfreie Zeit“ von 1-2 Jahren gewährleistet wird. Auftretende Probleme werden grundsätzlich von allen Beteiligten zusammen gelöst. Falls sich z.B. die Wechselkurse zum Nachteil eines Partners verschlechtern, stehen zum Ausgleich Mittel aus einem „Sonderfonds“ zur Verfügung. Die folgenreichen Entwicklungen innerhalb des globalen Marktes sollen nicht auf Kosten der jeweiligen Partner abgefangen werden. So räumt die EDCS die Möglichkeit ein, eine Rückzahlungsrate zurückzustellen, oder sie senkt den Zinssatz. Dieses ökumenische Wirtschaften der EDCS ist nicht auf die Zweidrittelwelt beschränkt, da Armut ein globales Problem ist. Die Arbeit der EDCS findet in einem weltweiten „ökumenischen Netzwerk“ statt, das einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten sucht. Darin sind auch die einzelnen „Förderkreise“ in Europa und Nordamerika eingebunden. Über diese erfolgt der Erwerb von Anteilen, sie machen die „Entscheidungs- und Beteiligungsmöglichkeiten“ an der EDCS über die Mitgliedschaft in einem der Förderkreise möglich, auch für Einzelpersonen. In Deutschland existieren zur Zeit acht regionale Förderkreise, die mit Hilfe des „Modells der EDCS“ neue Aspekte und Perspektiven in die „entwicklungspolitische Diskussion“ bringen: „die Rolle des Geldes in der Weltwirtschaft, in der kirchlichen Entwicklungsarbeit und im persönlichen Bereich.“ Mitglieder können dabei Kirchen, Gemeinden, Gruppen und Einzelpersonen über die zuständigen regionalen Förderkreise werden, indem sie einen „Genossenschaftsanteil“ in Höhe von 500 holländischen Gulden (ca. 450 DM) oder mehr erwerben. Der Förderkreis betreut die jeweiligen Anteile und schüttet die Überschüsse an die Mitglieder aus. Die EDCS ist basisdemokratisch strukturiert. Jedes Mitglied kann an der jährlichen Mitgliederversammlung auf die „Arbeit und Politik des Förderkreises“ Einfluß nehmen, der über die Handlungsmöglichkeiten der „EDCS-Hauptversammlung“ ebenfalls mitbestimmen kann. Kreditnehmer und Kreditgeber sind gleichberechtigt in der Hauptversammlung, in der jedes Mitglied unabhängig von der Höhe der Einlage nur eine Stimme hat. Sie treten damit in einen gemeinsamen Lernprozeß ein, weil beide verantwortlich sind für lebensnotwendige Entscheidungen. Das gemeinsame Lernen fördert die

Wahrnehmung für globale Zusammenhänge und ist somit ein Modell demokratischer Partizipation und sozial-ökonomischer Gerechtigkeit.⁴⁴

Das Modell der EDCS zeigt, daß Ökonomie auf diesem Weg einem Instrument gemeinschaftlicher Hilfe zur Sicherung der elementaren Lebensrechte wird. Kapital wird so nicht zu einem Objekt der Gewinnsspekulationen, sondern ermöglicht neue Lebenschancen und Perspektiven. Sicher ist es angesichts asymmetrischer Machtverhältnisse und ökonomischer Interessen nicht möglich, mit Hilfe „alternativer Mikro-Finanzsysteme“ die transnationale Finanzwirtschaft zu reformieren, so daß sie lebensfördernd statt lebenszerstörend wirkt. Auch können die alternativen Banken bei ihren Geschäften nicht allen selbstgesetzten ethischen Kriterien und Grundsätzen gerecht werden. Dennoch besteht kein Grund, an diesem Punkt zu resignieren. Entscheidend ist nämlich, daß hier konkrete Schritte gewagt werden, Ökonomie einen instrumentellen Charakter zur Sicherung der Lebensrechte zu verleihen, indem begonnen wird, Kapital in alternative, gerechte ökonomische Prozesse zu investieren, das den Mechanismen des freien, globalen Finanzmarktes entzogen wird. Damit werden trotz der neoliberalen Tendenzen zeichnerhaft neue Perspektiven einer gerechten, sozial-ökologischen Ökonomie eröffnet. Sie sind die Basis, der Kern des Widerstandes gegen die krisenhafte ökonomische Entwicklung des globalen freien Marktes. Auf den deutschen Kontext bezogen kann die Kirche auf allen Ebenen als wichtiger Bündnispartner mit ihrem enormen Widerstandspotential die politischen Versuche unterstützen, die Folgen des Finanzmärkte und des Neoliberalismus punktuell zu durchbrechen, indem sie selbst zunehmend mehr eigenes Kapital zeichnerhaft in alternative Projekte und Anlagemöglichkeiten investiert. Dies hätte große strukturelle Umwandlungen für die Kirche selbst als Institution zur Folge und kann in diesem Rahmen nicht ausführlich diskutiert werden. Die Kirche ist zudem selbst von Verschuldung und Finanzproblemen betroffen. Dennoch muß diskutiert werden, wie man die biblische Option für die Armen als wirtschaftsethischen Maßstab angemessen in eine konkrete gesellschaftliche Praxis umsetzen und welchen Beitrag Kirche dazu leisten kann, daß Ökonomie zu einem Instrument zur Sicherung der Lebensrechte aller Menschen wird.⁴⁵ Daran knüpft auch die Frage nach „gerechter Einkommensverteilung“ innerhalb der Kirchen an. Es wurde bereits deutlich, daß die selbstverwalteten Unternehmen, die Basisgemeinschaften und Kommunitäten versuchen, eine gerechte Verteilung der Einkommen zu realisieren. Auch diese Initiativen stellen eine große Herausforderung an die Kirchen vor allem in den nördlichen Industrieländern dar, die sich am Gehaltssystem der Marktgesellschaft zur Entlohnung ihrer Mitarbeiter orientieren. Die Kirche als Institution und ökonomischer Handlungsträger muß sich hier ebenso mit alternativen Möglichkeiten auseinandersetzen und diese als Optionen angesichts eigener finanzieller Schwierigkeiten diskutieren. Duchrow schlägt in diesem Zusammenhang eine solidarische Umverteilung der Gehälter von „oben nach unten“ vor, die bis zu 10 Prozent des Einkommens betragen würde. Diese Umverteilung würde dann ebenso mit einem „ökumenischen Teilen“ verbunden werden. Durch eine geregelte Umverteilung der Gelder können damit einerseits jene kirchlichen Basisinitiativen unterstützt werden, die sich für eine alternative, sozial-ökologische Ökonomie einsetzen. Andererseits können Anteile des so frei werdenden Geldes im Rahmen des „ökumenischen Teilen“ in Projekte zur Umsetzung globaler Gerechtigkeit zwischen den jeweiligen Kirchen in Nord und Süd investiert werden. Dieses Geld aus kircheninternen „Personalkosten“ kann zusammen mit Spendengeldern einen wichtigen Beitrag zum „innerkirchlichen Teilen auf weltweiter Ebene“ leisten. Aber ein sinnvoller „Geldtransfer“, will er nicht destruktiv wirken, sondern Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen, muß in Rahmenbedingungen und Strukturen eingebettet sein, die vergleichbar sind mit der Projektarbeit der EDCS, die auf gerechte und demokratische Partizipation aller Beteiligten aufbaut. Innerhalb der Kirche setzen sich bereits die Initiativen „PfarrerInnengehalt -

⁴⁴ Vgl. EDCS (1993), (1994a), (1994b); EKD (1985), 129ff.; Dilschneider, G. (1992).

⁴⁵ Siehe dazu Duchrow, U. (1990), 39f; Duchrow, U./Füllkrug-Weitzel, C./Raiser, K. (1989), 116ff.; Duchrow, U. (1994b), 248ff.; Kessler, W. (1993a), insbesondere 33ff.

Ökumenisches Teilen“ und „Solidarischer Lohn - Ökumenisches Teilen“ dafür ein. Diese alternativen ökonomischen Handlungsoptionen und Kleinformen werden zwar das Problem der globalen Verteilungsgerechtigkeit nicht lösen, dennoch sind sie zeichnerische Modelle und Voraussetzungen für wirtschaftspolitische Neugestaltungen.⁴⁶ Die dargestellten Ansatzpunkte ökonomischer Alternativen werfen einige Fragen auf, die aber im Rahmen dieser didaktischen Reflexion im Einzelnen nicht berücksichtigt werden können. Die Handlungsperspektiven im persönlichen Bereich und die der Basisgruppen bzw. -initiativen machen aber deutlich, daß praxisnahe Alternativen verwirklicht werden können. Sie weisen zeichnerisch auf eine Ökonomie, die als Instrumentarium dem Menschen zur Befriedigung seiner elementaren Grundbedürfnisse dient.

Ein nächster Schritt elementaren Lernens ist die Einsicht, daß diese vielfältigen Formen des Widerstandes und alternativer ökonomischer Modelle nicht isoliert handeln dürfen, sondern miteinander in Verbindung stehen sollten, um sich gegenseitig die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Der freie Markt führt zu einer unübersehbaren Scherenentwicklung zwischen Bevölkerungsgruppen und einzelnen Menschen auf allen Ebenen. Vor allem die Verlierer ökonomischer Prozesse werden gespalten. So manifestieren sich zunehmend die destruktiven Strukturen der neoliberalen Marktordnung, in der der freie Konkurrenzkampf permanent Antagonismen produziert. Ökonomische Alternativen, die von einzelnen oder vereinzelt Gruppen verfolgt werden, haben angesichts der Interessenlage wenig Möglichkeiten, dauerhaft zu bestehen. Viele Basisinitiativen und -gruppen haben dies erkannt und machen sich gegenseitig Mut und Hoffnung, indem sie sich untereinander inspirieren und Impulse geben sowie einen regen Informationsfluß über ihre Arbeit organisieren. Die Handlungsform der Vernetzung spielte bereits im biblischen Kontext eine große Rolle. Diese Vernetzungen verdichten sich heute zunehmend zu organisierten Netzen, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen vom lokalen Kontext bis zum globalen entwickeln. Vor allem sind hier die verschiedenen „Solidaritätsnetze“ oder die „ökumenischen Netze“ zu nennen.⁴⁷ Es existieren inzwischen eine Vielzahl solcher Bündnisse, die alle durch die Perspektive eines Wirtschaftens für das Leben, das Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung umfaßt, miteinander verbunden sind.⁴⁸ In Erinnerung an die biblischen Traditionen ist hier der Handlungsort der Kirche. Sie hat auch als institutionelle Organisation den biblischen Auftrag, mit den Armen und Verlierern vom lokalen bis zum globalen Kontext eine Gemeinschaft zu bilden, mit ihnen solidarisch zu handeln, Widerstand gegen die ökonomische Krise, gegen die neoliberale Marktordnung zu leisten und zeichnerische Alternativen verwirklichen. Dabei darf einer Auseinandersetzung mit den ökonomischen und politischen Vertretern der neoliberalen Marktordnung nicht aus dem Weg gegangen werden, Kirche muß das Ringen um Gerechtigkeit solidarisch mit den gesellschaftlich Schwachen und Verlierern durchstehen. Kirchen und Basisinitiativen haben hier eine zentrale Funktion. In diesem Kontext geschieht elementares ökumenisches Lernen, die Auswirkungen neoliberaler Marktordnung und deren zerstörenden Folgen werden unmittelbar mit den Armen erfahren. Zugleich stellen diese Erfahrungen entscheidende Lernimpulse dar, sie können Befreiungsimpulse werden, die motivieren, in Gemeinschaft Strukturen der Ungerechtigkeit zu durchbrechen. Diese gesellschaftliche Praxis ist theologisch betrachtet ein Gottesdienst, ein „Gott-dienen“ im alltäglichen Leben, das konsequent im Sinne der biblischen Traditionen, der Tora, der prophetischen Bewegung sowie der Jesusbewegung nicht vom „wirtschaftlichen und sozialen Leben“ getrennt werden darf. Gottesdienst wird zugleich dort begangen, wo Kirche und Menschen zusammen solidarisch mit den Marginalisierten Widerstand gegen krisenhafte

⁴⁶ Siehe Duchrow, U. (1994b), 258ff., (1990), 39f. und ÖRK 55f.

⁴⁷ Als Beispiel ist das Treffen der Nichtregierungsorganisationen in Rio 1992 zu nennen, zu dem die UNCED eingeladen hatte. Die Ergebnisse dieses Treffens können nachgelesen werden in Morazán, P. (1994).

⁴⁸ Vgl. dazu Kessler, W. (1990), 147ff.; Duchrow, U. (1994b), 262ff.

soziale und ökonomischen Entwicklungen leisten und sich mit Alternativen im lokalen Kontext auseinandersetzen.⁴⁹

Für den Prozeß elementaren Lernens ist nun die Erfahrung entscheidend, daß „die Basisinitiativen als Keimzellen einer neuen Wirtschaftspolitik“ im lokalen Kontext die gegenwärtigen ökonomischen Strukturen und Bedingungen des freien Marktes insgesamt nur neu gestalten können, wenn sie den nationalen, europäischen und damit auch dem globalen Kontext beeinflussen und nach Interventionsmöglichkeiten suchen. Die Verknüpfung der Basisbewegung miteinander sowie mit kirchlichen oder anderen gesellschaftlichen Organisationen wie den Gewerkschaften, die sich durchaus von ökonomischen Mechanismen Autonomie verschaffen können, zielt auf die Entwicklung eines politischen Widerstandes in Form eines gemeinsamen Bündnisses. Diese gemeinsame Verknüpfung kann die Kluft zwischen den Widerstands- und ökonomischen Kleinformen einerseits und den notwendigen politischen Strategien andererseits, die im Zusammenhang mit dem globalen Kontext durchdacht werden müssen, überwinden. Damit bildet die gesellschaftliche Praxis im lokalen Kontext die notwendige Basis für politische Strategien bis hin zur globalen Ebene.⁵⁰ So greift die didaktische Reflexion in einem letzten Schritt elementarer gesellschaftlicher Lernprozesse auf wirtschaftspolitische Konzeptionen zurück, die ein gemeinsames Bündnis der sozial-ökologischen Basisinitiativen unterstützen kann. Ziel elementaren Lernens ist es vor allem, nicht im lokalen Kontext zurückzubleiben, sondern die Lernerfahrungen in Beziehung zum globalen, ökumenischen Horizont zu setzen. Hier wird der ökumenische Gedanke der geschwisterlichen Verbundenheit mit anderen Menschen in der Ökumene deutlich greifbar.

2.3.3 Global denken lernen: Entwicklung von solidarischen Bündnissen und wirtschaftspolitischen Ansätzen im ökumenischen Horizont

Eine schmerzhaft Lernerfahrung ist, daß die derzeitigen politischen Handlungsträger bisher nicht angemessen der ökonomischen Krise des globalisierten freien Marktes begegnen konnten. Statt dessen haben die destruktive Logik und Dynamik des Kapitals viele staatliche Regulierungsmechanismen durchbrochen. So begegnen in diesem Lernprozeß vor allem zwei zentrale Knotenpunkte, die zu einer Auseinandersetzung herausfordern. Es sind einerseits die Entwicklung von Widerstandsformen „von unten“ und alternativen ökonomischen Kleinformen und andererseits der Aufbau einer politischen, demokratischen Gegenmacht zur Kurskorrektur und Regulierung der globalen Marktmechanismen. Die Entwicklung einer „Doppelstrategie“⁵¹ im globalen Kontext ist unbedingt notwendig, um der globalen ökonomischen Krise angemessen zu begegnen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt die einzige Chance zur Neugestaltung ökonomischer Prozesse als Instrument einer gerechten Verteilung und Versorgung. Durch diese umfassende zeichenhafte Umgestaltung der Ökonomie im Sinn des Reich Gottes wird die Hoffnung auf tatsächliche gesellschaftliche Umkehr der Verhältnisse bestärkt. Elementares ökumenisches Lernen muß daher ebenso die Frage aufgreifen, welche Möglichkeiten die Entwicklung von gesellschaftlichen Bündnissen als wirksame Gegenmacht und einer Politik „von unten“ in der neoliberalen Marktgesellschaft hat.

Angesichts der ungleichen Machtverhältnisse und des neoliberalen Konsens in Wirtschaft und Politik erscheint eine politische Intervention zunächst aussichtslos. Berücksichtigt man jedoch die wirtschaftsethischen Impulse der biblischen Überlieferung, so ist der Orientierungs

⁴⁹ Vgl. de Santa Ana, J. (1990), insbesondere 35f.; ÖRK (1990), 51f.; Duchrow, U. (1987), 242ff.

⁵⁰ Vgl. Kessler, W. (1990), 148; siehe im Anschluß daran Duchrow, U. (1994b), 262.

⁵¹ Duchrow, U. (1994b), 219.

punkt immer die klare Option für die Armen als Beurteilungsmaßstab ökonomischer Prozesse. Die Situation der Verlierer ökonomischer Entwicklungen verlangt aus biblischer Perspektive solidarisches Engagement für globale soziale Gerechtigkeit. Sie selbst versuchen im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten politische Absichten zu verfolgen und durchzusetzen, obwohl ganze Regionen und Kontinente bereits von den ökonomischen Prozessen des freien Marktes ausgeschlossen werden, d.h. sie spielen unter neoliberalen ökonomischen Maßstäben keine Rolle mehr und werden sich selbst überlassen. Dies fordert ebenso die Basisinitiativen in den nördlichen Industrieländern zu einer konkreten politischen Initiative heraus, zumal durch die globalen Interdependenzen zunehmend Verarmungsprozesse, obwohl diese noch weitgehend tabuisiert werden, auch im Norden stattfinden und die Gesellschaften auflösen. So müssen die wenig verfügbaren Kräfte didaktisch möglichst sinnvoll genutzt werden, und dies bedeutet eben auch, neben den Widerstandsformen alle vorhandenen politischen Handlungsoptionen zu nutzen und das Denken in einem globalen Kontext nicht aufzugeben. Eine Doppelstrategie gegen globale Verarmungsprozesse hat Sinn, weil durchaus Chancen bestehen, daß zwar nicht die Bevölkerungsmehrheiten, jedoch bestimmte Bevölkerungsteile der Gesellschaften auf spürbare destruktive Entwicklungen des freien Marktes reagieren werden.⁵² Diese destruktiven Wirkungen und Diskrepanzen werden immer offensichtlicher, von denen die unterschiedlichsten sozialen Gruppen betroffen sind. So entstehen auch heute immer wieder in den verschiedenen Kontexten zunehmend mehr solidarische Verbündete. Die Argumente der Resignation und Aussichtslosigkeit angesichts der vorgegebenen Bedingungen sind schwerwiegend, jedoch darf nicht jenes Hoffnungszeichen übersehen werden, daß die Menschen „neue soziale, ökologische und demokratische Bewegungen“⁵³ aufbauen. Zu nennen sind z.B. die Basisinitiativen oder Organisationen (EDCS), die sich für eine lokale und globale Entwicklung des Friedens und des ökologischen Schutzes einsetzen. Eine globale Vernetzung wird dabei angestrebt. Auch sie arbeiten nicht alleine, sondern verbünden sich wiederum mit Arbeiterbewegungen bzw. gewerkschaftlichen Organisationen. Durch die vielfältigen „christlichen Basisbewegungen“ beteiligen sich auch schon einige Kirchen an der Entwicklung eines politischen Gegen-drucks. Die globale Vernetzung hat in vielen kleinen und großen Bündnissen begonnen. Für unseren Kontext ist vor allem das bereits erwähnte Netzwerk „Kairos Europa“ von großer Bedeutung, das eine Vernetzung von verschiedenen Selbsthilfeorganisationen von Betroffenen und Solidaritätsgruppen darstellt. In den USA hat sich ein „Kairos Nordamerika“ gebildet. Die politischen Bemühungen der Bündnisbildungen sind aber ohne „Druck von unten“ zum Scheitern verurteilt. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß bei einem großen Druckpotential von unten durch die Bündnisse die politischen Handlungsmöglichkeiten vergrößert werden können. Bei der Bildung von Gegenmacht kann die Kirche eine zentrale Funktion einnehmen. Von großer Bedeutung ist, daß sich kirchliche Initiativen mit anderen sozial-ökologischen Bewegungen vernetzen, die zeichenhaft im Sinn des Reich Gottes handeln. Lokale Konflikte brauchen lokale Bündnisse, globale Konflikte, die auf den lokalen Kontext wirken, brauchen Netzwerke auf globaler Ebene. Entscheidend ist das globale Denken im ökumenische Horizont jeder christlichen Gemeinschaft. So müssen sich trotz aller berechtigter Skepsis die Bemühungen auf politische Alternativen und Interventionsmöglichkeiten konzentrieren. Dies kann nur durch Vernetzung der Solidaritätsgruppen und der Verlierer der modernen Marktgesellschaft geschehen. Die Entwicklung von politischer Intervention zielt darauf, im lokalen, nationalen, europäischen und globalen Kontext eine „politisch-demokratische“ Regulierung der globalen Marktordnung und dessen Finanzmärkte durchzusetzen.⁵⁴

⁵² Siehe Duchrow, U. (1990), 28ff., (1994b), 54ff.; Duchrow, U. (1991) passim; Raiser, K. (1990a), 166f.

⁵³ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 268.

⁵⁴ Siehe dazu Duchrow, U. (1990), 40ff., (1991), 72ff. bzw. (1994b), 265ff.; epd Entwicklungspolitik (1989); Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990); Kessler, W. (1990), 151ff.; ÖRK (1992), 57ff.; WEED (1994), Folge VI und V, 4. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die praktische Arbeitshilfe und den Aktionsplan von B. Moyer für soziale Bewegungen; vgl. Moyer, B. (1989). Eine knappe Zusammenfassung findet sich in Duchrow, U. (1994b), 270ff.

Elementares Lernen und Verstehen, das sich mit Versuchen auseinandersetzt, die gegenwärtige Marktordnung politisch alternativ zu gestalten, muß immer den globalen Kontext im Blick haben. Die neoliberale Marktordnung und deren globale Finanzmärkte bestimmen die Rahmenbedingungen für die Handlungsmöglichkeiten im lokalen und globalen Kontext. Eine politische Praxis als angemessene Antwort auf die ökonomische Krise muß daher im globalen Kontext auf eine Neuregelung der globalen Ökonomie und des Finanzsystems zielen und umfassende politisch-ökonomische Alternativen verfolgen. Mit den Anstrengungen um eine neue globale ökonomische Ordnung müssen aber zugleich alle Kontexte als mögliche politische Handlungsfelder für ein lebensförderliches Wirtschaften erschlossen werden, um so für Alternativen im globalen Kontext möglichst vielfältige Ausgangs- und Anknüpfungspunkte zu schaffen. Elementares Lernen konzentriert sich zunächst auf die Reflexion politisch-ökonomischer Strategien im „lokalen“ bzw. „nationalen“ und „europäischen“ Kontext⁵⁵, um so auf dieser Grundlage auf globale politisch-ökonomische Handlungsoptionen hinzuweisen. Die folgenden Ausführungen skizzieren nur die wichtigsten Aspekte, die aber für gesellschaftliche Lernprozesse eine wesentliche Orientierung enthalten.

Die Verlierer der modernen Marktgesellschaft sind unmittelbar im „lokalen“ Kontext anzutreffen. Es sind Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, Überschuldete und Empfänger von Sozialhilfe. Auf dieser Ebene entsteht Wohnungslosigkeit durch Mieterhöhungen und Arbeitslosigkeit, Feminisierung der Armut, Abbau von Ausbildungsmöglichkeiten sowie Umweltzerstörung. Hier schlägt der Druck des freien Marktes bedingungslos durch und sind die Verarmungsprozesse am deutlichsten bei den Schwächsten spürbar. Dabei werden den kommunalen Einrichtungen sukzessive die Finanzmittel gestrichen. Die Betroffenen vor Ort müssen lernen zu verstehen, was mit ihnen geschieht, statt sich gegeneinander ausspielen zu lassen. Wie soll das aber geschehen, wenn Armut zumeist handlungsunfähig macht? Vor allem die genannten Basisinitiativen als „soziale Bewegungen der Zivilgesellschaft“ müssen hier vor Ort auf diese Menschen zugehen und sich mit ihnen organisieren. Die Entwicklung von Bündnissen, an denen die Verlierer ökonomischer Prozesse und die Solidarischen beteiligt sind, erweist sich als eine große und zugleich letzte Möglichkeit, die noch vorhandenen demokratischen Handlungsoptionen zu nutzen und die politischen Instanzen zum Handeln gegenüber der neoliberalen Wirtschafts- und Kapitalmacht zu bewegen. Vor Ort müssen praktizierte ökonomische Alternativen mit politischer Praxis zu einer Doppelstrategie verknüpft werden, damit die „Zivilgesellschaft“ im lokalen Kontext primärer Handlungsträger in einer Ökonomie wird, die dem Menschen dient und seine elementaren Lebensgrundlagen sichert. Dabei können lokale Kirchen und Gemeinden wichtige Impulse setzen. Der Gottesdienst als Ausgangspunkt kann die Notwendigkeit ökonomischer Gerechtigkeit im prophetischen Sinne Nachdruck verleihen. Kirchen können mit den Betroffenen und anderen Basisgruppen der Zivilgesellschaft lokale „Vollversammlungen“ und darüber hinaus „Armutskonferenzen“ durchführen. Dazu kann die lokale Gemeinde Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, um gemeinsam über politische Fragen, Bündnisse und Gegenstrategien gegen Armutsprozesse offen diskutieren zu können. Die Kirche vor Ort kann aufgrund ihrer ökumenischen Verantwortung, in der sie steht, selbst elementare ökumenische Lernprozesse initiieren, also mit anderen Initiativen zusammen Bildungsprogramme anbieten, damit die Menschen im lokalen Kontext die Komplexitäten der ökonomischen Strukturen, in der sie leben und arbeiten, besser verstehen. So werden die Menschen an der Basis darauf vorbereitet, Organisationsstrukturen zu entwickeln, die ihnen die Möglichkeit geben, über kleine lokale Gruppen hinaus Kräfte für Vernetzungen und Gegenmacht freizusetzen.⁵⁶

⁵⁵ Duchrow, U. (1994b), 289ff.

⁵⁶ Ebd.; siehe zu Verarmungsprozessen auf lokaler Ebene und Gegenstrategien BAG-Schuldnerberatung (1988); dies./DGB (1994); Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992) passim; ÖRK (1992), 54ff.

Eine alternative „Wirtschaftspolitik und Bündnisbildung“ im „nationalen“ Kontext geht davon aus, daß nicht nur lediglich die Folgen der neoliberalen Marktordnung bekämpft werden dürfen. Eine demokratisch gewählte Staatsführung, die den freien Markt und seine Mechanismen kaum Regulierungen unterwirft, ist nicht mehr in der Lage, die „soziale und ökologische“ Verantwortung aller Marktteilnehmer sicherzustellen. Nach Kessler und Duchrow muß eine nationale Wirtschaftspolitik im Sinn einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“⁵⁷ als Instrument zu einer gerechten Versorgung der Grundbedürfnisse dafür sorgen, daß die Menschen mehr Selbstbestimmungs- sowie Mitbestimmungsrechte über die Produktionsmittel erhalten. Indem die Partizipation der Arbeiter an ökonomischen Prozessen und damit auch „Belegschaftsunternehmen“ gefördert werden, können die Mechanismen der Akkumulation in den Händen weniger reguliert und kontrolliert werden.⁵⁸ „Soziale und ökologische Rahmenbedingungen“ müssen die Wirtschafts- und Finanzordnung des freien Marktes kontrollieren und entsprechend regeln, damit diese für „Menschen und Natur“ wirtschaften und nicht für wirtschaftliches und finanzielles Wachstum um ihrer selbst willen. Nach den Überlegungen Kesslers sind dazu im einzelnen dezidierte Maßnahmen notwendig. Danach ist eine „Verkürzung der Arbeitszeit“ notwendig, d.h. die Arbeitszeit der Erwerbstätigen muß umverteilt werden, da immer mehr „Waren und Dienstleistungen“ mit zunehmend weniger Arbeitskräften hergestellt werden können und die Zahl der Erwerbslosen ansteigt. Das Problem ist, daß sich aus langsam voranschreitenden „Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich“ keine Vorteile ergeben und Arbeitszeitverkürzungen, die größere Zeitspannen umfassen, zu gravierenden Einkommensverlusten führen. Daher sollten Unternehmen mit Hilfe wirtschaftspolitischer Maßnahmen für eine begrenzte Zeit „Zuschüsse für Lohnstückkosten“ erhalten, wenn diese die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter reduzieren und dadurch Arbeitsplätze schaffen. Dabei bekommen Firmen in dem Umfang finanzielle Unterstützung, der dem Kostenaufwand des Staates und der Sozialversicherungen für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit entsprochen hätte. Die Betriebe erhalten so die Möglichkeit, mit Hilfe der „Lohnkosten-Zuschüsse“ einen Ausgleich für die kürzeren Arbeitszeiten und den sich daraus ergebenden niedrigeren Lohn zu zahlen. Damit würde der Staat statt Arbeitslosigkeit vor allem die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ finanziell unterstützen. Von großer Bedeutung ist vor diesem Hintergrund nach Kessler auch ein garantiertes Grundeinkommen bzw. eine „soziale Grundsicherung“ für alle, um so Armutsprozesse, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Abhängigkeit zu überwinden. Neben einer notwendigen „Arbeitsmarktpolitik“ im oben genannten Sinn muß eine „Finanzpolitik“ im Rahmen einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsdemokratie darauf ausgerichtet sein, den gemeinsam erwirtschafteten Gewinn gerecht umzuverteilen, um die „ungleiche Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums“ zu überwinden. Aufgrund der Verarmungsprozesse, von denen vor allem „Langzeitarbeitslose“, „Alleinerziehende“, kinderreiche Familien und Ältere mit niedriger Rente betroffen sind, ist es notwendig, „Sozialleistungen“, wie z.B. „Kinder- und Wohngeld“, zu erhöhen. Allerdings kann eine „soziale Grundsicherung“ nur als Ergänzung zur „Arbeitslosen- und Rentenversicherung“ eine langfristige „Abhängigkeit“ vermeiden. Nach Schätzungen kostet eine Grundsicherung jährlich maximal 12 Milliarden DM, wenn die Grundsicherung 15 Prozent höher liegt als der „Sozialhilfeszatz.“ Durch die Einführung eines „dritten Mehrwertsteuersatzes auf Luxusgüter“, der „Konsumgüter“ besteuert, deren Kosten ein bestimmtes Maximum überschreiten, kann das Grundeinkommen subventioniert werden. Der Überfluß, der entscheidend an den zunehmenden Verarmungsprozessen mitbeteiligt ist, unterstützt damit Strategien gegen Verarmungsprozesse. So wird nicht nur eine untere Begrenzung für Armut geschaffen, sondern auch eine obere für Reichtum und Konsum.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Kessler, (1990), 151ff.; Duchrow, U. (1994b), 275; Morazán, P. (1994); WEED (1993-1994).

⁵⁸ Vgl. Kessler, W. (1990), 151ff. und (1996b), 119-127; Duchrow, U. (1994b), 292ff. Die Firma Opel Hoppmann in Siegen ist ein beispielhaftes Unternehmen, das eine solche Organisationsstruktur umzusetzen versucht.

⁵⁹ Vgl. Kessler, W. (1990), 151ff.; (1996a), 6 und (1996b), 108-118.

Neben der Arbeitsmarktpolitik sieht Kessler vielfältige Möglichkeiten durch eine Verknüpfung von „Ökosteuern“ mit einer „Sozialreform“ im nationalen Kontext gegeben. Die Einführung einer „Öko-“ bzw. „Energiesteuer“ kann nicht nur zu einer ökologischen Produktionsweise führen, sondern auch neue „Arbeitsplätze“ schaffen. Der hohe Energieverbrauch als zentrales ökologisches Problem heutiger Industrienationen erfordert eine Besteuerung „nicht erneuerbarer Energieträger“, wie z.B. „Kohle, Öl, und Gas“ sowie Atomenergie. Eine sukzessiv steigende „Energiesteuer“ fördert Einschränkungen des Energieverbrauchs und vermindert „mittelfristig“ ökologische Probleme. Sie macht zudem die Schaffung alternativer „Technologien“ erforderlich und kann hier wiederum neue Arbeitsplätze schaffen. Darüber hinaus erhält der „Staat“ durch sie für viele Jahre zusätzliche finanzielle Einkünfte, die er wieder in die Herabsetzung der „Lohnnebenkosten“ und in alternative „ökologische“ Projekte investieren kann. Diese Umsteuerung bedeutet eine „ökologische Innovation“, die mit der „Verbilligung des Faktors Arbeit“ verbunden ist.⁶⁰ Hinsichtlich der Kosten des „Faktors Arbeit“ wird festgestellt, daß das bisherige „System der Finanzierung der Sozialversicherungen“ besonders von Firmen mit einer hohen Mitarbeiterzahl finanziell getragen wird, da „Sozialabgaben“ weitere „Lohnzusatzkosten“ darstellen. Dies schafft zugleich Anlaß zu Rationalisierungsmaßnahmen, denn „Entlassungen“ bedeuten zunächst weniger Sozialausgaben. Eine Entlastung arbeitsintensiver Betriebe kann hier eine große Wirkung haben, indem die „Arbeitgeberbeiträge“ zur Finanzierung der Sozialversicherung sich nach der „gesamten Wertschöpfung“ der Unternehmen richten und nicht wie bisher nach den „Löhnen der Beschäftigten“, während die „Arbeitnehmerbeiträge“ ohne Änderung bleiben. So werden einerseits die Unternehmen, die mit mehr Technikaufwand und weniger Arbeitsplätzen arbeiten, in größerem Umfang zur Finanzierung herangezogen, andererseits erfahren Betriebe, die weniger „Umsatz“ erzielen, aber mehr Arbeitsplätze benötigen, eine Entlastung von den „Lohnzusatzkosten“. So werden vor allem auch kleinere Betriebe durch die Kosteneinsparung „konkurrenzfähiger.“⁶¹ Neben der „Energiesteuer“ sowie der „Umstellung der Arbeitgeberbeiträge auf die Wertschöpfung“, die „ökologische Investitionen“ fördern und der Entlastung von Betrieben mit hohen Personalkosten dienen, muß die Politik kräftig in „erneuerbare Energiequellen“, z.B. in „Sonnenenergie“, in ein ökologisch vertretbares „Verkehrssystem“, in eine „ökologisches“ Agrarwesen und in weitere „zukunftsorientierte“ und brauchbare Technologien investieren. Durch die Begrenzung von „Subventionen“, z.B. für die Atomenergie, sowie durch Anteile aus der „Energiesteuer“ kann die Politik Grundlagen für die „soziale“ Dienstleistungsgesellschaft und für eine Industrie schaffen, die die Solarenergie nutzt. Diese ökologischen Investitionen in die Zukunft schaffen nach Kessler „Hunderttausende von Arbeitsplätzen“ und die Basis für die Entwicklung von einem „quantitativen zu einem qualitativen Wachstum.“⁶² Die krisenhafte Ökonomie des freien Marktes und die daraus resultierenden Verarmungsprozesse und die Zerstörung der Ökologie werden in Zukunft nur verhindert, wenn die Gewinne der Gewinner auf Kosten der Verlierer ökonomischer Prozesse für soziale und ökologische Zwecke umverteilt werden. Auf diese Weise kann eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“, die mehr soziale Gerechtigkeit und demokratischere Verhältnisse verwirklicht, hergestellt werden. Allerdings bedarf es dazu auch wieder einer Reform der internationalen Rahmenbedingungen, in denen die verantwortlichen Handlungsträger der Ökonomie nur den Kapitalbesitzern gegenüber, nicht aber der Mehrheit der Menschen verantwortlich sind. An diesem „undemokratischen System“ sind aber nicht nur die Geschäftsbanken und TNCs beteiligt, sondern auch die nationalen Staatsführungen. Vor allem die Regierungen Deutschlands, der USA und Japans unterstützen mit ihrer Politik die Organisationen der globalen Ökonomie (IWF, Weltbank, GATT/WTO, G 7), so daß sie nicht durch „demokratische“ ersetzt werden, die die Finanzmärkte regulieren und transparent

⁶⁰ Vgl. Kessler, W. (1996b), 128-139.

⁶¹ Vgl. Kessler, W. (1996a), 6 und (1996b), 108ff.

⁶² Vgl. Kessler, W. (1996a), 6 und (1996b), 128-159.

machen. Der politische nationale Kontext ist damit für die globale Ebene und für das Leben auf der einen bewohnbaren Erde von entscheidender Bedeutung. Eine notwendige Änderung der Industrieländer in der „Wirtschafts-, Finanz und Sozialpolitik“ wird aber nur geschehen, wenn die Menschen die Komplexität des Wirtschaftssystems durchschauen. Daher ist für elementares ökumenisches Lernen eine Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen im nationalen Kontext, z.B. durch groß angelegte „Bildungsprogramme“ in großem Umfang und den Aufbau von „Studienkreisen“, gleichzeitig zur lokalen Ebene unbedingt notwendig, die die Kirche mit anderen Initiativen durchführen kann. So wird eine bessere Ausgangsposition für die Kirchen und Initiativen vor Ort geschaffen, um sich mit Fragen der Ökonomie auf der säkularen als auch auf der religiösen Ebene auseinanderzusetzen. Es ist entscheidend, daß die Menschen an der Basis eine ökonomische und theologische Kompetenz erlernen. Wichtige Ansprechpartner, die bereits eine Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen anbieten, sind die „Werkstätten Ökonomie“, die „Evangelische Frauenarbeit in Deutschland“ und die „Frauen der Evangelischen Industrie- und Sozialarbeit.“⁶³

Im europäischen Kontext wird Europa durch den „Binnenmarkt“ zu einem wirtschaftlichen Zentrum ausgebaut. Die so entstehende Konzentration von ökonomischer Macht soll im Rahmen des globales freien Marktes in Konkurrenz zu den Machtzentren der USA und Japans treten. Diesem Konkurrenzkampf werden die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen im Sinne der neoliberalen Theorie untergeordnet. So wächst auch in Europa zunehmend die Zahl der Verlierer der ökonomischen Entwicklung. Sie sind von Arbeitslosigkeit, von der sozialen Scherenentwicklung in Arm und Reich, von Verschuldung, Umweltzerstörung und Deregulierung ökonomischer sowie demokratischer Prozesse betroffen. Politisch-ökonomische Alternativen und Strategien gegen eine krisenhafte Ökonomie im europäischen Kontext müssen diesen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des deregulierten Binnenmarktes eine handlungsfähige und demokratische Regulierung entgegensetzen. Das Demokratiedefizit muß durch ein „System parlamentarischer Kontrolle“ in Zusammenarbeit zwischen europäischem Parlament und den einzelnen nationalen Regierungen überwunden werden. Sie müssen gemeinsam eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie und eine entsprechende Steuerpolitik verfolgen. Dabei sollte ein Währungssystem gefunden werden, das nicht die Länder mit „starker“ Währung einseitig bevorzugt. Der Binnenmarkt sieht vor, alle Währungen in Europa durch den Euro zu ersetzen. Dies bedeutet aber, daß sich die Länder mit „schwacher“ Währung dann strengen „Strukturanpassungsmaßnahmen“ unterwerfen müssen, um ihre Währung an die der wirtschaftlich starken Länder anzupassen.⁶⁴ Die verheerenden Folgen solcher Strukturanpassungsmaßnahmen sind in der Zweidrittelwelt unübersehbar. Auf europäischer Ebene organisiert „Kairos Europa“ die bereits angesprochene „Vernetzung von Selbstorganisationen von Betroffenen und Solidaritätsgruppen“ und damit breiten und massiven politischen Druck „von unten.“ Ziel ist es, den lokalen, nationalen und europäischen Kontext weltweit zu vernetzen, um für ein gerechtes Wirtschaften „innerhalb und außerhalb Europas“ zu kämpfen. Eine so vernetzte „Weltwirtschafts-Bürgerrechtsbewegung“ hat ein ungeheures Widerstandspotential und somit realistische Chancen, eine demokratische, sozial-ökologische Wirtschafts- und Finanzpolitik auf allen politischen Handlungsebenen durchzusetzen, denn sie setzt Vertrauen in die Menschen und in eine Vision, sie lernt an Widerständen immer mehr dazu und organisiert konkrete Hoffnung für das Leben. Diese Perspektive kann auch anderen Menschen Mut machen, „Bündnisse der Hoffnung“ zu schließen, ökonomische und soziale Alternativen umzusetzen und damit Formen einer Ökonomie einzuüben, die dem Menschen und seinen elementaren Bedürfnissen dient. Zugleich wird die Basis für politisch-ökonomische Alternati-

⁶³ Vgl. zu den Vorschlägen für Gegenstrategien gegen Armut und für soziale und ökologische Gerechtigkeit auf nationaler Ebene insgesamt Duchrow, U. (1994b), 292ff.; Kessler, W. (1990), 151ff., (1996a), (1996b) passim; siehe Döring, D. u. a. (1991); Hanesch, W. u. a. (1994); Goudzwaard, B./de Lange, H. M. (1990); Haller, W. (1990); Huster, E. U. (1993a), (1993); ÖRK, 55ff.

⁶⁴ Siehe Kessler, W. (1996b), 160-169.

ven der Gerechtigkeit geschaffen, damit eine sozial-ökologische Ökonomie im globalen Kontext möglich wird.⁶⁵ Diese breite Basis im lokalen, nationalen und regionalen Kontext ist eine Voraussetzung für Handlungsperspektiven gegen eine krisenhafte Ökonomie im globalen Kontext. Die Reflexion gesellschaftlicher Lernprozesse sieht es als einen wesentlichen Knotenpunkt elementaren Lernens und Verstehens, daß alle Handlungsebenen, die lokale und die globale, eng miteinander verschränkt sind und nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können.

Die globale Zielperspektive politisch-ökonomischer Alternativen ist eine demokratisch regulierte, sozial und ökologisch orientierte „politische Ökonomie des Recycling.“ Dieses Ziel einer gerechten und lebensfähigen Gesellschaft kann mit dem bereits angesprochenen Begriff einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ treffend zusammengefaßt werden.⁶⁶ Da eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse dieser Analysen weit über den Rahmen der Reflexion elementaren Lernen und Verstehens hinaus gehen würde, sollen auch hier nur die wesentlichen Aspekte in einem knappen Überblick genannt werden, um eine vorläufige und notwendige Orientierung zu erlangen. Globale politisch-ökonomische Alternativen zur neoliberalen Marktordnung müssen sich vor allem auf drei Schwerpunkte konzentrieren: Die „Schuldenkrise“, die „Bretton Woods-Institutionen (IWF, Weltbank und Gatt/WTO)“ und schließlich die „transnationalen Konzerne.“ Hinsichtlich der verheerenden Verarmungsprozesse in der Zweidrittelwelt muß zunächst die Schuldenkrise beendet werden. Der wirtschaftsethische Maßstab der biblischen Traditionen, die „Option für die Armen“, verlangt vor dem Hintergrund der globalen Zusammenhänge einen „vollständigen Schuldenerlaß“ für die verschuldeten Länder der Zweidrittelwelt, der verbunden mit der Möglichkeit zu einem politisch und ökonomischen Neubeginn kommen muß. Hier verknüpfen sich in auffallender Weise die von vielen als höchst aktuell empfundenen Überlegungen der biblischen Überlieferungen, vor allem der Tora, mit der Forderung nach einer Ökonomie als Instrument zur fundamentalen Sicherung der Lebensgrundlagen für alle Menschen. Zwar haben sich die Mechanismen und die Formen ökonomischer Prozesse gewandelt, jedoch werden auch heute im Sinn der neoliberalen Wirtschaftstheorie Menschen den Gesetzen der Ökonomie unterworfen, so daß sie in immer tiefere Armut und Verschuldung geraten, bis sie ihre Lebensgrundlagen verlieren. Es liegen zahlreiche „Entschuldungskonzepte“ und -forderungen von südlichen Ländern, NROs und Kirchen vor. Die wichtigsten Maßnahmen sind die Entwicklung von „Insolvenzregeln“ für überschuldete Länder, damit ein Existenzminimum gesichert wird. Jede politische Regulierung der ökonomischen Krise gegenüber der Verschuldung der Zweidrittelwelt muß berücksichtigen, daß die Überschuldung sich aufgrund z.T. „illegaler“ Vorgänge und gesetzeswidriger Handlungen ereignet hat. Als Beispiel ist die Unterstützung von Militärregierungen zu nennen, die sich als Elite auf Kosten großer Bevölkerungsteile bereichert haben und dann das Land überschuldeten. Nicht zu vergessen ist, daß die Schulden in mehrfacher Höhe schon beglichen worden sind, der „Zinsmechanismus“ jedoch den Abtrag exponentiell ansteigen läßt. Ferner sind die Interventionsmöglichkeiten auf die Geschäftsbanken sowie die politischen Handlungsträger zu nutzen, damit die „Schuldenfrage“ politisiert und durch einen „demokratischen Prozeß“ die Bewältigung der Schuldenproblematik ermöglicht wird. Neben Transparenz und Informationen über die Schuldensituation muß eine „gemeinsame Konferenz“ mit der UNO zur Klärung der Schuldenfrage stattfinden, an der die Hauptakteure und Vertreter der neoliberalen Marktordnung, die Überschuldeten, alternative Basisinitiativen und NROs teilnehmen. Die „Schulden des Nor

⁶⁵ Siehe dazu den ausführlichen Beitrag von Duchrow, U. (1991); vgl. Duchrow, U. (1994a), (1994b), 294ff. und Junge Kirche 9/94, 497ff.

⁶⁶ So vor allem Kessler, W. (1990), 151ff. Im Anschluß daran siehe auch Duchrow, U. (1994b), 275ff. Vgl. die Entwürfe einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ von Altvater, E. (1992a), (1992b), (1993); Duchrow, U. (1994a) und (1994b); Kessler, W. (1990), (1996a), (1996b), (1997); WEED (1993-1994). Zu nennen sind auch die Verträge des NRO-Forums, die bei der UNCED 1992 in Rio entstanden sind; vgl. Morazán, P. (1994). Bekannte NROs sind z.B. das TNI oder WEED.

dens gegenüber dem Süden“, also „koloniale“, „neo-koloniale“ und „ökologische Schulden“, sollten anerkannt werden. Dazu gehört auch die Beendigung des Nettotransfers der Armen von jährlich 50 Mrd. US-Dollar an die Industrieländer des Nordens, d.h. konkret die „Streichung aller Schulden.“ Zudem sollten die reichen Länder 0,7 Prozent ihres BSP als „Entwicklungshilfe“ an die Länder der Zweidrittelwelt für eine „sozialen“, „ökologischen“ und „partizipatorischen“ Neuanfang zur Verfügung stellen. Die ungerechten „terms of trade“ müssen entsprechend so geändert werden, daß die Entwicklungsländer sich nicht wieder neu verschulden und einen gerechten Preis für ihre „Rohstoffe“ erhalten. Die „Strukturanpassungsmaßnahmen“ des IWF müssen sich an einem Entwicklungskonzept orientieren, das sich nicht allein auf ökonomisches „Wachstum“ konzentriert, sondern vielmehr auf die Bevölkerung und deren ökologische Rahmenbedingungen. Die EDCS zeigt vorbildlich, daß es auch anders geht. Die Politik sollte nur solche Geschäftsbanken steuerlich begünstigen, die die Steuererleichterungen an die Schuldner weitergeben. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Rückführung von „Kapitalfluchtgeldern“, die korrupte Eliten der verschuldeten Länder in westlichen Banken deponiert haben. Ebenso sollten solche Banken gezielten „Boykottmaßnahmen“ unterworfen werden, die keine „Schuldenerlasse“ für überschuldete Länder realisieren.⁶⁷

Die Welt benötigt aber darüber hinaus eine neue Zielperspektive über die „globale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert.“ Die ökonomische Krise der Schuldenproblematik ist natürlich nur ein Symptom der ungerechten Strukturen. Um die Verarmungsprozesse global zu beenden und vorbeugende Maßnahmen gegen Armutsprozesse zu treffen, müssen grundlegende Neugestaltungen und politisch-ökonomische Alternativen zu den gegenwärtigen Bretton Woods-Institutionen daran anschließen. Eine Lösung des Verarmungs- und Verschuldungsproblems wird es nicht geben, wenn nicht die Ursachen von Armut, die Strukturen der neoliberalen Marktordnung, geändert werden. Alle „Bretton Woods-Institutionen“ werden weitgehend von den Industrieländern des Nordens beherrscht. So erhält die UNO in bezug auf Probleme der Entwicklung Entscheidungskompetenzen lediglich bei Fragen im Bereich der Friedens- oder Sozialpolitik, während politisch-ökonomische Entschlüsse und Maßnahmen ausschließlich von den Bretton Woods-Institutionen getroffen werden. Würde man diese Institutionen hingegen in ein demokratisiertes UN-System integrieren, so müßten auch die nördlichen Industrieländer vor der UNO verantwortlich handeln und allgemeine Beschlüssen akzeptieren. Die Entwicklung demokratischer Kontrollen ist hier eine notwendige Aufgabe.⁶⁸ Die konkreten Forderungen und Zielvorstellungen zur Durchsetzung einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ im globalen Kontext erkennen, daß die neoliberale Marktordnung zutiefst „undemokratisch“ ist, die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen mißachtet und sich lebensbedrohlich auswirkt.⁶⁹ Eine politisch-ökonomische Alternative dazu konzentriert sich auf „zwei Grundprinzipien.“ Ein Neugestaltung der Ökonomie benötigt sowohl gemeinsame und faire „Regeln“, die für alle Nationen verpflichtend sind, als auch ein „System“, das in der Lage ist, diese Regeln zu realisieren. Dies soll verhindern, daß die ökonomisch starken Industrieländer durch ihre wirtschaftliche Macht mit Hilfe der Bretton Woods-Institutionen auf die überschuldeten Länder der Zweidrittelwelt unmittelbaren Einfluß ausüben und sich selbst dabei jeder Kontrolle von außen entziehen. „Langfristige Zielvorstellungen“ beziehen sich auf die Schaffung einer „globalen Zentralbank“, deren Funktion darin besteht, eine „allgemeine Währung“ zu schaffen, die „Preise“ und „Wechselkurse“ stabil zu halten, einen „globalen Ausgleich zwischen Überschüssen und Defiziten“ und einen „gleichberechtigten Zugang zu internationalen Krediten“ herzustellen. Dies beinhaltet ebenso eine notwendige Zahlungs- und „Kredithilfe“ für

⁶⁷ Vgl. Duchrow, U. (1994b), 282ff. im Anschluß an den NRO-Vertrag zur Schuldenfrage bei WEED; siehe dazu Füssel, K. u. a. (1989) passim; George, S. (1988), 307-339; Reese, G. in Crüsemann, M./Schottroff, W. (1992), 154-183; WEED (1994), Folge VI.

⁶⁸ Vgl. WEED (1993), Folge I, 7.

⁶⁹ Vgl. WEED (1993), Folge I, 5; Duchrow, U. (1994b), 276ff.

arme Länder. Durch die Einführung eines „Systems progressiver Einkommenssteuern“⁷⁰ werden Abgaben von den ökonomisch starken Ländern eingezogen und an schwache Länder weitergegeben. Dabei berücksichtigt die Verwaltung der Steuereinnahmen die Perspektiven aller Beteiligten und orientiert sich an fixierten Vorgaben. So werden die aus dem „gemeinsamen Wirtschaften“ durch den Markt im Verhältnis ungleichmäßig erzielten Überschüsse gerecht umverteilt.⁷¹ Vor allem eine Steuer auf „Spekulationen“ an den globalen Börsen kann viele Probleme lösen. Eine Steuer von 0,5 Prozent auf die Gesamtumsätze der Börsen zwingt einerseits die Kapitalanleger, sich für solche Anlagemöglichkeiten zu entscheiden, die, obwohl sie besteuert werden, noch Gewinne einbringen, was insgesamt zu einer Beruhigung des internationalen Finanzmarktes führen würde. Andererseits kann diese Form der Besteuerung der UNO jährlich 30 Milliarden US-Dollar einbringen, die dann zur langsamen Regulierung der Verschuldung der ärmsten Länder genutzt werden können.⁷² Die Einrichtung einer „Internationalen Handelsorganisation“ schafft eine ungehinderte und für alle Marktteilnehmer gleichrangige Öffnung zu allen Möglichkeiten des globalen Marktes. Diese Institution würde GATT/WTO ablösen und durch ein politisch starkes Gremium im Bereich der UNO und durch Befugnisse zur Kontrolle und Regulation des Handels unterstützt. Dies ist eine wichtige und präventive Maßnahme gegen die permanente Verschärfung der „terms of trade“ für die Länder des Südens. Schließlich muß die UNO selbst umfassend politisch, finanziell und im Bereich des Managements entwickelt werden und eine zentrale Rolle in wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten übernehmen. Ein „Sicherheitsrat für Entwicklung“ setzt dabei die Rahmenbedingungen für eine „globale Entwicklungspolitik“, die sich vor allem auf Probleme der „Ernährungs- und Umweltsicherheit“, „humanitäre und Entwicklungshilfe“, „Schuldenerlaß“ und „soziale Entwicklung“, „Drogenkontrolle“ und „internationale Migration“ konzentriert.⁷³

Bis zur Durchsetzung dieser Vorschläge sollte über Zielvorstellungen nachgedacht werden, die kurzfristig umgesetzt werden können. Während die verschuldeten Länder sich mit Anpassungsmaßnahmen auseinandersetzen müssen, müssen die Industrieländer sich keinen Anpassungsprogrammen unterwerfen. Der „IWF“ muß dahingehend umgestaltet werden, daß er nicht nur sogenannten Entwicklungsländern Anpassungsprogramme auferlegt, sondern auch Industrieländern, um „Defizite“ in der Handelsbilanz auszugleichen und damit die armen und verschuldeten Länder zu entlasten, d.h., daß Zölle auf „Überschüsse“ erhoben werden. Der IWF sollte vor allem stärker die Rolle einer „Weltzentralbank“ übernehmen, die global Geldmittel bereitstellt und verwaltet. So können die deregulierten „transnationalen Finanzmärkte“ wieder reguliert und kontrolliert sowie deren verheerenden Auswirkungen eingedämmt werden. Die Weltbank als weitere Bretton Woods-Institution muß zu ihrer Funktion als wohlwollender Vermittler zwischen den Entwicklungsländern und Kapitalmärkten zurückfinden. Sie sollte neue Darlehensinstrumente entwickeln und dabei die Aufgabe eines „internationalen Investment-trusts“ übernehmen, um Geldmittel aus den Industrieländern besser und sinnvoller in die Entwicklungsländer investieren zu können. Diese Kredite werden zu Bedingungen vergeben, die an die „Wirtschaftskraft der Empfängerländer“ angepaßt sind. Die Schaffung von Darlehensmöglichkeiten auf einer „Zwischenebene“ durch die Weltbank würde den Bedürfnissen der Länder entgegenkommen, die von der „IDA“ (Internationale Entwicklungsorganisation) keine Gelder mehr gewährt bekommen, aber noch nicht so weit entwickelt sind, um den strengeren Bedingungen der „IBRD“ (Weltbank) entsprechen zu können. Eine Reform der Weltbank zielt zudem auf verantwortungsvolles Handeln, Durchsichtigkeit und eine demokratische Struktur, in der eine autonome „Berufungsinstanz“ Einfluß ausüben kann und in alle „Bankinformationen“ einsehen kann. Beide Bretton Woods-Institutionen, IWF und Weltbank,

⁷⁰ Darunter versteht man eine Steuer, deren Sätze entsprechend dem zu steuernden Einkommen ansteigen.

⁷¹ A.a.O.

⁷² Kessler, W. (1996a), 6.

⁷³ Vgl. WEED (1993), Folge I, 5; Duchrow, U. (1994b), 276ff.

müssen demokratische Strukturen entwickeln sowie Mitbestimmungsrechte aller Betroffenen einräumen. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, daß das Welthandelssystem im Sinne eines „sozial-ökologischen Welthandels“ einer dringend notwendigen Reform unterzogen wird, das von den wirtschaftlich starken Ländern durch das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen „GATT“ (WTO) kontrolliert und manipuliert wird. Die GATT-Bestimmungen müssen eine „Stabilisierung der Rohstoffpreise“ gewährleisten, indem sie sich z.B. auf alle Waren erstrecken. Dies betrifft dann auch „landwirtschaftliche und tropische“ Erzeugnisse. Da die wirtschaftlich starken Länder alle Bedingungen sowie Bestimmungen ausschließlich in ihrem Interesse nutzen können, ohne sie aber auf ihre Produkte anzuwenden, muß GATT mit einem Mandat ausgestattet werden, um diese auch gegen die ökonomisch starken Industrieländer durchzusetzen. Schließlich muß im Bereich der Umwelt die „globale Umweltfazilität“, die von „UNDP“, „UNEP“ und der „Weltbank“ beaufsichtigt wird, umstrukturiert werden, um eine bedeutendere Rolle im globalen Umweltschutz zu spielen und eine lebensfähige ökologische Entwicklung besser unterstützen zu können. Diese Umstrukturierung würde auch eine „internationale Umweltsteuer“ beinhalten. Daran schließt auch die Forderung nach einem „globalen System kollektiver Sicherheit“ an, das eine Friedenspolitik sowie globale Demobilisierung beinhaltet und die so eingesparten finanziellen Mittel der „Entwicklungs- und Umweltpolitik“ zuführt. Prinzipiell muß eine völlige Neuorientierung erfolgen, die eine Politik verfolgt, die auf die Entwicklung der Menschen und der Bewahrung ihrer natürlichen Lebensgrundlage ausgerichtet ist und sich nicht primär und ausschließlich auf finanzielles und wirtschaftliches Wachstum beschränkt. Ökonomie muß also zu einem Instrument globaler sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit werden.⁷⁴

Globale politisch-ökonomische Alternativen und Strategien gegen eine krisenhafte Ökonomie sollten sich neben der Regulierung der Finanzmärkte ebenso auf die Regulierung der „TNCs“ konzentrieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt existieren keine Kontrollmechanismen der „internationalen Institutionen“ oder der politischen Führungen, die die TNCs zur Rechenschaft für ihr ökonomisches Handeln ziehen. Allgemeines Ziel ist es daher, Institutionen zu entwickeln, die über entsprechende Revisions- sowie Regulationsmechanismen verfügen, um das Verhalten der TNCs demokratisch zu beeinflussen und zu kontrollieren. Die TNCs müssen die Selbstbestimmungsrechte der „Gastländer“, das gesundheitliche Wohlergehen der Menschen und ihre ökologischen Bedingungen anerkennen, d.h. ihre ökonomischen Engagement muß grundsätzlich auf diese Zielperspektive hin ausgerichtet sein. Im einzelnen müssen in allen Ländern, in denen die TNCs vertreten sind, bestmögliche Sicherheits- und Arbeitsbedingungen, soziale Absicherungen der Arbeiter sowie Schutzmaßnahmen für die Gesundheit und die Umwelt vorhanden sein. Die Erwerbstätigen benötigen sowohl Mitspracherecht über die soziale und ökonomische Gesundheit und Umweltbedingungen in Nord und Süd bzw. Ost als auch eine qualifizierte berufliche „Ausbildung.“ Auch hier ist eine Transparenz der Unternehmen unbedingt erforderlich. Soziale und ökologische Initiativen sowie Institutionen müssen über Aktivitäten der Unternehmen, die besonders soziale und ökologische Bereiche betreffen, über Informationsmöglichkeiten und Einblick in die Unternehmenstruktur verfügen können. Wichtig ist, daß der Richtigkeitserweis für unbedenkliche und ungefährliche Produktionsverfahren für Menschen und Natur grundsätzlich vom „potentiellen Verschmutzer“ und nicht von den „potentiellen Opfern“ oder der „Umwelt“ herbeigeführt werden muß. Da zum jetzigen Zeitpunkt eine „internationale und rechtliche“ Revision der TNCs nicht möglich ist, müssen die sozialen Bewegungen durch den Aufbau von vernetzter Gegenmacht auf die TNCs durch Kampagnen oder Boykottmaßnahmen kritisch einwirken oder Einfluß auf die nationale und europäische Politik ausüben, damit diese rechtliche Maßnahmen unternehmen. Eine Kontrolle

⁷⁴ Vgl. zu den genannten Zielvorstellungen und Forderungen für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ Kessler, W. (1996b), 149-197; UNDP (1992), 78ff.; WEED (1993), Folge I, II und (1994), Folge VI; siehe im Anschluß daran Duchrow, U. (1994a), 18ff. und (1994b), 281f.

und Regulation der TNCs ist neben der der transnationalen Finanzmärkte im Rahmen des globalen freien Marktes bisher die diffizilste Aufgabe.⁷⁵

Die didaktische Reflexion der Knotenpunkte elementaren Lernens und Verstehens, der Strategien gegen die ökonomische Krise der neoliberalen Marktordnung im Hinblick auf Alternativen der Gerechtigkeit und Wege aus der Armut kann nicht abgeschlossen werden, ohne auf neue Bündnisse und Initiativen für politisch-ökonomische Alternativen im lokalen globalen Kontext hinzuweisen.⁷⁶ In der Auseinandersetzung um den Sozialabbau schließen sich zunehmend „Gewerkschaften“, „kirchliche Gruppen“ und „Wohlfahrtsorganisationen“ zusammen, um gegen politische Maßnahmen zu Lasten der gesellschaftlich Schwachen und Verlierer ökonomischer Prozesse Widerstand zu leisten. Der Entscheidungsprozeß zu einem gemeinsamen Sozialwort der Kirchen ermöglichte vielfältige Diskussionen zwischen den Kirchen, den Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen auf verschiedenen Ebenen, die deutlich machten, daß eine Kirche für die sozial Schwächsten gewünscht wird. In vielen Bereichen wurden gemeinsame Interessen herausgestellt: In der „Krise“ darf sich die „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nicht an den ökonomisch Starken orientieren, sondern ausschließlich an den „sozial Schwachen“ und Benachteiligten. Es müssen effektive Entwicklungen gegen die „Arbeitslosigkeit“ wie „Abbau von Überstunden“ und „ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse“, „sinnvolle Beschäftigungsprogramme“ und „Arbeitszeitverkürzungen“ herbeigeführt werden. Daran schließt sich auch eine Verweigerung der Sonntagsarbeit an, da elementare menschliche Bedürfnisse nicht „den Interessen der Wirtschaft und der Technik“ untergeordnet werden dürfen. Das Bündnis verlangt ebenso eine Reform der „Sozialversicherungen“, da das bisherige System unter zu vielen „versicherungsfremden Leistungen“ leidet.⁷⁷ Im Hinblick auf eine „Ökosteuer und Sozialreform“ haben die „IG Bau-Agrar-Umwelt“ und „Bündnis 90/Die Grünen“ ein gemeinsames Konzept entwickelt, das eine „ökologisch-soziale Steuerreform“ zur Förderung „ökologischer Neuerungen“ fordert. Danach können durch die Einnahmen der Ökosteuer „Sozialversicherungsbeiträge, Lohn- und Einkommenssteuer“ gesenkt werden. Durch die ökologischen Steuermaßnahmen verspricht sich vor allem die Baugewerkschaft zusätzliche Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbereichen, insbesondere auch für die Bauwirtschaft. Im Bereich der ökologischen Wirtschaft organisieren sich zudem verschiedene Unternehmer, die eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie suchen, in dem bereits erwähnten „Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewußtes Management“ (BAUM), in der „Umweltinitiative von Unternehme(r)n future e.V.“ und in dem Verband „Unternehmens-Grün“. Alle Verbände verknüpfen ökologische Aktivitäten im eigenen Unternehmen mit dem Anliegen nach einer Durchsetzung einer „ökologischen Steuerreform.“ Auch der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) und „Misereor“ als katholische Entwicklungshilfeorganisation haben sich zusammengeschlossen und fordern eine Absage an das bisherige „deutsche Entwicklungsmodell.“ Kritisiert wird an diesem Modell, daß es zukünftigen Generationen zu große „soziale und ökologische Lasten“ hinterläßt und nicht global durchführbar ist. Hier finden sich „Entwicklungspolitiker“ und „Ökologen“ zusammen, die an einer sozialen und ökologischen Neugestaltung im lokalen und globalen Kontext arbeiten. Dahinter steht der Gedanke, daß der Norden ein Wirtschaftsmodell entwickeln und realisieren muß, das für die Menschen und die Erde global tragfähig ist und eine gemeinsame Zukunft für alle ermöglicht.⁷⁸ Schließlich fordern die in „Kairos Europa“ zusammengeschlossenen ökumenischen Basisgruppen im Rahmen Europas eine „gerechte Währungs- und Sozialunion.“ Danach kann eine Währungsunion nur dann sinnvoll sein, wenn sie eine „Sozialunion“ als Grundlage hat. So sollen

⁷⁵ Siehe NRO-Vertrag zur demokratischen Regulierung Transnationaler Konzerne bei WEED; Werkstatt Ökonomie (1992); Duchrow, U. (1994b), 287ff.

⁷⁶ Vgl dazu die übersichtlichen Informationen von Kessler, W. (1996a), 8.

⁷⁷ Vgl. auch Auer, F. von/Segbers, F. (1995).

⁷⁸ Vgl. auch BUND/Misereor (1996).

erst eine „rechtlich bindende Sozialcharta“ sowie eine „gemeinsame europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ als Voraussetzung für die Währungsunion umgesetzt werden.⁷⁹

Diese vielfältigen Vorschläge und Aspekte einer „sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ müssen für weite Bevölkerungsschichten und gesellschaftlichen Institutionen geöffnet werden, damit sie nicht scheitern. Sie benötigen eine breite gesellschaftliche und politische Basis innerhalb der Bevölkerung, in den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen. Ziel ist es, Ökonomie zu einem „Instrument“ (Müller-Armack) zur Sicherung der Lebensrechte und Lebenschancen aller Menschen im ökumenischen Horizont umzugestalten. Dazu ist jedoch ein gesellschaftlicher, elementarer ökumenischer Lernprozeß notwendig. Die genannten gesellschaftlichen Gruppierungen müssen gezielte Aufklärungsarbeit leisten, d.h. eine Alphabetisierung in Fragen der Ökonomie sowie eine „Alphabetisierung in der Sprache der Hoffnung“ (Baldermann) als zentrale Knotenpunktes des Lernprozesses bedenken, damit Menschen lokal und global nicht resignieren, sondern sich an der Befreiung von einer lebensbedrohenden Ökonomie beteiligen. Jeder ist eingeladen, erste hoffnungsvolle Schritte auf diesem Lernweg zu gehen.⁸⁰

⁷⁹ Vgl. Duchrow, U. (1991), (1992b), (1996), (1997).

⁸⁰ Siehe z.B. ÖRK (1990), (1992) und Morazán, P. (1994).

Elementares ökumenisches Lernen - eine Problemskizze gesellschaftlicher Lernprozesse

*„Die große Schuld des Menschen sind nicht seine Sünden,
die er begeht - die Versuchung ist mächtig und seine Kraft ist gering!
Die große Schuld des Menschen ist,
daß er in jedem Augenblick die Umkehr tun kann und nicht tut.“*

Rabbi Bumann

Die bisherige didaktische Reflexion war darum bemüht, ökumenisches Lernen als ein Lernen nachzuzeichnen, innerhalb dessen heute elementare Verstehens- und Lernprozesse angestoßen werden. In einem ersten Schritt der Elementarisierung und elementaren Lernens wurden aus didaktischer Perspektive jene Knotenpunkte skizziert, die dazu verhelfen, die globalen Mechanismen des freien Marktes, durch die weltweit Menschen in soziale Krisen geraten und zunehmend von Verarmungsprozessen betroffen sind, sehen zu lernen. Sehen lernen im ökumenischen Horizont bedeutet, aus der Perspektive der Opfer und Verlierer, die zugleich eine elementare biblische Perspektive ist, „von unten“ das Ausmaß struktureller Gewalt und die eigene Mitverantwortung darin wahrzunehmen sowie Anknüpfungspunkte für neue Perspektiven der Überlebensfähigkeit zu erschließen. Damit ist ein Überleben in einem umfassenden Sinn des Wortes gemeint: ein Leben, dessen elementaren Lebensrechte gesichert sind und dessen Namen Gott angemessen ist. In einem zweiten Schritt elementaren Lernens und Verstehens hat die didaktische Reflexion die Knotenpunkte darzustellen versucht, die es ermöglichen, aus der Perspektive der biblischen Überlieferung urteilen zu lernen. Dabei ging es um die Kernfrage elementaren ökumenischen Lernens, welche Beurteilungs- und Orientierungsmaßstäbe die Bibel in Wirtschaftsfragen angesichts der ökonomischen Krise enthält und welche gesellschaftliche Praxis für uns als Mitarbeiter in der Schöpfung daraus erwächst. Die biblischen Traditionen bieten vielfältige Gegenstrategien gegen Verarmungsprozesse sowie strukturelle soziale Krisen. Demgegenüber versuchen sie, eine Kontrastgesellschaft aufzubauen, die durch Reformversuche, gangbare Alternativen und solidarisches Handeln gekennzeichnet ist. So erscheinen heute im Ringen um eine Gott angemessene Antwort die Bildung von breiten gesellschaftliche Bündnisse und deren Vernetzungen als mögliche Handlungsformen für die ökumenische Bewegung, Kirchen sowie Solidaritäts- und Basisgruppen, um dem biblischen Urteil gerecht zu werden. Dabei lassen sich mit Hilfe der Rückerinnerung an die biblische Überlieferung Anknüpfungspunkte und Handlungsperspektiven gewinnen, die für heutige gesellschaftliche Lernprozesse und Strategien gegen krisenhafte ökonomische Entwicklungen fruchtbar gemacht werden können. Die Menschen der Bibel verweigern sich, zeigen Widerstand und leben Alternativen gegenüber lebenszerstörenden Strukturen in Wirtschaft und Politik. Sie machen aber auch von prophetischer Intervention Gebrauch, wenn sie Einflußmöglichkeiten entdecken. Schließlich wurde in einem dritten Schritt elementaren Lernens versucht, handeln zu lernen, also jene Knotenpunkte didaktisch zu erschließen, die heute Handlungsperspektiven eröffnen. Der globale freie Markt ist zwar in vielen Bereichen dereguliert und entzieht sich damit weitgehend einer

politischen Kontrolle, jedoch bestehen in den westlichen Industrieländern im jeweiligen lokalen Kontext noch politische Einflußmöglichkeiten und Rechte, die wiederum auf das System Markt einwirken können. Daher ist es sinnvoll, heute eine „Doppelstrategie“ mit dem Ziel zu verfolgen, ökonomische Prozesse so politisch zu regulieren, daß sie als Instrument die Versorgung der elementaren Lebensbedürfnisse aller Menschen gewährleisten. Die politischen Interventionsmöglichkeiten sind aber nicht gebunden, sondern verändern sich zunehmend durch die Stärke und das Engagement der betroffenen und solidarischen Menschen. Die Einflußmöglichkeiten können ausgeweitet werden, je mehr Menschen sich solidarisch engagieren. Das Ziel ist ein „sozial-ökologisches“ Wirtschaften für das Leben.¹ Um dieses Ziel zu erreichen und begehbare Wege aufzuzeigen, ist aber ein umfassender elementarer ökumenischer Lernprozeß notwendig. Die elementaren Knotenpunkte, die heute gelernt werden müssen, lassen sich eigentlich nur mit Hilfe des biblischen Gedankens der „Umkehr“ charakterisieren. Läßt sich aber Umkehr in diesem Sinn wirklich lernen?²

Diese praxisrelevante Frage nötigt zu einer Problemskizze elementarer ökumenischer, gesellschaftlicher Lernprozesse. Ich möchte zu Beginn dieser abschließenden Reflexion von konkreten, praxisbezogenen Erfahrungen ausgehen, die heute im Zusammenhang mit der Basisarbeit in lokalen Solidaritätsgruppen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) gesammelt worden sind, die in Vernetzung mit anderen Gruppen sich intensiv mit der Frage der Gerechtigkeit auseinandersetzen und öffentliche Lernprozesse zu initiieren versuchen. Die Erfahrungen beziehen sich dabei auf den Aufbau einer solchen Initiative, deren Ausgangspunkt zunächst die bestürzende und schockierende Erfahrung war, daß das Geld und die Mechanismen seiner Akkumulation eine solche zerstörerische Dynamik entwickelt haben, die die Folgen des Wettrennens inzwischen weit übertreffen, so daß innenpolitisch und im Hinblick auf die globale Marktwirtschaft die Frage der Gerechtigkeit als Kernproblem thematisiert werden muß. Um nicht vollends sprach- und reaktionslos zu bleiben, kam es zu der Gründung eines Arbeitskreises, um so gegenseitig den Blick für die Paradoxie der Fakten, die durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik geschaffen werden, zu schärfen. Ebenso wie in den Gründungszeiten und Anfängen der Friedensbewegung ging es zunächst darum, sich selbst erst einmal einer eigenen begründeten Argumentation und möglichen Handlungsspielräumen zu vergewissern. Dazu kam die Einsicht, daß es nur im gemeinsamen Dialog gelingen kann, entdeckend und elementar an Wirtschaftsfragen zu lernen. Dabei ist das gemeinsame Gespräch auf folgende Problembereiche gestoßen, mit denen wir es im Hinblick auf ein notwendiges elementares Lernen und gesellschaftliche Lernprozesse zu tun haben: Die gegenwärtigen krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen sind in vielen Punkten widersinnig und entziehen sich der Vernunft. Wo immer man auf solche Absurditäten stößt, müssen sie zunächst in den gemeinsamen Dialog aufgenommen werden. Diese Absurditäten sind menschenfeindlich und lebensbedrohend, deren katastrophale Konsequenzen lassen sich z.T. nur vermuten, z.T. sind die Folgen aber auch genau skizzierbar. Die von dieser Entwicklung ausgehenden bedrohlichen Konsequenzen und Folgen werden in der öffentlichen Diskussion zudem durch eine verharmlosende Sprache verschleiert, die aufgedeckt werden muß. Die alltägliche Selbstverständlichkeit, mit der diese verharmlosende Sprache in den Medien verwendet wird, macht es umso schwieriger zu entdecken, daß es sich hier um eine bewußt die Zusammenhänge verschleiernde und irreführende „Sprachregelung“ handelt. Bisweilen lassen sich die Absichten und Interessen, die sich dahinter verbergen, genau erkennen, manchmal kann man sie nur erahnen. Die Öffentlichkeitsarbeit für mehr Gerechtigkeit und der Versuch, in diesem Sinne Lernprozesse zu initiieren, stößt auf unüberwindliche Hindernisse, falls es nicht gelingen wird, die Verschleierung und manipulative Kraft dieser Sprachregelung zu durchbrechen und damit ihre Unaufrichtigkeit deutlich zu machen. Wo z.B. vom „Sparen“ oder von einem „Bündnis für Wachstum und Beschäftigung“ die

¹ Vgl. z.B. die Beiträge von U. Duchrow, W. Kessler, WEED, ÖRK.

² Ich stelle diese Frage im Anschluß an die Überlegungen von Baldermann, I. (1990b).

Rede ist, ist tatsächlich etwas ganz anderes im Blick. Der Grund dafür, daß eine Politik gegen die Mehrheit eine breite Unterstützung großer Bevölkerungsteile findet und bei so vielen Menschen auf die Akzeptanz stößt, sich ebenso in solchen Denkkategorien zu bewegen, hängt unmittelbar mit der Macht und Konzentration der privaten Medien zusammen. Ihre Einflußmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung entzieht sich zunehmend der demokratischen Regulierung und Kontrolle, so daß aus der Perspektive der Medienkonzerne wenig Interesse an einer grundlegenden Neugestaltung besteht. So wird es immer problematischer, Menschen und politische Mehrheiten zu gewinnen, die sich für notwendige Veränderungen engagieren und für soziale Gerechtigkeit als politisches und gesellschaftliches Ziel einsetzen. Die moderne Medien- und Marktgesellschaft macht die Menschen offensichtlich handlungsunfähig. Wie kann dann aber die verschleiernde Sprachkraft durchbrochen und die bestehenden Hindernisse sowie Verdrängungsmechanismen überwunden werden? Da aufgrund der beschriebenen Faktoren mit einer breit in der Öffentlichkeit angelegten Demonstration zur Zeit nicht gerechnet werden kann, muß im Rahmen eines öffentlichen Protestes Quantität durch Ideenreichtum und Kreativität ersetzt und dieser in der Form öffentlich gemacht werden, in der auch eine kleine Zahl von Menschen wirksam werden kann. In einer konkreten Protestaktion lag es daher für die Initiativgruppe nahe, die verschleiernde und irreführende Sprachregelung aufzugreifen und auf sogenannten Sandwich-Plakaten pointierte Aussagen zu formulieren, um so auf die wachsenden Probleme gegenwärtigen Sozialabbaus, von dem fast alle ja betroffen sind, aufmerksam zu machen. Die Reaktionen der Menschen auf der Straße waren recht unterschiedlich. Überwiegend gingen diese zwar nicht über eine stumme Kenntnisnahme hinaus, jedoch ergaben sich neben interessanten und zustimmenden Gesprächen auch ganz massive Widerstände gegen den öffentlichen Protest, der Ausmaß und Wirkung verschleiernder Sprache erkennen ließ. Zum einen nahm man den Zusammenhang von Geld- bzw. Finanzwirtschaft, Gerechtigkeit und Arbeitslosigkeit so nicht wahr. Zum anderen wehrte man sich heftig gegen eine kritische Betrachtung des Wortes „Sparen“. Die Diskussion brachte insgesamt die allgemeine Akzeptanz rigider Sparmaßnahmen gegenwärtiger Politik im Hinblick auf die Sozialausgaben zum Ausdruck. Hinter diesen Reaktionen der Menschen auf der Straße verbirgt sich jedoch mehr, als zunächst oberflächlich anzunehmen ist. Deutlich ist spürbar, daß sich die soziale Kälte sukzessive ausbreitet und mit ihr der Fatalismus und die massive Angst vor dem Verlust der Lebensgrundlagen: die Angst um den Arbeitsplatz, um die Rente, um die Umwelt und um die Zukunft der Kinder und Enkelkinder. Der Zusammenhang von Angst und lähmender Ohnmacht wird hier unmittelbar greifbar. Angesichts lähmender Angst erweist sich die sicher geglaubte Existenz für die Zukunft als nicht mehr tragfähig, nichts scheint mehr unmöglich zu sein. So verhindern nicht nur irreführende und verschleiernde Sprachregelungen notwendige elementare Lernprozesse. Auch die zerstörerischen Bilder lähmen die Lernfähigkeit und setzen die kollektiven gesellschaftlichen Verdrängungsmechanismen in eine unheilvolle Bewegung. Wenn aber die Lebensfähigkeit der Menschheit vom Gelingen solcher Lernprozesse entscheidend abhängt, woran sollen sie dann anknüpfen?

Ein Vergleich mit weiteren bisher gesammelten politischen Erfahrungen der Friedensbewegung sowie der Ökologie und Eine-Welt-Gruppen, aber auch ein Blick auf biblische Parallelen kann dazu verhelfen, die Konturen des Problems gesellschaftlichen Lernens mit dem Ziel der Umkehr schärfer zu erkennen, um so eine weitere Orientierung für unsere heutige Situation zu gewinnen und für die Weiterarbeit an den notwendigen Lernprozessen Konsequenzen zu formulieren. Die Arbeit in Basisgruppen, die sich mit der Frage der Gerechtigkeit, des Friedens und der Ökologie auseinandersetzen und öffentliche Lernprozesse zu initiieren versuchen, ist selbst tief in solchen Lernerfahrungen verwurzelt, die durch die Angst vor einer möglichen Menschheitskatastrophe geprägt sind. So ist es nur konsequent, wenn man die eigenen Lernerfahrungen in die konkrete politische Arbeit umsetzt, indem man versucht, dieses Entsetzen einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Diese praktische Umsetzung hat eine Vielzahl von Methoden und Handlungsformen in der Öffentlichkeit entwickelt. Mit einem hohen Maß an

didaktischer Kreativität, persönlichem Engagement und großem Aufwand wurden Veranstaltungen durchgeführt, die sowohl die Neugier der Menschen als auch das Bedürfnis ansprechen sollten, fundiert aufgeklärt zu sein. Ebenso machten öffentliche Demonstrationen die gesellschaftliche Verdrängung unübersehbar und forderten mit großer Leidenschaft zu Vernunft und Solidarität auf. Die Frage, die sich jedoch angesichts des betriebenen Aufwandes stellt, ist, warum es nicht ausreicht, lediglich auf die unmittelbaren Bedrohungen aufmerksam zu machen. Die erste Ursache liegt in der Erfahrung begründet, daß ähnlich wie in der Auseinandersetzung mit der atomaren Bedrohung und Hochrüstung heute alles davon abhängt, daß gesellschaftliches, elementares Lernen gegenüber der drohenden Katastrophe einen Schritt voraus sein muß bevor die Möglichkeit zur Umkehr und zum Umlernen nicht mehr gegeben ist. Es wird in der Tat zunehmend fraglich, ob die ökonomische Selbstzerstörung in ihrer voranschreitenden bedrohlichen Entwicklung uns eine Möglichkeit der Umkehr lassen wird. Bereits jetzt sind die Opfer global im Süden, Osten und Norden nur noch in Millionenstatistiken faßbar. Zumindest bleibt fraglich, wieviel Spielraum das Leben nach der Katastrophe noch haben wird. Eine weitere Ursache wurde bereits angedeutet. Im Rahmen der Friedensdiskussion war es bestimmten Interessengruppen immer möglich, die Arbeit der Basisgruppen durch größere Einflußmöglichkeiten in der Öffentlichkeit mit Hilfe der Medien zu durchkreuzen, da ihnen die elementare Forderung nach Umkehr politisch zu gefährlich erschien. Diese finden auch heute noch in der Bevölkerung größere Akzeptanz, da so die folgenschweren Zusammenhänge, da sie die Notwendigkeit des selbstkritischen Wandels eigener, individueller Handlungsformen und Maßstäbe mit Nachdruck deutlich machen, aus dem Bewußtsein verdrängt werden können. Die Parallelen zu den heutigen Auseinandersetzungen in der Frage der Gerechtigkeit sind unübersehbar. Obwohl die Diskussion um den Nord-Süd-Konflikt schon seit Jahren intensiv geführt wird, stehen die Bemühungen noch ganz und gar am Anfang, das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit für diese entscheidende Frage zu sensibilisieren.

Zu diesen gegenwärtigen, elementaren politischen Erfahrungen gibt es ebenso vergleichbare biblische Erfahrungen und Zeugnisse. Der Umkehrruf Jesu und der Jesusbewegung oder der prophetische Appell und Aufruf zur gesellschaftliche Umkehr (siehe Kap. 2.2.3) ist nichts anderes als die Skizzierung einer politisch bedrohlichen Situation. Die Worte haben an Aktualität und treffender, pointierter Darstellung bis heute nichts verloren. Auch sind die Parallelen des Auftretens der Propheten zu den öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen der Basisgruppen, deren leidenschaftliche Argumentationsweise den politisch wie ökonomisch Mächtigen subversiv und bedrohlich erscheint, unübersehbar. Die Argumentationsweise Jesu wie auch die der Propheten in der Öffentlichkeit enthält methodische und didaktische Bemühungen, die mit Nachdrücklichkeit in das Bewußtsein der Menschen dringt. Die starken biblischen Vergleiche machen aber auch im Kontext heutiger Lernprozesse und politischer Erfahrungen deutlich, wie die mit großem Engagement unternommenen Anstrengungen gesellschaftlichen Lernens fehlschlagen und auf massiven Widerstand stoßen. So ist es eine ganz elementare, fast durchgängige Erfahrung fast aller Propheten Israels, daß sie mit ihrer Botschaft bei den Menschen, die sie erreichen wollen, keine Lernprozesse anstoßen und so keine Umkehr aus den Abgründen und Wegen des Todes bewirken können. Insgesamt sind die biblischen Beispiele für glückliche Lernprozesse eher gering. Sucht man nach möglichen Ursachen für das Mißlingen angestrebter Lernprozesse, so geben insbesondere die Propheten selbst darüber Aufschluß. Ihre eindringliche und energische Rede läßt erkennen, daß sie das Ausmaß der Bedrohung und Zerstörung erkennen und sich zugleich über das Ausmaß der Ahnungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Verdrängungsmechanismen der Mächtigen, aber auch der breiten Öffentlichkeit, mit der sie in die Katastrophe hineinsteuern, bestürzt sind. Diese psychologischen Barrieren und Indolenz nicht überwinden zu können führt dazu, daß sie immer leidenschaftlicher die Mechanismen der Verdrängung zu durchbrechen versuchen. Aber je intensiver ihr Engagement, ihre Bemühungen sind, desto weniger gelingt es ihnen, den Verstand und das Herz der Menschen zu erreichen. Diese Erfahrung ist uns auch heute in der Basisarbeit nur zu gut bekannt. Die

Propheten verfügen über kein didaktisch genau durchdachtes Konzept, mit dessen Hilfe sie ihre Rede gestalten und so Einfluß auf die Öffentlichkeit nehmen. Sie argumentieren schließlich zutiefst resignierend, da sie das Leben vom Untergang bedroht sehen. Und eben genau diese Erfahrung haben immer wieder die Basisgruppen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit machen müssen. Je tiefer sie in die Verzweiflung angesichts bedrohender Entwicklungen gerieten und sich dieses Entsetzen in ihrer politischen Arbeit widerspiegelte, je nachdrücklicher die Bedrohung des Lebens angemahnt wurde, desto weniger ließ sich die Öffentlichkeit darauf ein. Offensichtlich provoziert diese Art der Argumentation psychologisch gerade eine solche Reaktion, sie wirkt fatal und trifft auf Ablehnung, da sie vor allem Ängste beschwört.

Betrachtet man jene biblischen Beispiele, deren Argumentation Impulse zur Umkehr und faßbare Lernprozesse in Bewegung setzen konnten, so läßt sich feststellen, daß es ihnen möglich war, der drohenden Zerstörung eine greifbare Hoffnung auf ein neues Leben entgegenzusetzen. Auch Jesus argumentiert mit dieser umfassenden neuen Hoffnung auf Gottes gerechte Herrschaft. Insbesondere seine Aufforderung, im Sinne dieser neuen Hoffnung aufzustehen und sich auf den Weg zu machen, kommt nicht dem allgemeinen Bedürfnis nach einem verklärendem Zukunftsglauben entgegen, sondern ist so subversiv und kritisch, daß er in letzter Konsequenz für diese Hoffnung sein Leben lassen mußte. Die Vision von der erwarteten Herrschaft Gottes steht in völligem Gegensatz zu der erfahrenen Unterdrückung, sie ist die erwartete Herrschaft der Gerechtigkeit und des Friedens. Sie ist somit eine zutiefst politische Hoffnung, die konkret auf die Erlösung der Menschen auf dieser kostbaren geschöpflichen Erde zielt. Jesus hält angesichts der drohenden Katastrophe an dieser Hoffnung fest und argumentiert leidenschaftlich für sie. So ist der Traum einer neuen Hoffnung, die Herrschaft Gottes als Herrschaft der Gerechtigkeit, nur im Kontrast zu den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen zu begreifen. Mit ihr werden keine Bilder des drohenden Untergangs verbunden, sie wird nicht als umfassende Zerstörung erwartet, sondern als Befreiung der Schöpfung und des Lebens aus der Zerstörung. Zwar wird die Wirkung der Hoffnung Jesu bis heute kritisch diskutiert, Faktum ist jedoch, daß seine Predigt und Botschaft ohne diese Hoffnung gescheitert wäre und daß sie bis heute Befreiungs- und Lernimpulse stiftet, die die Menschen in der ganzen Ökumene in verschiedenen politischen Konstellationen so bewegt, daß ein gemeinsamer Lernprozeß an den Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung möglich wurde, der durch den ökumenischen Dialog eine große Dynamik erfährt. Faszinierend an dieser Vision der Hoffnung ist darüber hinaus, daß sie es versteht, auch Kontrahenten miteinzubeziehen.

Schärft man den Blick für gesellschaftliche Lernprozesse dieser Art im Rahmen gegenwärtiger Herausforderungen, so ist sicherlich an den gesellschaftlichen Wandel und die Ereignisse in den Staaten des sogenannten Ostblocks zu denken. Dieser gesellschaftliche Umbruch hat zunächst auch in den Industrieländern des Westens einschneidende Lernprozesse des Umdenkens angestoßen, die zuvor für die Basisgruppen unvorstellbar waren. Alternative Konzepte der Friedensarbeit wurden aufgegriffen und fanden plötzlich Anwendung in der neuen Politik zwischen Ost und West. Selbst die Sprache der Friedensinitiativen ist in den Sprachschatz dieser neuen politischen Kultur eingegangen. Neben dem Abbau der atomaren Hochrüstung ist vor allem auch der Abbau der folgenschweren Menschenbilder zu nennen, die West und Ost jahrzehntelang unheilvoll gegeneinander aufgebaut hatten. Gerade letzteres schien doch aufgrund massiv geschürter Ängste und Verletzungen unüberwindbar zu sein. Wurde die Forderung nach Abrüstung zuvor noch als subversiven Anschlag auf die ökonomische Entwicklung, auf die Arbeitsplätze und damit auf die Grundsäulen der westlichen Industrienationen gewertet, begann man einzuräumen, daß Rüstung auf Dauer letztlich ein Verlust für den wirtschaftlichen Aufschwung bedeutet und auch keine sicheren Arbeitsplätze schaffen kann. Die als subversiv befundenen Gedanken und Impulse der Basisgruppen wurden fester Bestandteil des politischen Tagesgeschehens. Trotzdem ist das endgültige Gelingen der

Umkehr nicht durch die Kleingruppen und deren Netzwerk selbst geschehen. Allerdings wurde durch sie ein Fundament gelegt und das Umdenken dadurch eingeleitet.

Den Medien, insbesondere dem Fernsehen, kam bei der öffentlichen Wirksamkeit dieser gesellschaftlichen Lernprozesse eine zentrale Rolle zu. Von dem Zeitpunkt an, an dem diese sich auf die Seite der Demonstranten stellte und positiv Kundgebungen und Demonstrationen hervorhob, nahmen die Einflußmöglichkeiten der politischen Entscheidungsträger schlagartig ab und das gesellschaftliche Umdenken konnte sich in der Öffentlichkeit entfalten. Und eben diese Erfahrung ist auch bis heute im Hinblick auf notwendige elementare ökumenische Lernprozesse prägend für die Arbeit in Basisgruppen. Sie haben kaum Möglichkeiten, bis zu diesen meinungsbildenden Mechanismen vorzudringen und die Medien zu nutzen, um Lern- und Verstehensprozesse an der Frage der Gerechtigkeit anzustoßen. Der Zugang bleibt ihnen verschlossen. Auch viele Tageszeitungen lehnen die Bereitschaft ab, Informationen der Basisinitiativen zu veröffentlichen. Alle Aktionen und Informationen müssen durch großes persönliches Engagement in mühevoller Kleinarbeit in die Öffentlichkeit hineingetragen werden. Dennoch haben die Kleingruppen den Weg grundsätzlich dafür geebnet, daß Lernprozesse und ein Umdenken in der Friedensdiskussion überhaupt stattfinden konnten. So können die Medien zwar durch ihre Einflußmöglichkeiten ein potentieller Bündnispartner sein, jedoch haben sie auch einen entscheidenden Anteil daran, und dies wird heute in der Diskussion um die Frage der Gerechtigkeit überdeutlich, daß notwendige gesellschaftliche Lernprozesse nicht stattfinden. Die betäubende Wirkung für die Bewußtseinsbildung ist weitreichend. Der Zuschauer ist als Konsument der Flut der Bilder ungeschützt ausgeliefert, solange er nicht über politische Standfestigkeit verfügt. Um der fast ungebrochenen Macht der Medien wenigstens etwas Widerstand entgegenzusetzen zu können, ist es notwendig, daß sich die einzelnen Basisgruppen vernetzen und ein beständiges Netzwerk schaffen, damit elementares ökumenisches Lernen in der breiten Öffentlichkeit eine Chance hat, Fuß zu fassen und Kontinuität zu erlangen. Deutlich wird aus der Retrospektive, daß die langjährige und beharrliche Friedensarbeit der Basisgruppen zwar die Voraussetzungen für umfassende gesellschaftliche Lernprozesse geschaffen hat, diese Arbeit allerdings auch mit großen Entbehrungen und nicht zuletzt mit absoluter Ohnmacht sowie Resignation verbunden war angesichts ausbleibender sichtbarer Ergebnisse. Die gegenwärtige Arbeit an der Frage der Gerechtigkeit muß sich heute mit den gleichen Problemen auseinandersetzen. So muß im Rahmen gesellschaftlicher Lernprozesse auch immer reflektiert und gefragt werden, woher eigentlich der Mut und die Langatmigkeit der Menschen kommt, die in den Basisgruppen die scheinbaren gesellschaftlichen Zwangsläufigkeiten zu durchbrechen versuchen.

Der gesellschaftliche Wandel im Osten und die bisherigen Lernprozesse haben auch gezeigt, daß offenbar unvorhersehbare Situationen entstehen können, in denen die Hoffnung auf Veränderung sich zu einer realen, faßbaren Möglichkeit entwickelt und auch von einer breiteren Öffentlichkeit, die sich zuvor nicht mit der Arbeit der Basisgruppen auseinandergesetzt hat, ein günstiger Zeitpunkt gesehen wird, wirksam einzugreifen. Dies zeigte unter anderem auch z.B. der große Zulauf der Menschen zu den Demonstrationen und Kundgebungen in der DDR. So sind offensichtlich zwei Aspekte in der Didaktik elementarer gesellschaftlicher Lernprozesse miteinander verknüpft. Einerseits die Beharrlichkeit und Ausdauer der Basisgruppen, die scheinbaren gesellschaftlichen Zwangsläufigkeiten sukzessive zu durchbrechen, andererseits die Entdeckung einer plötzlich faßbaren Gelegenheit der Veränderung, die auch große Bevölkerungsteile zur Umkehr motivieren kann und damit neue, unerwartete Bündnispartner verschafft. Aufgrund dieser Erfahrung ist es auch eine entscheidende Herausforderung ökumenischen Lernens, immer wieder den Blick für mögliche Lücken in der scheinbar unüberwindbaren Abwehr gesellschaftlicher Verdrängungsmechanismen und Konformismen zu schärfen, in die man eindringen kann, um so elementar an der Frage der Gerechtigkeit zu lernen und neue Wege zu diesem Ziel zu erschließen. Diese Frage hat sich nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts und des global gewordenen freien

Marktes zur entscheidenden Überlebensfrage entwickelt. Die Menschen haben trotz gesellschaftlichen Wandels alles andere als die ersehnte Freiheit erhalten und einen anderen Weg gewählt. Die Arbeit an notwendigen, umfassenden gesellschaftlichen Lernprozessen im ökumenischen Horizont muß an die bisherigen Lernerfahrungen anknüpfen. Die Problemskizze ökumenischen Lernens und gesellschaftlicher Lernprozesse ergibt somit folgende Konsequenzen für die praktische Weiterarbeit:

Immer noch hängt die Überlebensfähigkeit der Menschheit vom Gelingen umfassender, elementarer gesellschaftlicher Lernprozesse ab. Es sind aber nur wenige, die sich auf den Weg machen und die breite Öffentlichkeit in Bewegung setzen sowie elementares ökumenisches Lernen an der Frage der Gerechtigkeit in Gang bringen müssen. So müssen sich die Überlegungen darauf konzentrieren, wie die wenigen zur Verfügung stehenden Ressourcen didaktisch und damit politisch wirkungsvoll in die öffentliche Auseinandersetzung und Diskussion eingebracht werden können. Dabei ist zu beachten, daß die bestürzenden Bilder katastrophaler Folgen ökonomischer Entwicklungen keine Lernprozesse anstoßen, sondern eher lähmen und auf Ablehnung bzw. Widerstand stoßen. Ohne eine tragfähige Hoffnung im Hinblick auf das konkrete Leben gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf der einen bewohnten Erde sind die Lernprozesse zum Scheitern verurteilt. Auch die, die solche Lernprozesse in Bewegung bringen möchten, können auf Dauer ohne sie nicht arbeiten, sondern stehen in Gefahr, ebenfalls in lähmende Resignation und Ohnmacht zu verfallen. Darüber hinaus hat die Hoffnung auf elementare Lernprozesse mit dem Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Umkehr eine echte Chance, auf die die Basisgruppen insistieren müssen. Die Arbeit an elementaren ökumenischen Lernprozessen an den Fragen der Gerechtigkeit, aber auch des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung erhält wichtige Impulse und Motivation aus dieser Hoffnung. Die Hoffnung auf Umkehr ist schließlich berechtigt, da sich immer wieder auch unverhofft und überraschend neue Bündnispartner finden und gewinnen lassen, die sich solidarisch mit auf den Weg elementaren ökumenischen Lernens begeben.

Anhang

4.1 Adressen

Es gibt in Deutschland viele selbständige Gruppen, Initiativen und Arbeitskreise, die sich mit den Problemen der globalen Armut, des Hungers, der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, der Abhängigkeit und Unterdrückung in der Zweidrittelwelt beschäftigen und praktische Solidarität leisten. Große Hilfsorganisationen haben eine Vielzahl von Ortsgruppen. In vielen Kirchengemeinden, katholischen und evangelischen Studentengemeinden sowie den konfessionslosen Jugendverbänden gibt es Dritte-Welt-Gruppen. Es existieren darüber hinaus lokale und regionale Arbeitskreise bei den Grünen, den Jungsozialisten, der SPD und dem deutschen Gewerkschaftsbund, aber auch bei unabhängigen Bürgerbewegungen und -initiativen. Die Adressen all dieser Gruppen füllen ein ganzes Buch, weshalb ich eine kleine Auswahl treffen mußte, die aber dennoch interessant und nicht ermüdend ist. Zumindest sind die wichtigsten im Text erwähnten Gruppen, Initiativen und Netzwerke für ein Wirtschaften für das Leben aufgeführt, bei denen man in Gerechtigkeit investieren und mitarbeiten oder weitere notwendige Informationen für Strategien gegen Armut bekommen kann.¹

Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden, Geschäftsstelle, Elisabethenstraße 51, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/21911. Die AG3WL ist die Dachorganisation vieler Dritte-Welt-Läden in Deutschland. Neben lokalen Ansprechpartnern gibt es eine Reihe von Regionalbüros.

BAUM (Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewußtes Management), Tinsdaler Kirchweg 211, 22559 Hamburg.

Brot für die Welt, Stafflenbergstraße 76; Postfach 476, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711/2159-0.

BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156. Der BUKO wird von etwa 300 Gruppen getragen, die in ihm die Möglichkeit sehen, ihre Aktivitäten zu koordinieren und ihrem Anliegen in der Öffentlichkeit stärkeres Gewicht zu verleihen. Die jährlichen Kongresse des BUKO werden zunehmend zu einem wichtigen Forum der Kritik.

BUKO-Agro-Koordination (Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Dritte Welt im BUKO), Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/392526.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, Motzstraße 1, 34117 Kassel, Tel.: 0561/771093.

¹ Falls Adressen möglicherweise inzwischen überholt sein sollten, verweise ich auf die „Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung“, deren umfangreiche Adressenkartei permanent aktualisiert wird.

Dritte Welt Haus Bielefeld e.V., August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521/62802.

EDCS (Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft), Hauptgeschäftsstelle, Utrechtsweg 91, NL-3818 EB Amersfoort. Die EDCS hat in Deutschland acht regionale Förderkreise, die im Folgenden aufgeführt sind.

EDCS Förderkreis Berlin e.V., Sonnenallee 315, 12057 Berlin, Tel.: 030/6843289.

EDCS Norddeutscher Förderkreis e.V., Adolfstraße 21, 22926 Ahrensburg, Tel.: 04102/50419.

EDCS Förderkreis Niedersachsen-Bremen e.V., Geschäftsstelle, Haferweg 5, 38518 Gifhorn, Tel.: 05371/74252.

EDCS Westdeutscher Förderkreis e.V., Geschäftsstelle, Adenauerallee 37, 53113 Bonn, Tel.: 0228/26798-61/62.

EDCS Förderkreis Hessen-Pfalz e.V., Ökumenische Werkstatt, Querallee 50, 34119 Kassel, Tel.: 0561/776063.

EDCS Südwestdeutscher Förderkreis e.V., Geschäftsstelle, Gänsheidestraße 43, 70184 Stuttgart, Tel.: 0711/245011.

EDCS Bayrischer Förderkreis e.V., Geschäftsstelle, Pirckheimerstraße 331 90408 Nürnberg, Tel.: 0911/9354-351.

Förderkreis der EDCS im östlichen Deutschland e.V., Walther-Rathenau-Straße 19a, 39167 Niederndodeleben, Tel.: 039204/5277.

European Collective of Christian Base Communities, Mariahoek 16-17, Postbus 19 170, NL-3501 DD Utrecht.

Ev. Bauernwerk in Württemberg (Landwirtschaftliche Fachstelle für entwicklungsbezogene Bildung der EKD), Haldenweg 10, 74653 Künzelsau, 07940/2667 oder 521.

Ev. Frauenarbeit in Deutschland, Lindenstraße 34, 60325 Frankfurt.

Frauen der Ev. Industrie und Sozialarbeit, Am Gonsenheimer Spieß 6, 55122 Mainz.

GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt), Geschäftsstelle, Talstraße 20, 58332 Schwelm. Es existieren mehrere Regionalstellen.

GLS (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken), Oskar-Hoffmann-Straße 25, 44789 Bochum.

INAISE (International Association of Investors in the Social Economy), 63 Rue Montoyer, B-1040 Brussels.

Institute for Soeial Studies, Cees Hamelink, P.O. Box 90733, NL-2509 LS The Hague.

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., Johann-von-Werth-Straße 37, 80639 München, Fax: 089/1689415.

Kairos Europa-Projektkoordination, Ulrich Duchrow/Martin Gück, Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221/780718.

Ökobank e.G., Bornheimer Landstraße 22, 60316 Frankfurt.

Pax Christi, Deutsche Sektion, Feststraße 9, 61118 Bad Vilbel.

Projekt A-Gruppe, Frankfurter Straße 2a, 35037 Marburg.

Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel, Tel.: 06171/700310.

Südwind, Institut für Ökonomie und Ökumene, Lindenstraße 58-60, 53721 Siegburg, Tel.: 02241/53617.

TNI (Transnational Institute), Paulus Potterstraat 20, NL-1071 DA Amsterdam, Tel.: 0031-20/6626608.

Transfair e.V., Sülzburgstraße 144, 50937 Köln.

Umweltinitiative future e.V., Kollegienwall 22a, 49047 Osnabrück.

UnternehmensGrün, Riekestraße 26, 70190 Stuttgart.

Verlag Junge Kirche, Postfach 100707, 28007 Bremen, Tel.: 0421/71648

WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Berliner Platz 1, 53111 Bonn, Tel.: 0228/696479.

Werkstatt Ökonomie, Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit e.V., Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg.

4.2 Kleines Begriffslexikon

Viele der im Text verwendeten Begriffe sind hier nochmals zusammenfassend und im Überblick zum Nachschlagen dargestellt. Dies ist eine notwendige Ergänzung, um die Komplexität des Themas transparenter zu machen. Die umfangreiche Terminologie begegnet uns zwar immer wieder in den Medien, Zeitungsartikeln und Büchern, jedoch ist sie den meisten unverständlich. Das knappe, aber dennoch hilfreiche Begriffslexikon soll hier zur Aufklärung beitragen.²

² Zusammengestellt nach Duchrow, U./Füllkrug-Weitzel, C./Raiser, K. (1989); Füssel, K. u. a. (1989); Gück, M. (1996a).

Auslandsschulden: Die bestehenden Schulden eines Staates oder seiner Bürger gegenüber ausländischen Banken oder anderen Staaten. Sie werden auch als externe Verschuldung bezeichnet.

Austeritäts-Politik: Allgemeine Maßnahmen zur Dämpfung des Preisauftriebs durch restriktive Staatshaushalts- und Lohnpolitik, also äußerst strenge Haushaltsführung. Die strukturellen Anpassungsmaßnahmen des IWF enthalten oft starke Austeritätselemente.

Bretton-Woods-System: Das Übereinkommen von Bretton Woods im Jahr 1944 bildete die Grundlage der internationalen Währungsordnung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Übereinkommen wurde überwiegend nach den Vorstellungen der USA ausgerichtet, die damit weiter ihre Stellung als stärkste Wirtschaftsmacht, politische Weltmacht sowie potenteste Gläubigernation manifestierte. Die damals 45 Mitgliedsländer des in Bretton Woods gegründeten IWF vereinbarten die Fixierung der Wechselkurse. Die nationalen Währungsbehörden mußten deren Einhaltung kontrollieren, indem sie Interventionsmaßnahmen währungs- und wirtschaftspolitischer Art anwenden konnten. Dabei übernahm der US-Dollar die Funktion des Weltgeldes und war auf der Grundlage einer Garantieerklärung der US-Regierung prinzipiell gegen Gold (53 US-Dollar gegen 1 Feinunze Gold) eintauschbar (konvertierbar). Die Aufgabe des IWF bestand darin, über die Einhaltung der Regeln zu wachen und bei kurzfristigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten vereinbarte Kredite bereitzustellen.

Bruttoinlandsprodukt/Bruttosozialprodukt/Volkseinkommen: Das Bruttoinlandsprodukt drückt die in der jeweiligen nationalen Währung bewertete Erzeugung sämtlicher Güter und Dienstleistungen im Verlauf eines Jahres aus. Dabei werden vom Bruttoproduktionswert die Vorleistungen, wie z.B. Energie oder Rohstoffe, abgezogen, um Doppelzählungen zu vermeiden. Während das Bruttoinlandsprodukt alle inländischen Transaktionen zählt, so sind im Bruttosozialprodukt auch die Einkommenstransfers aus dem und in das Ausland enthalten. Werden vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen indirekte Steuern abgezogen und Subventionen hinzugerechnet, erhält man das Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten, das mit dem Volkseinkommen identisch ist.

Debt-to-Equity-Swap: Bezeichnet die Umwandlung von Auslandsschulden in Beteiligungskapital (Aktien) an einheimischen Unternehmen in den verschuldeten Ländern.

Devisen: Jedes Zahlungsmittel in einer ausländischen Währung wird als Devisen bezeichnet.

Derivative Finanzinstrumente: Von international tätigen privatwirtschaftlichen Finanzinstitutionen entwickelte Finanzinstrumente (z.B. Swaps, Futures, Optionen), die mit Devisentransaktionen verbundene Kurs-, Währungs- und Zinsrisiken vermeiden helfen sollen. Allerdings sind sie in ihrer Gesamtheit sehr risikobehaftet und können im Falle eines Finanz-Crashes leicht zu einer Destabilisierung des internationalen Finanzsystems führen. Käufer und Verkäufer von Waren und Dienstleistungen können ohne ein ausreichendes Maß an Geldwertstabilität nicht disponieren. Aufgrund dessen wurden derivative (abgeleitete) Finanzinstrumente entwickelt, die eine Absicherung gegen Preisänderungsrisiken ermöglichen. Ihre ökonomische Funktion besteht darin, ihrem Nutzer bei Wechselkursschwankungen eine möglichst risikoarme Verwertung seines Kapitals einzuräumen. Die häufigsten Derivate sind Futures und Optionen. Diese Finanzinstrumente werden auch als Termingeschäfte bezeichnet, da Lieferung und Barzahlung der Ware erst zu einem späteren Termin, allerdings zum Kurs des Vertragsabschlusses erfolgen. Dabei

bildet ein Future einen rechtsverbindlichen Kontrakt, den es unbedingt zu erfüllen gilt, während eine Option gegen eine zu entrichtende Optionsgebühr zwar das Recht, jedoch nicht die Verpflichtung auf die Ausübung eines Termingeschäfts vorsieht.

Factoring: Verkauf von Forderungen an Firmen, die das Einbringen der Forderungen gegenüber den Schuldnern selber besorgen. Die Firmen tragen zwar das Risiko, die Forderungen nicht einlösen zu können, jedoch können sie auch hohe Zinsgewinne erzielen, da die Schuldner auf den Nennwert die Zinsen entrichten müssen. Auf den transnationalen Finanzmärkten hat sich ein „Gebrauchtgeld- und Kreditmarkt“ herausgebildet, auf dem, ähnlich wie auf einem Markt für Gebrauchtwagen, Forderungen gegenüber den Ländern der Zweidrittelwelt mit einem Abschlag angeboten und von Spekulanten aufgekauft werden.

Fresh Money: Begriff für „neues Geld“ und bedeutet die Mobilisierung von Krediten an verschuldete Länder, die in Gefahr sind, insolvent zu werden, um ihnen die Zahlung des Schuldendienstes zu ermöglichen („Gutes Geld wird schlechtem hinterhergeworfen“).

Gatt (General Agreement on Tariffs and Trade): Dem allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen haben sich inzwischen mehr als 110 Länder angeschlossen. Das Abkommen untersagt prinzipiell die Anwendung mengenmäßiger Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen, jedoch bestehen viele Ausnahmeregelungen. Der Zolltarif soll im Prinzip der einzige Schutz für die Wirtschaft sein.

G 7 (Gruppe der 7): Hier ist die Staatengruppe der sieben reichsten Industrieländer zusammengeschlossen, die sich seit 1975 regelmäßig zu einem „Weltwirtschaftsgipfel“ treffen. Dazu gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA.

Handelsbilanz/Zahlungsbilanz/Leistungsbilanz: Die Zahlungsbilanz faßt sämtliche Transaktionen mit dem Ausland zusammen. Dies können Handelsgeschäfte mit Waren (Handelsbilanz) oder Dienstleistungen (Dienstleistungsbilanz, zu denen auch „Zinsendienste“ gerechnet werden) sein. Beide Teilbilanzen werden zur Leistungsbilanz, die über die realen Leistungen Aufschluß gibt, zusammengefaßt.

IWF (Internationaler Währungsfonds): Mit der Gründung des IWF 1945 als währungspolitische Institution nach der Bretton-Woods-Konferenz sollte eine Neuordnung und Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis fester Wechselkurse institutionell abgesichert werden. Er soll die Mitgliedsländer bei der Behebung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten unterstützen, indem er Fondsmittel bereitstellt. Der IWF ist eine rechtlich selbständige Unterorganisation der UNO, der heute 150 Mitgliedsländer umfaßt. Sein oberstes Organ setzt sich aus den Ministern oder Notenbankpräsidenten der jeweiligen Mitgliedsländer zusammen. Die finanziellen Mittel des IWF kommen überwiegend aus den Quoteneinzahlungen der Mitglieder, deren Höhe durch die wirtschaftliche und politische Stärke der Länder bestimmt wird. Das Stimmrecht eines Landes wird wiederum nach der Quote der Einzahlungen bestimmt. Der IWF hat sich zu einem zentralen Steuerungsinstrument der internationalen Währungs- und Finanzpolitik entwickelt, das von den Kapitalinteressen der wirtschaftlich starken Industrieländer abhängig ist.

Keynesianismus: Dieses wirtschaftliche Programm, das eine allgemeine Theorie des Geldes, des Zinses und der Beschäftigung umfaßt, geht auf John Maynard Keynes zurück, das er 1936 entwarf. Sein Wirtschaftsmodell geht davon aus, daß mit staatlichen Maßnahmen

bei Investitionen und Konsumausgaben eine Situation der Vollbeschäftigung hergestellt werden kann. Der Ansatzpunkt für wirtschaftspolitische, antizyklische Steuerung ist die „effektive Nachfrage“. Der Keynesianismus wird auch als „Klassenkompromiß“ verstanden. Der Staat muß zwar die Aufgabe der Vollbeschäftigungspolitik erfüllen, jedoch verzichtet er ebenso wie die Gewerkschaften auf Eingriffe in die Unternehmerautonomie bei Investitionsentscheidungen. Von 1945 bis zu Beginn der siebziger Jahre, als ein Paradigmenwechsel hin zum Monetarismus erfolgte, war der Keynesianismus in den westlichen Industrieländern Leitmodell der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik.

Monetarismus: Diese Wirtschaftstheorie sieht wirtschaftliches Wachstum dann gewährleistet, wenn die Marktkräfte freigesetzt werden. Während der Staat seine Kontroll- und Regulationsmechanismen aufgibt, soll das so unbehinderte Marktgeschehen bei knapp gehaltener Geldversorgung von selbst und fast inflationslos zur Nutzenmaximierung für alle Beteiligten führen. Die Regierungen Thatcher und Reagan waren stark von diesem monetaristischen Modell beeinflusst.

Moratorium: Zeitweilige Aussetzung von Schuldendienstzahlungen (Zinsen und/oder Tilgungen) eines Landes.

Nettokapitaltransfer: Dieser Begriff steht für finanzielle Nettoleistungen und erfaßt die Nettokapitalströme zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Offshore-Finanzplätze: Internationale Banken gründeten in den siebziger und achtziger Jahren außerhalb der traditionellen Bankplätze wie Europa und Nordamerika Niederlassungen, um von dort aus zu arbeiten. Dies geschieht aber nur im Rahmen von Fremdwährungstransaktionen, d.h. nur ausländische Einlagen der Geldvermögenbesitzer werden an ausländische Kreditnehmer transferiert, so daß die Währungsordnung des Finanzplatzes unberührt bleibt und die Banken sich damit weitgehend der nationalen Kontrolle entziehen können. Wichtige Offshore-Finanzplätze sind z.B. Luxemburg, Bahamas, und Hongkong. Diese Länder sind für die Banken attraktiv, weil sie nur geringe Eigenkapitalanforderungen stellen und die Steuern und Abgaben niedrig sind.

Schuldendienstquote (Debt Service Ratio): Sie drückt das Verhältnis von Schuldendienst, also Zins- und Tilgungszahlungen, zu den Exporteinnahmen eines Landes aus. Die Relation gibt die Leistungsfähigkeit eines verschuldeten Landes zum Transfer des Schuldendienstes an, wenn diese aus der Sicht der Gläubiger interpretiert wird, und den Grad der Verwundbarkeit, wenn die Relation aus der Sicht des verschuldeten Landes gedeutet wird. Je höher die Quote ist, desto verwundbarer ist das Land, je niedriger die Quote, desto leistungsfähiger ist es für den Schuldendienst.

Schuldenquote (Debt Ratio): Verhältnis zwischen den gesamten externen Krediten und dem Bruttoinlandprodukt bzw. den Exporten des Landes.

Sonderziehungsrechte: Die SZR wurden 1969 vom IWF als Reservemedium geschaffen, das mit Gold und Devisen gleichwertig ist. Sie dienen heute zunehmend als Ersatz für die traditionellen Währungsreserven Gold und US-Dollar. Sie sind somit ein künstliches Weltgeld, das ausschließlich im Zahlungsverkehr zwischen den Zentralbanken verwendet wird. Aus einem „Korb“ der wichtigsten Währungen wird der Wert der SZR berechnet. Dazu gehören der US-Dollar, der Franc, der Yen, das britische Pfund und die DM. Jedem IWF-Mitglied werden SZR in Form von Bezugsscheinen zugeteilt, jedoch nur auf

der Basis ihrer wirtschaftlichen Stärke. Die Besitzer von SZR können befristet konvertible Währungen erwerben. SZR stellen damit Kredit- und Zahlungsmittel zugleich dar.

Strukturanpassungsprogramm/-maßnahmen: Die IWF-Kreditnehmer müssen in einem sogenannten „letter of intent“ ein wirtschaftspolitisches Maßnahmenbündel formulieren, das in der Regel auf den Vorschlägen des IWF aufbaut. Nur unter dieser Voraussetzung erhalten sie weitere lebensnotwendige Bereitschaftskredite des IWF oder auch sogenanntes „fresh money“ privater Banken. Die verschuldeten Länder haben kaum eine Wahl und müssen sich den in den Stabilisierungsprogrammen enthaltenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen des IWF unterwerfen. Diese Maßnahmen verfolgen überwiegend eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation eines Landes, um so ein „Ungleichgewicht“ in der Zahlungsbilanz auszugleichen. Damit soll die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes gewährleistet werden. Ziel ist es vor allem, die Inflation zu bekämpfen, die nach Ansicht des IWF durch zu hohe Haushaltsdefizite und die Übernachfrage infolge zu hoher Realeinkommen entsteht. Ungleichgewichte, die durch die Strukturen der Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen entstehen, zu nennen sind hier z.B. die Verschlechterung der terms of trade und der damit verbundene erhöhte Bedarf an Finanzmitteln, berücksichtigt der IWF kaum. Die Ungleichgewichte versucht der Fonds durch außen und binnenwirtschaftliche Maßnahmen zu bekämpfen. Außenwirtschaftliche Maßnahmen zur Stabilisierung sind die Abwertung der Währung, um so die Exporte zu forcieren, die Limitierung von Auslandskrediten und die Festlegung von Obergrenzen für die Neuverschuldung. Ferner eine Einschränkung der Importe, indem z.B. eine Prioritätenskala festgelegt wird, die Erhöhung des Zinsniveaus, um die Kapitalflucht zu bekämpfen und einen Kapitalimport anzuregen. Zu den binnenwirtschaftlichen Maßnahmen gehören geldpolitische Auflagen, wie z.B. die Einhaltung von Obergrenzen bei der Steigerung der Geldmenge und eine Begrenzung der Staatsausgaben, um die Staatsverschuldung abzubauen. Weiterhin finanzpolitische Ausgaben, die eine Streichung von Subventionen und Sozialleistungen umfassen, die Erhöhung öffentlicher Tarife und die Freigabe von administrativen Preisen, indem z.B. die Lebensmittelsubventionen aufgehoben werden. Dazu kommen lohnpolitische Auflagen, um das Lohnniveau zu senken. Durch die katastrophalen Folgen dieser Auflagen für die Menschen hat es in vielen Ländern der Zweidrittelwelt politischen Widerstand und „IWF-Revolten“ gegeben.

Terms of Trade: Das Verhältnis zwischen Exportpreisen und Importpreisen wird darin ausgedrückt. Bei Entwicklungsländern ist dies in der Regel das Verhältnis zwischen den Preisen für exportierte Rohstoffe und importierte Fertigprodukte. Für die Mehrzahl der Entwicklungsländer haben sich seit 1970 ohne Erdöl die Importe weitaus stärker verteuert als die Exportprodukte. Deren Preise sind sogar beträchtlich gefallen. Damit haben sich die Terms of Trade für die Entwicklungsländer verschlechtert, während sie sich für die Industrieländer verbesserten.

Transferpreismanipulation: Darunter versteht man die nicht an den realen Kosten orientierte Festlegung von Preisen, sei es auf höherem oder niedrigerem Niveau, für konzernintern gehandelte Güter und Dienstleistungen. Dies ist für die Unternehmen ein probates Mittel, wenn es aus steuerlichen Gründen in ihrem Interesse liegt, Gewinne zwischen einzelnen Ländern hin und her zu verschieben.

Umschuldungen: Umstrukturierung der Schulden und Streckung der Rückzahlungsfristen bei insolventen Schuldnerländern. Umschuldungen lösen nicht die Verschuldungskrise, sondern dienen der Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Länder.

UNCTAD (United Nation Conference on Trade and Development): Die Welthandelskonferenz ist eine Organisation der Generalversammlung der UNO. Sie hat die Aufgabe, den Welthandel und die ökonomische Entwicklung zu fördern. Im Gegensatz zum GATT fordert die UNCTAD dirigistische Eingriffe in den Welthandel und in die Marktstrukturen, um z.B. durch Preisfestlegung von Rohstoffen zur Stabilisierung von Exporterlösen beizutragen.

Wechselkurse: Begriff für die Wertrelation von nationaler Währung zu anderen Währungen. Bei festen Wechselkursen (fixierten) wird der Preis für die ausländische Währung vom Staat oder der Zentralbank festgelegt. Flexible Wechselkurse bedeuten, daß sich der Preis aufgrund von Angebot und Nachfrage bildet. Die Zentralbank setzt bei stabilisierten Wechselkursen die Wechselkurse nicht verbindlich fest, versucht ihn aber durch abwechselnde An- und Verkäufe von Devisen am freien Markt innerhalb bestimmter Grenzen zu halten. Multiple (gespaltene) Wechselkurse sind vorhanden, wenn der Wechselkurs unterschiedlich festgesetzt wird, z.B. nach Währungsräumen und/oder Art der Transaktion. Als 1971 die USA zur Finanzierung des Vietnamkrieges die Einlösbarkeit der eigenen Währung aufkündigen mußten, um so mehr Geld zur Verfügung zu haben, wurde die Welt mit US-Dollar überschwemmt. Dies führte schließlich 1973 zum Zusammenbruch des Fixkurssystems. Die Einführung flexibler Wechselkurse hatte das Ziel, marktgerechte Umtauschverhältnisse zu schaffen, die den tatsächlichen Wettbewerbsbedingungen der Volkswirtschaften entsprechen sollten. Allerdings entwickelten sich aufgrund eigenmächtiger Auf- und Abwertungen zahlreicher Länder, um so z.B. das Schuldenproblem oder die Inflation besser bekämpfen zu können, zunehmend Währungsturbulenzen. So haben die Wechselkursschwankungen zwischen den wichtigsten Zahlungsmitteln großen Einfluß auf die internationale Währungs- und Finanzentwicklung. Folgen sind Preisschwankungen und -verzerrungen, die die Verlässlichkeit ökonomischer Entscheidungen für die Akteure an den Weltmärkten entscheidend mindern.

Weltbank(gruppe): Die drei internationalen Organisationen Weltbank (IBRD, Gründung 1945), Internationale Entwicklungsorganisation (IDA, 1960) und Internationale Finanz-Corporation (IFC, 1956) gehören zur Weltbankgruppe. Die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Japan sind die größten Anteilseigner der Weltbank und verfügen zusammen alleine über 40 Prozent der Anteile und damit auch der Stimmrechte. Da die Weltbank den Status einer Sonderorganisation der UNO einnimmt, kann sie keine Weisungen von UN-Gremien erhalten. Nur wer Mitglied im IWF ist, kann auch Mitglied in der Weltbank sein, damit gewährleistet ist, daß ein kreditnehmendes Land auch bei Zahlungsbilanzproblemen eine Währungs-, Finanz- und Außenhandelspolitik verfolgt, die eine reibungslose Integration in den Weltmarkt garantiert. Die Finanzierung langfristiger Entwicklungsprojekte und sogenannte Programmhilfen über Kredite, Investitionshilfen und Bürgschaften wird von der Weltbank übernommen, die sie nur an Regierungen oder gegen Regierungsgarantien vergibt. Die Zinsen entsprechen denen des Kapitalmarktes. Die Bank finanziert die von ihr vergebenen Kredite überwiegend aus eigenen Mittelaufnahmen an den internationalen Kapitalmärkten. Der Reingewinn der Weltbank betrug in den letzten Jahren jeweils eine Milliarde US-Dollar. Die IDA hat die gleiche Zielsetzung wie die Weltbank. Allerdings vergibt sie Kredite vor allem an ärmere Länder und zu wesentlich günstigeren Bedingungen. Dabei finanziert sie sich durch alle drei bis vier Jahre wieder aufzufüllende freiwillige Beitragszahlungen ihrer Mitglieder. Die IFC soll Privatinvestitionen in und Darlehen an Unternehmen anregen und zusätzliches in- und ausländisches Kapital vermitteln. Die Kredite werden von ihr ohne Rückzahlungsgarantien der Regierungen vergeben. Sie selbst finanziert sich durch die Einzahlungen der Mitglieder, durch Kreditaufnahmen bei der Weltbank und aus ihren laufenden Gewinnen.

WTO (World Trade Organization): Diese arbeitet eng mit der Weltbank sowie dem IWF zusammen und überwacht die Handelsverträge.

4.3 Literaturverzeichnis

Adam, G./Lachmann, R. (Hg.) (1993): Religionspädagogisches Kompendium, 4. erg. Auflage, Göttingen.

Alföldy, G. (1979): Römische Sozialgeschichte, Wissenschaftliche Paperbacks: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 8, 2. Auflage, Wiesbaden.

Albertz, R. (1983): Die Antrittspredigt Jesu im Lukasevangelium auf ihrem alttestamentlichen Hintergrund, in: Zeitschrift für die Neutestamentliche Wissenschaft 74, 182-206.

ders. (1987): Hört, denn der Herr redet. Sieben Abschnitte aus Jesaja 1-29, Neukirchen-Vluyn.

ders. (1990): Der Mensch als Hüter seiner Welt. Alttestamentliche Bibelarbeiten zu den Themen des Konziliaren Prozesses, Stuttgart.

ders. (1992): Religionsgeschichte Israels in alttestamentlicher Zeit, Teil 1: Von den Anfängen bis zum Ende der Königszeit, Teil 2: Vom Exil bis zu den Makkabäern, ATD Ergänzungsreihe Band 8/1 u. 8/2, Göttingen.

ders. (1994): „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist!“ Micha 6, 1-8, in: Exegetische Skizzen. Einführung in die Texte der Bibelarbeiten und Gottesdienste des 26. DEKT Hamburg 1995, 4-11.

ders. (1996): Zorn über das Unrecht. Vom Glauben, der verändern will, Neukirchen-Vluyn.

Altmann, W. (1984): Hohe Zinssätze: „Gaskammern von heute“, in: epd-Entwicklungspolitik Nr. 16, f-h.

ders. (1991): Dritte Welt und wir angesichts der Entwicklung in Europa. Anmerkungen aus der Perspektive der Dritten Welt, in: Junge Kirche 52, 4-15.

Altvater, E. (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg.

ders. (1992a): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „realexistierenden Sozialismus“, Münster.

ders. (1992b): Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster.

ders./Mahnkopf, B. (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht, Münster.

- dies.** (1996): Grenzen der Globalisierung, Münster.
- Assmann, H. u. a.** (1984): Die Götzen der Unterdrückung und der befreiende Gott, Münster.
- Assmann, H./Hinkelammert, F. J.** (1992): Götze Markt, Bibliothek der Theologie der Befreiung, Düsseldorf.
- Auer, F. von/Segbers, F. (Hg.)** (1995): Markt und Menschlichkeit. Kirchliche und gewerkschaftliche Beiträge zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Reinbek.
- BAG-Schuldnerberatung/Burckhardtthaus** (1988): Armut und Verschuldung, Kassel.
- dies./DGB** (1994): Wege aus dem Schuldenschlingel. Anleitung zur Selbsthilfe, Köln.
- Baldermann, I.** (1964): Biblische Didaktik. Die sprachliche Form als Leitfaden unterrichtlicher Texterschließung am Beispiel synoptischer Erzählungen, 2. Auflage, Hamburg.
- dies.** (1969): Der biblische Unterricht, Braunschweig.
- dies.** (1982): Lernerfahrungen mit der Bibel, in: Religionsunterricht als religionspädagogische Herausforderung. Festschrift für H. Angermeyer zum 70. Geburtstag, hg. von R. Lachmann, Religionspädagogik heute, Bd. 97 Frankfurt a.M. 5 81-87.
- dies.** (1983): Der Gott des Friedens und die Götter der Macht. Biblische Alternativen, Neukirchen-Vluyn.
- dies.** (1984): Engagement und Verstehen. Politische Erfahrung als Schlüssel zu biblischen Texten, in: Der Evangelische Erzieher 36, 147-157.
- dies.** (1986a): Wie lernfähig sind unsere Kirchen? Die didaktische Dimension kirchlicher Praxis, in: Theologia Practica 21, 285-295.
- dies.** (1986b): Biblische Theologie als Weg des Lernens, in: Jahrbuch für Biblische Theologie, Bd. 1., Einheit und Vielfalt biblischer Theologie, Neukirchen-Vluyn, 182-198.
- dies.** (1987): Der leidenschaftliche Gott und die Leidenschaftslosigkeit der Exegese, in: Jahrbuch für Biblische Theologie, Bd. 2, Der eine Gott der beiden Testamente, Neukirchen-Vluyn, 137-150.
- dies.** (1988a): Einführung in die Bibel, 3. Auflage, Göttingen.
- dies.** (1988b): Didaktischer und „kanonischer“ Zugang, in: Jahrbuch für Biblische Theologie, Bd. 3, Zum Problem des biblischen Kanons, Neukirchen-Vluyn, 97-111.
- dies.** (1990a): Ökumenisches Lernen - Biblisches Lernen, in: Lernen für eine bewohnbare Erde. Bildung und Erneuerung im ökumenischen Horizont, hg. von F. Johannsen u. H. Noormann, Comenius-Institut Münster, Gütersloh, 91-95.

- ders.** (1990b): Läßt sich Umkehr lernen? Zur Didaktik eines schmerzhaften gesellschaftlichen Lernens, in: „Zu lebendiger Zeit...“. Festschrift für E. Rimbach zum 65. Geburtstag, hg. von G. Augst u. a., Siegen.
- ders.** (1990c): Die Bibel lesen - auf die Bibel hören, in: Katechetische Blätter 115, 854-857.
- ders.** (1990d): Ich werde nicht sterben, sondern leben. Psalmen als Gebrauchstexte, Wege des Lernens, Bd. 4, Neukirchen-Vluyn.
- ders.** (1992): Der Himmel ist offen. Jesus aus Nazareth: Eine Hoffnung für heute, Neukirchen-Vluyn/München.
- ders.** (1993): Gottes Reich - Hoffnung für Kinder. Entdeckungen mit Kindern in den Evangelien, Wege des Lernens, Bd. 8, 2. Auflage, Neukirchen-Vluyn
- ders.** (1995): Wer hört mein Weinen? Kinder entdecken sich selbst in den Psalmen, 5. Auflage, Wege des Lernens, Bd. 7, Neukirchen-Vluyn.
- ders.** (1996): Einführung in die biblische Didaktik, Darmstadt.
- Baldermann, I./Kittel, G.** (1975): Die Sache des Religionsunterrichts. Zwischen Biblizismus und Curriculum, Göttingen.
- Baldermann, I./Nipkow, K. E./Stock, H.** (1979): Bibel und Elementarisierung, Religionspädagogik heute, Bd. 1, Frankfurt a.M.
- Baumgarten, J.** (1995): Südwind in der Wirtschaft, in: Spielräume - Freiheitsräume. Beiheft zur Jungen Kirche 6/95, 16-23.
- Beck, U.** (1986): Risikogesellschaft. Auf den Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.
- Becker, T. u. a. (Hg.)** (1990): Eine Welt für alle. Lesebuch Dritte Welt, Reinbek bei Hamburg.
- Becker, U.** (1986): Ökumenisches Lernen - eine Aufgabe für den Religionsunterricht?, in: Der Evangelische Erzieher 38, 519-531.
- ders.** (1987): Ökumenisches Lernen. Überlegungen zur Geschichte des Begriffs, seiner Vorstellungen und seiner Rezeption in der westdeutschen Religionspädagogik bis Vancouver 1983, in: Glaube im Dialog. 30 Jahre religionspädagogische Reform, hg. von K. Goßmann, Gütersloh, 247-259.
- Bedford-Strohm, H.** (1993): Vorrang für die Armen. Auf dem Weg zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit, München.
- Berg, H. K.** (1987): Hoffnung lernen. Beobachtungen und einige Vorschläge zum Unterricht im Alten Testament, in: Glaube im Dialog. 30 Jahre religionspädagogische Reform, hg. von G. Goßmann, Gütersloh, 63-75.
- ders.** (1991): Ein Wort wie Feuer. Wege lebendiger Bibelauslegung, München/Stuttgart.

- ders.** (1993): Grundriß der Bibeldidaktik. Konzepte, Modelle Methoden, München.
- Berger, T./Geldbach, E. (Hg.)** (1992): Bis an die Enden der Erde. Ökumenische Erfahrungen mit der Bibel, Neukirchen-Vluyn.
- Biehl, P.** (1991): Erfahrung, Glaube und Bildung. Studien zu einer erfahrungsnahen Religionspädagogik, hg. vom Comenius-Institut Münster, Gütersloh.
- Bloth, H. G.** (1960a): Die elementare Struktur der Evangelischen Unterweisung, in: Die Evangelische Unterweisung, 65-72.
- ders.** (1960b): Die elementare Struktur der Laien-Bibel, in: Die Evangelische Unterweisung, 94-100.
- Boff, C.** (1986): Die Befreiung der Armen. Reflexionen zum Grundanliegen der lateinamerikanischen Befreiungstheologie, Freiburg/Schweiz.
- Boff, C./Pixley, J.** (1987). Die Option für die Armen, Bibliothek der Theologie der Befreiung, Düsseldorf.
- Boff, L./Kern, B./Müller, A. (Hg.)** (1988): Werkbuch Theologie der Befreiung. Anliegen - Streitpunkte - Personen. Materialien und Texte, Düsseldorf.
- Bonhoeffer, D.** (1985): Widerstand und Ergebung, 13. Auflage, Gütersloh.
- Bünthe, M./Recknagel, A.** (1991): Die Gewalt der Schutzlosen. Das Elend der Straßenkinder in Lateinamerika, in: Lutherische Monatshefte 30, 399-402.
- Büttner, G.** (1991): Seelsorge im Religionsunterricht, Stuttgart.
- BUND/Misereor (Hg.)** (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel.
- Cardenal, E.** (1991): Das Evangelium der Bauern von Solentiname. Gespräche über das Leben Jesu in Lateinamerika, 3. Auflage, Wuppertal.
- ChristInnen für den Sozialismus (Hg.)** (1996): Habgier ist gut, Teilen ist schädlich. Risse im Tempel des „Endzeitkapitalismus“, Stuttgart.
- Creutz, H.** (1995): Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft, 2. Auflage, Frankfurt a.M.
- Crüsemann, F.** (1976): Jahwes Gerechtigkeit im Alten Testament, in: Evangelische Theologie 36, 427-459.
- ders.** (1978): Widerstand gegen das Königtum. Die antiköniglichen Texte des Alten Testaments und der Kampf um den frühen israelitischen Staat, Neukirchen-Vluyn.

- ders.** (1983a): *Bewahrung der Freiheit. Das Thema des Dekalogs in sozialgeschichtlicher Perspektive*, München.
- ders.** (1983b): *Grundfragen sozialgeschichtlicher Exegese*, in: *Der Evangelische Erzieher* 35, 273-286.
- ders.** (1986): *Gott regiert die Welt. Bibelauslegungen*, München.
- ders.** (1987): „Auge um Auge...“. *Zum sozialgeschichtlichen Sinn des Talionsgesetzes im Bundesbuch*, in: *Evangelische Theologie* 47, 411-426.
- ders.** (1987): *Im Netz. Zur Frage nach der „eigentlichen Not“ in der Klage der einzelnen, in: Schöpfung und Befreiung. Festschrift für C. Westermann*, Stuttgart, 139-148.
- ders.** (1992a): *Die Tora. Theologie und Sozialgeschichte des alttestamentlichen Gesetzes*, München.
- ders.** (1992b): „Das Land voll Silber und Gold, Waffen und Götzen“ (Jes 2,7f). *Zur Rezeption der prophetischen Sozialkritik*, in: *Auf Israel hören. Sozialgeschichtliche Bibelauslegung*, hg. von R. Jost, R. Kessler u. C. M. Raisig, Luzern, 25-45.
- ders.** (1996): „...eigentlich sollte es keine Arme geben...“ (5. Mose 15,4). *Sozial und Wirtschaftsgesetze in der Bibel*, in: *Habgier ist gut, Teilen ist schädlich. Risse im Tempel des „Endzeitkapitalismus“*, hg. von Christinnen für den Sozialismus, Stuttgart, 85-103.
- Crüsemann, M./Schottroff, W.** (1992): *Schuld und Schulden. Biblische Traditionen in gegenwärtigen Konflikten*, München.
- Dauber, H./Simpfendörfer, W.** (1981): *Eigener Haushalt und bewohnter Erdkreis. Ökumenisches und Ökologisches Lernen*, Wuppertal.
- Dejung, K.-H.** (1973): *Die Ökumenische Bewegung im Entwicklungskonflikt 1910 - 1968*, Stuttgart/München.
- Dibelius, M.** (1964): *Arm und Reich*, in: *Der Brief des Jakobus*, 11. Auflage, *Kritisch Exegetischer Kommentar* 15, Göttingen, 58-66.
- Dietrich, W.** (1985): „...den Armen das Evangelium zu verkünden.“ *Vom befreienden Sinn biblischer Gesetze*, in: *Theologische Zeitschrift* 41, 31-43.
- ders.** (1989): *Der rote Faden im Alten Testament*, in: *Evangelische Theologie* 49, 232-250.
- Dilger, M.** (1990): *Spiritualität und Befreiung im westeuropäischen Kontext*, in: *Junge Kirche* 51, 402-408.
- Dilschneider, G.** (1992): *Erinnerungen an das Abenteuer EDCS*, in: *Junge Kirche* 53, 143-146.
- Dobberahn, E.** (1991): *Die „Nationale Bewegung der Straßenkinder“ in Brasilien*, in: *Junge Kirche* 52, 335-340.

- Doll, P.** (1985): Menschenschöpfung und Weltschöpfung in der alttestamentlichen Weisheit, Stuttgarter Bibelstudien 117, 16ff.
- Donner, H.** (1984): Geschichte des Volkes Israel und seiner Nachbarn in Grundzügen, Teil 1: Von den Anfängen bis zur Staatenbildung, ATD Ergänzungsreihe Band 4/1, Göttingen.
- Donner, H.** (1986): Geschichte des Volkes Israel und seiner Nachbarn in Grundzügen, Teil 2: Von der Königszeit bis zu Alexander dem Großen. Mit einem Ausblick auf die Geschichte des Judentums bis Bar Kochba, ATD Ergänzungsreihe Band 4/2, Göttingen.
- Dritte-Welt-Haus Bielefeld (Hg.)** (1992): Atlas der Weltverwicklungen. Ein Schaubilderbuch über weltweite Armut, globale Ökologie und lokales Engagement, Wuppertal.
- Döring, D. u. a.** (1991): Armut im Wohlstand, Frankfurt a.M.
- Duchrow, U.** (1986): Was können wir von den Basisgemeinden in Brasilien lernen?, in: Pastoraltheologie 75, 229-248.
- ders.** (1987): Weltwirtschaft heute - ein Feld für bekennende Kirche?, 2. Auflage, München.
- ders./Liedke, G.** (1988): Schalom - Der Schöpfung Befreiung, den Menschen Gerechtigkeit, den Völkern Frieden, 2. Auflage, Stuttgart.
- ders./Füllkrug-Weitzel, C./Raiser, K. (Hg.)** (1989): Geld für wenige oder Leben für alle? Ökumenisches Hearing zum Internationalen Finanzsystem, Berlin 21. 24.8.1988, Publik-Forum-Dokumentation, Oberursel.
- ders.** (1990): Laßt uns auch den Westen demokratisieren. Handlungsmöglichkeiten für Christen und andere im real existierenden Kapitalismus, in: Junge Kirche 51, Beilage zu Heft 2/90.
- ders.** (1991): Europa im Weltsystem 1492-1992. Gibt es einen Weg der Gerechtigkeit nach 500 Jahren Raub, Unterdrückung und Geldver(m)ehrung?, in: Junge Kirche 52, Beilage zu Heft 9/91.
- ders./Eisenbürger, G./Hippler, J.** (1992): Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs, 2. Auflage, München.
- ders.** (1992a): Die EG und die Desintegration der Gesellschaften Lateinamerikas, in: Junge Kirche 53, 349-353.
- ders.** (1992b): Europa - „Parlament von unten.“ Kairos Europa in Straßburg - und wie geht es weiter?, in: Junge Kirche 53, 419-424.
- ders.** (1993a): Theologie, Ethik und Wirtschaft, in: Pastoraltheologie 82, 319334.
- ders.** (1993b): Weltreiche und Reich Gottes als biblischen Bezugsrahmen für heutiges Handeln von Gruppen und Kirchen in Europa, in.- Die Kirchen und Europa, mit Beiträgen von R. Bäumlein u.a., Luzern, 177-207.

- ders./Gück, M.** (1994a): Wirtschaften für das Leben im Wahljahr 1994. Nach 50 Jahren tödlicher Verarmung wie grenzenloser Bereicherung im „Bretton Woods-System“, in: Junge Kirche 55, Beilage zu Heft 3/94.
- ders.** (1994b): Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie, Gütersloh.
- ders.** (1996): Versöhnung im Kontext von Nicht-Versöhnung. Bibelarbeiten, Analysen und praktische Beispiele zur II. Europäischen Ökumenischen Versammlung im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Befreiung der Schöpfung (Graz 1997), in: Junge Kirche 57, Beilage zu Heft 3/96.
- ders.** (1997): Wahrheit, Versöhnung und Neuanfang auch im Westen - oder nur im Süden und Osten?, in: Junge Kirche 58, Beilage zu Heft 4/97.
- Ebach, J.** (1979): Arme und Armut im Alten Testament. Zum Umgang mit alttestamentlichen Aussagen, in: Zeitschrift für Mission 5, 143-153.
- ders.** (1997): Das Tun der Gerechtigkeit ist die Erkenntnis Gottes, in: „Wer diese meine Rede hört und tut sie...“ Zur Verantwortung von Theologie. Martin Stöhr zum 65. Geburtstag, hg. von Albrecht, F./Greve, A., Wuppertal, 81-89.
- EDCS** (Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft) (1993): Jahresbericht 1993, Amersfoort.
- dies.** (1994a): In Gerechtigkeit investieren - EDCS-Anteile erwerben, Gummersbach.
- dies.** (1994b): Investieren in Gerechtigkeit. 15 Jahre westdeutscher Förderkreis der EDCS, Gummersbach.
- dies.** (1994c): Jahresbericht 1994, Amersfoort.
- dies.** (1995): Jahresbericht 1995, Amersfoort.
- EKD** (1985): Ökumenisches Lernen. Grundlagen und Impulse, Gütersloh.
- dies.** (1991): Gemeinwohl und Eigennutz - Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft, Gütersloh.
- EKD/Deutsche Bischofskonferenz (Hg.)** (1994): Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Gemeinsame Texte 3, Hannover/Bonn.
- dies. (Hg.)** (1997a): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Gemeinsame Texte 9, Bonn/Hannover.
- dies. (Hg.)** (1997b): „...und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, Gemeinsame Texte 12, Bonn/Frankfurt a.M./Hannover.

- epd Dritte Welt Information** (1989): Der Kreislauf von Armut und Reichtum. Das Nord-Süd-Verhältnis im Überblick, Nr. 10/11, Frankfurt a.M.
- epd Entwicklungspolitik** (1989): Aufbau von Gegenmacht. Aktionsgruppen kontra Konzerne, Nr. 21, Frankfurt a.M., 11-50.
- ders.** (1992): Themenheft „25 Jahre angepaßte Technologie“, Nr. 18/19, Frankfurt a.M.
- Fendler, M.** (1973): Zur Sozialkritik des Amos, in: Evangelische Theologie 33132-53.
- Fleischer, G.** (1989): Von Menschenverkäufern, Baschankühen und Rechtsverkehren. Die Sozialkritik des Amosbuches in historisch-kritischer, sozialgeschichtlicher und archäologischer Perspektive, Bonner Biblische Beiträge 74, Frankfurt a.M.
- FEST** (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft) (1995): Die Kehrseite der Medaille. Ein Glaubensbrief über die Wirtschaft, Heidelberg.
- Fohrer, G.** (1985).- Geschichte Israels: von den Anfängen bis zur Gegenwart, 4. Auflage, Heidelberg/Wiesbaden (1979).
- Freire, P.** (1991): Die Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg.
- Füssel, K.** (1987): Drei Tage mit Jesus im Tempel. Einführung in die materialistische Lektüre der Bibel für Religionsunterricht, Theologiestudium und Pastoral, Münster.
- Füssel, K./Hinkelammert, F./Mugglin, M./Vidales, R.** (1989): „... in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen.“ Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise, Fribourg/Brig.
- Füssel, K./Segbers, F. (Hg.)** (1995): „... so lernen die Völker des Erdkreises Gerechtigkeit.“ Ein Arbeitsbuch zu Bibel und Ökonomie, Luzern/Salzburg.
- George, S.** (1988): Sie sterben an unserem Geld, Reinbek bei Hamburg.
- ders.** (1993): Der Schuldenbumerang. Wie die Schulden der Dritten Welt uns alle bedrohen, Reinbek bei Hamburg.
- Gerstenberger, E.** (1983): Psalm 12: Gott hilft den Unterdrückten. Zum Thema Kultprophetie und soziale Gerechtigkeit in Israel, in: Jendorf, B./Schmalenberg, G. (Hg.), *Anwalt des Menschen. Beiträge aus Theologie und Religionspädagogik*, 83-104.
- Goldstein, H.** (1991): *Kleines Lexikon zur Theologie der Befreiung*, Düsseldorf.
- Goßmann, K. (Hg.)** (1985): *Lernen für die Zukunft. Ansätze zu einem neuen Bildungsverständnis der gymnasialen Oberstufe*, Comenius-Institut, Münster.
- ders. (Hg.)** (1987): *Ökumenisches Lernen im Religionsunterricht*, Comenius-Institut, Münster.
- ders./Schultze, H. (Hg.)** (1988): *Ökumenisches Lernen im Religionsunterricht europäischer Schulen*, Comenius-Institut, Münster.

- Goudzwaard, B./de Lange, H. M.** (1990): Weder Armut noch Überfluß. Plädoyer für eine neue Ökonomie, München.
- Greinacher, N. (Hg.)** (1990): Leidenschaft für die Armen. Die Theologie der Befreiung, München/Zürich.
- Gück, M.** (1996a): Geld regiert die Welt - wer regiert das Geld? Die Gefahren des hochspekulativen internationalen Finanzsystems, epd-DritteWelt-Information 10/11, Frankfurt a.M.
- ders.** (1996b): No future(s) - Die unkontrollierte Finanzherrschaft auf dem Weltmarkt und das Risikospiel mit Derivaten, in: Habgier ist gut, Teilen ist schädlich. Risse im Tempel des „Endzeitkapitalismus“, hg. von ChristInnen für den Sozialismus, Stuttgart, 49-60.
- Gutierrez, G.** (1973): Theologie der Befreiung, München/Mainz.
- ders.** (1984): Die historische Macht der Armen, München.
- Haller, W.** (1989): Die heilsame Alternative. Jesuanische Ethik in Wirtschaft und Politik, Wuppertal.
- ders.** (1992): Ohne Macht und Mandat. Der messianische Weg in Wirtschaft und Sozialem, Wuppertal.
- Hanesch, W. u. a. (Hg.)** (1994): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek bei Hamburg.
- Hardmeier, C.** (1983): Die jüdische Unheilsprophetie. Antwort auf einen Gesellschafts- und Normenwandel im Israel des 8. Jahrhunderts vor Christus, in: Der altsprachliche Unterricht 26, 20-44.
- ders.** (1992): Die Erinnerung an die Knechtschaft in Ägypten. Sozialanthropologische Aspekte des Erinnerns in der hebräischen Bibel, in: Crüsemann, F./Hardmeier, C./Kessler, R. (Hg.): Was ist der Mensch ...? Beiträge zur Anthropologie des Alten Testaments, München, 133-152.
- Hengel, M.** (1972): Politische Theologie und neutestamentliche Zeitgeschichte, in: Kerygma und Dogma 18, 18-25.
- ders.** (1973): Eigentum und Reichtum in der frühen Kirche. Aspekte einer frühchristlichen Sozialgeschichte.
- ders.** (1986): Die Arbeit im frühen Christentum, in: Theologische Beiträge 17, 174-212.
- Hinkelammert, F. J.** (1985): Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus, Fribourg/Münster.
- ders.** (1994): Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmen der modernen Gesellschaftstheorie, Luzern/Mainz.

- ders.** (1996): Die Sachzwänge der freien Marktwirtschaft, in: *Junge Kirche* 57, 13-20.
- Höffken, P.** (1986): Elementarisierung - Ausweg oder Sackgasse für den Bibelunterricht? In: *Der Evangelische Erzieher* 38, 168-178.
- Huber, W.** (1991): Perspektiven der Ökumene in den neunziger Jahren, in: *Junge Kirche* 52, 343-353.
- ders.** (1992): Selbstbegrenzung aus Freiheit. Über das ethische Grundproblem des technischen Zeitalters, in: *Evangelische Theologie* 52, 128-146.
- Huster, E.-U.** (1990): Reichtum und Armut in Deutschland, in: *Junge Kirche* 51, 509-515.
- ders.** (1993a): *Neuer Reichtum und alte Armut*, Düsseldorf.
- ders. (Hg.)** (1993b): *Reichtum in Deutschland. Der diskrete Charme der sozialen Distanz*, Frankfurt a.M./New York.
- Jeremias, J.** (1969): *Jerusalem zur Zeit Jesu. Kulturgeschichtliche Untersuchungen zur neutestamentlichen Zeitgeschichte*, 3. Auflage, Göttingen.
- Johannsen, F./Noormann, H. (Hg.)** (1990): *Lernen für eine bewohnbare Erde. Bildung und Erneuerung im ökumenischen Horizont*, Comenius-Institut Münster, Gütersloh.
- Junge Kirche** (1993): Sozialgeschichtliche Bibelauslegung, in: *Junge Kirche* 54, Heft 11/93, 593-656.
- Kairos Europa** (1990): Aufruf Kairos Europa - Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit, in: *Junge Kirche* 51, 556f.
- Kaufmann, H. B./Ludwig, H.** (1979): *Die Geistesgegenwart der Bibel. Elementarisierung im Prozeß der Praxis*, hg. vom Comenius-Institut, Münster.
- Kegler, J.** (1989): Prophetischer Widerstand, in: Eid, V. (Hg.), *Prophetie und Widerstand, Theologie zur Zeit*, Bd. 5, Düsseldorf, 90-141.
- Kessler, R.** (1989a): Das hebräische Schuldenwesen. Zur Terminologie und Metaphorik, in: *Wort und Dienst* NF 20, 181-195.
- ders.** (1989b): Die angeblichen Kornhändler von Amos 8,4-7, in: *Vetus Testamentum* 39, 13-22.
- ders.** (1992a): Staat und Gesellschaft im vorexilischen Juda. Vom 8. Jahrhundert bis zum Exil, Leiden.
- ders.** (1992b): Die Rolle des Armen für Gerechtigkeit und Sünde des Reichen. Hintergrund und Bedeutung von Dtn 15,9; 24,13.15, in: Crüsemann, F./Hardmeier, C./Kessler, R. (Hg.): *Was ist der Mensch ... ? Beiträge zur Anthropologie des Alten Testaments*, München, 153-163.

- Kessler, W.** (1990): Aufbruch zu neuen Ufern. Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie, Publik-Forum-Dokumentation, Oberursel. Auch in: epd-Dritte-Welt Information 8/90 (Zusammenfassung).
- ders. (Hg.)** (1993a): Geld, Zins und Gewissen. Neue Formen im Umgang mit Geld, Publik-Forum-Materialmappe, Oberursel.
- ders.** (1993b): Die wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik und ihre Ursachen, 6. Auflage, Konstanz.
- ders.** (1996a): Das neue Modell Deutschland - Wirtschaften für das Leben, Publik-Forum-Manifest, hg. von der Leserinitiative Publik e.V., Oberursel.
- ders.** (1996b): Wirtschaften im dritten Jahrtausend. Leitfaden für das zukunftsfähige Deutschland, Oberursel.
- ders.** (1997): Sozialwort - nur ein Papiertiger? Jetzt Nägel mit Köpfen machen, Publik-Forum-Dossier, Oberursel.
- Kippenberg, H. G. (Hg.)** (1977): Die Entwicklung der antiken Klassengesellschaft, Frankfurt a.M.
- ders.** (1979): Textbuch zur neutestamentlichen Zeitgeschichte, Göttingen.
- ders.** (1982): Religion und Klassenbildung im antiken Judäa. Eine religionssoziologische Studie zum Verhältnis von Tradition und gesellschaftlicher Entwicklung, 2. Auflage, Studien zur Umwelt des Neuen Testaments 14, Göttingen.
- ders.** (1983): Die Entlassung aus der Schuldnechtschaft im antiken Judäa: Eine Legitimitätsvorstellung von Verwandtschaftsgruppen, in: Kehrer, G., „Vor Gott sind alle gleich.“ Soziale Gleichheit, soziale Ungleichheit und die Religionen, Düsseldorf, 74-104.
- ders.** (1991): Die vorderasiatischen Erlösungsreligionen in ihrem Zusammenhang mit der antiken Stadtherrschaft. Heidelberger Max Weber Vorlesungen 1988, Frankfurt a.M.
- Kittel, G.** (1975): Elementarisierung als Aufgabe der biblischen Didaktik, in: Baldermann, I./Kittel, G.: Die Sache des Religionsunterrichts. Zwischen Curriculum und Biblizismus, Göttingen, 122-137.
- Klafki, W.** (1964): Das pädagogische Problem des Elementaren und die Theorie der kategorialen Bildung, 4. erweiterte Auflage, Weinheim.
- ders.** (1967): Studien zur Bildungstheorie und Didaktik, 9. Auflage, Weinheim.
- ders.** (1985): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Beiträge zur kritisch-konstruktiven Didaktik, Weinheim/Basel.
- Klappert, B.** (1989): Die Rechts-, Freiheits- und Befreiungsgeschichte Gottes mit dem Menschen. Erwägungen zum Verständnis der Auferstehung in: Karl Barths Versöhnungslehre (KD IV, 1-3), in: Evangelische Theologie 49, 460-478.

- Koch, K.** (1971): Die Entstehung der sozialen Kritik bei den Propheten, in: Wolff, H. W. (Hg.), Probleme biblischer Theologie. Festschrift für G. von Rad. Auch in: Koch, K. (1991): Spuren hebräischen Denkens. Beiträge zur alttestamentlichen Theologie, Gesammelte Aufsätze I, 146-166.
- Koerrenz, R.** (1994): Ökumenisches Lernen, hg. vom Comenius-Institut Münster, Gütersloh.
- Kottsieper, I.** : „Dein Wille geschehe!“ Zur biblischen Bedeutung von Recht und Gesetz. Bisher noch nicht veröffentlichter Vortrag.
- Krüger, R.** (1997): Gott oder Mammon. Das Lukasevangelium und die Ökonomie, Luzern.
- Lang, B.** (1981): Sklaven und Unfreie im Buch Amos (II 6, VIII 6), in: Vetus Testamentum 31, 482-488.
- ders.** (1983): Prophetie und Ökonomie im alten Israel, in: Kehrer, G., „Vor Gott sind alle gleich.“ Soziale Gleichheit, soziale Ungleichheit und die Religionen, Düsseldorf, 53-73.
- Lange, E.** (1972): Die Ökumenische Utopie oder Was bewegt die ökumenische Bewegung?, Stuttgart.
- ders.** (1974): Sprachschule für die Freiheit, München/Gelnhausen.
- ders.** (1981): Das ökumenische Unbehagen, in: Kirche für die Welt, hg. von F. Schlösser, München.
- Lohfink, G.** (1993): Wem gilt die Bergpredigt? Zur Glaubwürdigkeit des Christlichen, Freiburg/Basel/Wien.
- Lohfink, N.** (1986): Von der „Anawim-Partei“ zur „Kirche der Armen.“ Die bibelwissenschaftliche Ahnentafel eines Hauptbegriffs der „Theologie der Befreiung“, in: Biblica 67, 153-175.
- ders.** (1987): Das Jüdische am Christentum. Die verlorene Dimension, Freiburg/Basel/Wien.
- ders.** (1990): Lobgesänge der Armen. Studien zum Magnificat, den Hodajot von Qumran und einigen späten Psalmen, Stuttgarter Bibelstudien 143, Stuttgart, 13-22 u. 101-125.
- Lohse, E.** (1983): Das Evangelium für die Armen, in: Zeitschrift für die Neutestamentliche Wissenschaft 73, 51-64.
- Loretz, O.** (1975): Die prophetische Kritik des Rentenkapitalismus, in: Ugarit Forschungen 7, 271-278.
- Luther, M.** (1960): Vorlesung über den Römerbrief 1515/1516, Bd. 1, Darmstadt.
- ders.** (1967): Von Kaufshandlung und Wucher, in: Luther Deutsch, Der Christ in der Welt, Bd. 7, Göttingen, 263-283.

- Marx, K.** (1985): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1-111, Berlin. Auch in: Marx-Engels-Werke, Bd. 25ff.
- Mayer, L.** (1992): Ein System siegt sich zu Tode. Der Kapitalismus frißt seine Kinder, Publik-Forum Dokumentation, Oberursel.
- Mayer, T.** (1992): Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik, Frankfurt a.M.
- Mechels, E.** (1991): Der gefährliche Schein der Selbstverständlichkeit. Was bewirkt der Bankrott des realexistierenden Sozialismus bei uns?, in: Junge Kirche 52, 316-319.
- Meeks, W. A. (Hg.)** (1979): Zur Soziologie des Urchristentums. Ausgewählte Beiträge zum frühchristlichen Gemeinschaftsleben in seiner gesellschaftlichen Umwelt, Theologische Bücherei 62, München.
- ders.** (1993): Urchristentum und Stadtkultur. Die soziale Welt der paulinischen Gemeinden, Gütersloh.
- Müller, H.** (1971): Was ist Didaktik?, 9. Auflage, Bochum.
- Moyer, B.** (1989): Aktionsplan für soziale Bewegungen - Ein strategischer Rahmenplan erfolgreicher sozialer Bewegungen, Kassel.
- Morazán, P.** (1994): Wirtschaften für das Leben. Umsetzungsmöglichkeiten der Beschlüsse der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro. Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst 55, Hamburg.
- Müller-Römheld, W. (Hg.)** (1983): Bericht aus Vancouver 1983, Frankfurt a.M.
- Nipkow, K. E.** (1975a): Grundfragen der Religionspädagogik, Bd. 1 und II, Gütersloh.
- ders.** (1975b): Zu den pädagogischen Aufgaben der Kirche im Horizont der Thematik von Nairobi, in: Ökumenische Rundschau 24, 48-66.
- ders.** (1976a): Die pädagogische Thematik auf der Tagesordnung der Ökumene, in: Der Evangelische Erzieher 28, 2-18.
- ders.** (1976b): Sich selbst mit den Augen der anderen sehen. Ökumenische Lernprozesse im pädagogischen Feld, in: Ökumenische Rundschau 25, 202-211.
- ders.** (1982a): Grundfragen der Religionspädagogik, Bd. III, Gütersloh.
- ders.** (1982b): Sinnerschließendes, elementares Lernen - Handlungsperspektiven für die Schule angesichts der Lage der Jugend, in: Jugendzeit - Schulzeit. Von den Schwierigkeiten, die Jugendliche und Schule miteinander haben, hg. von F. Schweitzer u. H. Thiersch, Weinheim, 154-176.
- ders.** (1984): Verantwortung für die Kinder und Ökumenisches Lernen, in: Ökumenische Rundschau 33, 87-97.

- ders.** (1985): Leben im sozialen Wandel und Wertwandel, in: Lernen für die Zukunft, hg. von K. Goßmann, Comenius-Institut, Münster, 205-213.
- ders.** (1986): Elementarisierung als Kern der Unterrichtsvorbereitung, in: Katechetische Blätter 111, 600-608.
- ders.** (1990): Ökumene - ein Thema von Jugendlichen? Empirische Annäherungen, in: Lernen für eine bewohnbare Erde. Bildung und Erneuerung im -ökumenischen Horizont. U. Becker zum 60. Geburtstag, hg. von F. Johannsen u. H. Noormann, Comenius-Institut Münster, Gütersloh, 137-147.
- Nuscheler, F.** (1990): Hilfe für den Osten auf Kosten der dritten Welt?, in: Junge Kirche 51, 418-423.
- OECD** (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) (1990-1991): Financing and External Debt of Developing Countries: 1989 or 1990 Survey, Paris.
- ÖRK** (Ökumenischer Rat der Kirchen) (1990): Die Zeit ist da. Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung Seoul 1990, Genf.
- ders.** (1991): Canberra 1991. Berichte der Sektionen, in: epd-Dokumentation Nr. 16, Frankfurt a.M.
- ders.** (1992): Der christliche Glaube und die heutige Weltwirtschaft. Ein Studiendokument des ÖRK, Genf.
- Orth, G. (Hg.)** (1989): Im Horizont der einen Erde. Kommentierte Literaturdokumentation zu Ökumene und Ökumenischem Lernen. 1. Teil: Literaturdokumentation und Lerngelegenheiten, Münster.
- ders. (Hg.)** (1991): Dem bewohnten Erdkreis Schalom. Beiträge zu einer Zwischenbilanz ökumenischen Lernens, Münster.
- Onken, W.** (1992): Den Teufelskreis der Mammonherrschaft überwinden, in: Junge Kirche 53, 135-142.
- Paulo, F.** (1991): Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg (1973).
- Pax Christi** (1993): Gewaltverhältnis Nord-Süd - Herausforderungen für die Friedensarbeit, Bad Vilbel.
- Postman, N.** (1987): Das Verschwinden der Kindheit, Frankfurt a.M.
- ders.** (1988): Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie, Frankfurt a.M.
- ders.** (1992): Das Technopol. Die Macht der Technologien und die Entmündigung der Gesellschaft, Frankfurt a.M.

- Potter, P.** (1992): Fragen an die Weltwirtschaftsordnung aus biblischer Sicht, in: Auf Israel hören. Sozialgeschichtliche Bibelauslegung, hg. von R. Jost, R. Kessler u. C. M. Raisig, Luzern, 11-24.
- Preul, R.** (1973): Kategoriale Bildung im Religionsunterricht, Heidelberg.
- Raiser, K.** (1989): Ökumene im Übergang. Paradigmenwechsel in der ökumenischen Bewegung?, München.
- ders.** (1990a): Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als pädagogische Herausforderung, in: Lernen für eine bewohnbare Erde. Bildung und Erneuerung im ökumenischen Horizont, hg. von F. Johannsen u. H. Noormann, Comenius-Institut Münster, Gütersloh, 158-167.
- ders.** (1990b): Eine Hoffnung lernt gehen. Zwischenbilanz des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, in: Ökumenische Rundschau 39, 77-94.
- ders.** (1991): Der Geist der Wahrheit und die Erneuerung der Weltordnung. Das Engagement für Gerechtigkeit und Frieden, in: Ökumenische Rundschau 40, 288-302.
- ders.** (1994a): Auf dem Weg zu einer Neubestimmung des Profils der Laien in der ökumenischen Bewegung, in: Ökumenische Rundschau 43, 122-134.
- ders.** (1994b): Wir stehen noch am Anfang. Ökumene in einer veränderten Welt, Gütersloh.
- Reese, G.** (1990): Gerechtigkeit im Welthorizont: Sozialismus?, in: Junge Kirche 51, 684-693.
- ders.** (1995): Nicht stark genug gegen die Schwachen, in: Junge Kirche 56, 410-417.
- ders.** (1997): Mit halber Kraft voraus, in: Junge Kirche 58, 347-354.
- Robinson, G.** (1991): Das Jubel-Jahr. Die Lösung einer sozial-ökonomischen Krise des Volkes Gottes, in: Ernten, was man sät. Festschrift für K. Koch, Neukirchen-Vluyn, 471-494.
- Rohde-Liebenau, W.** (1992): Eigennutz und Reichtum. Anmerkungen zu einer Denkschrift der EKD, in: Junge Kirche 53, 222-225.
- Rohrbach, W.** (1983): Das Problem der Elementarisierung in der neueren religionspädagogischen Diskussion, in: Der Evangelische Erzieher 35, 2139.
- Roth, H.** (1963): Pädagogische Psychologie des Lehren und Lernens, 7. Aufl., Hannover.
- de Santa Ana, J.** (1990): Die politische Ökonomie des Heiligen Geistes, in: Junge Kirche 51, Beilage zu Heft 12/90.
- Schmeller, T.** (1989): Brechungen. Urchristliche Wandercharismatiker im Prisma soziologisch orientierter Exegese, Stuttgarter Bibelstudien 136, Stuttgart.

- Schmidt, K.** (1992): Welche Weltordnung? Die Pax Romana aus der Sicht ihrer Nutznießer und Opfer, in: Junge Kirche 53, 207-215.
- Schottroff, L.** (1979): Jesus Christus - Hoffnung der Armen. Neutestamentliche Ansätze einer Theologie der Armen, in: Theologie der Armen, Bad Boll.
- dies.** (1986): Sucht mich bei meinen Kindern. Bibelauslegungen im Alltag einer bedrohten Welt, München.
- dies.** (1988): Die Macht der Auferstehung. Sozialgeschichtliche Bibelauslegungen, München.
- dies.** (1990): Befreiungserfahrungen. Studien zur Sozialgeschichte des Neuen Testaments, Theologische Bücherei 82, München.
- dies.** (1992): Lydias ungeduldige Schwestern. Feministische Sozialgeschichte des frühen Urchristentums, München/Gütersloh.
- Schottroff, L./Schottroff, W. (Hg.)** (1983): Mitarbeiter der Schöpfung. Bibel und Arbeitswelt, München.
- dies.** (1984): Die Parteilichkeit Gottes. Biblische Orientierungen auf der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit, München.
- dies. (Hg.)** (1986): Wer ist unser Gott? Beiträge zu einer Befreiungstheologie im Kontext der „ersten“ Welt, München.
- dies.** (1991): Die kostbare Liebe zum Leben. Biblische Inspirationen, München.
- Schottroff, L./Stegemann, W.** (1990): Jesus von Nazareth - Hoffnung der Armen, 3. Auflage, Stuttgart.
- Schottroff, W.** (1974): Soziologie und AT, in: Verkündigung und Forschung 19/2, 46-66.
- Schottroff, W./Stegemann, W. (Hg.)** (1979): Der Gott der kleinen Leute. Sozialgeschichtliche Auslegungen, Bd. 1: Altes Testament, Bd. 2: Neues Testament, München/Gelnhausen/Berlin/Stein.
- dies.** (1980): Traditionen der Befreiung. Sozialgeschichtliche Bibelauslegungen, Bd. 1: Methodische Zugänge, Bd. 2: Frauen in der Bibel, München/Gelnhausen/Berlin/Stein.
- Schröer, H.** (1986): Elementarisierung, in: Bitter, G./Miller, G. (Hg.): Handbuch religionspädagogischer Grundbegriffe, Bd. 2, München, 502-505.
- Schubert, A.** (1985): Die internationale Verschuldung, Frankfurt a.M.
- Schwantes, M.** (1977): Das Recht der Armen, Beiträge zur Biblischen Exegese und Theologie 4, Frankfurt a.M./Bern/Las Vegas.
- ders.** (1991): Das Land kann seine Worte nicht ertragen. Meditationen zu Amos, München.

- ders.** (1993): Die Bibel ist ein Gedächtnisbuch der Armen, in: Junge Kirche 54317-21.
- Sekretariat des Bundes der Ev. Kirche in der DDR (Hg.)** (1981): Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Bischof A. Schönherr zum 70. Geburtstag, Berlin.
- Simpfendörfer, W.** (1985): Ökumenisches lernen. Ein Dank an Werner Simpfendörfer, hg. von der Ökumenischen Vereinigung der Akademien und Tageszentren in Europa und dem Leiterkreis der Evangelischen Akademien in Deutschland, Bad Boll.
- Sölle, D.** (1988): Phantasie und Gehorsam. Überlegungen zu einer künftigen christlichen Ethik, 12. Auflage, Stuttgart.
- dies.** (1991): Moses, Jesus und Marx - Utopisten auf der Suche nach Gerechtigkeit, in: Junge Kirche 52, 261-267.
- dies.** (1992): Gott im Müll. Eine andere Entdeckung Lateinamerikas, München.
- Stegemann, W.** (1981): Das Evangelium und die Armen. Über den Ursprung der Theologie der Armen im Neuen Testament, München.
- Stegemann, E. W./Stegemann, W.** (1995): Urchristliche Sozialgeschichte. Die Anfänge im Judentum und die Christusgemeinden in der mediterranen Welt, Stuttgart/Berlin/Köln.
- Stenger, W.** (1988): „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist ...!“ Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zur Besteuerung Palästinas in neutestamentlicher Zeit, Bonner Biblische Beiträge 68, Frankfurt a.M.
- Stock, H./Kaufmann, H. B.** (1975): Elementarisierung theologischer Inhalte und Methoden, Bd. 1, Zwischenbericht zum Stand der Untersuchung, hg. vom Comenius-Institut, Münster.
- dies.** (1977): Elementarisierung theologischer Inhalte und Methoden, Bd. 2, Abschlußbericht und Ergebnisse der Untersuchung, hg. vom Comenius-Institut, Münster.
- Stock, H.** (1981): Evangelientexte in elementarer Auslegung, Göttingen.
- ders.** (1987): Elementartheologie, in: Böcker, W./Heimbrock, H. G./Kerckhoff, E. (Hg.): Handbuch religiöser Erziehung, Bd. 2, Düsseldorf, 452-466.
- Stöhr, M.** (1982): Konturen einer europäischen Schalom-Kirche. Ein Traumprotokoll, in: Deile, V. (Hg.), Zumutungen des Friedens. Kurt Scharf zum 80. Geburtstag, Reinbek bei Hamburg, 175-190. Auch in: Ders. (1997): Dreireden. Essays, Vorträge, Thesen, Meditationen, hg. von Müller, K./Wittstock, A., Wuppertal, 123-135.
- ders.** (1987): Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung: Barmherzig handeln und Strukturen verändern, in: „... solange es Tag ist.“ Entwicklung und Perspektiven ökumenischer Theologie, hg. von dem Diakonischen Werk und der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Frankfurt a.M., 138-149. Auch in: Ders. (1997): Dreireden. Essays, Vorträge, Thesen, Meditationen, hg. von Müller, K./Wittstock, A., Wuppertal, 147-155.

- ders.** (1991): Der befreiende Gott. Zur biblischen Gottesvorstellung, in: Junge Kirche 52, 271-276.
- ders.** (1997a): Politische Verantwortung von Glaube und Theologie, in: „Wer diese meine Rede hört und tut sie...“ Zur Verantwortung von Theologie. Martin Stöhr zum 65. Geburtstag, hg. von Albrecht, F./Greve, A., Wuppertal, 137-140.
- ders.** (1997b): Ethik und Spiritualität im Umgang mit der Schöpfung, in: Ders. (1997): Dreireden. Essays, Vorträge, Thesen, Meditationen, hg. von Müller, K./Wittstock, A., Wuppertal, 136-146.
- Strahm, R. H.** (1985): Warum sie so arm sind, Wuppertal.
- Strauß, H.** (1992): „Armut“ und „Reichtum“ im Horizont biblischer, vor allem alttestamentlicher Aussagen, in: Crüsemann, F./Hardmeier, C./Kessler, R. (Hg.): Was ist der Mensch ...? Beiträge zur Anthropologie des Alten Testaments, München, 179-193.
- Theißen, G.** (1974): Urchristliche Wundergeschichten. Ein Beitrag zur formgeschichtlichen Erforschung der synoptischen Evangelien, Studien zum Neuen Testament 8, Gütersloh.
- ders.** (1986): Der Schatten des Galiläers. Historische Jesusforschung in erzählender Form, München.
- ders.** (1989a): Studien zur Soziologie des Urchristentums, 3. Auflage, Wissenschaftliche Untersuchungen zum Neuen Testament 19, Tübingen.
- ders.** (1989b): Jesusbewegung als charismatische Wertrevolution, in: New Testament Studies 35, 343-360.
- ders.** (1991): Soziologie der Jesusbewegung. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Urchristentums, 6. Auflage, München.
- ders.** (1992a): Lokalkolorit und Zeitgeschichte in den Evangelien. Ein Beitrag zur Geschichte der synoptischen Tradition, 2. Auflage, Göttingen.
- ders.** (1992b): Gruppenmessianismus. Überlegungen zum Ursprung der Kirche im Jüngerkreis Jesu, in: Jahrbuch für Biblische Theologie, Bd. 7 (1992), 100-123.
- Theißen, G./Merz, A.** (1996): Der historische Jesus. Ein Lehrbuch, Göttingen.
- Thyen, D.** (1990): Luthers Verständnis von Gesetz und Evangelium. Skript zur Vorlesung vom 7. Juni 1990, Siegen.
- Troeltsch, E.** (1912): Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, Gesammelte Schriften 1, 16-178.
- Trummer, P.** (1987): Was heißt „Armut um des Evangeliums willen?“, in: ders., Aufsätze zum Neuen Testament, 7-37.

- UNDP** (United Nation Development Programme) (1990-1996): Human Development Report, New York/Oxford.
- Veerkamp, T.** (1983): Die Vernichtung des Baal. Auslegung der Königsbücher (1.17-2.11), Stuttgart.
- ders.** (1989): Nachdem die Schulden den Sozialismus gefressen haben, erweisen sie sich als demokratieresistent, in: Junge Kirche 50, 572-579.
- ders.** (1990): Eine einseitige Ökonomie. Auslegung von Leviticus 25,1-26,2, in: Texte und Kontexte 12, H. 44, Berlin.
- ders.** (1993): Autonomie und Egalität. Ökonomie, Politik und Ideologie in der Schrift, Berlin.
- ders.** (1995): Nicht die Armut ist das Problem ... in: Junge Kirche 56, 352-360.
- Veit, M.** (1991): Theologie muß von unten kommen. Ratschlag für Linke, Wuppertal.
- Vogel, H. J.** (1990): Krise der Menschheit - Krise des Sozialismus. Wohin geht unser Weg?, in: Junge Kirche 51, 466-479.
- Wanke, G.** (1972): Zu den Grundlagen und Absichten prophetischer Sozialkritik, in: Kerygma und Dogma 18, 2-17.
- WEED (Hg.)** (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) (1993-1994): 50 Jahre IWF und Weltbank, Bonn.
- Wegenast, K.** (1969): Das Fundamentale und Elementare im Theologie und Religionspädagogik, in: ders. (Hg): Theologie und Unterricht. Über die Repräsentanz des Christlichen in der Schule. Festschrift für H. Stock zu seinem 65. Geburtstag, Gütersloh, 156-175.
- Weinrich, M.** (1988): Das Schriftprinzip und der Unterricht, in: Pastoraltheologie 77, 292ff.
- Weizsäcker, C. F.** (1986): Die Zeit drängt. Eine Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, München/Wien.
- Weizsäcker, E. U. von/Lovins, A. B./Hunter Lovins, L.** (1995): Faktor vier. Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch, München.
- Wengst, K.** (1986): Pax Romana, Anspruch und Wirklichkeit. Erfahrungen und Wahrnehmungen des Friedens bei Jesus und im Urchristentum, München.
- ders.** (1987): Demut - Solidarität der Gedemütigten. Wandlung eines Begriffes und seines sozialen Bezugs in griechisch-römischer, alttestamentlich-jüdischer und urchristlicher Tradition, München.
- Werkstatt Ökonomie** (1992): Multis, Markt und Krise. Unternehmensstrategien im Strukturbruch der Weltwirtschaft, Heidelberg.

dies. (1996): Finanzderivate - Formen, Märkte, Crashes, Kontrollen, Heidelberg.

Weth, R. (1996): Totaler Markt und Menschenwürde. Herausforderungen und Aufgaben christlicher Anthropologie heute, Neukirchen-Vluyn.

Wind, R. (1995): Befreiung buchstabieren. Basislektüre Bibel, Gütersloh.

World Bank (1990-1992): World Development Report, New York/Oxford.

Zinn, K. G. (1994): Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich.